



Zeichenerklärung

[p] = vorläufige Zahl

[r] = berichtigte Zahl

[s] = geschätzte Zahl

[n] = nichts vorhanden bzw. genau Null

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit

[g] = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht

[x] = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich oder Fragestellung trifft nicht zu

[u] = nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ

[z] = Angabe fällt später an

() = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher

Verwendete Abkürzungen/weitere Erläuterungen:

davon oder dav. = Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet

darunter oder dar. = Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt

Änderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.

Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt, gelten alle Angaben für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Qualität

Sollte dem LSN nach Veröffentlichung dieser Publikation ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter:

www.statistik.niedersachsen.de > Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen > Niedersachsen-Monitor.

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:

margret.koch-sterrenberg@statistik.niedersachsen.de

Tel.: 0511 9898 - 3111

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:

Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134

Fax: 0511 9898 - 99 1134

E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de

Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen

Postfach 91 07 64

30427 Hannover

Preis: 15,50 €

Erscheinungsweise: jährlich

Erschienen im Dezember 2022

ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:

www.statistik.niedersachsen.de

> Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen

> Niedersachsen-Monitor

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2022.

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung.....	5
Wichtige Ergebnisse.....	6
Bevölkerung.....	11
Familie und Beruf.....	19
Erwerbstätigkeit.....	29
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.....	37
Finanzen	54
Schulische und berufliche Qualifikation	65
Wissenschaft und Kultur	72
Umwelt und Energie	83
Soziales, Sicherheit.....	95
Gleichstellung von Frauen und Männern.....	106
 Niedersachsen-Monitor: 25 Jahre Ländervergleich	 111
 Kartenansicht: Deutschland und seine Länder	 123

Einführung

Der Niedersachsen-Monitor trägt mittels eines systematischen Bund-Länder-Vergleichs zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 25. Mal.

Methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien:

- Alle 76 Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
- Die Tabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik sowie Deutschland.
- Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und durch Diagramme visualisiert.
- Die Tabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert – bei Redaktionsschluss war das in dieser Ausgabe meist 2021, sonst 2020 oder früher –, sowie das Vorjahresergebnis und einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
- Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar. Zahlenwerte in den Tabellen sind ggf. gerundet, die grafische Darstellung erfolgt ohne Rundung. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.6. des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt.
- Am Ende der Kapitel verweisen Informationen auf Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen für Deutschland und seine 16 Länder.
Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des Landesamtes für Statistik Niedersachsen (LSN) mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. [Statistische Berichte](#), die [LSN-Online-Regionaldatenbank](#) sowie das im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

Hinweise:

- Das Jubiläumskapitel "Niedersachsen-Monitor: 25 Jahre Ländervergleich" nimmt die langfristige Entwicklung der Positionierung Niedersachsens in den Blick.
- Das Kapitel "Umwelt und Energie" wurde um Daten zu Neuzulassungen und zum Bestand von Elektro-Pkw (T63) erweitert.
- Werte für das Vor-Corona-Jahr 2019 sind zumeist im Niedersachsen-Monitor 2021 enthalten.
- Informationen zur methodischen Neugestaltung des Mikrozensus ab 2020, zu den Auswirkungen der Neugestaltung und der Corona-Krise auf die Ergebnisse der Jahre 2020 und 2021 finden Sie auf der [Informationsseite des Statistischen Bundesamtes](#).
- Nach über 30 Jahren deutscher Einheit wird die systematische Ost-West-Unterscheidung in den Tabellen ab dieser Ausgabe nicht mehr ausgewiesen.

Der Niedersachsen-Monitor 2022 entstand unter der redaktionellen Leitung von Dr. Margret Koch-Sterrenberg. Die Texte wurden erstellt von Ole Becker, Sascha Ebigt, Jenny Gentz, Franziska Große, Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer, Rita Skorka, Carola Steenhoff und Andreas Woisch.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>.

Wichtige Ergebnisse

Bevölkerung

Niedersachsens Bevölkerungszahl steigt weiter

- Die Bevölkerungszahl Niedersachsens blieb 2021 bei über 8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von 23 610 Personen bzw. rund 0,3 % (Deutschland: +82 093 Personen, +0,1 %).
- Die Zahl der Geburten stieg 2021 in Niedersachsen im Vergleich zu 2020 deutlich um 2 322 Kinder auf 76 441 Geborene (+3,1 %; Deutschland: +2,9 %).
- Insgesamt gab es von 2015 bis 2021 in Niedersachsen trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund von Wanderungsgewinnen.

Familie und Beruf

Quoten in der Kindertagesbetreuung unterdurchschnittlich – Zahl der Eheschließungen und Zahl der Scheidungen niedriger

- Die Quote der in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder unter 3 Jahren sank 2021 in Niedersachsen auf 31,9 % und bei der Ganztagsbetreuung auf 13,5 % (Deutschland: 34,4 % bzw. 18,9 %). Die Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen stieg auf 38,4 % (Deutschland: 47,3 %).
- Die Zahl der Eheschließungen sank 2021 um 5,5 % (Deutschland: -4,2 %).
- Die Zahl der Scheidungen ging 2021 um 3,3 % zurück (Deutschland: -0,7 %).

Erwerbstätigkeit

Weniger Minijobs – niedrigere Arbeitslosenquote

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 %, während die Zahl der Minijobs um 1,9 % sank (Deutschland: +1,4 % bzw. -2,6 %).
- Zugleich sank die Arbeitslosenquote in Niedersachsen 2021 um 0,3 Prozentpunkte auf 5,5 % und bundesdurchschnittlich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,7 %.

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Wirtschaft wächst weniger stark als im Bundesdurchschnitt – Zahl der Erwerbstätigen nahezu unverändert

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2021 in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 1,7 % und damit weniger stark als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %).
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, blieb 2021 mit rund 4,12 Mio. Personen nahezu unverändert (+0,1 %; Deutschland: +0,0 %).
- Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2021 pro Kopf gut 76 700 Euro und lag damit bei 96,5 % des Bundesdurchschnitts.
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) stieg die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2021 um real 1,9 % und damit moderater als im Bundesdurchschnitt (+3,2 %).
- Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) nahm die BWS in Niedersachsen 2021 real um 1,8 % zu und damit ebenfalls weniger als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %).
- Die Zahl der Gästeübernachtungen war in Niedersachsen 2021 im Vergleich zu 2016 um ein Viertel (-25,1 %) niedriger (Deutschland: -30,6 %).

Finanzen

Verdienste steigen, bleiben aber unter dem Bundesdurchschnitt

- Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2020 in Niedersachsen bei 22 877 Euro, gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 0,6 % (Deutschland: 23 752 Euro; +0,7 %).
- Die Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen stiegen 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % und lagen damit bei 93,8 % des Bundesdurchschnitts.

Einnahmen steigen stärker als Ausgaben

- Die Einnahmen des Landes und der Kommunen stiegen 2021 in Niedersachsen um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr auf 7 537 Euro pro Kopf (Deutschland: 12,2 % auf 8 276 Euro pro Kopf) und die Ausgaben um 5,1 % (Deutschland: +5,5 %).
- Der Finanzierungsüberschuss (mehr Einnahmen als Ausgaben) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrug 2021 für Niedersachsen 0,3 % (Deutschland: 0,2 %).
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich Ende 2021 in Niedersachsen auf 9 812 Euro und lag damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 9 294 Euro pro Kopf.

Weniger berufliche Abschlussprüfungen – weniger Hochschulabschlüsse

- Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss sank in Niedersachsen 2020 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozentpunkte auf 5,8 % (Deutschland: 5,9 %).
- In der beruflichen Bildung verringerte sich 2021 gegenüber 2016 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung um 6,3 % (Deutschland: -5,3 %) und in der Aufstiegsfortbildung um 21,5 % (Deutschland: -13,7 %).
- Die Studienanfängerquote lag 2020 in Niedersachsen mit 34,5 % weiterhin deutlich unter der bundesweiten Quote von 56,6 %.
- Die Studierendenzahl in Niedersachsen sank im Corona-Jahr 2020 leicht um 0,9 % (Deutschland: +1,8 %). Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums sank um 3,7 % (Deutschland: -6,8 %).

Schulische und berufliche Qualifikation

Wissenschaft und Kultur

Trinkwasserverbrauch steigt – Anteil reiner Elektro-Pkw noch gering

- Der Trinkwasserverbrauch pro Kopf stieg in Niedersachsen 2019 gegenüber 2016 um 11 Liter auf durchschnittlich 138 Liter (Deutschland: 128 Liter).
- Erneuerbare Energien deckten 2019 erstmals über die Hälfte (52,5 %) der Stromerzeugung in Niedersachsen ab. Das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 5,0 Prozentpunkte (Deutschland: 40,1 %, +4,9 Prozentpunkte).
- Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug Ende 2021 in Niedersachsen 1,4 % und war geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (1,3 %).
- Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2017 bis 2020 bei 6,6 ha pro Tag und bundesweit bei rund 54,0 ha pro Tag.

Umwelt und Energie

Jede und jeder Sechste armutsgefährdet – weniger Personen in SGB II-Haushalten

- Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen lag 2021 bei 16,8 % (Deutschland: 16,6 %).
- Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Niedersachsen sank 2021 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 % (Deutschland: 5,7 %).
- Die Polizei registrierte 2021 in Niedersachsen knapp 472 100 Straftaten, 5,0 % weniger als im Vorjahr (Deutschland: -4,9 % auf rund 5,05 Mio. Straftaten).

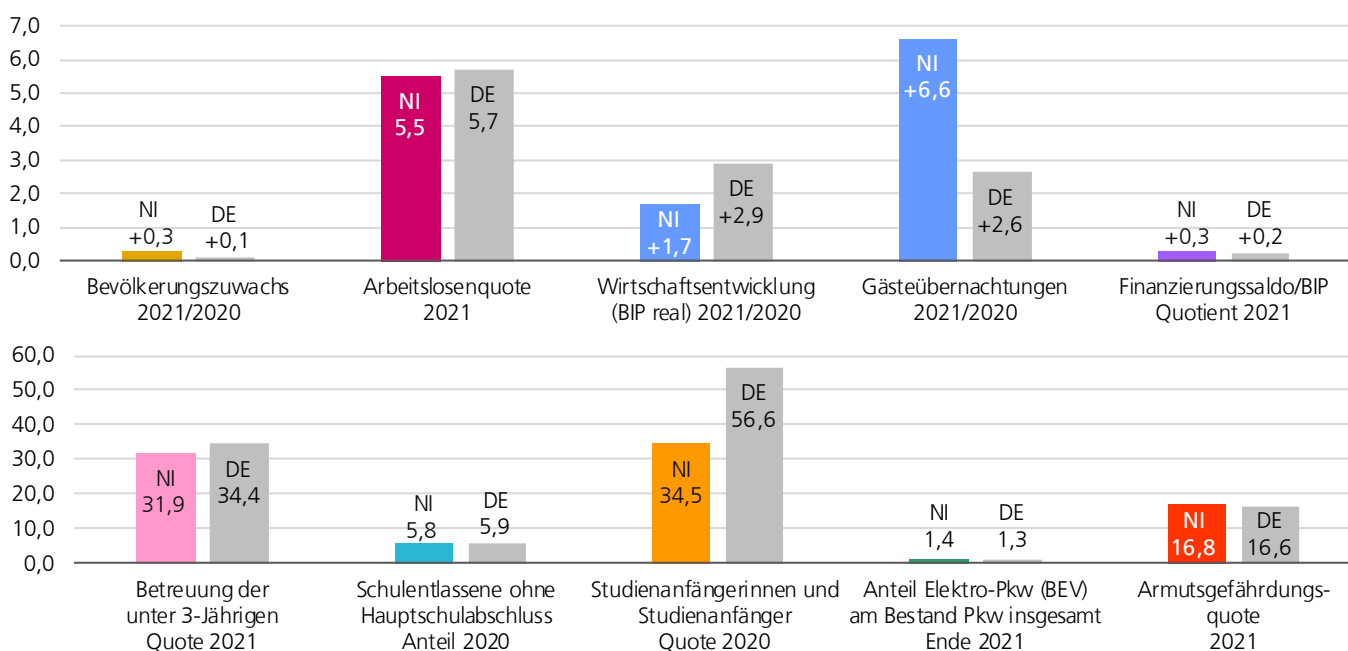
Soziales, Sicherheit

Gleichstellung der Geschlechter geht langsam voran

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs lag in Niedersachsen 2021 bei 60,7 % (Deutschland: 60,3 %) und damit 3,4 Prozentpunkte niedriger als 2016.
- Frauen in Niedersachsen verdienten 2021 im Durchschnitt pro Stunde etwa 19 % weniger als Männer (Deutschland: 18 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 2 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2016 (21 %).

Gleichstellung von Frauen und Männern

■ Veränderungen, Quoten und Anteile in Niedersachsen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland – Prozent –



Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr./Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändgr. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	höchster Wert	niedrigster Wert	Wert
Bevölkerung								
T1 Bevölkerungsstand	2021	Anzahl	8 027 031	↗	4 ■■■■	17 924 591	676 463	83 237 124
Anteil der Ausländer/-innen	2021	%	10,3	↗	10 ■■■■■■■■	20,2	5,0	13,1
T1a Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2021	%	22,5	↗	9 ■■■■■■	27,6	18,2	22,1
T2 Lebendgeborene	2021	Anzahl	76 441	↗	4 ■■■■	175 386	6 971	795 492
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	9,5	↗	8 ■■■■■■	11,3	7,3	9,6
Geburtenüberschuss/-defizit je 1 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	-2,9	→	9 ■■■■■■	+1,2	-9,8	-2,7
T3 Wanderungssaldo insgesamt	2021	Anzahl	+49 124	↗	2 ■■	+52 772	-2 059	+329 163
Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	+6,1	↗	4 ■■■■	+10,0	-3,0	+4,0
T4 Eingebürgerte	2021	Anzahl	10 420	↗	5 ■■■■	29 250	835	131 595
Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	2021	%	21,5	↘	8 ■■■■■■	35,3	12,3	25,3
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	2021	%	3,2	↗	8 ■■■■■■	4,7	1,5	2,5
Familie und Beruf								
T5 Betreuungsquote unter 3-Jährige	2021	%	31,9	↘	9 ■■■■■■	57,9	28,7	34,4
Ganztagsbetreuungsquote unter 3-Jährige	2021	%	13,5	↘	14 ■■■■■■■■	50,8	10,4	18,9
Personalschlüssel	2021	Anzahl	3,3	↘	14 ■■■■■■■■	5,8	2,9	3,9
T6 Ganztagsbetreuungsquote 3- bis unter 6-Jährige	2021	%	38,4	↗	14 ■■■■■■■■	92,2	24,4	47,3
T8 Erwerbstätige (Wohnort) in Teilzeitarbeit – Frauenanteil	2021	%	78,0	[x]	4 ■■■■	80,3	60,3	75,9
T9 Alleinerziehende – Frauenanteil	2021	%	80,6	[x]	13 ■■■■■■■■	84,9	77,2	82,3
T10 Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	45,7	↘	4 ■■■■	55,7	25,3	43,0
T11 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	18,0	↘	5 ■■■■	19,6	14,2	17,2
T12 Haushalte mit Internetzugang	2021	%	91,0	[x]	10 ■■■■■■	95,2	84,2	91,9
Erwerbstätigkeit								
T13 Erwerbstätige (Wohnort) – Selbstständigenquote	2021	%	7,8	[x]	11 ■■■■■■■■	12,0	6,8	8,4
Erwerbstätige – Anteil mit akademischem Abschluss	2021	%	19,3	[x]	12 ■■■■■■■■	41,7	14,3	23,5
T14 Erwerbstätigenquote der Frauen	2021	%	71,7	[x]	11 ■■■■■■■■	77,0	68,8	72,1
Erwerbstätigenquote der Männer	2021	%	78,9	[x]	8 ■■■■■■	83,2	75,5	79,4
T15 Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) insg. (30.6.)	2021	Anzahl	3 059 368	↗	4 ■■■■	7 096 396	336 656	33 802 173
Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) – Frauenanteil	2021	%	46,0	→	11 ■■■■■■■■	50,3	44,3	46,3
T16 Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte (30.6.)	2021	Anzahl	438 888	↘	4 ■■■■	1 026 989	37 807	4 150 664
Ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte – Frauenanteil	2021	%	60,7	↘	5 ■■■■	63,6	50,4	60,3
T17 Arbeitslosenquote (ziv. Erwerbspers., Jahresdurchschnitt)	2021	%	5,5	↘	12 ■■■■■■■■	10,7	3,5	5,7
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	2021	%	7,0	↘	12 ■■■■■■■■	13,7	4,4	7,2
T18 Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Männer	2021	%	5,5	↘	12 ■■■■■■■■	12,2	3,3	5,5
Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Frauen	2021	%	4,1	↘	11 ■■■■■■■■	8,3	2,4	4,1
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen								
T19 Veränderung Bruttoinlandsprodukt insgesamt (real)	2021/20	%	+1,7	↗	13 ■■■■■■■■	+9,6	+0,9	+2,9
T20 Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt (ETR)	2021	in 1 000	4 116,4	↗	4 ■■■■	9 593,7	432,8	44 918,0
T21 BWS – Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2021	%	1,9	↗	3 ■■■■	3,4	0,0	0,9
T22 BWS – Anteil im Produzierenden Gewerbe	2021	%	32,3	↗	5 ■■■■	38,3	13,0	29,4
T23 BWS – Anteil der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche	2021	%	65,7	↘	13 ■■■■■■■■	86,9	61,1	69,7
T24 Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen	2021	Anzahl	40,8	↘	9 ■■■■■■	110,3	28,7	46,3
T25 Lieferungen und Leistungen – KMU-Anteil	2020	%	38,4	↗	8 ■■■■■■	76,3	20,2	36,8
T28 Gästeübernachtungen je Einwohner/-in	2021	Anzahl	4,0	↗	5 ■■■■	16,5	1,7	3,7
T29 Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in	2020	€	22 877	↗	8 ■■■■■■	25 930	20 945	23 752
T30 Verdienstabstand von Frauen zu Männern	2021	%	19	→	6 ■■■■	22	5	18
T31 Investitionen Verarb. Gewerbe/Bergbau je tätiger Person	2020	€	10 987	↘	5 ■■■■	21 471	7 084	9 636
T32 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	37	↘	3 ■■■■	122	6	48
T33 Export – Anteil an der deutschen Ausfuhr	2021	%	8,3	→	4 ■■■■	21,3	0,9	100
T34 Import – Anteil an der deutschen Einfuhr	2021	%	9,0	↗	5 ■■■■	22,4	0,6	100
Finanzen (Länder, Gemeinden, -verbände, Sozialvers.)								
T36 Einnahmen je Einwohner/-in	2021	€	7 537	↗	14 ■■■■■■■■	13 086	7 437	8 276
Steuereinnahmequote	2021	%	65,7	↗	5 ■■■■	70,1	55,5	65,1
T37 Kassenmäßige Steuereinnahmen je Einwohner/-in	2021	€	4 948	↗	10 ■■■■■■	7 610	4 450	5 388
T38 Ausgaben je Einwohner/-in	2021	€	7 431	↗	14 ■■■■■■■■	13 315	7 152	8 176
T39 Personalausgaben je Einwohner/-in	2021	€	2 956	↗	9 ■■■■■■	3 977	2 571	3 017
Personalausgabenquote	2021	%	39,8	↘	4 ■■■■	42,4	29,9	36,9
T40 Zinsausgaben an den Kreditmarkt je Einwohner/-in	2021	€	104	↘	14 ■■■■■■■■	895	25	145
T41 Finanzierungssaldo je Einwohner/-in	2021	€	+106	↗	6 ■■■■	+708	-592	+98
T42 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich je Einw.	2021	€	9 812	↘	9 ■■■■■■	53 834	2 103	9 294
T43 Finanzkraftausgleich (FKA) u. BEZ der Länder je Einw.	2021	€	348	↗	9 ■■■■■■	1 887	-688	119

Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr./Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändgr. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	höchster Wert	niedrigster Wert	Wert
Schulische und berufliche Qualifikation								
T44 Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2020	Anzahl	4 612	↘	4 ■■■■	9 709	546	45 070
Anteil Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2020	%	5,8	↘	11 ■■■■■■■■	10,2	4,3	5,9
T45 Frühe Schulabgänger/-innen (18 bis unter 25 Jahre)	2021	%	12,0	[x]	[x] [x]	[x]	[x]	11,8
T46 Schulentlassene mit Hochschulreife (ABS, BBS)	2020	Anzahl	9 858	↘	9 ■■■■■■	82 860	2 774	299 578
Abiturientenquote	2020	%	11,1	↘	16 ■■■■■■■■■■	55,7	11,1	37,1
Studienberechtigtenquote	2020	%	24,4	↘	16 ■■■■■■■■■■	60,9	24,4	46,7
T48 Duale Berufsausbildg. – bestandene Abschlussprüfungen	2021	Anzahl	39 738	↘	4 ■■■■	85 254	3 993	378 630
T49 Berufliche Fortbildg. – bestandene Abschlussprüfungen	2021	Anzahl	7 365	↗	4 ■■■■	21 063	759	82 983
Wissenschaft und Kultur								
T50 Studienanfänger/-innen (1. Semester; am Studienort)	2020	Anzahl	30 612	↘	6 ■■■■■■	112 869	5 855	490 204
Anteil Studienanfängerinnen	2020	%	53,6	↗	5 ■■■■■■	64,6	48,6	52,5
Studienanfängerquote (an Geb.jahrgänge; Studienort)	2020	%	34,5	↘	16 ■■■■■■■■■■	137,0	34,5	56,6
T51 Studierende im Wintersemester	2020	Anzahl	208 395	↘	5 ■■■■■■	779 199	31 461	2 944 145
Studierende im Wintersemester – Frauenanteil	2020	%	50,0	↗	7 ■■■■■■	57,8	48,0	49,9
Studierende – Anteil Bildungsausländer/-innen	2020	%	9,9	↗	11 ■■■■■■	18,1	6,4	11,0
T52 Absolventen (Erststudium)	2020	Anzahl	23 475	↘	5 ■■■■■■	64 434	3 795	289 615
Absolventen (Erststudium) – Frauenanteil	2020	%	55,7	↗	4 ■■■■■■	57,3	50,1	53,7
T53 Bestandene Promotionen	2020	Anzahl	2 102	↘	5 ■■■■■■	5 083	180	26 220
Bestandene Promotionen – Frauenanteil	2020	%	45,7	↘	8 ■■■■■■	52,3	30,0	45,1
T54 Professuren an Hochschulen	2020	Anzahl	3 810	↗	4 ■■■■	10 378	515	49 293
Professuren – Frauenanteil	2020	%	28,4	↗	5 ■■■■■■	33,5	22,1	26,3
T55 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden	2018	€	16 900	↗	3 ■■■■	17 500	11 600	14 400
T56 Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einw.	2020	€	1 155	↘	7 ■■■■■■	2 590	457	1 282
T57 Öffentliche Ausgaben für Kultur (Grundmittel) je Einw.	2017	€	99	↗	13 ■■■■■■■■	225	83	165
Umwelt und Energie ³⁾								
T58 Wasserverbrauch (Haush., Kleingew.) je versorgt. Einw.	2019	Liter/Tag	138	(((↗)))	2 ■■	140	94	128
T59 Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner/-in	2020	kg	532	↗	2 ■■	544	384	476
„HH.abfälle – getrennte Wertstoffe je Einwohner/-in	2020	kg	168	↗	3 ■■■	181	106	152
T60 Primärenergieverbrauch (PEV)	2019	Mio. kWh	368 258	↘	4 ■■■■	1 002 652	39 773	3 556 817
Anteil erneuerbarer Energien am PEV	2019	%	22,5	↗	3 ■■■	29,5	4,9	14,9
T61 Stromerzeugung	2019	Mio. kWh	90 008	↗	2 ■■	139 005	6 214	601 900
Anteil Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	2019	%	52,5	↗	4 ■■■■	63,4	6,0	40,1
T62 Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus PEV je Einw.	2019	t	7,6	↘	8 ■■■■■■	19,6	4,1	7,9
T63 Elektro-Pkw (PEV) – Anteil an Pkw-Neuzulassungen	2021	%	14,9	↗	4 ■■■■	18,4	7,9	13,6
T64 Waldzustand – deutliche Kronenverlichtung	2021	%	24	↗	12 ■■■■■■■■	46	21	34
T65 Siedlungs- und Verkehrsfläche	2020	km2	6 759	↗	3 ■■■	8 594	237	50 196
Flächenverbrauch – Siedlungs- und Verkehrsfläche	2017-20	ha/Tag	6,6	↗	2 ■■	11,0	-1,7	54,0
T66 Ökologisch bewirtschaftete Fläche	2020	1 000 ha	145,6	(((↗)))	5 ■■■■	376,4	0,3	1 637,5
Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche	2020	%	5,7	(((↗)))	16 ■■■■■■■■■■	22,8	5,7	9,9
Soziales, Sicherheit								
T67 Armutsgefährdungsquote	2021	%	16,8	[x]	6 ■■■■■■	20,9	13,0	16,6
Armutsgefährdungsquote – Alleinerziehende	2021	%	41,1	[x]	7 ■■■■■■	46,4	34,7	41,6
Armutsgefährdungsquote – Erwerbslose	2021	%	48,9	[x]	8 ■■■■■■	59,2	42,2	48,8
T68 SGB II-BG – Personen je 100 Einw. bis Regelaltersgrenze	2021	Anzahl	8,2	↘	9 ■■■■■■	17,9	3,7	8,0
SGB II-Bedarfsgem. – Anteil Minderjährige an Bevölkrg.	2021	%	13,2	↘	8 ■■■■■■	30,3	6,0	12,8
T69 Mindestsicherungsquote	2020	%	8,6	↗	9 ■■■■■■	17,7	4,5	8,3
T70 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	14,6	↗	2 ■■	19,9	5,4	9,6
T71 Pflegebedürftige – Anteil an der Bevölkerung	2019	%	5,7	(((↗)))	6 ■■■■■■	6,4	3,7	5,0
T72 Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche	2021	Anzahl	34	→	13 ■■■■■■■■	75	19	34
T73 Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene	2021	Anzahl	108	↘	13 ■■■■■■■■	209	81	119
T74 Straftaten je 100 000 Einwohner/-innen	2021	Anzahl	5 899	↘	12 ■■■■■■■■	13 158	4 138	6 070
Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einw.	2021	Anzahl	65	↘	9 ■■■■■■	186	18	65
T75 Straßenverkehr – Verunglückte je 100 000 Einw.	2021	Anzahl	445	↗	3 ■■■	474	303	391

1) Wert-Veränderung: → gleicher Wert, ↗ Anstieg (nicht bewertet), ↘ Rückgang (nicht bewertet), ↗/↘ positiv bewertet, ↘/↗ negativ bewertet, (↘) eingeschränkt vergleichbar, ((↘)) 2-jähriger Vergleich, (((↘))) 3-jähriger Vergleich, ((((↘)))) 4-jähriger Vergleich.

2) Ungewertete Position des Wertes für Niedersachsen im Ländervergleich: 1 ■ = höchster Wert, 16 ■■■■■■■■■■ = niedrigster Wert; dabei ist zu beachten, dass je nach Indikator ein niedriger oder ein hoher Wert positiv bewertet sein kann, d. h. der höchste Wert kann der schlechteste sein und der niedrigste der beste. Die Positionierung berücksichtigt bei Dezimalzahlen alle Nachkommastellen.

3) Bei den Indikatoren zu T8, T9, T12, T13, T14 sowie T60, T61, T62, T64, T65 sind die Position sowie der höchste und niedrigste Wert unter den verfügbaren Länderwerten ausgewiesen.

Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2022

Die wirtschaftliche Entwicklung im 1. Halbjahr 2022 war durch den Krieg in der Ukraine, Lieferengpässe und Preiserhöhungen belastet. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verlief die Veränderung für Niedersachsen schwächer als im Bundesdurchschnitt. Die Erholung im Arbeitsmarkt setzte sich fort:

- Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Niedersachsens stieg im 1. Halbjahr 2022 gegenüber dem 1. Hj. 2021 real um 1,1 % (Deutschland: 2,8 %). Im Ländervergleich war dies der schwächste Anstieg; am stärksten stieg das BIP in Rheinland-Pfalz (+6,4 %).
- Die **Arbeitslosigkeit** lag im Juni 2022 in Niedersachsen bei 5,1 % und damit 0,4 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: 5,2 %; -0,5 Prozentpunkte).
- Die **Unterbeschäftigungsquote** (ohne Kurzarbeit) sank in Niedersachsen auf 6,6 % und in Deutschland auf 6,7 %, ein Rückgang um 0,5 bzw. 0,6 Prozentpunkte.

Die **Erwerbstätigenzahlen** im 1. Quartal 2022 entwickelten sich positiv. Die Zahl der am Arbeitsort gezählten Erwerbstätigen in Niedersachsen stieg um 1,5 % auf rund 4,13 Mio. Personen (Deutschland: +1,5 %).

Die **„bekämpfte Armut“**, gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze, lag im April 2022 in Niedersachsen bei 8,1 % (Deutschland: 7,9 %). Damit sank die SGB II-Quote in Niedersachsen und Deutschland gegenüber dem April des Vorjahres jeweils um 0,8 Prozentpunkte.

Aktuelle Entwicklungen 2022

Land	Veränderung des BIP (real) – vorläufige Ergebnisse ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾ (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote ³⁾	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) ⁴⁾	SGB II-Quote ⁵⁾	Veränderung der SGB II-Quote
	1. Hj 2022/ 1. Hj 2021	1. Vj 2022	1. Vj 2022/ 1. Vj 2021	Juni 2022	Juni 2022/ Juni 2021	Juni 2022	April 2022	April 2022/ April 2021
	%	Anzahl in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte
Baden-Württemberg	+1,8	6 337	+1,3	3,5	-0,4	4,6	4,7	-0,5
Bayern	+2,9	7 702	+1,4	3,1	-0,3	4,0	3,6	-0,5
Berlin	+3,7	2 130	+3,6	8,7	-1,1	11,1	15,5	-1,5
Brandenburg	+3,1	1 125	+1,3	5,4	-0,4	6,9	7,4	-0,9
Bremen	+5,0	435	+1,4	9,9	-0,8	13,1	17,7	-1,3
Hamburg	+3,5	1 306	+2,0	6,7	-0,9	9,0	11,6	-1,2
Hessen	+3,6	3 519	+1,5	4,6	-0,5	6,1	7,7	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	+5,2	747	+1,0	7,1	-0,4	9,0	9,0	-1,1
Niedersachsen	+1,1	4 127	+1,5	5,1	-0,4	6,6	8,1	-0,8
Nordrhein-Westfalen	+2,5	9 662	+1,7	6,7	-0,7	8,7	10,7	-0,8
Rheinland-Pfalz	+6,4	2 026	+1,4	4,5	-0,5	5,8	6,4	-0,7
Saarland	+3,3	523	+1,0	6,0	-0,9	8,2	10,3	-0,9
Sachsen	+3,0	2 053	+1,0	5,5	-0,4	7,0	7,7	-0,9
Sachsen-Anhalt	+4,5	986	+0,6	6,9	-0,3	9,4	10,6	-1,1
Schleswig-Holstein	+1,6	1 439	+1,7	5,0	-0,6	6,5	8,3	-1,0
Thüringen	+1,9	1 019	+0,8	5,1	-0,5	6,7	7,0	-0,9
Deutschland	+2,8	45 138	+1,5	5,2	-0,5	6,7	7,9	-0,8

1) Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (AK VGRdL), Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2022 - vorläufige Ergebnisse.

2) Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Länder, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Mai 2022.

3) Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenquoten - Zeitreihe.

4) Vorläufig; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, August 2022.

5) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (mit und ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter Regelaltersgrenze am 31.12.2021; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Tabellen, Eckwerte der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monatszahlen ab 2007), Nürnberg, August 2022.

Bevölkerung

- Die Bevölkerungszahl Niedersachsens blieb 2021 bei über 8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von 23 610 Personen bzw. rund 0,3 % (Deutschland: +82 093 Personen, +0,1 %).
- Die Zahl der Geburten stieg 2021 in Niedersachsen im Vergleich zu 2020 deutlich um 2 322 Kinder auf 76 441 Geborene (+3,1 %; Deutschland: +2,9 %).
- Insgesamt gab es von 2015 bis 2021 in Niedersachsen trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund von Wanderungsgewinnen.

Wichtige Ergebnisse

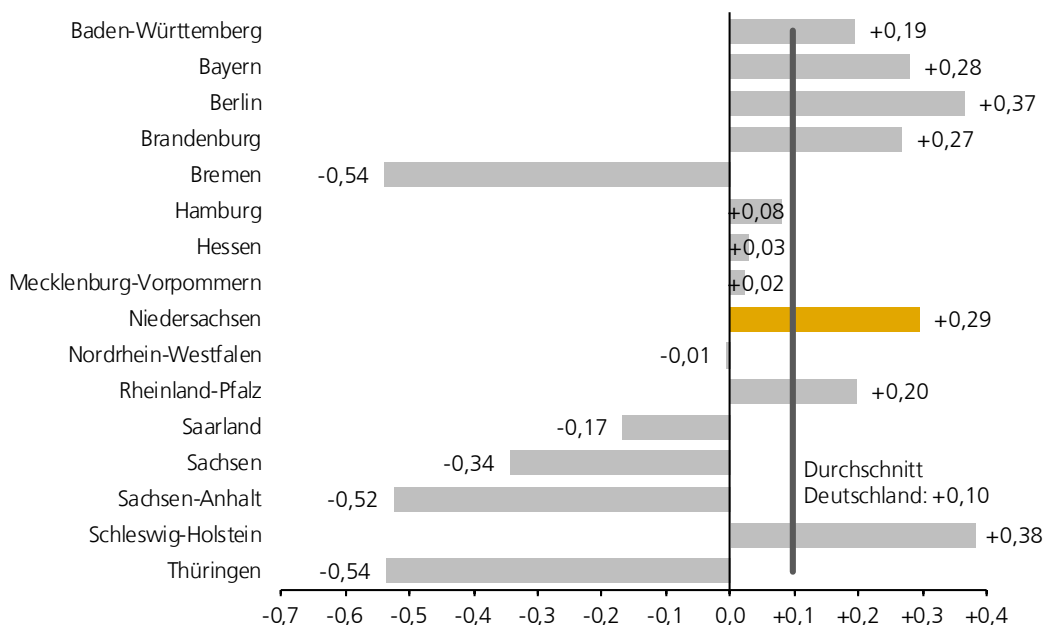
Anstieg der Bevölkerung deutlich höher als im Vorjahr

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens lag auch am Ende des Jahres 2021 bei über 8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von 23 610 Personen bzw. rund 0,3 %. Der Anstieg fiel damit größer aus als im Vorjahr (2019/2020: +9 813 Personen). In Deutschland lebten Ende 2021 insgesamt über 83,2 Mio. Menschen; die Einwohnerzahl Deutschlands stieg somit nach einem leichten Rückgang im Vorjahr wieder um 82 093 Personen bzw. um 0,1 %.

Bevölkerungszahl

T1

Veränderung der Bevölkerung 2021 gegenüber 2020 (jeweils 31.12.) – Prozent –



Die Bevölkerungsentwicklung war 2021 in Niedersachsen damit im zehnten Jahr in Folge steigend, ebenso wie in 6 weiteren Ländern. Währenddessen gab es das fünfte Jahr in Folge eine rückgängige Bevölkerungsentwicklung in 4 Ländern: Im Vergleich 2021 gegenüber 2016 betrug der Rückgang in Sachsen-Anhalt 3,0 %, in Thüringen 2,3 %, im Saarland 1,4 % und in Sachsen 1,0 %. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen um rund 81 300 Personen bzw. 1,0 %. In Deutschland waren es etwas über 700 000 Personen mehr (+0,9 %).

Durchschnittlich wohnten 2021 in Niedersachsen 168 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer (Deutschland: 233 Personen). Im Ländervergleich hatten nur 4 Länder eine geringere Bevölkerungsdichte: Mecklenburg-Vorpommern (69), Brandenburg (86), Sachsen-Anhalt (106) und Thüringen (130).

Bevölkerungsdichte

T1

Jugendanteil und Anteil älterer Menschen leicht über dem Bundesniveau

Im Jahr 2021 betrug der Anteil der unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung in Niedersachsen 16,8 % (Deutschland: 16,7 %). Den höchsten Anteil wies Baden-

Jugendanteil

T1a

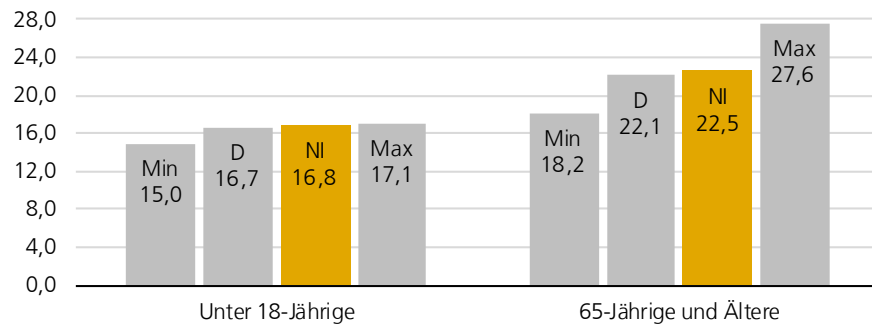
Württemberg (17,1 %) auf. Besonders gering war der Anteil der unter 18-Jährigen in Sachsen-Anhalt und im Saarland (jeweils 15,0 %).

Anteil Ältere

T1a

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter stieg in Niedersachsen auch 2021 weiter an und lag bei 22,5 % (Deutschland: 22,1 %). In den ostdeutschen Flächenländern gehörte mehr als ein Viertel (25,5 % bis 27,6 %) der Bevölkerung zu dieser Altersgruppe. Den höchsten Anteil an dieser Altersgruppe wies Sachsen-Anhalt (27,6 %) auf. Nur in den Großstädten Hamburg und Berlin waren es weniger als ein Fünftel (18,2 % bzw. 19,2 %).

■ Anteil der unter 18-Jährigen sowie der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung 2021 – Prozent –



Durchschnittsalter

T1a

Ende 2020 waren im Ländervergleich dementsprechend die ostdeutschen Flächenländer gemessen am Durchschnittsalter auch die „ältesten“ (46,9 bis 48,1 Jahre) und die Großstädte Hamburg (42,1 Jahre) und Berlin (42,7 Jahre) die „jüngsten“. Das Durchschnittsalter in Niedersachsen lag Ende 2020 bei 44,8 Jahren (Deutschland: 44,6 Jahre).

Anteil Ausländerinnen/ Ausländer

T1

Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen erstmalig zweistellig

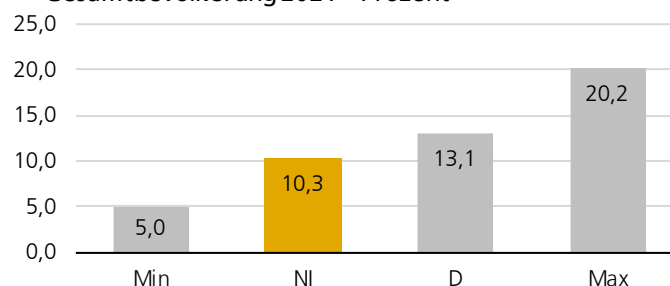
In Niedersachsen lebten 2021 laut Bevölkerungsfortschreibung rund 823 500 Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung war mit 10,3 % in Niedersachsen erstmalig zweistellig, lag aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (13,1 %). Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wiesen mit 20,2 %, 19,3 % bzw. 17,3 % die höchsten Anteile aus, die ostdeutschen Flächenländer die niedrigsten (5,0 % bis 5,8 %). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung (am 31.12.) nahm 2021 in allen Ländern zu, am stärksten in Berlin (+0,6 %).

EU-Staatsangehörigkeit

T1

Eine Staatsangehörigkeit aus einem anderen EU-Staat wiesen 2021 in Niedersachsen (laut Ausländerzentralregister) 40,8 % aller Ausländerinnen und Ausländer auf. In Bayern (49,7 %) und Baden-Württemberg (48,5 %) verfügte etwa die Hälfte der ausländischen Personen über eine EU-Staatsangehörigkeit; in den Stadtstaaten Bremen (29,0 %) und Hamburg (30,0 %) sowie in Sachsen-Anhalt (32,3 %) traf dies auf weniger als ein Drittel der Ausländerinnen und Ausländer zu.

■ Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung 2021 – Prozent –



Geburten

T2

Überdurchschnittliche Zahl an Geburten, aber weniger Geburten als Sterbefälle

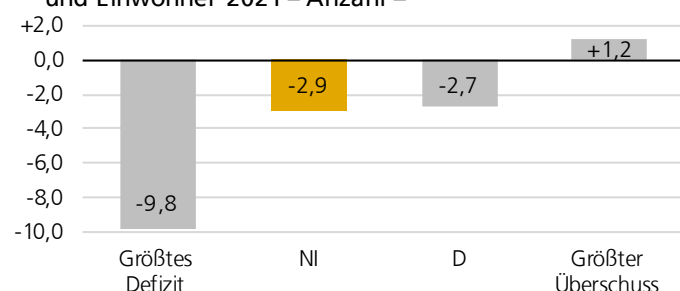
Die Zahl der Lebendgeborenen stieg 2021 in Niedersachsen im Vergleich zu 2020 deutlich um 2 322 Kinder auf 76 441 Geborene (+3,1 %; Deutschland: +2,9 %). Im mittelfristigen

Vergleich zu 2016 stieg die Zahl in Niedersachsen um 1,6 % und damit ebenfalls stärker als im bundesweiten Durchschnitt (+0,4 %).

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung war 2021 wie in den Vorjahren negativ: In Niedersachsen wurden rund 23 500 Menschen weniger geboren als gestorben sind. Die Zahl der Sterbefälle stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,1 % (Deutschland: +2,9 %). Dieser Anstieg ist nicht zwingend auf eine coronabedingte Übersterblichkeit zurückzuführen; aufgrund des bisherigen Trends zu einer steigenden Lebenserwartung (siehe unten) und den bisher absehbaren Verschiebungen in der Altersstruktur war ein Anstieg der Sterbefälle zu erwarten. Das Geburtendefizit je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug wie im Vorjahr 2,9 Personen. Am Größten war das Geburtendefizit in Sachsen-Anhalt (-9,8) und Thüringen (-9,2) Wie bereits in den letzten 10 Jahren ergab sich nur in Hamburg (+1,2) und Berlin (+0,4) ein Geburtenüberschuss.

Geburtenüberschuss/
-defizit
T2

■ Geburtendefizit/-überschuss je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2021 – Anzahl –



Lebenserwartung Neugeborener unter Bundesdurchschnitt

Lebenserwartung
T1a

Die (Perioden-)Sterbetafeln zeigen modellhaft auf, wie unter den derzeitigen Sterblichkeitsverhältnissen eine fiktive Grundgesamtheit von 100 000 lebend geborenen Mädchen bzw. Jungen im Zeitablauf verstirbt. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die vom individuellen Sterberisiko einer Person je nach gesundheitlicher Konstitution und persönlichen Lebensverhältnissen über- oder unterschritten werden können. Die Angabe zur Lebenserwartung Neugeborener gibt an, wie lange sie den aktuellen Lebensverhältnissen entsprechend durchschnittlich leben würden.

Nach den Ergebnissen der Sterbetafel 2019/2021 betrug die Lebenserwartung für Neugeborene in Niedersachsen bei den Mädchen 83,2 Jahre und bei den Jungen 78,3 Jahre (Deutschland: Frauen 83,4 Jahre; Männer: 78,5 Jahre). Die höchste Lebenserwartung bei Geburt wurde für Baden-Württemberg berechnet: für Frauen 84,3 Jahre und für Männer 79,8 Jahre. Die niedrigsten Werte ergaben sich für Frauen im Saarland (82,3 Jahre) und für Männer in Sachsen-Anhalt (76,2 Jahre).

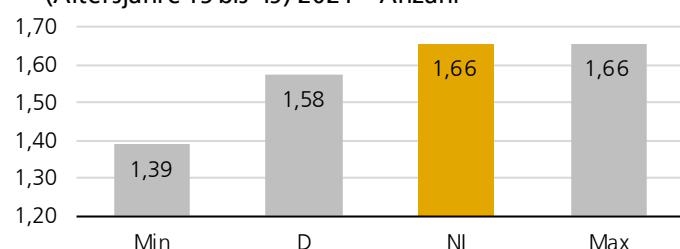
Im Ländervergleich höchste Zahl an Geburten je Frau (Geburtenziffer)

Geburtenziffer
T2

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen von 15 bis 49 Jahren im betrachteten Jahr.

In Niedersachsen war 2021 die zusammengefasste Geburtenziffer mit 1,66 Kindern je Frau im Ländervergleich am höchsten, gefolgt von Baden-Württemberg (1,63) und Bayern (1,62).

■ Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) für Frauen (Altersjahre 15 bis 49) 2021 – Anzahl –



Besonders niedrige Geburtenziffern hatten dagegen Berlin (1,39) und Hamburg (1,47). Der Durchschnitt in Deutschland ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen und lag 2021 bei 1,58 Kindern je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren.

Wanderungssaldo

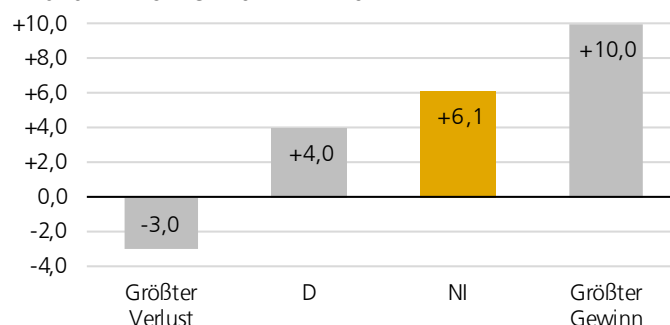
T3

Mehr Zuzüge als Fortzüge

Im Jahr 2021 sind insgesamt 49 124 Menschen mehr nach Niedersachsen gezogen als aus Niedersachsen fortzogen. Der Saldo ist damit höher als im Vorjahr (34 293 Personen). Der Anstieg resultierte insbesondere aus der deutlichen Erhöhung des Wanderungssaldos mit dem Ausland (über die Grenzen des Bundesgebietes), der +41 890 (2020: +27 149) betrug, während der Wanderungssaldo mit den anderen Ländern innerhalb des Bundesgebietes mit +7 234 (2020: +7 144 Personen) nur leicht anstieg. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland war in allen Ländern positiv (Deutschland: rund +329 200 Menschen). Wanderungsgewinne innerhalb des Bundesgebietes wiesen 7 Länder auf, darunter insbesondere Brandenburg und Schleswig-Holstein mit einem Plus von knapp 16 800 bzw. 13 400 Menschen, während im Gegensatz dazu die Stadtstaaten Berlin und Hamburg Wanderungsverluste mit einem Minus von je über 9 000 Menschen verzeichneten. Den höchsten Wanderungsverlust innerhalb des Bundesgebietes musste jedoch Baden-Württemberg (rund -12 200 Menschen) hinnehmen.

Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ist somit 2021 in Niedersachsen mit +6,1 Personen auch deutlich höher als im Vorjahr (2020: +4,3) und im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt 2021 (+4,0). Im Ländervergleich war dieser Indikator nur in Brandenburg (+10,0), Mecklenburg-Vorpommern (+8,1) und Schleswig-Holstein (+7,9) höher. Deutlich negativ war der Wanderungssaldo in Bremen (-3,0).

■ Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2021 – Anzahl –



Insgesamt gab es von 2015 bis 2021 in Niedersachsen und von 2015 bis 2019 in Deutschland trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund von Wanderungsgewinnen.

Einbürgerungen

T4

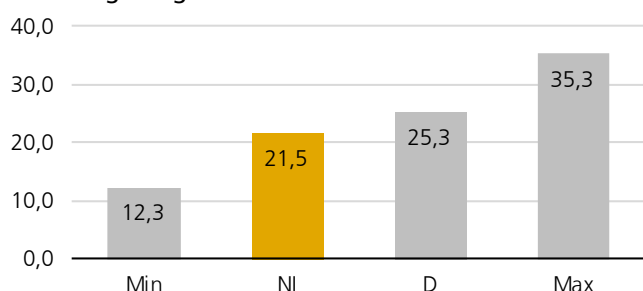
Zahl der Eingebürgerten wieder gestiegen

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einzubürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

Die Zahl der Einbürgerungen in Niedersachsen stieg 2021 gegenüber 2020 um 17,3 % auf rund 10 400 Personen. Im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2021 wurden 9 300 Personen pro Jahr aus Niedersachsen zu Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit erfolgten rund 131 600 Einbürgerungen und damit 19,8 % mehr als im Vorjahr.

Mehr als ein Viertel der Personen, die 2021 in Deutschland eingebürgert wurden, kamen aus Staaten der Europäischen Union (25,3 %). In Niedersachsen lag der Anteil der Eingebürgerten aus EU-Staaten mit 21,5 % etwas niedriger. Die Spanne reichte in den Ländern von 12,3 % in Bremen bis 35,3 % in Bayern.

■ Anteil Einbürgerungen aus EU-Staaten an allen Einbürgerungen 2021 – Prozent –

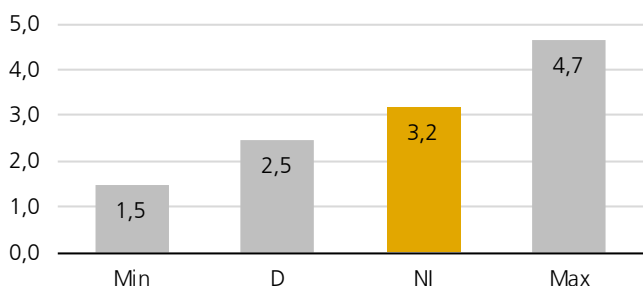


Der Indikator ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Das aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration.

Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential
T4

In Niedersachsen lag das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential 2021 bei 3,2 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,5 %. Die höchsten Quoten erreichten Mecklenburg-Vorpommern (4,7 %) und Thüringen (4,1 %). Dagegen wurden im Saarland (1,5 %) und in Baden-Württemberg (1,9 %) deutlich weniger Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren eingebürgert.

■ Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential 2021 – Prozent –



Die Niveaus der ausgeschöpften Einbürgerungspotentiale haben sich in den Ländern seit 2016 nicht wesentlich verändert. In Thüringen und Hamburg waren die Quoten am höchsten und lagen im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2021 bei 3,7 % bzw. 3,5 %. Besonders niedrige durchschnittliche Quoten verzeichneten Berlin (1,8 %), Baden-Württemberg und das Saarland (jeweils 1,9 %). In Niedersachsen betrug der Durchschnitt 2,9 % und lag damit höher als der bundesweite Durchschnitt (2,3 %).

Informationen:

Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Statistiken Bevölkerung (124), Geburten, Geburtenziffer, Sterbefälle (126) und Wanderungen (127)
- [LSN-Online](#): Bevölkerungsfortschreibung (124), Natürliche Bevölkerungsbewegung (126) und Wanderungsstatistik (127)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Bevölkerung
- **Ausländerinnen und Ausländer aus dem Ausländerzentralregister**: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Ausländische Bevölkerung - [Ergebnisse des Ausländerzentralregisters Fachserie 1 Reihe 2](#)
- [LSN-Online](#): Ausländerzentralregister (105)
- Einbürgerungen: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerung. [Einbürgerungen Fachserie 1 Reihe 2.1](#)
- [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#)
- [Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung](#): Integration > Migration und Teilhabe > Monitoring
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN): Themenbereiche > Analysen > [Integrationsmonitoring Niedersachsen](#)

Autor: Ole Becker

Tabellen Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und Dichte 31.12.

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der Ausländer/ -innen	Anteil EU-Aus- länder/ -innen AZR an Ausländer/ -innen AZR ¹⁾	Einwohner/ -innen je qkm ²⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen	
	2016	2020	2021					2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 951 893	11 103 043	11 124 642	13,4	16,4	48,5	311	+1,6	+0,2
Bayern	12 930 751	13 140 183	13 176 989	15,8	14,1	49,7	187	+1,9	+0,3
Berlin	3 574 830	3 664 088	3 677 472	4,4	20,2	35,7	4 127	+2,9	+0,4
Brandenburg	2 494 648	2 531 071	2 537 868	3,0	5,5	35,9	86	+1,7	+0,3
Bremen	678 753	680 130	676 463	0,8	19,3	29,0	1 611	-0,3	-0,5
Hamburg	1 810 438	1 852 478	1 853 935	2,2	17,3	30,0	2 455	+2,4	+0,1
Hessen	6 213 088	6 293 154	6 295 017	7,6	17,1	43,3	298	+1,3	+0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 610 674	1 610 774	1 611 160	1,9	5,0	40,5	69	+0,0	+0,0
Niedersachsen	7 945 685	8 003 421	8 027 031	9,6	10,3	40,8	168	+1,0	+0,3
Nordrhein-Westfalen	17 890 100	17 925 570	17 924 591	21,5	14,2	37,8	525	+0,2	-0,0
Rheinland-Pfalz	4 066 053	4 098 391	4 106 485	4,9	12,2	46,5	207	+1,0	+0,2
Saarland	996 651	983 991	982 348	1,2	12,3	46,5	382	-1,4	-0,2
Sachsen	4 081 783	4 056 941	4 043 002	4,9	5,7	33,8	219	-1,0	-0,3
Sachsen-Anhalt	2 236 252	2 180 684	2 169 253	2,6	5,7	32,3	106	-3,0	-0,5
Schleswig-Holstein	2 881 926	2 910 875	2 922 005	3,5	8,9	36,7	185	+1,4	+0,4
Thüringen	2 158 128	2 120 237	2 108 863	2,5	5,8	38,2	130	-2,3	-0,5
Deutschland	82 521 653	83 155 031	83 237 124	100	13,1	42,2	233	+0,9	+0,1

1) Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2021 nach dem Ausländerzentralregister (AZR) war bundesweit 8,5 % höher als die Zahl nach der Bevölkerungsfortschreibung.

2) Bodenfläche insgesamt am 31.12.2020.

Quelle (EU-Ausländerinnen und -Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2021

1.a Bevölkerungsstand und Dichte 31.12.

Land	Anteil der unter 18-Jäh- rigen	Anteil der 18- bis unter 65-Jährigen	Anteil der 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Frauen 15 bis unter 50 Jahre ¹⁾	Jugend- quotient ²⁾	Alten- quotient ³⁾	Durch- schnitts- alter	Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt	
								Frauen	Männer
								nach Sterbetafel 2019/2021	
	2021							2020	Jahre
%									
Baden-Württemberg	17,1	62,1	20,8	20,6	31,8	34,7	43,8	84,3	79,8
Bayern	16,7	62,4	20,9	20,6	30,7	34,6	44,0	83,8	79,3
Berlin	16,8	64,0	19,2	23,0	29,6	30,8	42,7	83,5	78,3
Brandenburg	16,1	58,4	25,5	17,3	31,2	44,9	47,2	83,5	77,5
Bremen	16,8	61,9	21,3	21,1	31,2	35,5	43,7	82,8	77,4
Hamburg	17,0	64,8	18,2	23,6	29,9	28,8	42,1	83,5	78,8
Hessen	17,0	61,9	21,2	20,6	31,5	35,3	44,0	83,5	79,1
Mecklenburg-Vorpommern	15,4	58,4	26,3	17,3	30,0	46,3	47,4	83,0	76,9
Niedersachsen	16,8	60,7	22,5	19,6	32,1	38,4	44,8	83,2	78,3
Nordrhein-Westfalen	17,0	61,5	21,6	20,3	31,8	36,2	44,3	82,9	78,3
Rheinland-Pfalz	16,5	61,0	22,5	19,5	31,1	38,1	45,0	83,2	78,8
Saarland	15,0	60,2	24,7	18,6	28,7	42,3	46,5	82,3	77,6
Sachsen	16,0	57,2	26,8	17,9	31,9	48,2	46,9	83,6	77,4
Sachsen-Anhalt	15,0	57,4	27,6	16,7	29,7	49,5	48,1	82,6	76,2
Schleswig-Holstein	16,3	60,2	23,5	19,2	31,2	40,3	45,6	83,2	78,6
Thüringen	15,4	57,6	27,0	17,1	30,4	48,3	47,5	83,0	77,2
Deutschland	16,7	61,2	22,1	20,0	31,3	37,3	44,6	83,4	78,5

1) An der weiblichen Bevölkerung.

2) Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

3) Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen 31.12.		Geburten- überschuss/ -defizit ¹⁾ je 1 000 Ein- wohner/ -innen 31.12.	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen		Zusammen- gefasste Geburten- ziffer (TFR) ²⁾ Frauen
	2016	2020	2021	2016	2021		2021/2016	2021/2020	
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	107 479	108 024	113 534	9,8	10,2	-0,5	+5,6	+5,1	1,63
Bayern	125 686	128 764	134 321	9,7	10,2	-1,0	+6,9	+4,3	1,62
Berlin	41 086	38 693	39 168	11,5	10,7	+0,4	-4,7	+1,2	1,39
Brandenburg	20 934	18 998	19 029	8,4	7,5	-7,2	-9,1	+0,2	1,60
Bremen	7 136	6 968	6 971	10,5	10,3	-1,8	-2,3	+0,0	1,57
Hamburg	21 480	20 431	21 018	11,9	11,3	+1,2	-2,2	+2,9	1,47
Hessen	60 731	59 389	61 546	9,8	9,8	-1,7	+1,3	+3,6	1,58
Mecklenburg-Vorpommern	13 442	12 061	11 845	8,3	7,4	-7,6	-11,9	-1,8	1,50
Niedersachsen	75 215	74 119	76 441	9,5	9,5	-2,9	+1,6	+3,1	1,66
Nordrhein-Westfalen	173 274	170 038	175 386	9,7	9,8	-2,5	+1,2	+3,1	1,60
Rheinland-Pfalz	37 518	37 632	38 647	9,2	9,4	-2,9	+3,0	+2,7	1,61
Saarland	8 215	8 155	8 339	8,2	8,5	-6,0	+1,5	+2,3	1,51
Sachsen	37 940	33 383	32 548	9,3	8,1	-7,9	-14,2	-2,5	1,53
Sachsen-Anhalt	18 092	16 113	16 024	8,1	7,4	-9,8	-11,4	-0,6	1,58
Schleswig-Holstein	25 420	24 385	25 298	8,8	8,7	-3,9	-0,5	+3,7	1,56
Thüringen	18 475	15 991	15 377	8,6	7,3	-9,2	-16,8	-3,8	1,53
Deutschland	792 141	773 144	795 492	9,6	9,6	-2,7	+0,4	+2,9	1,58

1) Anzahl der Lebendgeborenen minus Anzahl der Gestorbenen.

2) Total fertility rate (TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters.

3. Wanderungssaldo

Land	Wanderungssaldo insgesamt ¹⁾ (Zuzüge - Fortzüge)			Davon		Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen 31.12.			Veränderung des Wanderungssaldos insgesamt	
				über die Grenzen des Bundes- gebietes	innerhalb des Bundes- gebietes					
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Anzahl									
Baden-Württemberg	+76 108	+13 544	+29 843	+42 032	-12 189	+6,9	+1,2	+2,7	-46 265	+16 299
Bayern	+96 066	+33 238	+52 772	+52 362	+410	+7,4	+2,5	+4,0	-43 294	+19 534
Berlin	+54 148	-1 958	+16 241	+25 482	-9 241	+15,1	-0,5	+4,4	-37 907	+18 199
Brandenburg	+20 868	+24 812	+25 349	+8 562	+16 787	+8,4	+9,8	+10,0	+4 481	+537
Bremen	+8 583	+489	-2 059	+611	-2 670	+12,6	+0,7	-3,0	-10 642	-2 548
Hamburg	+20 201	+4 057	-70	+9 255	-9 325	+11,2	+2,2	-0,0	-20 271	-4 127
Hessen	+42 205	+16 060	+13 566	+21 842	-8 276	+6,8	+2,6	+2,2	-28 639	-2 494
Mecklenburg-Vorpommern	+5 392	+12 581	+13 055	+5 915	+7 140	+3,3	+7,8	+8,1	+7 663	+474
Niedersachsen	+39 797	+34 293	+49 124	+41 890	+7 234	+5,0	+4,3	+6,1	+9 327	+14 831
Nordrhein-Westfalen	+59 575	+24 211	+45 864	+53 660	-7 796	+3,3	+1,4	+2,6	-13 711	+21 653
Rheinland-Pfalz	+22 785	+17 328	+20 724	+17 886	+2 838	+5,6	+4,2	+5,0	-2 061	+3 396
Saarland	+5 946	+2 876	+4 444	+4 473	-29	+6,0	+2,9	+4,5	-1 502	+1 568
Sachsen	+13 242	+14 399	+18 827	+15 617	+3 210	+3,2	+3,5	+4,7	+5 585	+4 428
Sachsen-Anhalt	+4 651	+3 839	+9 989	+9 195	+794	+2,1	+1,8	+4,6	+5 338	+6 150
Schleswig-Holstein	+32 481	+19 065	+23 014	+9 652	+13 362	+11,3	+6,5	+7,9	-9 467	+3 949
Thüringen	-2 255	+1 417	+8 480	+10 729	-2 249	-1,0	+0,7	+4,0	+10 735	+7 063
Deutschland	+499 793	+220 251	+329 163	+329 163	[x]	+6,1	+2,6	+4,0	-170 630	+108 912

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte ¹⁾			Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1 000 Ausländer/-innen 31.12.		Ausgeschöpftes Einbürgerungs- potential ²⁾	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten	
	2016	2020	2021		2016	2021		2021/2016	2021/2020
	Anzahl		%		Anzahl			%	
Baden-Württemberg	17 791	15 945	17 305	34,4	11	9	1,9	-2,7	+8,5
Bayern	14 394	20 190	23 160	35,3	8	11	2,8	+60,9	+14,7
Berlin	6 127	6 410	7 820	23,1	10	9	2,1	+27,6	+22,0
Brandenburg	821	845	925	29,2	8	6	2,7	+12,7	+9,5
Bremen	1 391	1 590	2 035	12,3	12	15	3,7	+46,3	+28,0
Hamburg	5 819	4 505	5 250	19,3	19	16	3,3	-9,8	+16,5
Hessen	11 887	11 915	12 160	30,5	12	10	2,3	+2,3	+2,1
Mecklenburg-Vorpommern	533	510	860	15,7	8	10	4,7	+61,4	+68,6
Niedersachsen	8 519	8 880	10 420	21,5	11	12	3,2	+22,3	+17,3
Nordrhein-Westfalen	27 027	24 695	29 250	21,4	11	10	2,2	+8,2	+18,4
Rheinland-Pfalz	6 064	4 840	6 620	26,4	14	12	3,2	+9,2	+36,8
Saarland	1 212	950	835	32,3	11	6	1,5	-31,1	-12,1
Sachsen	1 453	1 775	1 915	18,5	8	8	3,5	+31,8	+7,9
Sachsen-Anhalt	686	695	835	16,2	7	7	3,3	+21,7	+20,1
Schleswig-Holstein	2 864	2 835	3 495	19,0	12	12	3,7	+22,0	+23,3
Thüringen	601	710	850	18,8	7	7	4,1	+41,4	+19,7
Deutschland	110 383	109 880	131 595	25,3	11	11	2,5	+19,2	+19,8

1) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte ab 2018 jeweils auf ein Vielfaches von 5 gerundet. Angaben für Deutschland einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2016: 3 194 Personen, 2020: 2 590 Personen, 2021: 7 865 Personen).

2) Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen im Inland auf die seit mindestens 10 Jahre im Inland lebende ausländische Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres.

Quelle (Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2021

Familie und Beruf

- Die Quote der in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder unter 3 Jahren sank 2021 in Niedersachsen auf 31,9 % und bei der Ganztagsbetreuung auf 13,5 % (Deutschland: 34,4 % bzw. 18,9 %). Die Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen stieg auf 38,4 % (Deutschland: 47,3 %).
- Die Zahl der Eheschließungen sank 2021 um 5,5 % (Deutschland: -4,2 %).
- Die Zahl der Scheidungen ging 2021 um 3,3 % zurück (Deutschland: -0,7 %).

Wichtige Ergebnisse

Das Thema Familie und Beruf steht seit längerem im öffentlichen Fokus. Es wurden eine Reihe staatlicher, kommunaler und politischer Maßnahmen getroffen, die insbesondere auf die frühkindliche Betreuung abzielen. Zu nennen ist hier unter anderem der seit 2013 bestehende gesetzliche Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (vgl. § 24 SGB VIII). Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Eltern auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen. Der gesetzliche Mindestanspruch auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten umfasste 2021 in Niedersachsen an 5 Tagen in der Woche 4 Stunden (vgl. auch § 7 Abs. 4 NKitaG vom 7.7.2021).

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Betreuungsquoten sinken leicht

Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe an der gleichaltrigen Bevölkerung. Bei der Ganztagsbetreuung besteht eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden je Betreuungstag.

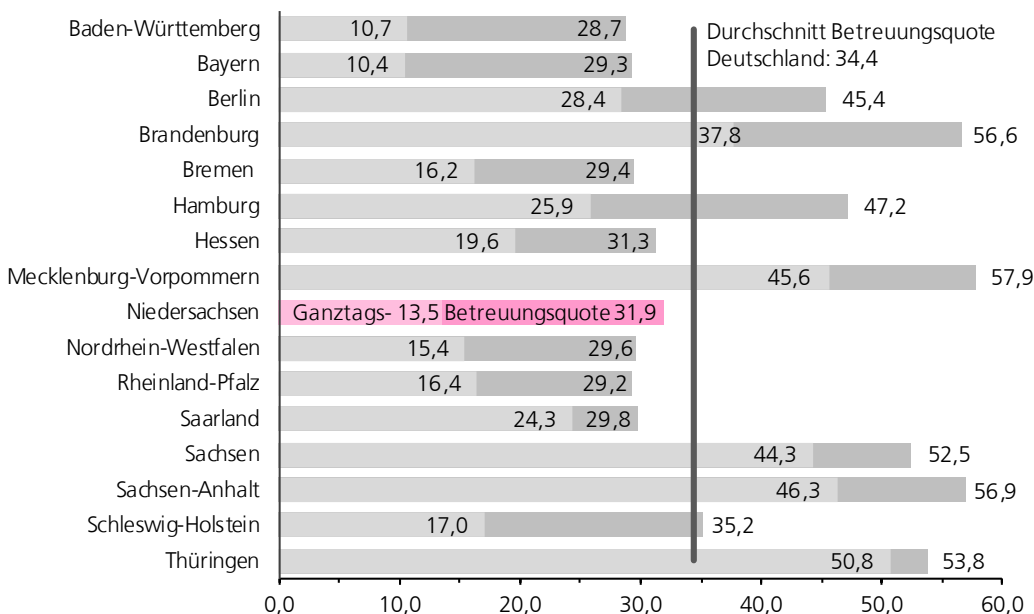
Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

In Niedersachsen wurden zum Stichtag am 1. März 2021 insgesamt rund 71 800 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Gegenüber dem Vorjahr waren das rund 2 050 Kinder weniger (-2,8 %), die eine Kindertagesstätte bzw. Tagespflegeeinrichtung besuchten. Bundesweit ging die Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren im Durchschnitt um 2,3 % zurück. In 14 von 16 Ländern sank die Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren. Niedersachsen lag dabei im Mittelfeld auf Platz 9. Lediglich Bremen (+1,0 %) und Nordrhein-Westfalen (+0,8 %) verzeichneten leichte Anstiege.

Die Betreuungsquote, bezogen auf alle gleichaltrigen Mädchen und Jungen, betrug 2021 in Niedersachsen 31,9 % und sank damit um 1,0 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Das im Jahr 2013 politisch formulierte Ziel von 35 % wurde noch nicht erreicht. Die Quote war die zweithöchste in den westdeutschen Flächenländern, lag aber deutlich unter den Quoten der ostdeutschen Flächenländer, in denen jeweils über 50 % der Kinder unter 3 Jah-

Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren 2021 und darunter Ganztagsbetreuungsquote – Prozent –



ren in Kindertagesstätten oder Tagespflegeeinrichtungen betreut wurden (Deutschland: 34,4 %).

Ganztagsbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

Auch die Ganztagsbetreuungsquote der unter 3-Jährigen sank 2021 in Niedersachsen um 0,5 Prozentpunkte auf 13,5 % (Deutschland: 18,9 %). Die Quote war im Ländervergleich die drittniedrigste nach Bayern (10,4 %) und Baden-Württemberg (10,7 %). Die höchsten Quoten mit über 40 % gab es in 4 ostdeutschen Flächenländern.

Personalschlüssel

T5

Niedrigerer Personalschlüssel

Das in Deutschland angestrebte Betreuungsverhältnis von maximal 3 Kindern unter 3 Jahren je pädagogischer Vollzeitstelle (Personalschlüssel 3,0) erreichte 2021 nur Baden-Württemberg (2,9). In Niedersachsen ergab sich mit rechnerisch 3,3 Kindern je vollzeittätiger Person gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung um -0,4. Damit lag Niedersachsen näher am empfohlenen Personalschlüssel als der Bundesdurchschnitt (3,9 Kinder je pädagogischer Vollzeitstelle).

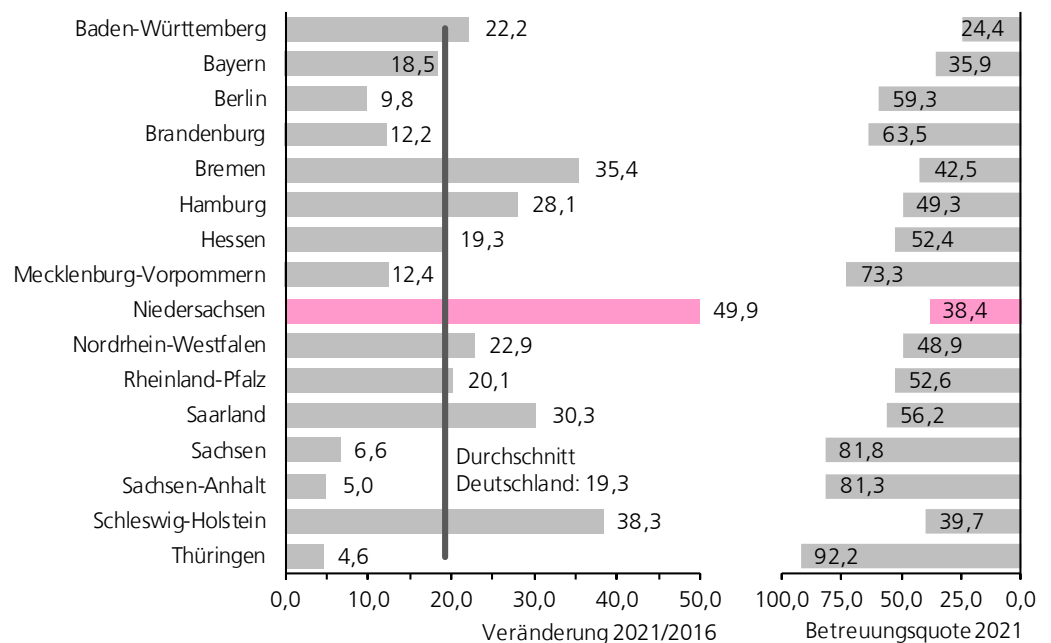
Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen

T6

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen gestiegen

In Niedersachsen wurden 2021 insgesamt rund 87 900 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit mehr als 7 Stunden Betreuung pro Betreuungstag gezählt, das entspricht einer Ganztagsbetreuungsquote von 38,4 % (Deutschland: 47,3 %). Damit wurden in dieser Altersgruppe knapp 3 500 Kinder mehr ganztags betreut als noch ein Jahr zuvor. Das entsprach einem Anstieg von 4,1 % gegenüber 2020 und war der vierthöchste im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: +0,5 %).

Veränderung der Zahl der ganztägig betreuten 3- bis unter 6-jährigen Kinder 2021 gegenüber 2016 sowie Betreuungsquote 2021 – Prozent –



Im mittelfristigen Ländervergleich 2021 gegenüber 2016 wies Niedersachsen den höchsten Wert in der Veränderung der Ganztagsbetreuung auf. Die Steigerung von 49,9 % innerhalb von 5 Jahren deutet auf einen kontinuierlichen Ausbau der Ganztagsbetreuung in Niedersachsen hin. Dennoch hatte Niedersachsen 2021 die drittniedrigste Ganztagsbetreuungsquote nach Baden-Württemberg (24,4 %) und Bayern (35,9 %).

Elterngeldbezug: Positive Auswirkungen des ElterngeldPlus

Elterngeldbezug

T7

Eine weitere staatliche Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes und kann für bis zu 14 Monate bezogen werden. Elterngeld wird vom Tage der Geburt bis zum Ende des 14. Lebensmonats an Mütter und Väter ausbezahlt, um das fehlende Einkommen während der Betreuungszeit des Kindes auszugleichen. Seit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monate) und von den Elternteilen flexibler gestaltet werden.

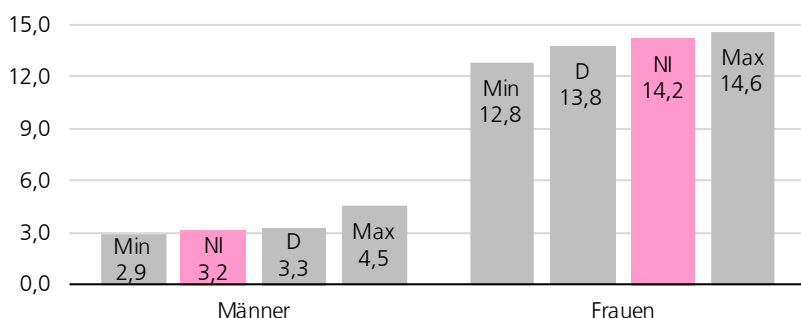
Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbeziehender Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde.

Der Leistungsbezug von Elterngeld für 2019 geborene Kinder endete 2022 in Niedersachsen für rund 99 500 Eltern. Gegenüber 2016 (für 2014 geborene Kinder) stieg die Zahl der beendeten Bezüge um 16,1 % (Bundesdurchschnitt: +12,1 %). Die Väterbeteiligung stieg in Niedersachsen in diesem Zeitraum um 11,4 Prozentpunkte und lag 2022 bei 42,9 %. In Sachsen war der Väteranteil 2022 mit 54,8 % am höchsten; im Saarland war er mit 32,2 % am niedrigsten (Bundesdurchschnitt: 43,5 %).

Der Anteil der Mütter und Väter von Neugeborenen, die vor der Geburt erwerbstätig waren, stieg bundesweit und auch in Niedersachsen weiter an. Unter denjenigen, die im Jahr 2019 Eltern wurden, waren 71,8 % der weiblichen Leistungsbeziehenden vor der Geburt des Kindes erwerbstätig (Deutschland: 73,3 %); bei den Männern waren es 92,6 % (Deutschland: 94,3 %).

Durch die Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 wurden weitere Impulse für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben. Beide Elternteile zusammen können für Kinder, die ab 1. Juli 2015 geboren wurden, bis zu 36 Monate Elterngeld beziehen und in Teilzeit berufstätig sein. Dies wirkte sich auf die durchschnittliche Bezugsdauer bei der Geschlechter positiv aus. Vor der Einführung des ElterngeldPlus betrug die durchschnittliche Bezugsdauer für Mütter von 2014 geborenen Kindern 11,6 Monate und für Väter 3,1 Monate. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Müttern, die 2019 ein Kind bekamen, stieg um 2,6 Monate (auf 14,2 Monate). Bei den Vätern stieg die durchschnittliche Bezugsdauer im gleichen Zeitraum um 0,1 Monate auf 3,2 Monate. Damit lag die durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld in Niedersachsen bei den Männern knapp unter dem Bundesdurchschnitt (3,3 Monate), bei den Frauen lag diese Bezugsdauer um 0,4 Monate über dem Bundesdurchschnitt.

Durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld durch Männer und Frauen für 2019 geborene Kinder (bis März 2022) – Monate –



Ein Viertel der Erwerbstätigen arbeitet in Teilzeit

Teilzeitbeschäftigung

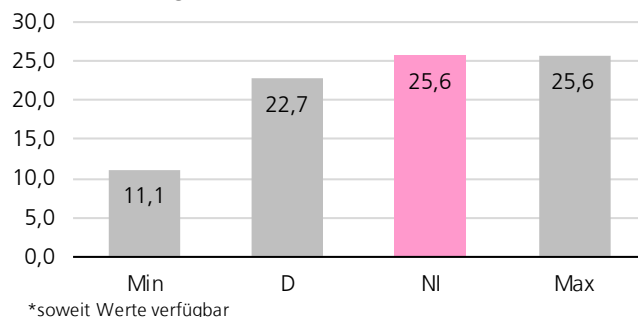
T8

Als Teilzeitbeschäftigte wurden bis zum Jahr 2019 im Mikrozensus alle Personen gezählt, die bis zu 31 Stunden pro Woche arbeiten, ab 2020 sind es bis zu 29 Wochenstunden (jeweils ohne Auszubildende). Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nicht sinnvoll. Seit dem Jahr 2017 werden zudem nur noch Personen in Privathaushalten befragt (ohne Gemeinschaftsunterkünfte, z. B. Alten- und Pflegeheime).

Auf einen Vergleich der Daten für 2021 mit den Vorjahren wird aufgrund der umfassenden methodischen Umstellung der Datenbasis Mikrozensus und der eingeschränkten Vergleichbarkeit verzichtet.

In Niedersachsen arbeiteten 2021 rund 979 000 Erwerbstätige in Teilzeit. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag bei 25,6 %, was den höchsten Wert unter den Ländern darstellt. Dahinter folgen Nordrhein-Westfalen (25,5 %) und Rheinland-Pfalz (25,1 %), wo ebenfalls etwa jede 4. erwerbstätige Person in Teilzeit arbeitete. In den 5 ostdeutschen Flächenländern war der Teilzeitanteil mit Werten zwischen 11,1 % und 13,3 % deutlich niedriger (Deutschland: 22,7 %).

■ Anteil Erwerbstätige in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2021* – Prozent –



Teilzeitarbeit ist weiterhin überwiegend von Frauen geprägt. In Niedersachsen waren 2021 knapp 4 von 5 Teilzeitarbeitskräften Frauen (78,0 %). In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in den ostdeutschen Ländern arbeitete ein vergleichsweise höherer Anteil an Männern in Teilzeit. In Berlin betrug der Anteil der Frauen in Teilzeit lediglich 60,3 %, in Bayern hingegen 80,3 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 75,9 %.

Alleinerziehende

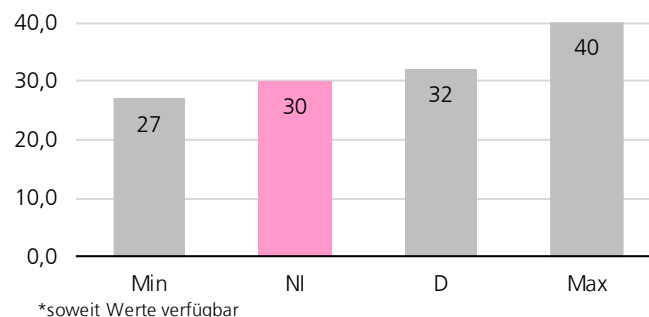
T9

4 von 5 Alleinerziehenden waren Frauen

Die Zahl der Alleinerziehenden belief sich 2021 in Niedersachsen auf rund 241 000 Personen. Deutschlandweit waren es 2,6 Mio. Personen. 4 von 5 Alleinerziehenden waren 2021 in Niedersachsen Frauen (80,6 %), bundesdurchschnittlich war der Anteil mit 82,3 % etwas höher. In Mecklenburg-Vorpommern war der Anteil der Frauen an allen Alleinerziehenden im Ländervergleich am höchsten (84,9 %) und im Saarland am niedrigsten (77,2 %).

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kamen 2021 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen 30 Alleinerziehende; bundesweit waren es durchschnittlich 32. Weniger Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner als in Niedersachsen gab es nur in Bayern (27); in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg war der Wert auf gleichem Niveau (30). Die höchsten Werte verzeichneten Berlin (40), gefolgt von Sachsen-Anhalt und Hamburg (jeweils 39).

■ Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2021* – Anzahl –



Eheschließungen

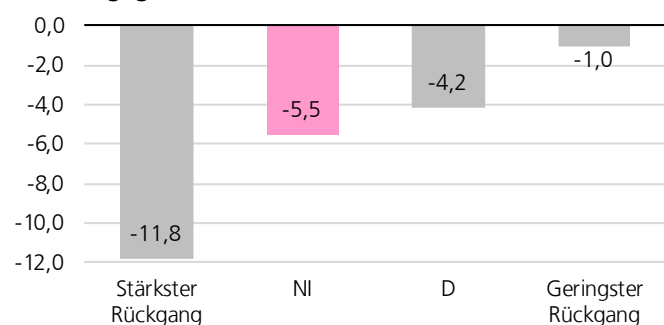
T10

Eheschließungen auf Tiefststand

Mit 36 649 Eheschließungen haben 2021 in Niedersachsen so wenig Paare wie nie zuvor geheiratet (Zahlen liegen ab 1956 vor). Gegenüber dem ersten Corona-Jahr 2020, in dem die Eheschließungen bereits deutlich zurückgegangen waren (-8,6 %), ist die Zahl nochmals um 5,5 % gesunken. Auch alle anderen Länder verzeichneten im zweiten Corona-

Jahr eine rückläufige Zahl der Eheschließungen um bundesweit durchschnittlich -4,2 % auf rund 357 800. Dies bedeutet ebenfalls einen historischen Tiefststand, denn weniger Eheschließungen wurden auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik lediglich während des Ersten Weltkriegs in den Jahren 1915 bis 1918 registriert. Mittelfristig 2016 gegenüber 2021 betrug der Rückgang in Niedersachsen 11,2 % (Deutschland: -12,8 %). Insbesondere in Hamburg (-26,6 %), Thüringen (-23,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-23,1 %) ging die Zahl der Eheschließungen erheblich zurück.

Veränderung der Zahl der Eheschließungen 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen 2021 rechnerisch 45,7 Ehen geschlossen. Dies waren nochmals 2,8 weniger als im ersten Corona-Jahr 2020 (48,5), in dem dieser Indikator bereits deutlich um 4,6 sank (2019: 53,1). Wie in den letzten Jahren wies Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich den höchsten Wert auf (2021: 55,7) und Hamburg den niedrigsten (2021: 25,3). Für die regionale Zuordnung einer Eheschließung ist allerdings nicht der Wohnort der Eheleute maßgeblich, sondern der Ort der Eheschließung. Häufig sind touristisch beliebte Reiseziele auch bei Paaren beliebte Orte zur Eheschließung, was die regionale Verteilung der Werte beeinflusst.

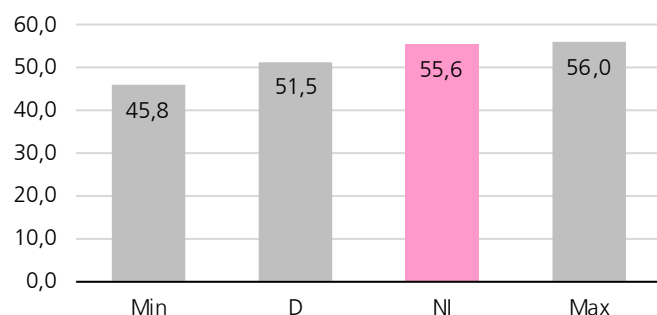
Zahl der Scheidungen weiter rückläufig

Ehescheidungen
T11

Insgesamt wurden 2021 in Niedersachsen 14 420 Ehen durch richterliche Entscheidung geschieden. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % (Deutschland: -0,7 %), der den Trend der Vorjahre bestätigt. Im mittelfristigen Vergleich zu 2016 ging die Zahl der Scheidungen deutlich um 15,8 % zurück (Deutschland: -12,1 %). Eine Tendenz zu weniger Scheidungen zeigte sich mittelfristig in allen Ländern mit Ausnahme Hamburgs (+2,2 %). Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2021 in Niedersachsen rechnerisch 18,0 Scheidungen (Bundesdurchschnitt: 17,2). Das waren ebenfalls weniger als 2016 (Niedersachsen: 21,5; Deutschland: 19,7).

Bei mehr als jeder zweiten Scheidung in Deutschland waren 2021 minderjährige Kinder betroffen (51,5 %). Der Anteil betrug in Niedersachsen 55,6 % und stellte nach Sachsen-Anhalt (56,0 %) den zweithöchsten Wert unter den Ländern dar.

Anteil Ehescheidungen von Paaren mit minderjährigen Kindern an allen Ehescheidungen 2021 – Prozent –

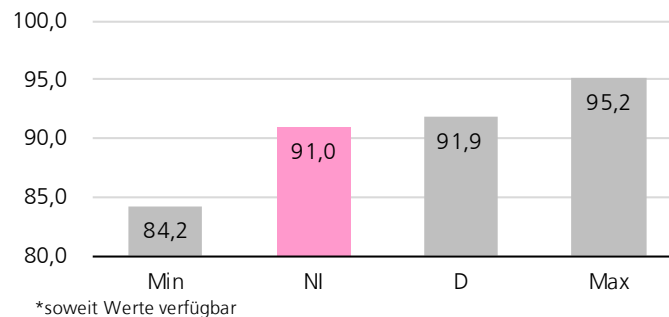


Unterdurchschnittlicher Anteil privater Haushalte mit Internetzugang

Die amtliche Erhebung über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wurde bis zum Erhebungsjahr 2020 als eigenständige freiwillige Haushaltsbefragung durchgeführt. Seit 2021 ist die Erhebung als zufallsbasierte Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert, die Auskunft ist zum Teil verpflichtend und zum Teil freiwillig. Aufgrund der Integration in den Mikrozensus und der damit einhergehenden Anpassung des Stichprobendesigns ist die Repräsentativität der IKT-Erhebung gestiegen. Einheitliche Definitionen und methodische Mindeststandards erlauben eine EU-weite Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Mikrozensus-Unterstichprobe zur Internetnutzung dient dazu, ein europaweit vergleichbares Bild der Ausstattung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten zu erstellen.

91,0 % aller niedersächsischen Privathaushalte verfügten 2021 über einen Internetzugang mit einer festen und/oder mobilen Verbindung. Damit lag Niedersachsen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 91,9 %. Im Ländervergleich hatten Hessen (95,2 %), Berlin (94,7 %) und Schleswig-Holstein (94,1 %) die höchsten Anteile an privaten Haushalten mit Internetzugang, während Sachsen-Anhalt (84,2 %), Mecklenburg-Vorpommern (87,3 %) und Thüringen (88,5 %) die niedrigsten Anteile aufwiesen. Für Bremen und das Saarland lagen für das Erhebungsjahr 2021 keine Ergebnisse vor.

Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang insgesamt 2021* – Prozent –



Unter den Haushalten mit Internetzugang verfügten in Niedersachsen 86,8 % über einen Breitbandanschluss und somit 2 Prozentpunkte weniger als in Deutschland (88,8 %). Zu den Breitbandverbindungen zählen zum Beispiel DSL, Kabel und Satellit (feste Breitbandverbindung) und UMTS, HSDPA und LTE (mobile Breitbandverbindung).

Aufgrund der Integration der IKT-Erhebung in den Mikrozensus und den damit einhergehenden Veränderungen der Methodik und der Stichprobe sowie den Auswirkungen der anhaltenden Corona-Pandemie im Erhebungsjahr 2021 sind Vergleiche zu den Vorjahresergebnissen nur sehr eingeschränkt möglich und werden aus diesem Grund nicht vorgenommen.

Informationen:

- **Kinderbetreuung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Soziales – Kindertagesbetreuung – [Karten zur Statistik der Kindertagesbetreuung](#) sowie [Regionaldatenbank Deutschland](#) (22543 Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege)
- **Regionalmonitoring Niedersachsen:** Soziales > Betreuung und Pflege
- Das [niedersächsische Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder \(NKiTaG\)](#) § 7 Abs. 4
- Das [Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe \(SGB VIII\)](#) § 24
- **Elterngeldstatistik:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Soziales – [Eltern- und Kindergeld](#) – Beendete Leistungsbezüge jährlich: Statistik zum Elterngeld
- **Familien und Erwerbstätigkeit** nach Familientypen: LSN: Themen: Haushalte und Familien – Mikrozensus: [Privathaushalte in Niedersachsen](#)
- **Eheschließungen:** [Regionaldatenbank Deutschland](#) (12611 Statistik der Eheschließungen)
- [LSN Online](#) (130 Eheschließungen)
- **Ehescheidungen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#) (12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen)
- [LSN Online](#) (140 Ehescheidungen)
- **Internetzugang:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Einkommen, Konsum und Lebensbedingungen – [IT-Nutzung](#)
- LSN: Themen: Haushalte und Familien – Mikrozensus: [Privathaushalte in Niedersachsen](#)
- LSN: [Monatsheft 2022-05](#): Konsumverhalten und Online-Kontakte: So nutzten niedersächsische Haushalte 2021 das Internet, S. 258

Autorinnen: Jenny Gentz, Rita Skorka, Carola Steenhoff

Tabellen Familie und Beruf

5. Kinderbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021			2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%					Anzahl	%
Baden-Württemberg	82 534	98 546	94 007	27,7	30,0	28,7	10,7	2,9	+13,9	-4,6
Bayern	95 243	114 186	113 298	27,2	29,6	29,3	10,4	3,5	+19,0	-0,8
Berlin	50 589	52 407	51 887	45,9	44,9	45,4	28,4	5,1	+2,6	-1,0
Brandenburg	34 549	36 303	34 824	57,2	57,7	56,6	37,8	5,1	+0,8	-4,1
Bremen	5 033	6 007	6 067	27,0	29,0	29,4	16,2	3,2	+20,5	+1,0
Hamburg	23 977	28 429	28 184	42,9	46,7	47,2	25,9	4,1	+17,5	-0,9
Hessen	50 034	58 423	56 559	29,7	31,9	31,3	19,6	3,6	+13,0	-3,2
Mecklenburg-Vorpommern	22 367	22 674	22 219	56,0	57,6	57,9	45,6	5,8	-0,7	-2,0
Niedersachsen	58 176	73 853	71 804	28,4	32,9	31,9	13,5	3,3	+23,4	-2,8
Nordrhein-Westfalen	122 774	151 736	152 948	25,7	29,2	29,6	15,4	3,7	+24,6	+0,8
Rheinland-Pfalz	31 268	35 831	33 506	29,9	31,2	29,2	16,4	3,4	+7,2	-6,5
Saarland	6 389	7 321	7 293	28,6	29,8	29,8	24,3	3,6	+14,1	-0,4
Sachsen	55 657	57 015	54 620	50,6	52,8	52,5	44,3	5,3	-1,9	-4,2
Sachsen-Anhalt	30 368	30 603	28 866	57,0	58,3	56,9	46,3	5,4	-4,9	-5,7
Schleswig-Holstein	21 887	27 038	26 773	30,9	35,2	35,2	17,0	3,5	+22,3	-1,0
Thüringen	28 713	28 791	27 053	52,2	54,8	53,8	50,8	5,1	-5,8	-6,0
Deutschland	719 558	829 163	809 908	32,7	35,0	34,4	18,9	3,9	+12,6	-2,3

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) Der Personalschlüssel gibt die Anzahl der Kinder an, die rechnerisch von einer pädagogisch vollzeittätigen Person betreut werden.

6. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der ganztätig betreuten Kinder	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	65 339	81 145	79 817	22,7	25,3	24,4	+22,2	-1,6
Bayern	115 917	140 432	137 339	34,8	37,5	35,9	+18,5	-2,2
Berlin	61 317	69 424	67 320	60,8	61,5	59,3	+9,8	-3,0
Brandenburg	39 555	45 442	44 394	62,7	65,8	63,5	+12,2	-2,3
Bremen	6 288	7 936	8 514	37,3	40,4	42,5	+35,4	+7,3
Hamburg	22 417	29 800	28 709	45,6	52,0	49,3	+28,1	-3,7
Hessen	81 278	98 850	96 992	49,7	54,5	52,4	+19,3	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	27 484	31 161	30 898	67,6	73,9	73,3	+12,4	-0,8
Niedersachsen	58 638	84 452	87 906	29,1	37,6	38,4	+49,9	+4,1
Nordrhein-Westfalen	208 844	244 435	256 682	45,1	47,5	48,9	+22,9	+5,0
Rheinland-Pfalz	51 668	61 180	62 052	50,8	53,3	52,6	+20,1	+1,4
Saarland	10 814	13 904	14 086	48,7	56,6	56,2	+30,3	+1,3
Sachsen	87 853	95 141	93 635	81,1	83,1	81,8	+6,6	-1,6
Sachsen-Anhalt	43 345	46 052	45 500	81,5	82,4	81,3	+5,0	-1,2
Schleswig-Holstein	22 910	29 580	31 674	32,0	37,8	39,7	+38,3	+7,1
Thüringen	49 632	52 505	51 934	90,8	92,2	92,2	+4,6	-1,1
Deutschland	953 299	1 131 439	1 137 452	44,8	47,9	47,3	+19,3	+0,5

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt			Veränderung der Zahl beendeter Bezüge – insgesamt	Väterbeteiligung ¹⁾ am Elterngeldbezug		Anteil der Beziehenden, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren		Durchschnittliche Bezugsdauer ²⁾					
	für 2014 geb. Kinder	für 2018 geb. Kinder	für 2019 geb. Kinder		für 2014 geb. Kinder	für 2019 geborene Kinder								
						2016	bis März 2021	bis März 2022	2022/2016	2016	bis März 2022			
											Anzahl		%	
Baden-Württemberg	131 181	150 107	151 372	+15,4	39,2	46,7	96,0	74,7	2,9	13,8				
Bayern	158 643	179 757	182 994	+15,3	42,2	50,7	95,8	77,0	2,9	13,4				
Berlin	48 698	53 494	52 824	+8,5	39,7	46,1	92,0	69,7	4,3	12,8				
Brandenburg	25 463	28 413	27 327	+7,3	36,6	48,4	94,2	79,8	3,0	12,9				
Bremen	7 408	8 836	8 903	+20,2	27,1	36,3	89,0	55,5	4,5	13,8				
Hamburg	25 216	28 164	28 068	+11,3	38,0	45,9	95,3	74,6	3,5	12,9				
Hessen	69 989	78 000	77 200	+10,3	33,1	38,9	93,8	70,4	3,5	13,7				
Mecklenburg-Vorpommern	15 890	17 049	16 761	+5,5	28,0	39,9	93,8	77,8	3,0	12,9				
Niedersachsen	85 675	98 380	99 498	+16,1	31,5	42,9	92,6	71,8	3,2	14,2				
Nordrhein-Westfalen	188 673	215 694	214 961	+13,9	27,5	36,7	93,3	70,0	3,8	14,1				
Rheinland-Pfalz	41 724	47 872	47 722	+14,4	30,3	39,4	92,9	70,7	3,2	14,6				
Saarland	8 805	9 989	10 103	+14,7	24,1	32,2	94,1	65,6	3,2	14,0				
Sachsen	50 982	52 545	51 013	+0,1	44,7	54,8	95,1	80,8	3,1	13,7				
Sachsen-Anhalt	21 236	22 546	21 816	+2,7	28,6	40,1	93,6	73,0	3,3	13,2				
Schleswig-Holstein	28 696	31 687	31 294	+9,1	29,4	37,9	93,1	75,4	3,6	13,9				
Thüringen	24 674	24 821	23 766	-3,7	40,6	50,2	94,4	79,2	2,9	14,1				
Deutschland	932 953	1 047 354	1 045 622	+12,1	34,8	43,5	94,3	73,3	3,3	13,8				

1) Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbezieher Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde.

2) Mit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monaten). Elterngeldbezüge können mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln.

8. Erwerbstätige (am Wohnort)¹⁾ in Teilzeitarbeit²⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauenanteil an Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt	
	2016	2020 ³⁾	2021 ⁴⁾	2016	2020	2021		2021/2016	2021/2020
	Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	1 653	[x]	1 352	79,6	[x]	78,7	24,2	[x]	[x]
Bayern	1 854	[x]	1 611	81,3	[x]	80,3	23,9	[x]	[x]
Berlin	459	[x]	342	63,1	[x]	60,3	19,2	[x]	[x]
Brandenburg	268	[x]	153	72,8	[x]	68,5	12,7	[x]	[x]
Bremen ⁵⁾	102	[x]	[u]	71,5	[x]	[u]	[u]	[x]	[x]
Hamburg	236	[x]	188	74,0	[x]	70,2	20,2	[x]	[x]
Hessen	914	[x]	733	77,3	[x]	73,4	24,6	[x]	[x]
Mecklenburg-Vorpommern	172	[x]	97	75,2	[x]	66,9	13,1	[x]	[x]
Niedersachsen	1 127	[x]	979	80,0	[x]	78,0	25,6	[x]	[x]
Nordrhein-Westfalen	2 465	[x]	2 112	78,8	[x]	75,6	25,5	[x]	[x]
Rheinland-Pfalz	616	[x]	498	79,5	[x]	77,4	25,1	[x]	[x]
Saarland	141	[x]	108	80,6	[x]	78,1	23,6	[x]	[x]
Sachsen	429	[x]	247	71,8	[x]	68,3	13,3	[x]	[x]
Sachsen-Anhalt	219	[x]	107	76,0	[x]	69,1	11,1	[x]	[x]
Schleswig-Holstein	413	[x]	344	77,3	[x]	77,5	24,4	[x]	[x]
Thüringen	220	[x]	130	75,1	[x]	69,5	13,2	[x]	[x]
Deutschland	11 287	[x]	9 083	77,9	[x]	75,9	22,7	[x]	[x]

1) Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Ohne Auszubildende; Teilzeit ab 2020 definiert als bis 29 geleistete Arbeitsstunden pro Woche, bis 2019 als bis zu 31 geleistete Arbeitsstunden pro Woche, daher Vergleich mit Vorjahren nicht sinnvoll.

3) Auf die Verwendung der Mikrozensus-Ergebnisse 2020 wird verzichtet, da die Datenqualität eingeschränkt ist (methodische Effekte der Umstellung sowie Folgen der Corona-Pandemie).

4) Erstergebnis 2021 - Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

5) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

9. Alleinerziehende¹⁾

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen			Alleinerziehende je 1 000 Ein- wohner/-innen	Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2016	2020 ²⁾	2021 ³⁾	2016	2020	2021		2021/2016	2021/2020
	Anzahl in 1 000			%				Anzahl	%
Baden-Württemberg	339	[x]	332	84,4	[x]	80,5	30	-2,0	[x]
Bayern	393	[x]	352	83,4	[x]	83,8	27	-10,4	[x]
Berlin	147	[x]	144	87,6	[x]	83,7	40	-2,1	[x]
Brandenburg	93	[x]	95	83,7	[x]	82,8	38	+2,2	[x]
Bremen ⁴⁾	25	[x]	[u]	88,0	[x]	[u]	[u]	[u]	[x]
Hamburg	65	[x]	71	85,6	[x]	83,6	39	+9,1	[x]
Hessen	199	[x]	209	84,8	[x]	82,6	34	+5,2	[x]
Mecklenburg-Vorpommern	63	[x]	59	87,6	[x]	84,9	37	-6,5	[x]
Niedersachsen	261	[x]	241	84,2	[x]	80,6	30	-7,7	[x]
Nordrhein-Westfalen	566	[x]	552	85,0	[x]	82,8	31	-2,6	[x]
Rheinland-Pfalz	135	[x]	129	84,2	[x]	81,8	32	-4,0	[x]
Saarland	34	[x]	30	84,5	[x]	77,2	31	-10,0	[x]
Sachsen	131	[x]	129	86,1	[x]	82,0	32	-1,9	[x]
Sachsen-Anhalt	80	[x]	83	86,2	[x]	82,2	39	+2,7	[x]
Schleswig-Holstein	90	[x]	86	87,2	[x]	81,5	30	-4,7	[x]
Thüringen	80	[x]	75	84,1	[x]	83,8	36	-6,9	[x]
Deutschland	2 701	[x]	2 614	84,9	[x]	82,3	32	-3,2	[x]

1) Seit 2017 wird die Frage nach unverheirateten Paaren im Haushalt mit Auskunftspflicht erhoben. Die Anzahl der nachgewiesenen unverheirateten Paare ist dadurch leicht gestiegen, während die durch den Mikrozensus erfasste Anzahl der Alleinerziehenden zurückgegangen ist. 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Auf die Verwendung der Mikrozensus-Ergebnisse 2020 wird verzichtet, da die Datenqualität eingeschränkt ist (methodische Effekte der Umstellung sowie Folgen der Corona-Pandemie).

3) Erstergebnis 2021 - Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

4) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

10. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2016 ¹⁾	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	54 556	50 533	48 884	49,9	45,5	44,0	-10,4	-3,3
Bayern	66 324	61 138	59 680	51,5	46,6	45,4	-10,0	-2,4
Berlin	13 748	12 288	12 163	38,7	33,6	33,2	-11,5	-1,0
Brandenburg	13 817	12 809	11 819	55,5	50,7	46,7	-14,5	-7,7
Bremen	2 677	2 765	2 439	39,6	40,7	36,1	-8,9	-11,8
Hamburg	6 388	4 766	4 689	35,5	25,8	25,3	-26,6	-1,6
Hessen	29 697	27 084	26 589	48,1	43,1	42,3	-10,5	-1,8
Mecklenburg-Vorpommern	11 660	9 560	8 972	72,5	59,4	55,7	-23,1	-6,2
Niedersachsen	41 284	38 791	36 649	51,9	48,5	45,7	-11,2	-5,5
Nordrhein-Westfalen	87 060	79 325	76 770	48,7	44,2	42,9	-11,8	-3,2
Rheinland-Pfalz	21 218	18 909	18 528	52,2	46,2	45,2	-12,7	-2,0
Saarland	4 980	4 339	4 154	49,9	44,1	42,2	-16,6	-4,3
Sachsen	18 750	16 890	15 150	46,0	41,6	37,5	-19,2	-10,3
Sachsen-Anhalt	10 465	9 187	8 427	46,7	42,0	38,8	-19,5	-8,3
Schleswig-Holstein	17 687	16 383	15 158	61,5	56,4	52,0	-14,3	-7,5
Thüringen	10 115	8 537	7 728	46,8	40,2	36,6	-23,6	-9,5
Deutschland	410 426	373 304	357 799	49,8	44,9	43,0	-12,8	-4,2

1) Bis 2017 ohne Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts.

11. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen insgesamt			Darunter von Paaren mit minderjährigen Kindern ¹⁾	Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl		%		Anzahl		%		
Baden-Württemberg	19 664	18 081	18 374	50,7	18,0	16,3	16,5	-6,6	+1,6
Bayern	24 134	21 484	21 605	51,6	18,7	16,4	16,4	-10,5	+0,6
Berlin	6 253	5 449	5 842	46,7	17,6	14,9	15,9	-6,6	+7,2
Brandenburg	4 691	4 156	4 167	45,8	18,9	16,5	16,5	-11,2	+0,3
Bremen	1 419	1 188	1 137	46,9	21,0	17,5	16,8	-19,9	-4,3
Hamburg	3 204	2 959	3 275	48,6	17,8	16,0	17,7	+2,2	+10,7
Hessen	13 264	11 751	12 037	52,6	21,5	18,7	19,2	-9,3	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	2 866	2 577	2 499	52,3	17,8	16,0	15,5	-12,8	-3,0
Niedersachsen	17 120	14 908	14 420	55,6	21,5	18,6	18,0	-15,8	-3,3
Nordrhein-Westfalen	37 650	32 554	31 891	51,5	21,1	18,2	17,8	-15,3	-2,0
Rheinland-Pfalz	8 897	7 800	7 416	47,8	21,9	19,1	18,1	-16,6	-4,9
Saarland	2 209	1 916	1 925	54,2	22,1	19,5	19,6	-12,9	+0,5
Sachsen	6 698	6 217	5 760	55,0	16,4	15,3	14,2	-14,0	-7,4
Sachsen-Anhalt	4 183	3 389	3 458	56,0	18,7	15,5	15,9	-17,3	+2,0
Schleswig-Holstein	6 194	5 953	5 660	48,4	21,5	20,5	19,4	-8,6	-4,9
Thüringen	3 951	3 419	3 285	52,8	18,3	16,1	15,5	-16,9	-3,9
Deutschland	162 397	143 801	142 751	51,5	19,7	17,3	17,2	-12,1	-0,7

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

12. Ausstattung der privaten Haushalte mit Internetzugang und Breitbandanschluss

Land	Anteil der Haushalte mit Internetzugang insgesamt ¹⁾			Darunter Haushalte mit Breitbandanschluss ²⁾	Hochgerechnete private Haushalte ³⁾	Veränderung Anteil der Haushalte mit Internetzugang insgesamt	
	2016 ⁴⁾	2020 ⁴⁾	2021 ⁵⁾			2021/2016	2021/2020
	%				Anzahl in 1 000	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	[x]	[x]	91,5	87,9	4 573	[x]	[x]
Bayern	[x]	[x]	91,0	89,7	5 512	[x]	[x]
Berlin	[x]	[x]	94,7	91,1	2 033	[x]	[x]
Brandenburg	[x]	[x]	89,6	85,1	1 279	[x]	[x]
Bremen	[x]	[x]	[u]	[u]	[u]	[x]	[x]
Hamburg	[x]	[x]	93,0	92,2	597	[x]	[x]
Hessen	[x]	[x]	95,2	91,6	2 606	[x]	[x]
Mecklenburg-Vorpommern	[x]	[x]	87,3	80,1	696	[x]	[x]
Niedersachsen	[x]	[x]	91,0	86,8	3 549	[x]	[x]
Nordrhein-Westfalen	[x]	[x]	93,4	91,0	7 496	[x]	[x]
Rheinland-Pfalz	[x]	[x]	93,1	91,2	1 897	[x]	[x]
Saarland	[x]	[x]	[u]	[u]	[u]	[x]	[x]
Sachsen	[x]	[x]	91,9	89,2	1 422	[x]	[x]
Sachsen-Anhalt	[x]	[x]	84,2	79,3	1 234	[x]	[x]
Schleswig-Holstein	[x]	[x]	94,1	90,4	1 038	[x]	[x]
Thüringen	[x]	[x]	88,5	86,4	740	[x]	[x]
Deutschland	[x]	[x]	91,9	88,8	35 231	[x]	[x]

1) Feste und/oder mobile Verbindung; unabhängig davon, ob der Zugang tatsächlich genutzt wird.

2) Feste Breitbandverbindung (z. B. DSL, Kabel, Satellit) und/oder mobile Breitbandverbindung (z. B. UMTS, HSDPA, LTE).

3) Die Erhebung „Internet- und Kommunikationstechnologien“ (IKT) wird seit dem Erhebungsjahr 2020 als zufällige Unterstichprobe des Mikrozensus durchgeführt. Der Mikrozensus befragt jährlich 1 % der Bevölkerung, für die IKT-Unterstichprobe gilt ein Auswahlatz von bis zu 3,5 %.

4) Mit der Integration der IKT-Erhebung als Unterstichprobe in den Mikrozensus gehen eine Anpassung der Methodik sowie des Stichprobendesigns einher, die Angaben zum Internetzugang sind nun verpflichtend. Die Vergleichbarkeit zu den Vorjahresergebnissen ist somit nur sehr eingeschränkt möglich. Aus diesem Grund werden die Ergebnisse der IKT-Erhebung bis zum Erhebungsjahr 2020 an dieser Stelle nicht dargestellt.

5) Erstergebnis des Mikrozensus 2021 - Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. 2021 erste Veröffentlichung im Mikrozensus nach Integration des Erhebungsteils zu Internet- und Kommunikationstechnologien, die 2020 im Rahmen einer umfassenden methodischen Umstellung der Erhebung des Mikrozensus erfolgte.

Quelle: Mikrozensus 2021

Erwerbstätigkeit

Die Entwicklungen des Arbeitsmarktes wurden auch 2021 noch teilweise durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beeinflusst. Im Vergleich zu 2020 ging die Arbeitslosigkeit zurück, blieb aber über dem Niveau von 2019.

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 %, während die Zahl der Minijobs um 1,9 % sank (Deutschland: +1,4 % bzw. -2,6 %).
- Zugleich sank die Arbeitslosenquote in Niedersachsen 2021 um 0,3 Prozentpunkte auf 5,5 % und bundesdurchschnittlich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,7 %.

Wichtige Ergebnisse

Zahl der Erwerbstätigen knapp unter der 4-Millionen-Marke

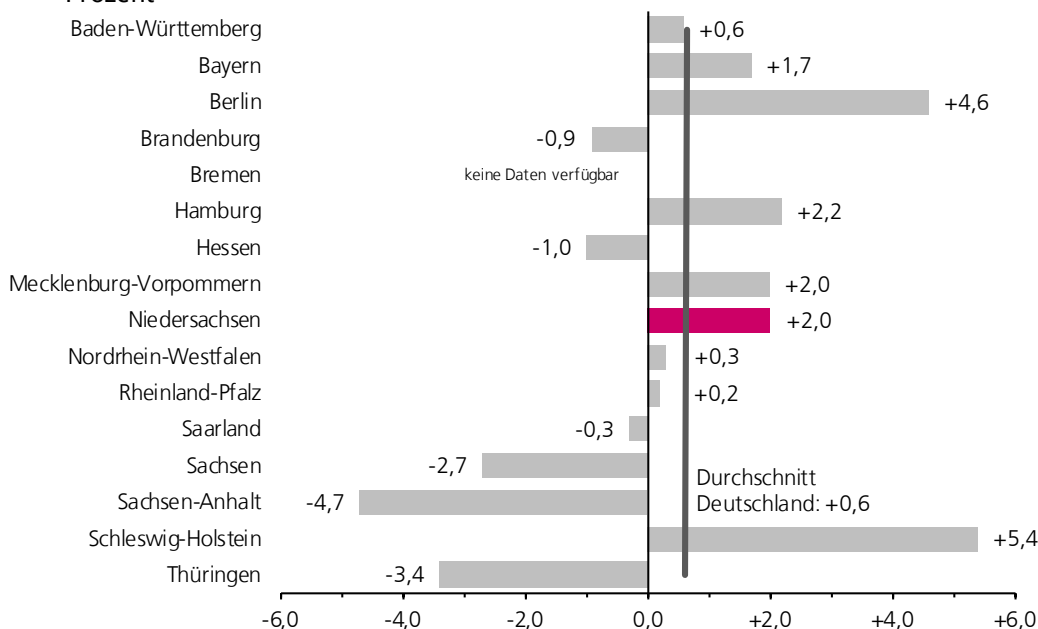
Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen am Wohnort (T13, T14) auf Basis des Mikrozensus 2021 sind aufgrund methodischer Änderungen in der Datenbasis 2017 sowie einer umfassenden methodischen Umstellung der Erhebung 2020 nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren. Auf die Verwendung der Mikrozensus-Ergebnisse 2020 wird verzichtet, da die Datenqualität eingeschränkt ist (methodische Effekte der Umstellung sowie Folgen der Corona-Pandemie).

Als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

Erwerbstätige (Wohnort) T13

Knapp 4,0 Mio. Personen waren 2021 in Niedersachsen erwerbstätig (Erstergebnisse des Mikrozensus), damit war die Zahl der (am Wohnort gezählten) Erwerbstätigen um rund 80 000 Personen bzw. 2,0 % höher als 2016. Insgesamt gab es 2021 in Deutschland rund 41,6 Mio. Erwerbstätige, das waren rund 0,6 % mehr als 2016. Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen lag 2021 in Niedersachsen mit 46,7 % etwa auf dem bundesweiten Niveau (46,8 %).

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2021 gegenüber 2016 – Prozent –



Quote der Selbstständigen unter dem Bundesdurchschnitt

Selbstständige T13

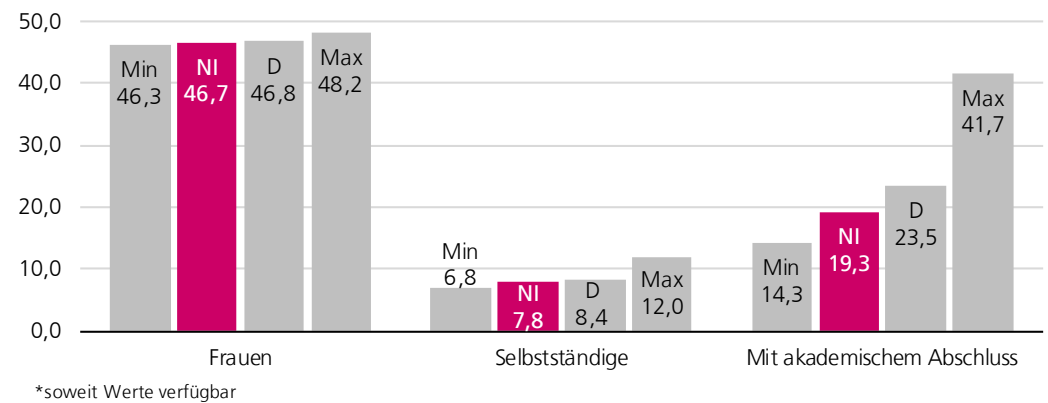
Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag 2021 in Niedersachsen bei 7,8 % und damit etwa 1,3 Prozentpunkte niedriger als 2016. Bundesweit war die Selbstständigenquote 2021 mit 8,4 % etwa 1,6 Prozentpunkte niedriger als 2016. Im Ländervergleich (ohne Bremen) hatte Niedersachsen 2021 zusammen mit Nordrhein-Westfalen den viertniedrigsten Wert. Die niedrigste Quote wies Sachsen-Anhalt (6,8 %) auf, die höchste Quote erreichte Berlin (12,0 %).

Anteil der Hochqualifizierten steigt langsamer als im bundesweiten Durchschnitt

Im Jahr 2021 hatten in Niedersachsen 19,3 % der Erwerbstätigen einen akademischen Abschluss, d. h. einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss oder eine Promotion. Dieser Anteil war etwa 1,7 Prozentpunkte höher als 2016. In Deutschland lag der Anteil der Hochqualifizierten 2021 mit 23,5 % etwa 2,2 Prozentpunkte höher als 2016. Grundsätzlich steigt der Anteil Hochqualifizierter vor allem durch den Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die zumeist ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

■ Anteile an allen Erwerbstätigen 2021*

– Frauen, Selbstständige, Personen mit akademischem Abschluss – Prozent –



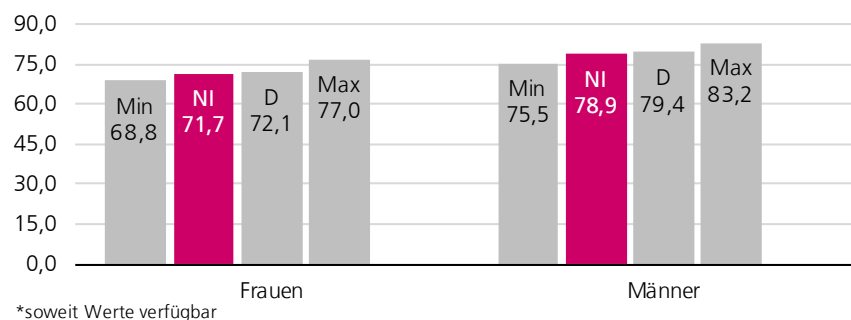
Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten nähern sich mittelfristig an

Für die Berechnung der Erwerbstätigenquote wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt.

Etwa 3 von 4 Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) waren 2021 in Deutschland und Niedersachsen erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2021 in Niedersachsen mit 71,7 % etwa 2,7 Prozentpunkte höher als 2016. Die Erwerbstätigenquote der Männer war mit 78,9 % deutlich höher, stieg mittelfristig jedoch nur um etwa 1,6 Prozentpunkte. In Deutschland insgesamt stiegen die Erwerbstätigenquoten 2021 gegenüber 2016 weniger an, bei den Frauen um 1,5 Prozentpunkte und bei den Männern um 1,4 Prozentpunkte.

Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten glichen sich damit in Niedersachsen mittelfristig weiter an, sie unterschieden sich 2021 um 7,2 Prozentpunkte (Deutschland: 7,3 Prozentpunkte). Den geringsten Niveauunterschied im Ländervergleich (ohne Bremen) erreichte 2021 Brandenburg mit lediglich 2,1 Prozentpunkten. Die größten Unterschiede gab es in Hessen und Rheinland-Pfalz (8,6 bzw. 8,4 Prozentpunkte).

■ Erwerbstätigenquoten der Frauen und Männer (15 bis unter 65 Jahre) 2021* – Prozent –

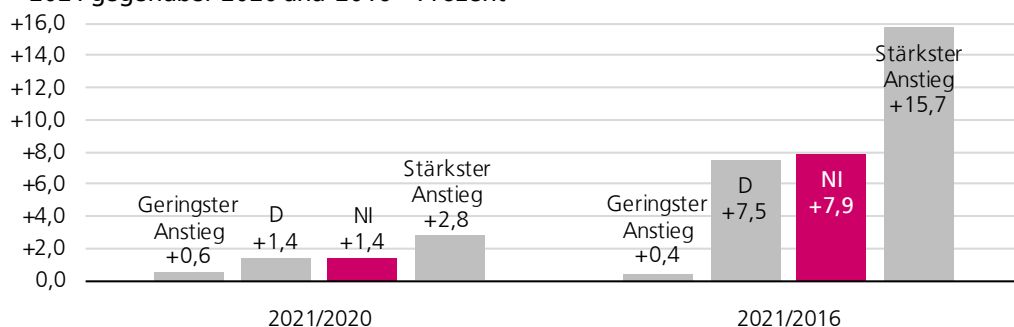


Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter gestiegen

Beschäftigte
(Arbeitsort) T15

Die Zahl der (am Arbeitsort gezählten) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen lag 2021 bei 3,06 Millionen; gegenüber dem 30.6. des Vorjahres stieg die Zahl um gut 42 500 Beschäftigte bzw. 1,4 %. Dieser Anstieg entsprach dem Durchschnitt in Deutschland. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in allen Ländern; den geringsten Anstieg verzeichnete Thüringen (+0,6 %), den stärksten Berlin (+2,8 %).

■ Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) 2021 gegenüber 2020 und 2016 – Prozent –



Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Zeitraum Juni 2020 bis Juni 2021 in Niedersachsen mit 46,0 % konstant geblieben und blieb damit weiter leicht unter dem Deutschlandwert (2020 und 2021: 46,3 %). Während der Frauenanteil in Mecklenburg-Vorpommern (50,3 %) und Berlin (49,3 %) nahezu ausgeglichen war, lagen die niedrigsten Frauenanteile bei 44,3 % in Bremen und 45,3 % in Baden-Württemberg.

Zahl der Minijobs weiter gesunken

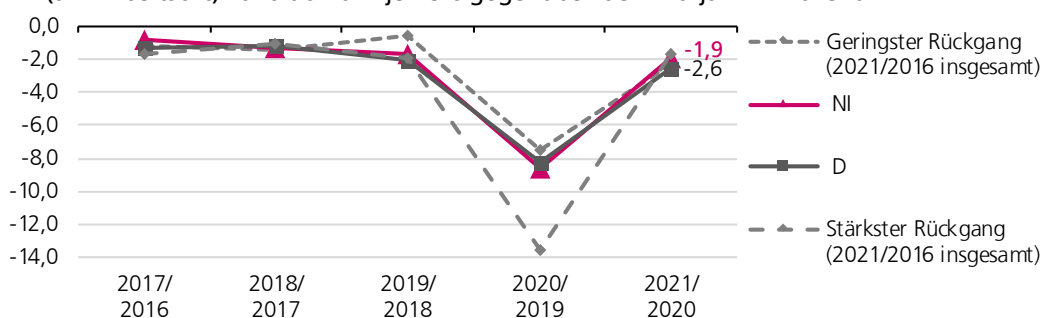
Minijobs
T16

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte Arbeitsentgelt regelmäßig 450 Euro im Monat nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnnten Beschäftigten.

Am 30.6.2021 gingen in Niedersachsen knapp 439 900 Personen ausschließlich einer geringfügig entlohnnten Beschäftigung nach. Der Rückgang um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr war geringer als im Bundesdurchschnitt (-2,6 %). Somit sank die Zahl der Minijobs das 7. Jahr in Folge in allen Ländern (außer in Hamburg 2017), wobei der Rückgang im 1. Corona-Jahr 2020 deutlich am stärksten ausfiel.

Im 5-Jahres-Vergleich 2021 gegenüber 2016 sank die Zahl der Minijobs bundesweit (-14,7 %) stärker als in Niedersachsen (-13,8 %). Die stärksten Rückgänge gab es mittelfristig in den Stadtstaaten Berlin (-19,0 %) und Bremen (-18,3 %), die geringsten Rückgänge in Brandenburg (-12,6 %) und Bayern (-12,7 %).

■ Veränderung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten (am Arbeitsort) 2016 bis 2021 jeweils gegenüber dem Vorjahr – Prozent –



In Niedersachsen gab es 2021 etwa 14 ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Bundesweit lag dieser Quotient bei 12, wobei die Spanne im Ländervergleich von 8 (Berlin) bis 15 (Rheinland-Pfalz) reichte.

Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten lag im Juni 2021 in Niedersachsen mit 60,7 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (60,3 %). In den 6 ostdeutschen Ländern war der Frauenanteil mit Werten zwischen 50,4 % in Mecklenburg-Vorpommern und 53,3 % in Berlin am niedrigsten.

Arbeitslosenquote

T17

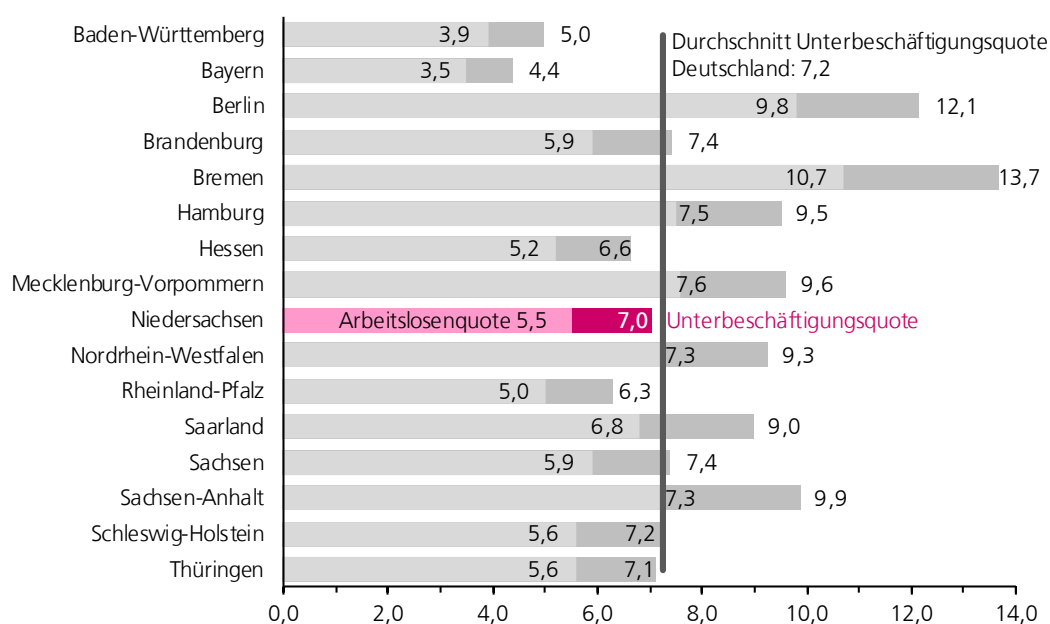
Arbeitslosenquote noch über dem Niveau von vor der Corona-Pandemie

Bei der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt ausgewiesen.

In Niedersachsen waren 2021 im Jahresdurchschnitt rund 243 000 Personen arbeitslos gemeldet. Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 3,3 % gegenüber dem 1. Corona-Jahr 2020 war etwas stärker als im bundesweiten Durchschnitt (-3,0 %). Die Zahl der Arbeitslosen war damit – trotz der pandemiebedingten, arbeitssichernden „Kurzarbeit“ in vielen Betrieben – noch deutlich um 11,4 % höher als im Vor-Corona-Jahr 2019 (Deutschland: +15,3 %).

Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen sank 2021 um 0,3 Prozentpunkte auf 5,5 %, der bundesdurchschnittliche Rückgang war mit 0,2 Prozentpunkten (auf 5,7 %) etwas geringer. Allerdings lag die Arbeitslosenquote 2021 in Niedersachsen noch 0,5 Prozentpunkte über der Quote von 2019 vor der Pandemie (Deutschland: +0,7 Prozentpunkte). Im Ländervergleich war die Arbeitslosenquote 2021 in Bremen (10,7 %) und Berlin (9,8 %) am höchsten und in Bayern (3,5 %) und Baden-Württemberg (3,9 %) am niedrigsten.

■ Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) und darunter Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte) 2021 – Prozent –



Unterbeschäftigungsquote

T17

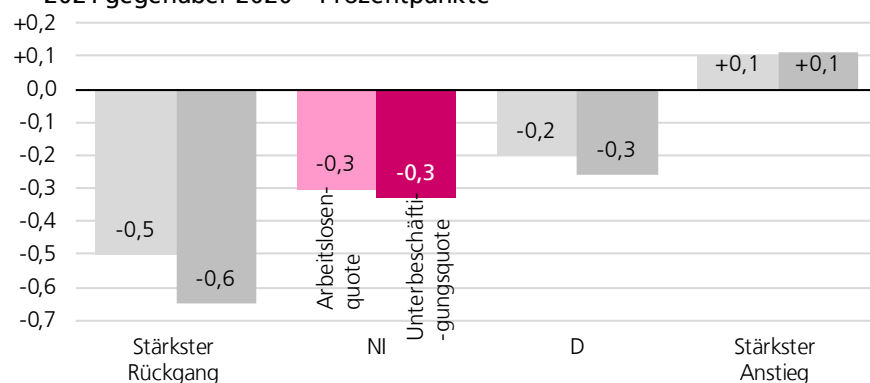
Unterbeschäftigungsquote stärker gesunken als Arbeitslosenquote

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote.

Die Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) lag 2021 in Niedersachsen bei 7,0 % (Deutschland: 7,2 %). Die Differenz zur Arbeitslosenquote in Niedersachsen und Deutschland sank weiter auf jeweils 1,5 Prozentpunkte. Im Vergleich zu 2019 vor der Pandemie be-

fanden sich anteilig weniger Menschen in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder einem Sonderstatus.

■ Veränderung der Arbeitslosenquote und der Unterbeschäftigungsquote 2021 gegenüber 2020 – Prozentpunkte –



Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesunken

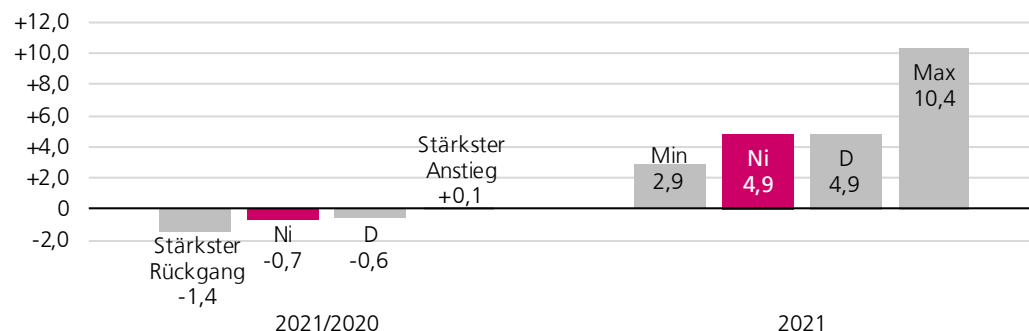
Jugendarbeitslosigkeit

T18

Im Jahresdurchschnitt 2021 waren in Niedersachsen knapp 23 500 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, dies waren 13,6 % weniger als im Vorjahr (Deutschland: -12,0 %). Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, war 2021 im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 in 11 Ländern höher; in Niedersachsen um 4,6 % und bundesweit um 10,3 %.

Die Arbeitslosenquote unter den jungen Erwachsenen sank 2021 in Niedersachsen um 0,7 Prozentpunkte auf 4,9 %, im Bundesdurchschnitt um 0,6 Prozentpunkte auf 4,9 %. Im Ländervergleich wiesen Berlin (10,4 %) und Bremen (9,3 %) die höchste Quote der Jugendarbeitslosigkeit aus, Baden-Württemberg und Bayern (jeweils 2,9 %) die niedrigste.

■ Veränderung der Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2021 gegenüber 2020 sowie Arbeitslosenquote 2021 – Prozent –



Die Arbeitslosenquoten der männlichen 15- bis unter 25-Jährigen waren 2021 in allen Ländern höher als die der weiblichen, die Unterschiede reichten von 0,9 bis 3,9 Prozentpunkten. In Niedersachsen und Deutschland betrug die Differenz jeweils 1,4 Prozentpunkte.

Informationen:

- **Erwerbstätigkeit:** LSN –Themen – Haushalte und Familien - Mikrozensus: Tabellen: [Bevölkerung und Erwerbstätige](#)
- **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Statistik 13111 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
- [Regionaldatenbank Deutschland](#) – Arbeitsmarkt: 13111 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung
- **Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte:** Bundesagentur für Arbeit: [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Arbeits- und Wohnort - Deutschland, Länder, Kreise und Gemeinden](#)
- **Arbeitslosigkeit:** Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose nach Rechtskreisen \(Jahreszahlen\)](#)
- Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose und Unterbeschäftigung](#) sowie [Migration und Arbeitsmarkt](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) – Arbeit und Beschäftigung

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Tabellen Erwerbstätigkeit

13. Erwerbstätige¹⁾ (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Darunter				Veränderung Erwerbstätige insgesamt		
				Frauenanteil	Selbst- ständigen- quote	mit akademischem Abschluss ²⁾				
	Anteil an Erwerbstätigen	Veränderung des Anteils	2016			2020 ³⁾	2021 ⁴⁾		2021/2016	2021/2020
							Anzahl in 1 000	%		
Baden-Württemberg	5 790	[x]	5 826	46,3	7,9	24,8	+3,2	+0,6	[x]	
Bayern	6 889	[x]	7 009	46,5	9,0	24,2	+2,8	+1,7	[x]	
Berlin	1 740	[x]	1 821	47,8	12,0	41,7	+3,8	+4,6	[x]	
Brandenburg	1 251	[x]	1 239	48,2	8,4	21,0	+3,0	-0,9	[x]	
Bremen ⁵⁾	327	[x]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[x]	
Hamburg	939	[x]	959	47,9	10,1	35,4	+2,4	+2,2	[x]	
Hessen	3 121	[x]	3 090	46,5	9,2	26,1	+1,0	-1,0	[x]	
Mecklenburg-Vorpommern	760	[x]	775	47,9	8,1	17,3	+0,8	+2,0	[x]	
Niedersachsen	3 900	[x]	3 980	46,7	7,8	19,3	+1,7	+2,0	[x]	
Nordrhein-Westfalen	8 619	[x]	8 648	46,8	7,8	22,0	+1,5	+0,3	[x]	
Rheinland-Pfalz	2 055	[x]	2 059	46,3	7,9	21,4	+3,0	+0,2	[x]	
Saarland	481	[x]	479	47,2	7,5	19,8	+3,1	-0,3	[x]	
Sachsen	1 982	[x]	1 927	46,5	8,8	22,5	+3,1	-2,7	[x]	
Sachsen-Anhalt	1 044	[x]	995	46,6	6,8	14,3	+0,2	-4,7	[x]	
Schleswig-Holstein	1 389	[x]	1 464	47,1	9,0	18,7	+0,6	+5,4	[x]	
Thüringen	1 053	[x]	1 017	46,9	7,7	18,2	+1,8	-3,4	[x]	
Deutschland	41 339	[x]	41 602	46,8	8,4	23,5	+2,2	+0,6	[x]	

1) Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Hochschul- und Fachhochschulabschluss (Bachelor-, Master- und Diplom) sowie Promotion (ab 2021 inklusive Abschlüsse an Berufsakademien).

3) Auf die Verwendung der Mikrozensus-Ergebnisse 2020 wird verzichtet, da die Datenqualität eingeschränkt ist (methodische Effekte der Umstellung sowie Folgen der Corona-Pandemie).

4) Erstergebnis 2021 - Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

5) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

14. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbstätigenquote			
							Frauen	Männer	Frauen	Männer
	2016	2020 ²⁾	2021 ³⁾	2016	2020 ²⁾	2021 ³⁾	2021/2016		2021/2020	
	%						Prozentpunkte			
Baden-Württemberg	73,3	[x]	73,5	81,0	[x]	81,7	+0,2	+0,6	[x]	[x]
Bayern	73,6	[x]	75,2	82,0	[x]	83,2	+1,5	+1,2	[x]	[x]
Berlin	68,8	[x]	70,4	74,0	[x]	75,5	+1,6	+1,5	[x]	[x]
Brandenburg	74,9	[x]	77,0	77,6	[x]	79,1	+2,2	+1,5	[x]	[x]
Bremen ⁴⁾	67,0	[x]	[u]	74,2	[x]	[u]	[u]	[u]	[x]	[x]
Hamburg	72,3	[x]	72,1	78,5	[x]	77,9	-0,3	-0,6	[x]	[x]
Hessen	69,3	[x]	69,4	78,2	[x]	77,9	+0,1	-0,2	[x]	[x]
Mecklenburg-Vorpommern	71,1	[x]	75,4	73,0	[x]	78,3	+4,3	+5,3	[x]	[x]
Niedersachsen	69,0	[x]	71,7	77,3	[x]	78,9	+2,7	+1,6	[x]	[x]
Nordrhein-Westfalen	66,8	[x]	68,8	75,6	[x]	76,7	+2,0	+1,1	[x]	[x]
Rheinland-Pfalz	70,6	[x]	71,8	78,0	[x]	80,1	+1,2	+2,2	[x]	[x]
Saarland	68,5	[x]	71,2	75,0	[x]	78,2	+2,7	+3,2	[x]	[x]
Sachsen	74,0	[x]	75,4	78,6	[x]	80,6	+1,5	+2,1	[x]	[x]
Sachsen-Anhalt	71,2	[x]	72,3	74,4	[x]	78,5	+1,2	+4,2	[x]	[x]
Schleswig-Holstein	70,5	[x]	73,1	77,3	[x]	80,9	+2,6	+3,6	[x]	[x]
Thüringen	73,4	[x]	75,7	77,2	[x]	79,7	+2,3	+2,6	[x]	[x]
Deutschland	70,6	[x]	72,1	78,0	[x]	79,4	+1,5	+1,4	[x]	[x]

1) Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Auf die Verwendung der Mikrozensus-Ergebnisse 2020 wird verzichtet, da die Datenqualität eingeschränkt ist (methodische Effekte der Umstellung sowie Folgen der Corona-Pandemie).

3) Erstergebnis 2021 - Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

4) Ergebnisse 2021 nicht veröffentlicht.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

15. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	
	2016 ¹⁾	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4 458 706	4 726 571	4 781 049	2 165 760	45,2	45,2	45,3	+7,2	+1,2
Bayern	5 317 529	5 682 137	5 749 848	2 637 701	45,8	45,8	45,9	+8,1	+1,2
Berlin	1 367 680	1 539 285	1 582 539	780 629	50,6	49,4	49,3	+15,7	+2,8
Brandenburg	818 474	848 381	866 537	414 567	48,4	48,1	47,8	+5,9	+2,1
Bremen	319 681	332 520	336 656	149 145	43,8	44,3	44,3	+5,3	+1,2
Hamburg	933 846	997 534	1 008 635	468 301	46,6	46,3	46,4	+8,0	+1,1
Hessen	2 462 605	2 623 535	2 657 751	1 208 110	45,5	45,4	45,5	+7,9	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	560 372	572 732	577 776	290 871	51,3	50,5	50,3	+3,1	+0,9
Niedersachsen	2 836 091	3 016 855	3 059 368	1 407 085	45,8	46,0	46,0	+7,9	+1,4
Nordrhein-Westfalen	6 549 350	6 974 006	7 096 396	3 230 665	45,3	45,4	45,5	+8,4	+1,8
Rheinland-Pfalz	1 364 682	1 428 707	1 453 918	677 458	46,7	46,7	46,6	+6,5	+1,8
Saarland	379 591	385 650	388 172	179 335	45,3	46,3	46,2	+2,3	+0,7
Sachsen	1 555 300	1 608 511	1 623 463	781 246	49,0	48,3	48,1	+4,4	+0,9
Sachsen-Anhalt	783 900	790 366	798 783	390 116	49,6	49,1	48,8	+1,9	+1,1
Schleswig-Holstein	940 613	1 002 902	1 023 488	489 428	47,9	47,8	47,8	+8,8	+2,1
Thüringen	793 363	791 811	796 232	382 397	48,6	48,3	48,0	+0,4	+0,6
Deutschland ²⁾	31 443 318	33 322 952	33 802 173	15 653 575	46,4	46,3	46,3	+7,5	+1,4

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand 31.12.2021

16. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (ohne Beschäftigte im Nebenjob) insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte insgesamt	
	2016 ¹⁾	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	700 690	616 735	601 015	371 343	64,4	62,2	61,8	-14,2	-2,5
Bayern	770 812	690 127	672 574	427 937	66,4	64,0	63,6	-12,7	-2,5
Berlin	146 772	120 922	118 854	63 301	54,5	53,4	53,3	-19,0	-1,7
Brandenburg	91 692	82 057	80 128	42 229	54,5	53,2	52,7	-12,6	-2,4
Bremen	46 291	39 390	37 807	21 756	59,3	57,8	57,5	-18,3	-4,0
Hamburg	104 414	89 440	86 927	50 314	60,2	58,5	57,9	-16,7	-2,8
Hessen	378 025	333 398	326 691	197 174	63,1	61,0	60,4	-13,6	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	64 258	56 983	55 711	28 074	52,7	50,8	50,4	-13,3	-2,2
Niedersachsen	509 140	447 370	438 888	266 250	64,1	61,2	60,7	-13,8	-1,9
Nordrhein-Westfalen	1 221 532	1 061 065	1 026 989	628 640	63,8	61,7	61,2	-15,9	-3,2
Rheinland-Pfalz	264 452	230 217	224 166	137 982	64,1	62,0	61,6	-15,2	-2,6
Saarland	68 631	58 591	56 864	34 119	63,4	60,6	60,0	-17,1	-2,9
Sachsen	159 806	138 647	135 372	71 767	55,2	53,3	53,0	-15,3	-2,4
Sachsen-Anhalt	78 703	67 639	65 133	34 482	56,5	53,5	52,9	-17,2	-3,7
Schleswig-Holstein	176 375	154 158	152 520	88 315	61,0	58,5	57,9	-13,5	-1,1
Thüringen	82 104	72 381	70 103	36 784	55,5	52,7	52,5	-14,6	-3,1
Deutschland ²⁾	4 864 910	4 259 958	4 150 664	2 501 015	62,9	60,7	60,3	-14,7	-2,6

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Auftragsnummer 318497, Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach dem Geschlecht, Juli 2022

17. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021		2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	226 421	259 940	247 774	3,8	4,1	3,9	5,0	+9,4	-4,7
Bayern	250 623	275 075	262 186	3,5	3,6	3,5	4,4	+4,6	-4,7
Berlin	181 018	192 644	198 401	9,8	9,7	9,8	12,1	+9,6	+3,0
Brandenburg	105 555	82 491	78 463	8,0	6,2	5,9	7,4	-25,7	-4,9
Bremen	36 393	40 822	39 292	10,5	11,2	10,7	13,7	+8,0	-3,7
Hamburg	70 666	80 677	80 395	7,1	7,6	7,5	9,5	+13,8	-0,3
Hessen	172 826	184 955	178 086	5,3	5,4	5,2	6,6	+3,0	-3,7
Mecklenburg-Vorpommern	80 389	63 850	62 410	9,7	7,8	7,6	9,6	-22,4	-2,3
Niedersachsen	252 574	251 377	243 021	6,0	5,8	5,5	7,0	-3,8	-3,3
Nordrhein-Westfalen	725 653	733 740	718 220	7,7	7,5	7,3	9,3	-1,0	-2,1
Rheinland-Pfalz	111 436	117 912	112 137	5,1	5,2	5,0	6,3	+0,6	-4,9
Saarland	37 103	38 364	36 156	7,2	7,2	6,8	9,0	-2,6	-5,8
Sachsen	157 862	128 669	124 743	7,5	6,1	5,9	7,4	-21,0	-3,1
Sachsen-Anhalt	110 263	86 110	81 093	9,6	7,7	7,3	9,9	-26,5	-5,8
Schleswig-Holstein	94 977	92 140	88 865	6,3	5,8	5,6	7,2	-6,4	-3,6
Thüringen	77 215	66 678	62 249	6,7	6,0	5,6	7,1	-19,4	-6,6
Deutschland	2 690 975	2 695 444	2 613 489	6,1	5,9	5,7	7,2	-2,9	-3,0

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, Januar 2022; Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Jahreszahlen - Teil Arbeitsmarkt, April 2022

18. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹⁾					Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen insgesamt	
				insgesamt		Männer	Frauen			
	2016	2020	2021	2016	2020	2021		2021/2016	2021/2020	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	20 524	25 517	20 540	2,9	3,6	2,9	3,4	2,5	+0,1	-19,5
Bayern	25 908	28 582	23 794	3,2	3,4	2,9	3,3	2,4	-8,2	-16,8
Berlin	13 961	16 567	16 682	9,5	10,3	10,4	12,2	8,3	+19,5	+0,7
Brandenburg	6 802	6 833	6 293	8,2	7,3	6,4	7,1	5,5	-7,5	-7,9
Bremen	3 429	4 194	3 677	9,6	10,7	9,3	10,6	7,8	+7,2	-12,3
Hamburg	5 401	6 803	6 206	5,6	6,6	6,1	7,0	5,2	+14,9	-8,8
Hessen	16 621	19 033	16 838	5,0	5,4	4,8	5,4	4,1	+1,3	-11,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 547	6 121	5 865	10,9	9,5	8,6	9,6	7,5	-10,4	-4,2
Niedersachsen	26 405	27 165	23 471	5,7	5,6	4,9	5,5	4,1	-11,1	-13,6
Nordrhein-Westfalen	66 506	65 971	59 085	6,6	6,4	5,7	6,5	4,8	-11,2	-10,4
Rheinland-Pfalz	11 762	12 396	10 383	4,7	5,0	4,3	4,8	3,7	-11,7	-16,2
Saarland	3 378	3 314	2 638	6,2	6,2	5,2	6,1	4,1	-21,9	-20,4
Sachsen	10 889	11 536	10 542	7,2	7,0	6,1	6,7	5,5	-3,2	-8,6
Sachsen-Anhalt	7 978	7 943	7 125	9,9	9,5	8,2	8,8	7,3	-10,7	-10,3
Schleswig-Holstein	9 745	9 308	8 191	5,9	5,5	4,9	5,6	4,0	-16,0	-12,0
Thüringen	5 313	6 078	5 267	6,7	7,1	5,9	6,4	5,4	-0,9	-13,3
Deutschland	241 168	257 361	226 596	5,3	5,5	4,9	5,5	4,1	-6,0	-12,0

1) Der entsprechenden Altersgruppe.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, Januar 2022; Sonderauswertungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Bestand Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre nach Geschlecht, Juli 2017/Juli 2021/Juli 2022

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens wurde auch im Jahr 2021 noch von den Auswirkungen der weltweiten Corona-Pandemie beeinflusst. Im Vergleich zum Jahr 2020 zeigten sich jedoch bereits erste Erholungstendenzen.

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2021 in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 1,7 % und damit weniger stark als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %).
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, blieb 2021 mit rund 4,12 Mio. Personen nahezu unverändert (+0,1 %; Deutschland: +0,0 %).
- Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2021 pro Kopf gut 76 700 Euro und lag damit bei 96,5 % des Bundesdurchschnitts.
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) stieg die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2021 um real 1,9 % und damit moderater als im Bundesdurchschnitt (+3,2 %).
- Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) nahm die BWS in Niedersachsen 2021 real um 1,8 % zu und damit ebenfalls weniger als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %).
- Die Zahl der Gästeübernachtungen war in Niedersachsen 2021 im Vergleich zu 2016 um ein Viertel (-25,1 %) niedriger (Deutschland: -30,6 %).
- Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2020 in Niedersachsen bei 22 877 Euro, gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 0,6 % (Deutschland: 23 752 Euro; +0,7 %).
- Die Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen stiegen 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % und lagen damit bei 93,8 % des Bundesdurchschnitts.

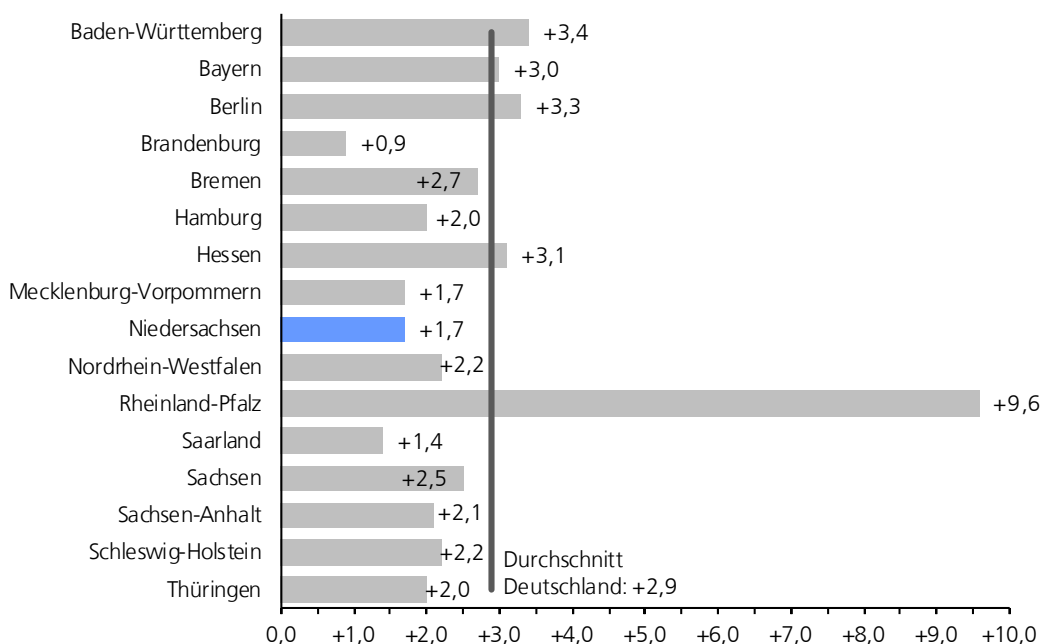
Wichtige Ergebnisse

Wirtschaftsleistung steigt wieder

Im Jahr 2021 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 316 Mrd. Euro erwirtschaftet. Dies waren real 1,7 % mehr als im Vorjahr. Das Wachstum der niedersächsischen Wirtschaft war damit weniger stark als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %). Den stärksten BIP-Zuwachs verzeichnete Rheinland-Pfalz mit 9,6 %, den geringsten Brandenburg mit 0,9 %.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) T19

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



In den letzten 5 Jahren stieg das BIP in Niedersachsen nominal um rund 35 Mrd. Euro sowie real um 1,3 %. Im selben Zeitraum wuchs das BIP in Deutschland um 3,0 %, wobei die Veränderungsraten in den Ländern zwischen -5,6 % (Saarland) und +10,9 % (Berlin) lagen.

Das BIP für Deutschland lag 2021 bei rund 3,57 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,8 %. Die höchsten Anteile am gesamtdutschen BIP erwirtschaftete Nordrhein-Westfalen mit 20,5 %, gefolgt von Bayern mit 18,5 % und Baden-Württemberg mit 15,0 %.

BIP je Erwerbstätigen T19

Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2021 pro Kopf gut 76 700 Euro und lag damit bei 96,5 % des Bundesdurchschnitts (79 500 Euro). Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit rund 98 100 Euro, das niedrigste Thüringen mit knapp 64 300 Euro.

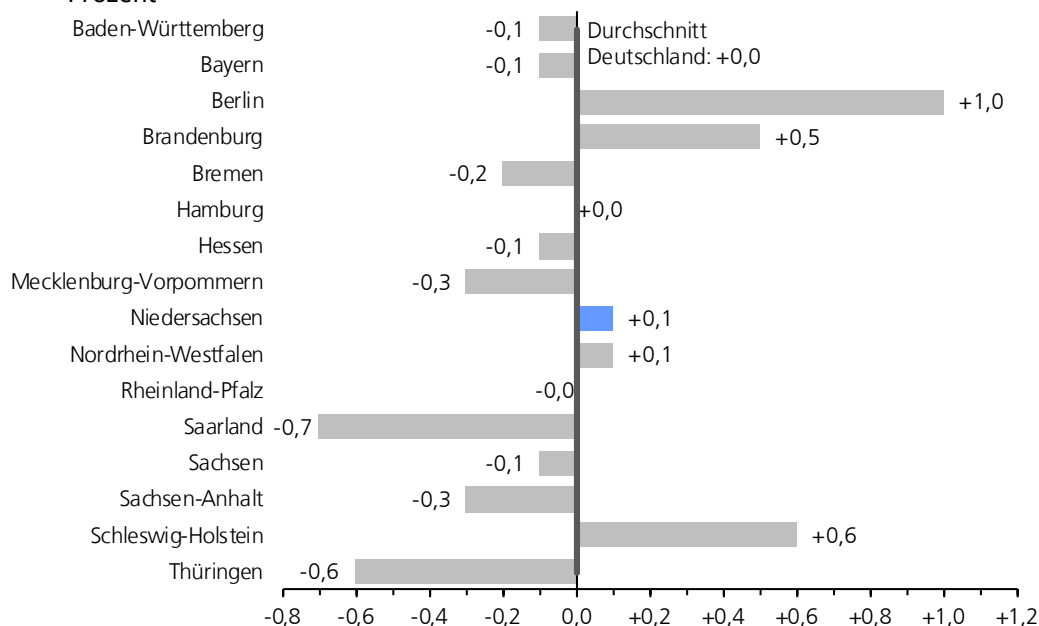
Erwerbstätige (Arbeitsort) T20

Zahl der Erwerbstätigen nahezu unverändert

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) berechnet die Zahl aller Erwerbstätigen am Arbeitsort im Jahresdurchschnitt auf Basis diverser Datenquellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, blieb 2021 mit rund 4,12 Mio. Personen nahezu unverändert (+0,1 %). Im Bundesdurchschnitt blieb die Zahl der Erwerbstätigen ebenfalls nahezu gleich (+0,0 %). Im mittelfristigen Vergleich von 2021 zu 2016 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen um 2,6 %, der bundesweite Durchschnitt lag bei 2,9 %. Die höchste Zuwachsrate in den letzten fünf Jahren hatte Berlin mit einem Plus von 9,8 %, hingegen sank die Zahl der Erwerbstätigen im selben Zeitraum in 3 Ländern, am stärksten in Thüringen (-2,1 %).

■ Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



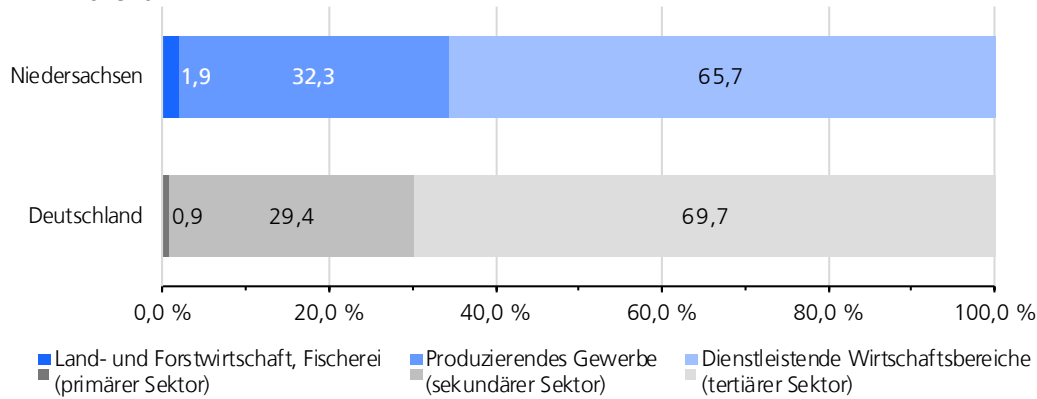
Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit liegt sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit im Dienstleistungssektor: 2021 waren hier rund 73,8 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen tätig, 23,9 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,3 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Bruttowertschöpfung (BWS) T21-23

Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich nimmt zu

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde 2021 überwiegend im Dienstleistungsbereich (65,7 %) und zu knapp einem Drittel im Produzierenden Gewerbe (32,3 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) betrug zwar nur 1,9 %, dennoch hatte Niedersachsen mit 19,4 % der gesamtdutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor 2021 im Ländervergleich weiter den höchsten Anteil vor Bayern (18,5 %).

Anteile der Wirtschaftssektoren an der gesamten Bruttowertschöpfung 2021 – Prozent –



Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) stieg die BWS in Niedersachsen 2021 gegenüber dem Vorjahr um real 1,9 %. Dieser Anstieg war moderater als im Bundesdurchschnitt (+3,2 %). Zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes trug Niedersachsen 2021 mit 9,7 % den viertgrößten Anteil bei. Im mittelfristigen Vergleich 2021 gegenüber 2016 stieg die BWS im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen real um 0,6 %, im Bundesdurchschnitt lag die Veränderung im negativen Bereich (-1,0 %).

BWS Produzierendes Gewerbe

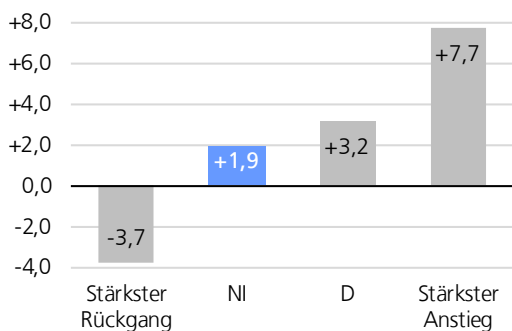
T22

Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) nahm die BWS 2021 in Niedersachsen real um 1,8 % zu; dies war weniger als im Bundesdurchschnitt (+2,9 %). Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,3 % den fünftgrößten Anteil bei.

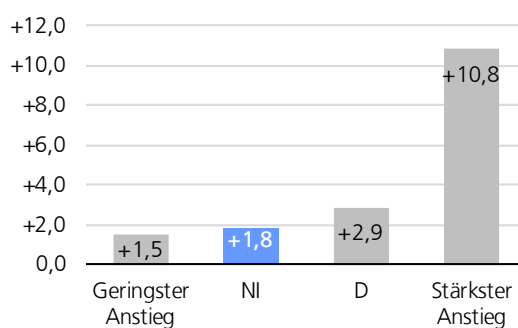
BWS dienstleistende Wirtschaftsbereiche

T23

Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Dienstleistungsbereich 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



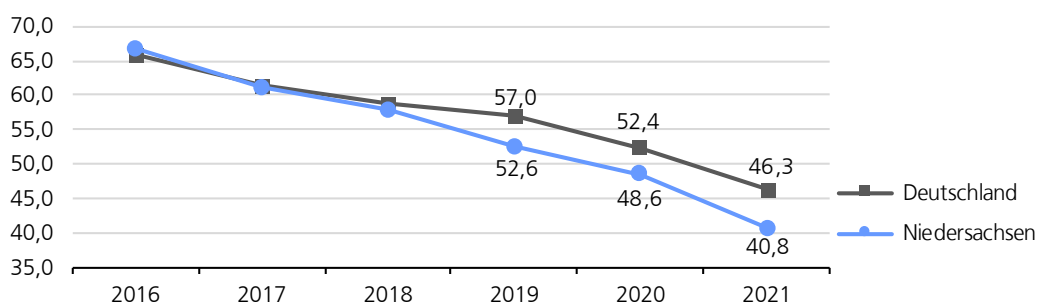
Zahl der Unternehmensinsolvenzen sinkt weiter

Im Jahr 2021 ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um 16,0 % auf 1 071 zurück. Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl um 11,7 % gegenüber dem Vorjahr. Im

Unternehmensinsolvenzen

T24

Anzahl der Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen* 2016 bis 2021 – Prozent –



*Steuerpflichtige Unternehmen: ab 2020 mit jährlichen Umsätzen über 22 000 Euro; bis 2019 Umsätze über 17 500 Euro; daher eingeschränkt vergleichbar.

Vergleich zu 2016 wurden 2021 in Niedersachsen 42,1 % weniger insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 35,0 % weniger.

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen je 10 000 steuerpflichtiger Unternehmen sank 2021 in fast allen Ländern. In Niedersachsen lag dieser Indikator 2021 mit 40,8 unter dem durchschnittlichen Wert für Deutschland (46,3).

Kleine und mittlere Unternehmen

T25

Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz leicht gestiegen

Der Umsatz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Lieferungen und Leistungen von jährlich weniger als 50 Mio. Euro lag 2020 in Niedersachsen bei rund 224 Mrd. Euro. Der KMU-Anteil an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen stieg damit um 1,4 Prozentpunkte auf 38,4 % und lag über dem Bundesdurchschnitt von 36,8 %.

Die Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen jährlich, worunter in Niedersachsen etwa 92 % der KMU fallen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 11,8 % (Deutschland: 11,5 %). In Mecklenburg-Vorpommern war der Umsatz-Anteil der Kleinstunternehmen an allen Unternehmen mit 28,3 % am höchsten, in Hamburg mit 5,6 % am niedrigsten.

Umsatz Verarbeitendes Gewerbe

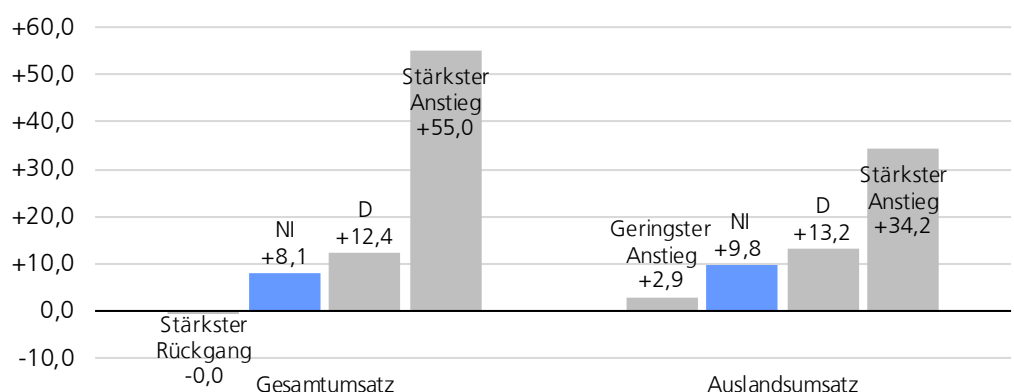
T26

Umsatzsteigerungen im Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden stieg in Niedersachsen 2021 um 8,1 % auf rund 212,7 Mrd. Euro. Im Bundesdurchschnitt gab es einen Zuwachs von 12,4 %. Im Vergleich zu 2016 nahm der Umsatz in Niedersachsen um 3,9 % zu und damit weniger stark als in Deutschland insgesamt (+10,8 %). Das größte Plus, allerdings bei deutlich geringeren Absolutwerten, verzeichnete Hamburg (+43,1 %) in diesem Zeitraum.

Von den Gesamtumsätzen wurden 2021 im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau 46,4 % im Auslandsgeschäft erzielt. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Auslandsumsatz um 9,8 %. Für Deutschland (Anteil: 48,4 %) gab es beim Auslandsumsatz einen Zuwachs von 13,2 %. Im Fünfjahresvergleich 2021 zu 2016 stieg der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um 5,1 %; im Bundesdurchschnitt nahm er um 12,3 % zu.

Veränderung des Gesamt- und Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

Im niedersächsischen Bauhauptgewerbe lag die Veränderung des baugewerblichen Umsatzes 2021 im Vergleich zum Vorjahr bei +2,8 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von +0,8 %. Mit einem Anteil am Bundeswert von 11,8 % hatte Niedersachsen 2021 das viertstärkste Baugewerbe nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Im Zeitraum 2016 bis 2021 stieg der Umsatz in Niedersachsen um 39,1 % (Bundesdurchschnitt: +39,6 %).

Umsatz Bauhauptgewerbe

T27

Zahl der Übernachtungen steigt

Gästeübernachtungen

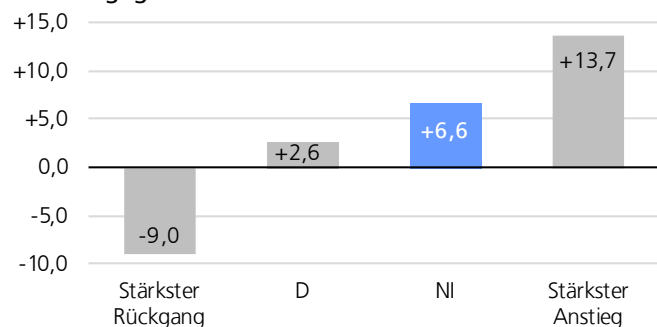
T28

Die Jahre 2020 und 2021 waren pandemiebedingt keine guten Jahre für den niedersächsischen Tourismus. Auch im Jahr 2021 konnten die Beherbergungsstätten noch nicht vollständig öffnen, so dass zwar mehr Übernachtungen als im Jahr 2020 gezählt werden konnten, aber noch lange nicht das Niveau der Rekordjahre bis 2019 erreicht wurde.

Insgesamt rund 32,0 Millionen Übernachtungen wurden 2021 in Niedersachsen gebucht und damit 6,6 % mehr als 2020. Deutschlandweit lag das Plus bei 2,6 %. Im Vergleich zu 2016 übernachteten in Niedersachsen im Jahr 2021 ein Viertel weniger Gäste (-25,1 %); im Bundesdurchschnitt gab es ein Minus von 30,6 %.

Nur 5,0 % der Übernachtungen in Niedersachsen entfielen 2021 auf Gäste aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet waren es 10,0 %. Den höchsten Anteil an ausländischen Gästeübernachtungen hatte Berlin mit 29,1 %.

Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen stieg 2021 auf 3,6 Tage (2020: 3,4 Tage). Damit stand Niedersachsen 2021 an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 4,9 Tage) blieben die Gäste länger (Deutschland: 3,2 Tage).

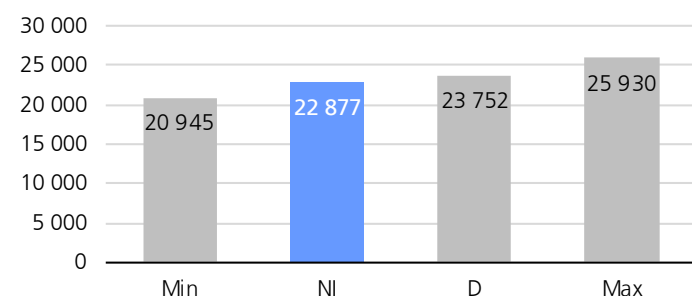
Verfügbares Einkommen 2020 und Verdienste 2021 gestiegen

Verfügbares Einkommen

T29

Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten 2020 pro Kopf durchschnittlich ein verfügbares Einkommen in Höhe von 22 877 Euro (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben). Gegenüber dem

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte* je Einwohnerin und Einwohner 2020 – Euro –



* Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Vorjahr war dies ein Plus von 0,6 %. Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag bei 23 752 Euro pro Kopf (+0,7 %). Im Zeitraum 2015 bis 2020 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 12,4 % in etwa im Bundesdurchschnitt (12,5 %).

Bruttojahresverdienste T30

Bei den Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gab es 2021 in Niedersachsen ein Plus von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr, ein etwas geringerer Anstieg als im Bundesdurchschnitt (+3,2 %). Der Bruttojahresverdienst inkl. Sonderzahlungen betrug 2021 in Niedersachsen 50 809 Euro und lag damit bei 93,8 % des Bundesdurchschnitts (54 163 Euro).

Verdienstabstand (Gender Pay Gap) T30

Hinsichtlich der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern war 2021 im Vergleich zu 2016 eine geringe Annäherung festzustellen. 2021 entsprach der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 85,2 % des Verdienstes der Männer. Dies waren 2,0 Prozentpunkte mehr als 2016. Beim Verdienstabstand gemessen am Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen (Voll- und Teilzeit) gab es keine Veränderungen: Frauen verdienen sowohl in 2020 als auch 2021 in Niedersachsen 19 % weniger als die Männer. Dieser sog. unbereinigte Gender Pay Gap lag im Bundesdurchschnitt 2020 und 2021 bei 18 % (siehe auch Kapitel Gleichstellung).

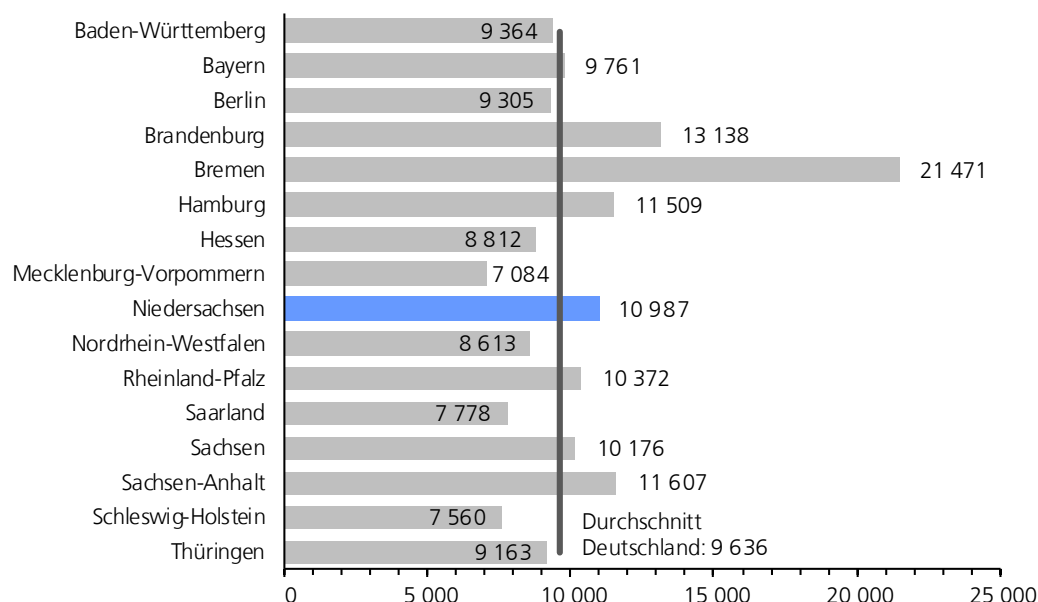
Investitionen Verarbeitendes Gewerbe T31

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe brechen ein

Im Vergleich zum Vorjahr brachen 2020 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen pandemiebedingt um -9,6 % ein. In Deutschland war der Investitionsrückgang mit -13,6 % noch größer.

Bezogen auf den für einen Vergleich der Investitionen aussagekräftigeren Zeitraum von 2015 bis 2020 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um 5,3 %. Bundesweit wuchsen sie um 2,2 %.

■ Investitionen je tätige Person 2020 – Euro – – Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden –

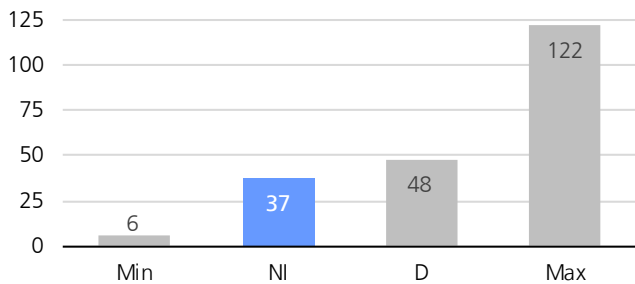


Patentanmeldungen T32

Rückgang der Patentanmeldungen

Die Zahl der Patentanmeldungen in Niedersachsen sank 2021 im Vergleich zu 2020 um 7,8 %. In Deutschland insgesamt waren es 5,8 % weniger. Bei der Gesamtzahl der Patentanmeldungen lag Niedersachsen im Jahr 2021 mit 2 982 Patentanmeldungen im Ländervergleich unverändert an vierter Stelle.

■ Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2021 – Anzahl –

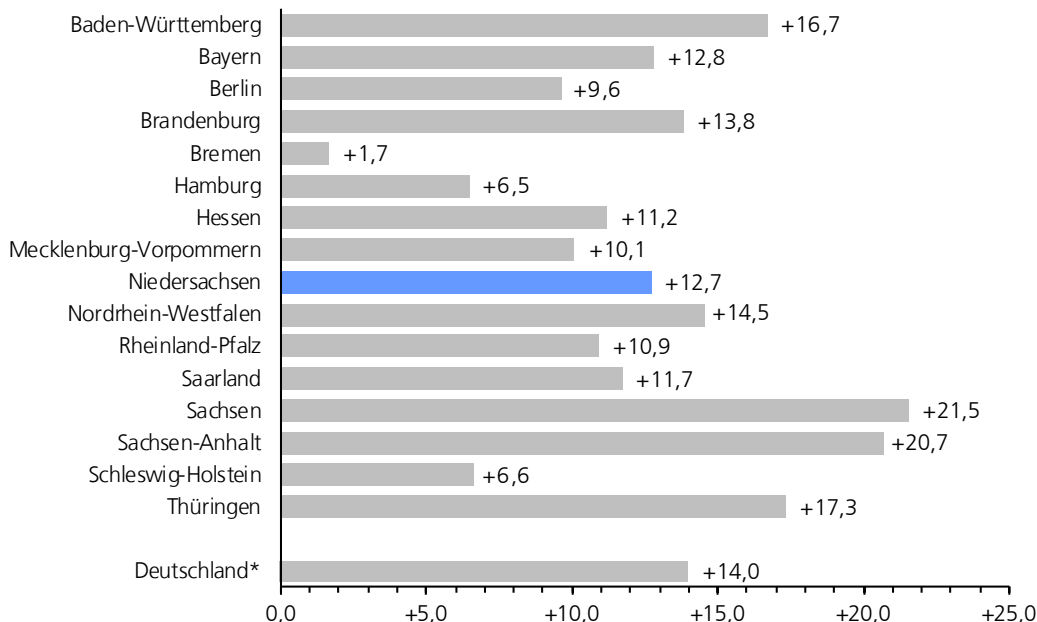


Deutliche Zuwächse der Exporte ...

Exporte
T33

Der Wert der Ausfuhren aus Niedersachsen stieg 2021 wieder. Mit einem Plus von 12,7 % fiel der Exportzuwachs jedoch nicht so stark aus wie im Bundesdurchschnitt (14,0 %). Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 85,7 Mrd. Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,3 % an der den Ländern zuordnungsfähigen Ausfuhr für das gesamte Bundesgebiet entsprach.

■ Veränderung der Ausfuhren 2021 gegenüber 2020 – Prozent –



*Deutschland einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

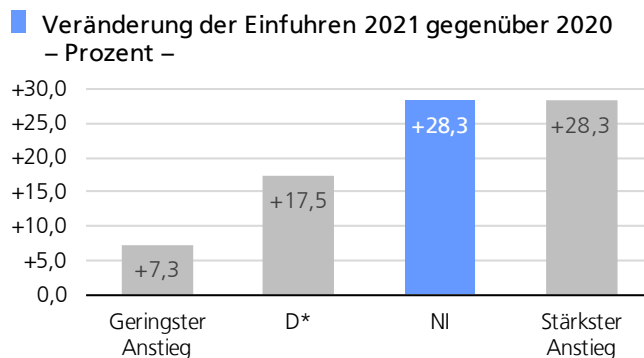
Im Vergleich der Jahre 2021 und 2016 stieg der Wert der aus Niedersachsen exportierten Waren lediglich um 0,8 %, wobei die Spanne in den anderen Ländern von -21,2 % (Hamburg) bis +34,0 % (Mecklenburg-Vorpommern) reichte. Deutschland (einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte) erreichte einen Zuwachs von 14,3 %.

... und ebenso der Importe

Importe
T34

Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2021 einen Anstieg um 28,3 %. In Deutschland nahm der Wert der Importe gegenüber 2020 weniger stark zu (+17,5 %). Der Wert der nach Niedersachsen importierten Waren betrug rund 105,6 Mrd. Euro, was einem Anteil von 9,0 % an der gesamtdeutschen Einfuhr entsprach. Hauptabnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen (22,4 %), Bayern (18,0 %) und Baden-Württemberg (16,9 %).

Im Zeitraum 2016 bis 2021 stieg der Wert importierter Waren nach Niedersachsen um 33,7 %, der Wert für Deutschland wuchs um 26,0 %.



*Deutschland einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

Direktinvestitionen

T35

Internationale Kapitalverflechtung niedersächsischer Investoren steigt an

Ein weiterer Aspekt der globalen wirtschaftlichen Verflechtung sind neben den Im- und Exporten die Direktinvestitionen. Laut den Erläuterungen der Deutschen Bundesbank gibt die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen „Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland zu einem festen Zeitpunkt“. In der Bestandserhebung werden die Direktinvestitionsbestände (Saldo der Forderungen und Verbindlichkeiten) gemäß international harmonisierter Berechnungsvorgaben dargestellt.

Der Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen betrug 2020 in Niedersachsen rund 108,6 Mrd. Euro. Der Wert der Investitionen, die niedersächsische Investoren im Ausland getätigt haben, stieg damit gegenüber 2019 um 1,3 %. Deutschlandweit ging der Wert des Bestands der Auslandsdirektinvestitionen um 0,7 % zurück.

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Investoren im Inland betrug 2020 in Niedersachsen gut 49,2 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2019 war das ein Zuwachs um 12,8 %. In Deutschland nahm der Bestand 2020 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 % zu.

Informationen:

BIP, BWS und Einkommen:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistikportal: Arbeitskreis „[Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder](#)“ (VGRdL)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistikportal: Arbeitskreis „[Erwerbstätigenrechnung der Länder](#)“ (AK ETR)
- LSN: Themenbereich: [Konjunktur, VGR - Übersicht](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft
- **Verdienste:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Arbeitnehmerverdienste \(Fachserie 16 Reihe 2.3\)](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Vierteljährliche Verdiensterhebung](#), Statistik 62321
- LSN: Themen: Verdienste und Arbeitskosten – [Verdienste in Niedersachsen](#) Vierteljährliche Verdiensterhebung (VVE)
- **Unternehmensinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- LSN: Statistische Berichte Niedersachsen [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Verarbeitendes Gewerbe](#), Statistiken 42 bzw. Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Statistik 42271
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Baugewerbe](#): Statistiken 44 bzw. Betriebe, Tätige Personen, Entgelte, Umsatz im Bauhauptgewerbe, Statistik 44111
- **Gästeübernachtungen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Monatserhebung im Tourismus \(Fachserie 6 Reihe 7.1\)](#)
- [LSN-Online](#): Statistische Erhebung 736 – Monatserhebung im Tourismus
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft – Tourismus
- **Patentanmeldungen:** [Deutsches Patent- und Markenamt](#): Jahresbericht 2020, München 2021
- **Ein- und Ausfuhren:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Außenhandel](#), Statistik 51
- **Direktinvestitionen:** Deutsche Bundesbank: [Direktinvestitionsbestände nach Bundesländern](#)

Autorin: Franziska Große

Tabellen Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

19. Bruttoinlandsprodukt¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016 ²⁾	2021/2020
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	474 916	505 400	536 041	77 005	80 072	84 991	+3,4	+3,4
Bayern	577 717	624 403	661 541	77 976	81 331	86 233	+4,4	+3,0
Berlin	133 210	154 537	162 950	70 025	74 742	77 976	+10,9	+3,3
Brandenburg	67 453	75 291	78 656	61 381	67 215	69 985	+2,8	+0,9
Bremen	31 360	32 324	34 213	74 319	74 544	78 954	-1,8	+2,7
Hamburg	110 541	117 892	126 710	89 509	91 289	98 112	-0,1	+2,0
Hessen	271 155	285 450	302 532	80 104	81 555	86 491	+2,3	+3,1
Mecklenburg-Vorpommern	41 089	46 798	49 461	55 473	61 999	65 699	+4,9	+1,7
Niedersachsen	280 611	301 119	315 808	69 942	73 206	76 739	+1,3	+1,7
Nordrhein-Westfalen	653 375	695 148	733 257	70 115	72 555	76 427	+1,3	+2,2
Rheinland-Pfalz	136 301	143 287	162 220	68 161	70 897	80 255	+7,5	+9,6
Saarland	34 264	34 141	35 638	64 838	64 924	68 228	-5,6	+1,4
Sachsen	117 237	127 475	134 511	57 989	62 042	65 527	+2,8	+2,5
Sachsen-Anhalt	58 991	63 372	67 111	58 782	63 855	67 662	+0,7	+2,1
Schleswig-Holstein	87 512	98 600	104 506	63 622	69 056	72 777	+5,2	+2,2
Thüringen	59 008	62 323	65 466	56 672	60 802	64 276	-0,4	+2,0
Deutschland	3 134 740	3 367 560	3 570 620	71 797	75 005	79 488	+3,0	+2,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom November 2021/Februar 2022; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

20. Erwerbstätigenrechnung der Länder¹⁾

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2016	2020	2021	2021			2021/2016 ²⁾	2021/2020
	Anzahl in 1 000			%				
Baden-Württemberg	6 167,3	6 311,9	6 305,9	1,1	30,6	68,4	+2,2	-0,1
Bayern	7 408,9	7 677,3	7 672,8	1,5	27,1	71,4	+3,6	-0,1
Berlin	1 902,3	2 067,6	2 088,9	0,0	10,6	89,4	+9,8	+1,0
Brandenburg	1 098,9	1 120,1	1 125,9	2,4	21,9	75,7	+2,5	+0,5
Bremen	422,0	433,6	432,8	0,1	17,8	82,1	+2,6	-0,2
Hamburg	1 235,0	1 291,4	1 291,4	0,2	12,7	87,2	+4,6	-0,0
Hessen	3 385,0	3 500,1	3 498,0	0,7	20,5	78,8	+3,3	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	740,7	754,8	752,6	2,9	19,6	77,5	+1,6	-0,3
Niedersachsen	4 012,1	4 113,3	4 116,4	2,3	23,9	73,8	+2,6	+0,1
Nordrhein-Westfalen	9 318,7	9 581,0	9 593,7	0,8	22,0	77,3	+3,0	+0,1
Rheinland-Pfalz	1 999,7	2 021,1	2 021,1	1,9	25,4	72,7	+1,1	+0,0
Saarland	528,5	525,9	522,2	0,4	24,8	74,8	-1,2	-0,7
Sachsen	2 021,7	2 054,7	2 051,7	1,3	26,4	72,4	+1,5	-0,1
Sachsen-Anhalt	1 003,5	992,4	989,8	1,9	25,8	72,3	-1,4	-0,3
Schleswig-Holstein	1 375,5	1 427,8	1 435,8	2,2	20,1	77,7	+4,4	+0,6
Thüringen	1 041,2	1 025,0	1 018,9	1,7	29,2	69,1	-2,1	-0,6
Deutschland	43 661,0	44 898,0	44 918,0	1,3	23,8	74,9	+2,9	+0,0

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2022; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Erwerbstätigenrechnung der Länder" (ETR).

21. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2016	2020	2021	2016	2021			2021/2016 ²⁾	2021/2020
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	2 061	2 304	2 608	0,5	0,5	9,1	38 786	+0,4	-3,9
Bayern	4 457	4 527	5 278	0,9	0,9	18,5	46 222	-5,9	-2,2
Berlin	7	8	10	0,0	0,0	0,0	9 174	+0,0	-2,7
Brandenburg	932	909	1 060	1,5	1,5	3,7	39 627	-14,4	-3,6
Bremen	28	15	16	0,1	0,1	0,1	43 894	-60,8	-6,9
Hamburg	62	89	101	0,1	0,1	0,4	48 454	+14,9	-2,7
Hessen	870	911	1 080	0,4	0,4	3,8	42 652	+2,1	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	795	1 272	1 523	2,1	3,4	5,3	70 904	+32,9	-3,8
Niedersachsen	4 457	5 013	5 540	1,8	1,9	19,4	58 067	-5,9	-2,2
Nordrhein-Westfalen	2 923	3 605	4 099	0,5	0,6	14,3	53 793	+7,7	+1,0
Rheinland-Pfalz	1 717	1 797	2 057	1,4	1,4	7,2	53 935	-7,8	-1,2
Saarland	49	45	56	0,2	0,2	0,2	24 622	-7,4	+1,8
Sachsen	908	966	1 164	0,9	1,0	4,1	45 760	-7,9	-1,7
Sachsen-Anhalt	1 067	1 244	1 515	2,0	2,5	5,3	82 386	+1,3	+0,3
Schleswig-Holstein	885	1 240	1 481	1,1	1,6	5,2	48 028	+19,8	+0,5
Thüringen	677	816	988	1,3	1,7	3,5	58 574	+10,2	-1,6
Deutschland	21 894	24 762	28 575	0,8	0,9	100	50 845	-0,4	-1,6

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom November 2021/Februar 2022; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

22. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2016	2020	2021	2016	2021			2021/2016 ²⁾	2021/2020
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	169 101	171 899	185 835	39,5	38,3	19,6	96 466	+1,7	+5,9
Bayern	174 193	185 219	196 699	33,5	32,9	20,7	94 707	+3,2	+3,5
Berlin	18 282	19 064	19 224	15,2	13,0	2,0	87 099	-7,4	-1,8
Brandenburg	16 418	18 838	19 078	27,0	26,8	2,0	77 310	-3,3	-3,7
Bremen	7 903	7 124	7 407	28,0	23,9	0,8	95 006	-15,3	+1,2
Hamburg	17 004	16 605	16 958	17,1	14,8	1,8	104 588	-13,4	-1,5
Hessen	62 058	61 038	64 764	25,4	23,7	6,8	90 437	-5,3	+3,0
Mecklenburg-Vorpommern	8 108	9 928	10 500	21,9	23,5	1,1	71 014	+8,7	+1,9
Niedersachsen	82 713	88 167	92 368	32,7	32,3	9,7	93 962	+0,6	+1,9
Nordrhein-Westfalen	166 096	168 060	177 955	28,2	26,8	18,7	84 641	-4,7	+1,9
Rheinland-Pfalz	42 843	42 135	47 256	34,9	32,2	5,0	92 270	-1,2	+7,7
Saarland	10 666	9 105	9 580	34,6	29,7	1,0	73 431	-19,1	+1,3
Sachsen	33 611	35 318	38 168	31,8	31,4	4,0	70 437	-0,2	+4,4
Sachsen-Anhalt	17 320	18 642	19 971	32,6	32,9	2,1	78 257	-0,5	+2,1
Schleswig-Holstein	19 712	23 619	24 628	25,0	26,1	2,6	85 088	+8,8	+1,4
Thüringen	18 170	18 709	19 761	34,2	33,4	2,1	66 442	-2,9	+2,2
Deutschland	864 201	893 472	950 154	30,6	29,4	100	88 907	-1,0	+3,2

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom November 2021/Februar 2022; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

23. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2016	2020	2021	2016	2021			2021/2016 ²⁾	2021/2020
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	256 440	283 585	296 304	60,0	61,1	13,2	68 694	+4,1	+2,0
Bayern	341 512	375 835	396 260	65,7	66,2	17,6	72 305	+4,8	+2,8
Berlin	101 650	120 907	128 123	84,8	86,9	5,7	68 590	+13,9	+4,1
Brandenburg	43 383	48 451	50 992	71,4	71,7	2,3	59 963	+5,3	+2,8
Bremen	20 304	22 139	23 516	71,9	76,0	1,0	66 242	+3,1	+3,2
Hamburg	82 463	90 093	97 525	82,9	85,1	4,3	86 517	+2,4	+2,7
Hessen	181 213	196 610	207 739	74,2	75,9	9,2	75 366	+4,6	+3,2
Mecklenburg-Vorpommern	28 092	31 190	32 705	75,9	73,1	1,5	56 049	+2,6	+1,9
Niedersachsen	165 486	179 571	187 679	65,5	65,7	8,3	61 800	+1,5	+1,8
Nordrhein-Westfalen	419 264	457 997	481 036	71,3	72,5	21,4	64 868	+3,3	+2,4
Rheinland-Pfalz	78 162	85 857	97 384	63,7	66,4	4,3	66 202	+12,1	+10,8
Saarland	20 135	21 775	22 592	65,3	70,1	1,0	57 985	+1,1	+1,5
Sachsen	71 038	79 182	82 308	67,3	67,7	3,7	55 410	+4,1	+1,8
Sachsen-Anhalt	34 727	37 516	39 203	65,4	64,6	1,7	54 580	+1,0	+2,2
Schleswig-Holstein	58 196	64 453	68 396	73,9	72,4	3,0	61 304	+3,5	+2,6
Thüringen	34 282	36 927	38 452	64,5	65,0	1,7	54 602	+0,3	+2,1
Deutschland	1 936 348	2 132 088	2 250 216	68,6	69,7	100	66 829	+4,5	+2,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom November 2021/Februar 2022; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

24. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾			Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021 ²⁾	2021/2016	2021/2020
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 672	1 724	1 513	37,1	41,6	36,5	-9,5	-12,2
Bayern	2 738	2 172	1 840	44,8	38,3	32,4	-32,8	-15,3
Berlin	1 369	1 233	1 242	90,0	81,1	81,7	-9,3	+0,7
Brandenburg	522	328	247	55,4	38,1	28,7	-52,7	-24,7
Bremen	213	224	229	94,9	107,9	110,3	+7,5	+2,2
Hamburg	907	561	488	98,3	65,3	56,8	-46,2	-13,0
Hessen	1 421	1 265	1 071	57,1	55,3	46,8	-24,6	-15,3
Mecklenburg-Vorpommern	304	201	194	54,7	38,7	37,3	-36,2	-3,5
Niedersachsen	1 850	1 275	1 071	66,7	48,6	40,8	-42,1	-16,0
Nordrhein-Westfalen	6 547	4 353	3 950	98,0	71,1	64,5	-39,7	-9,3
Rheinland-Pfalz	777	622	508	50,1	43,6	35,6	-34,6	-18,3
Saarland	327	208	182	94,1	65,6	57,4	-44,3	-12,5
Sachsen	1 060	569	521	71,2	42,4	38,8	-50,8	-8,4
Sachsen-Anhalt	516	353	285	79,1	60,1	48,6	-44,8	-19,3
Schleswig-Holstein	956	534	446	82,8	49,3	41,1	-53,3	-16,5
Thüringen	339	219	206	45,8	33,2	31,2	-39,2	-5,9
Deutschland	21 518	15 841	13 993	65,9	52,4	46,3	-35,0	-11,7

1) Steuerpflichtige Unternehmen: ab 2020 mit jährlichen Umsätzen über 22 000 Euro; bis 2019 Umsätze über 17 500 Euro; daher eingeschränkt vergleichbar.

2) Bezogen auf die Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen im Jahr 2020.

25. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinst- unternehmen	Lieferungen und Leistun- gen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistun- gen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinst- unternehmen	Veränderung des KMU-Anteils					
					an Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen									
					2020						2015	2019	2020	2020/2015
					Anzahl		Mio. €		%					
Baden-Württemberg	412 578	379 557	1 133 160	356 653	32,2	30,9	31,5	9,2	-2,4	+2,0				
Bayern	565 401	525 402	1 143 681	432 382	39,1	36,9	37,8	12,1	-3,4	+2,5				
Berlin	151 708	143 237	250 464	92 406	37,9	36,0	36,9	13,5	-2,7	+2,5				
Brandenburg	85 914	80 594	86 552	55 984	62,8	61,3	64,7	23,4	+3,0	+5,5				
Bremen	20 550	18 421	75 541	24 641	34,8	33,6	32,6	7,0	-6,2	-3,0				
Hamburg	85 349	78 348	375 491	75 725	18,0	19,1	20,2	5,6	+12,2	+5,5				
Hessen	227 807	211 561	516 828	175 174	34,9	34,5	33,9	10,9	-2,9	-1,7				
Mecklenburg-Vorpommern	51 902	48 341	47 961	36 585	74,5	77,0	76,3	28,3	+2,4	-0,9				
Niedersachsen	261 282	240 277	583 107	223 838	36,5	37,0	38,4	11,8	+5,2	+3,8				
Nordrhein-Westfalen	609 353	561 760	1 503 001	521 836	34,6	33,4	34,7	10,2	+0,2	+3,9				
Rheinland-Pfalz	142 204	132 689	235 272	103 156	43,8	42,6	43,8	15,1	+0,1	+2,8				
Saarland	31 554	28 932	80 673	26 195	34,8	33,4	32,5	10,2	-6,6	-2,9				
Sachsen	134 000	125 204	153 794	93 585	67,2	60,5	60,9	20,8	-9,4	+0,5				
Sachsen-Anhalt	58 535	54 239	73 034	43 975	61,7	60,7	60,2	20,1	-2,5	-0,8				
Schleswig-Holstein	107 975	100 376	179 228	82 872	47,5	44,7	46,2	15,2	-2,6	+3,4				
Thüringen	65 928	61 300	65 674	47 615	75,1	72,2	72,5	23,9	-3,5	+0,4				
Deutschland	3 012 040	2 790 238	6 503 461	2 392 624	36,9	35,8	36,8	11,5	-0,3	+2,6				

1) KMU = Unternehmen bis unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinstunternehmen: bis unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz; Steuerpflichtige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 22 000 Euro (bis 2019: über 17 500 Euro), daher ist ein Vergleich mit den Vorjahren insbesondere der Kleinstunternehmen nicht möglich.

26. Gesamtumsatz und Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Gesamtumsatz je tätiger Person	Anteil Auslands- umsatz am Gesamtumsatz	Veränderung des Auslandsumsatzes		Veränderung des Gesamtumsatzes		
	2016	2020	2021			2021/2016	2021/2020	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €					€	%			
Baden-Württemberg	349 553	346 649	389 970	303 894	56,7	+58,2	+16,4	+11,6	+12,5	
Bayern	349 822	348 781	380 838	293 653	54,0	+12,4	+10,3	+8,9	+9,2	
Berlin	24 718	27 445	28 241	338 850	55,7	+10,7	+2,9	+14,3	+2,9	
Brandenburg	25 800	25 969	28 209	284 390	28,6	+5,7	+13,4	+9,3	+8,6	
Bremen	27 744	27 632	27 619	569 464	63,3	+3,1	+3,8	-0,4	-0,0	
Hamburg	68 567	63 335	98 145	1 120 837	23,6	+7,6	+17,1	+43,1	+55,0	
Hessen	109 838	115 995	128 933	327 582	53,8	+25,2	+12,1	+17,4	+11,2	
Mecklenburg-Vorpommern	14 611	15 455	17 930	279 605	41,4	+63,5	+34,2	+22,7	+16,0	
Niedersachsen	204 671	196 712	212 653	375 327	46,4	+5,1	+9,8	+3,9	+8,1	
Nordrhein-Westfalen	331 933	321 698	356 852	291 206	44,4	+8,4	+12,6	+7,5	+10,9	
Rheinland-Pfalz	91 996	89 786	105 135	359 592	54,4	+16,5	+19,0	+14,3	+17,1	
Saarland	27 506	22 884	25 286	314 215	47,7	-9,1	+7,7	-8,1	+10,5	
Sachsen	63 793	63 476	72 414	256 121	38,3	+17,4	+24,4	+13,5	+14,1	
Sachsen-Anhalt	39 193	39 425	44 787	342 446	31,5	+26,5	+21,5	+14,3	+13,6	
Schleswig-Holstein	35 975	35 788	39 715	292 929	37,1	+2,4	+7,1	+10,4	+11,0	
Thüringen	34 153	33 285	36 779	220 726	35,5	+20,3	+12,7	+7,7	+10,5	
Deutschland	1 799 872	1 774 314	1 993 505	319 624	48,4	+12,3	+13,2	+10,8	+12,4	

27. Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)

Land	Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Baugew. Umsatz je tätiger Person im Baugewerbe	Veränderung baugewerblicher Umsatz	
	2016	2020	2021	2016	2021		2021/2016	2021/2020
	Mio. €			%			%	
Baden-Württemberg	9 966	14 407	14 500	14,1	14,6	213 245	+45,5	+0,6
Bayern	14 469	19 836	19 855	20,4	20,1	187 936	+37,2	+0,1
Berlin	2 576	3 649	3 562	3,6	3,6	223 352	+38,3	-2,4
Brandenburg	2 689	3 911	3 775	3,8	3,8	204 836	+40,4	-3,5
Bremen	425	711	617	0,6	0,6	191 793	+45,1	-13,2
Hamburg	1 600	2 033	2 246	2,3	2,3	300 428	+40,4	+10,5
Hessen	4 137	5 507	5 480	5,8	5,5	152 387	+32,5	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 249	1 788	1 765	1,8	1,8	172 691	+41,3	-1,3
Niedersachsen	8 397	11 363	11 681	11,8	11,8	203 169	+39,1	+2,8
Nordrhein-Westfalen	10 802	15 675	16 150	15,2	16,3	194 343	+49,5	+3,0
Rheinland-Pfalz	3 072	4 376	4 356	4,3	4,4	182 048	+41,8	-0,4
Saarland	812	952	884	1,1	0,9	172 730	+8,8	-7,1
Sachsen	4 519	5 942	6 185	6,4	6,2	179 900	+36,9	+4,1
Sachsen-Anhalt	2 135	2 687	2 651	3,0	2,7	154 150	+24,1	-1,4
Schleswig-Holstein	1 996	3 067	2 995	2,8	3,0	171 129	+50,0	-2,4
Thüringen	2 049	2 351	2 288	2,9	2,3	157 815	+11,7	-2,7
Deutschland	70 893	98 252	98 989	100	100	191 059	+39,6	+0,8

28. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen insgesamt			Darunter von Gästen aus dem Ausland	Übernachtungen insgesamt je Einwohner/-in	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾		Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	2016	2020	2021			2016	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl in 1 000					%	Anzahl	Tage	%
Baden-Württemberg	52 043	34 216	35 614	13,4	3,2	2,5	3,0	-31,6	+4,1
Bayern	90 906	59 962	60 970	11,2	4,6	2,6	3,1	-32,9	+1,7
Berlin	31 068	12 278	13 960	29,1	3,8	2,4	2,7	-55,1	+13,7
Brandenburg	12 880	10 135	10 107	5,2	4,0	2,7	3,2	-21,5	-0,3
Bremen	2 403	1 488	1 662	12,1	2,5	1,9	2,1	-30,9	+11,7
Hamburg	13 331	6 879	7 559	16,5	4,1	2,0	2,3	-43,3	+9,9
Hessen	32 591	18 480	18 784	14,2	3,0	2,2	2,8	-42,4	+1,6
Mecklenburg-Vorpommern	30 292	27 770	26 550	1,7	16,5	4,0	4,9	-12,4	-4,4
Niedersachsen	42 767	30 036	32 030	5,0	4,0	3,0	3,6	-25,1	+6,6
Nordrhein-Westfalen	49 597	28 489	29 609	12,9	1,7	2,2	2,7	-40,3	+3,9
Rheinland-Pfalz	21 889	15 440	14 213	14,9	3,5	2,5	2,9	-35,1	-7,9
Saarland	3 020	2 027	2 072	10,0	2,1	3,0	3,4	-31,4	+2,2
Sachsen	18 750	13 518	12 297	7,8	3,0	2,5	2,9	-34,4	-9,0
Sachsen-Anhalt	7 792	5 974	5 816	5,6	2,7	2,4	2,7	-25,4	-2,6
Schleswig-Holstein	28 204	28 924	32 385	2,8	11,1	3,8	4,9	+14,8	+12,0
Thüringen	9 739	6 696	6 619	4,5	3,1	2,6	2,9	-32,0	-1,2
Deutschland	447 271	302 313	310 245	10,0	3,7	2,6	3,2	-30,6	+2,6

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

29. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin und Einwohner¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in			Deutschland = 100 ²⁾			Veränderung je Einwohner/-in	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015 ²⁾	2020/2019
	€			Messzahl			%	
Baden-Württemberg	23 206	25 739	25 513	109,9	109,1	107,4	+9,9	-0,9
Bayern	23 349	25 947	25 930	110,6	110,0	109,2	+11,1	-0,1
Berlin	19 034	21 381	21 745	90,2	90,6	91,6	+14,2	+1,7
Brandenburg	18 646	21 691	22 252	88,3	92,0	93,7	+19,3	+2,6
Bremen	19 806	21 878	22 037	93,8	92,8	92,8	+11,3	+0,7
Hamburg	23 147	25 116	25 285	109,6	106,5	106,5	+9,2	+0,7
Hessen	22 121	24 375	24 454	104,8	103,3	103,0	+10,5	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	17 663	20 689	21 162	83,7	87,7	89,1	+19,8	+2,3
Niedersachsen	20 362	22 742	22 877	96,4	96,4	96,3	+12,4	+0,6
Nordrhein-Westfalen	20 526	22 938	23 201	97,2	97,2	97,7	+13,0	+1,1
Rheinland-Pfalz	21 259	23 219	23 559	100,7	98,4	99,2	+10,8	+1,5
Saarland	19 367	21 661	21 838	91,7	91,8	91,9	+12,8	+0,8
Sachsen	18 553	21 087	21 538	87,9	89,4	90,7	+16,1	+2,1
Sachsen-Anhalt	17 921	20 461	21 095	84,9	86,7	88,8	+17,7	+3,1
Schleswig-Holstein	21 269	24 098	24 236	100,7	102,2	102,0	+13,9	+0,6
Thüringen	18 017	20 567	20 945	85,3	87,2	88,2	+16,3	+1,8
Deutschland	21 112	23 587	23 752	100	100	100	+12,5	+0,7

1) Einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August bzw. November 2021/Februar 2022.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

30. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste ¹⁾ von Vollzeitbeschäftigten			Bruttojahresverdienst ¹⁾ (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst ²⁾ (unbereinigter Gender Pay Gap)			Veränderung der Bruttojahresverdienste ¹⁾	
	2016	2020	2021	2016	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	€			%						
Baden-Württemberg	53 211	55 749	57 784	75,3	78,6	26	23	22	+8,6	+3,7
Bayern	52 110	55 829	57 648	79,3	81,9	24	22	21	+10,6	+3,3
Berlin	47 093	54 019	55 946	87,7	86,4	12	10	10	+18,8	+3,6
Brandenburg	38 582	42 903	44 212	97,3	99,7	6	6	5	+14,6	+3,1
Bremen	49 523	53 063	54 457	80,1	83,4	24	22	22	+10,0	+2,6
Hamburg	55 155	59 590	62 506	80,3	80,0	21	21	21	+13,3	+4,9
Hessen	54 813	58 024	60 194	80,9	84,6	22	18	18	+9,8	+3,7
Mecklenburg-Vorpommern	36 404	40 544	41 715	96,7	98,1	6	6	5	+14,6	+2,9
Niedersachsen	45 576	49 615	50 809	83,2	85,2	21	19	19	+11,5	+2,4
Nordrhein-Westfalen	50 246	53 143	54 559	82,3	84,3	22	18	17	+8,6	+2,7
Rheinland-Pfalz	47 955	50 231	51 930	82,5	86,4	20	15	15	+8,3	+3,4
Saarland	46 544	47 514	49 101	80,9	85,9	24	20	20	+5,5	+3,3
Sachsen	38 522	42 728	44 531	92,2	94,1	10	7	6	+15,6	+4,2
Sachsen-Anhalt	38 340	42 463	43 686	99,2	97,6	4	8	7	+13,9	+2,9
Schleswig-Holstein	43 889	47 558	49 005	84,0	87,2	16	13	12	+11,7	+3,0
Thüringen	37 075	40 807	42 507	96,0	94,9	7	5	5	+14,7	+4,2
Deutschland	48 936	52 464	54 163	81,6	84,4	21	18	18	+10,7	+3,2

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Verdienststrukturerhebungen 2014 und 2018 fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

31. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Investitionen in Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt			je tätiger Person		
	2015	2019	2020		2020/2015	2020/2019
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	11 880	14 608	12 010	9 364	+1,1	-17,8
Bayern	12 427	14 838	12 629	9 761	+1,6	-14,9
Berlin	780	886	786	9 305	+0,8	-11,3
Brandenburg	1 124	1 249	1 288	13 138	+14,5	+3,1
Bremen	792	784	1 054	21 471	+33,0	+34,4
Hamburg	1 022	1 135	1 029	11 509	+0,6	-9,4
Hessen	3 754	3 976	3 498	8 812	-6,8	-12,0
Mecklenburg-Vorpommern	477	626	453	7 084	-4,9	-27,7
Niedersachsen	5 825	6 786	6 132	10 987	+5,3	-9,6
Nordrhein-Westfalen	10 004	11 997	10 499	8 613	+5,0	-12,5
Rheinland-Pfalz	3 128	3 427	2 994	10 372	-4,3	-12,6
Saarland	929	929	635	7 778	-31,6	-31,6
Sachsen	2 514	3 399	2 843	10 176	+13,1	-16,4
Sachsen-Anhalt	1 384	1 691	1 479	11 607	+6,8	-12,5
Schleswig-Holstein	907	1 298	1 000	7 560	+10,3	-23,0
Thüringen	1 637	1 636	1 525	9 163	-6,8	-6,8
Deutschland	58 583	69 267	59 854	9 636	+2,2	-13,6

32. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 417	13 686	13 570	132	123	122	-5,9	-0,8
Bayern	15 835	12 702	11 875	123	97	90	-25,0	-6,5
Berlin	829	674	525	23	18	14	-36,7	-22,1
Brandenburg	333	295	257	13	12	10	-22,8	-12,9
Bremen	141	121	101	21	18	15	-28,4	-16,5
Hamburg	816	622	461	45	34	25	-43,5	-25,9
Hessen	1 932	1 568	1 479	31	25	24	-23,4	-5,7
Mecklenburg-Vorpommern	104	107	98	6	7	6	-5,8	-8,4
Niedersachsen	3 703	3 233	2 982	47	40	37	-19,5	-7,8
Nordrhein-Westfalen	7 077	6 398	5 675	40	36	32	-19,8	-11,3
Rheinland-Pfalz	1 076	781	854	26	19	21	-20,6	+9,3
Saarland	196	192	179	20	19	18	-8,7	-6,8
Sachsen	811	642	604	20	16	15	-25,5	-5,9
Sachsen-Anhalt	228	159	154	10	7	7	-32,5	-3,1
Schleswig-Holstein	475	481	475	17	17	16	[n]	-1,2
Thüringen	519	606	523	24	29	25	+0,8	-13,7
Deutschland	48 492	42 267	39 812	59	51	48	-17,9	-5,8

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

33. Ausfuhr

Land	Ausfuhr (Spezialhandel)			Anteil an der deutschen Ausfuhr ¹⁾	Veränderung der Ausfuhren	
	2016	2020	2021 ²⁾		2021/2016	2021/2020
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	190 747	189 608	221 228	21,3	+16,0	+16,7
Bayern	182 253	168 192	189 708	18,3	+4,1	+12,8
Berlin	15 147	14 425	15 812	1,5	+4,4	+9,6
Brandenburg	13 200	11 901	13 545	1,3	+2,6	+13,8
Bremen	19 871	15 763	16 024	1,5	-19,4	+1,7
Hamburg	54 010	39 958	42 560	4,1	-21,2	+6,5
Hessen	58 438	61 846	68 766	6,6	+17,7	+11,2
Mecklenburg-Vorpommern	7 143	8 692	9 569	0,9	+34,0	+10,1
Niedersachsen	85 010	75 985	85 664	8,3	+0,8	+12,7
Nordrhein-Westfalen	179 085	176 216	201 833	19,4	+12,7	+14,5
Rheinland-Pfalz	52 413	48 856	54 186	5,2	+3,4	+10,9
Saarland	15 410	13 453	15 033	1,4	-2,4	+11,7
Sachsen	36 663	36 879	44 821	4,3	+22,3	+21,5
Sachsen-Anhalt	14 760	15 881	19 163	1,8	+29,8	+20,7
Schleswig-Holstein	20 106	21 473	22 895	2,2	+13,9	+6,6
Thüringen	14 286	14 468	16 975	1,6	+18,8	+17,3
Deutschland ³⁾	1 203 833	1 206 928	1 375 658	100	+14,3	+14,0

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: 12. Juli 2022.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

34. Einfuhr

Land	Einfuhr (Generalhandel)			Anteil an der deutschen Einfuhr ¹⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2016	2020	2021 ²⁾		2021/2016	2021/2020
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	161 120	173 779	198 348	16,9	+23,1	+14,1
Bayern	166 208	180 684	212 050	18,0	+27,6	+17,4
Berlin	12 114	14 987	16 081	1,4	+32,8	+7,3
Brandenburg	15 500	17 510	20 612	1,8	+33,0	+17,7
Bremen	13 283	13 484	15 939	1,4	+20,0	+18,2
Hamburg	68 530	59 687	65 879	5,6	-3,9	+10,4
Hessen	86 171	100 888	119 459	10,2	+38,6	+18,4
Mecklenburg-Vorpommern	5 384	6 210	7 558	0,6	+40,4	+21,7
Niedersachsen	79 008	82 302	105 615	9,0	+33,7	+28,3
Nordrhein-Westfalen	206 694	220 595	262 769	22,4	+27,1	+19,1
Rheinland-Pfalz	34 523	35 407	41 964	3,6	+21,6	+18,5
Saarland	12 829	13 632	16 012	1,4	+24,8	+17,5
Sachsen	21 939	27 093	32 333	2,8	+47,4	+19,3
Sachsen-Anhalt	14 712	15 599	19 012	1,6	+29,2	+21,9
Schleswig-Holstein	20 785	24 072	27 699	2,4	+33,3	+15,1
Thüringen	9 897	11 208	13 658	1,2	+38,0	+21,9
Deutschland ³⁾	960 268	1 029 676	1 209 616	100	+26,0	+17,5

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: 13. Juni 2022.

3) Spezialhandel; Einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen¹⁾

Land	Bestand unmittelbarer inländischer Direktinvestitionen im Ausland (31.12.)			Veränderung	Bestand unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen im Inland (31.12.)			Veränderung
	2015	2019	2020 ²⁾	2020/2019	2015	2019	2020 ²⁾	2020/2019
	Mio. €			%	Mio. €			%
Baden-Württemberg	226 719	268 818	275 766	+2,6	84 141	99 676	98 683	-1,0
Bayern	227 683	279 365	282 421	+1,1	130 989	190 910	190 288	-0,3
Berlin	-889	40 055	41 502	+3,6	28 628	30 183	30 572	+1,3
Brandenburg	3 510	5 639	5 769	+2,3	7 222	2 547	2 438	-4,3
Bremen	3 944	3 416	3 461	+1,3	4 698	5 379	5 000	-7,0
Hamburg	48 041	65 219	62 013	-4,9	59 359	67 152	64 202	-4,4
Hessen	185 445	252 218	266 439	+5,6	113 238	155 114	171 040	+10,3
Mecklenburg-Vorpommern	958	903	-731	-181,0	4 549	7 681	7 467	-2,8
Niedersachsen	62 938	107 265	108 638	+1,3	25 856	43 582	49 158	+12,8
Nordrhein-Westfalen	256 681	290 690	258 905	-10,9	180 666	168 622	191 774	+13,7
Rheinland-Pfalz	40 164	55 278	54 401	-1,6	13 194	13 283	12 714	-4,3
Saarland	2 778	3 478	3 507	+0,8	1 525	1 026	699	-31,9
Sachsen	1 429	1 735	1 760	+1,4	4 929	4 698	5 086	+8,3
Sachsen-Anhalt	4 115	4 305	4 883	+13,4	2 883	4 640	4 651	+0,2
Schleswig-Holstein	4 976	5 723	5 103	-10,8	11 652	9 084	8 773	-3,4
Thüringen	1 205	2 162	2 073	-4,1	2 131	2 531	2 574	+1,7
Deutschland ³⁾	1 069 697	1 386 269	1 375 910	-0,7	675 660	806 109	845 121	+4,8

1) Der Bestand der unmittelbaren Direktinvestitionen ist ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten. Berechnung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

2) Vorläufige Angaben.

3) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Stand Juni 2022)

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst die öffentlichen Gesamthaushalte mit Kern- und Extrahaushalten.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden jedoch keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESVG nicht zum Staatssektor.

Kernhaushalte Unmittelbare Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen	Extrahaushalte Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU des Staatssektors)
Öffentlicher Gesamthaushalt	

In den Tabellen 36 bis 42 ist der öffentliche Gesamthaushalt zusammengefasst für die Länder und deren zugehörige Gemeinden/Gemeindeverbände dargestellt. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin weisen keine kommunale Ebene auf, so dass hier die öffentlichen Gesamthaushalte der Länderebene ausgewiesen werden.

Tabelle 43 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen innerhalb der finanzstatistischen Aggregate (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

Wichtige Ergebnisse

- Die Einnahmen des Landes und der Kommunen stiegen 2021 in Niedersachsen um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr auf 7 537 Euro pro Kopf (Deutschland: 12,2 % auf 8 276 Euro pro Kopf) und die Ausgaben um 5,1 % (Deutschland: +5,5 %).
- Der Finanzierungsüberschuss (mehr Einnahmen als Ausgaben) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrug 2021 für Niedersachsen 0,3 % (Deutschland: 0,2 %).
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich Ende 2021 in Niedersachsen auf 9 812 Euro und lag damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 9 294 Euro pro Kopf.

Einnahmen der Gesamthaushalte

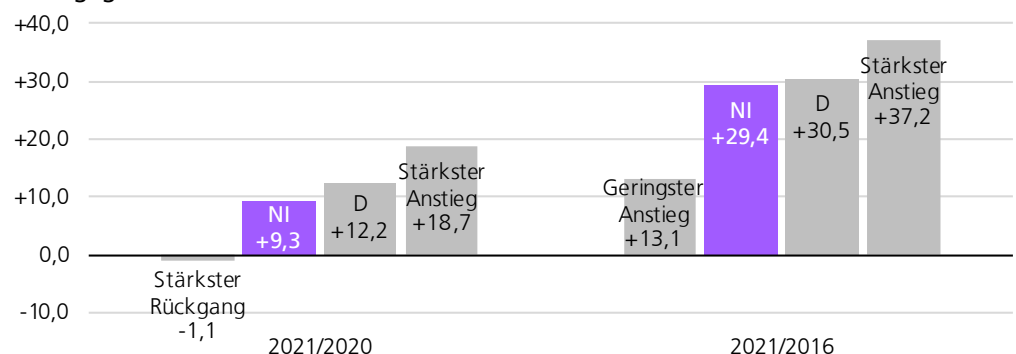
T36

Erneuter Anstieg der Einnahmen und Steuereinnahmen

Die Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen stiegen 2021 deutlich im Vergleich zum vorherigen Corona-Jahr 2020; im Bundeschnitt um 12,2 %. Ein Anstieg der Einnahmen war in 15 von 16 Ländern zu beobachten; lediglich im Saarland gab es einen leichten Rückgang (-1,1 %). Die deutlichsten Zuwächse erzielten Rheinland-Pfalz (+18,7 %), Hamburg (+18,6 %) und Hessen (+16,5 %). In Niedersachsen stiegen die Einnahmen 2021 gegenüber 2020 um 9,3 % an, zum Teil aufgrund gestiegener Zuweisungen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich (vgl. Tabelle 43).

Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte)

2021 gegenüber 2020 und 2016 – Prozent –



Im mittelfristigen Vergleich der Einnahmen 2021 gegenüber 2016 hatten alle Länder positive Veränderungsrate: Die höchsten Zuwächse verbuchten Bremen (+37,2 %), Rheinland-Pfalz (+37,1 %) und Berlin (+36,0 %). Niedersachsen hatte die siebthöchste Veränderungsrate mit +29,4 % (Bundesdurchschnitt: +30,5 %).

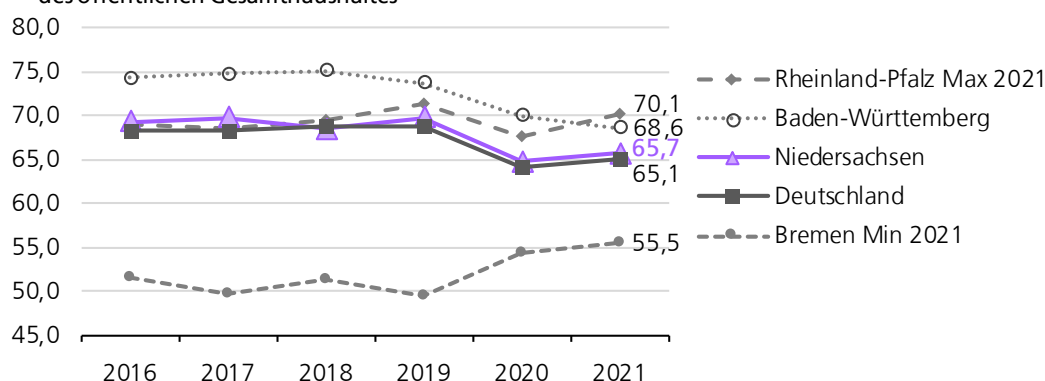
Bundesweit erzielten die öffentlichen Gesamthaushalte 2021 pro Kopf gerechnet Einnahmen von 8 276 Euro. Die höchsten Einnahmen pro Kopf fielen erneut in den Stadtstaaten Hamburg (13 086 Euro), Bremen (12 033 Euro) und Berlin (10 511 Euro) an, die niedrigsten verzeichneten 2021 Thüringen (7 437 Euro), Sachsen (7 512 Euro) und Niedersachsen (7 537 Euro).

Die Steuereinnahmequote ist in Tabelle 36 als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Demnach bezogen 2021 die öffentlichen Gesamthaushalte in Niedersachsen 65,7 % ihrer Einnahmen aus Steuererträgen. Damit lag Niedersachsen geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 65,1 %. Während der öffentliche Gesamthaushalt in Rheinland-Pfalz 70,1 % der Einnahmen aus Steuern generierte, lag der Anteil in Bremen lediglich bei 55,5 %.

Steuereinnahmequote
T36

■ Steuereinnahmequote 2016 bis 2021 – Prozent –

– Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes –



Im Gegensatz zum Corona-Jahr 2020, wo noch 12 von 16 Ländern rückläufige Steuererträge verbuchten, waren 2021 bei allen Ländern erhöhte Steuereinnahmen zu verzeichnen. Bundesweit erhöhten sich die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 13,8 % auf 5 388 Euro pro Kopf und mittelfristig seit dem Jahr 2016 sogar um 24,2 %. Im Ländervergleich konnte Rheinland-Pfalz (+23,2 %) die Steuereinnahmen 2021 fast um ein Viertel im Vergleich zu 2020 steigern. Es folgten die Stadtstaaten, wobei der Anstieg in Hamburg (+20,4 %) am höchsten war, gefolgt von Berlin (+18,9 %) und Bremen (+17,1 %). In Niedersachsen stiegen die Steuererträge um 10,7 %, so dass knapp 39,7 Mrd. Euro Steuererträge für das Land und seine Kommunen anfielen. Pro Kopf entsprach dies einem Betrag von 4 948 Euro.

Steuereinnahmen
T37

Der Quotient aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) vermittelt einen Überblick über das Volumen der Steuereinnahmen in Relation zur Wirtschaftsleistung. Brandenburg wies hier 2021 die höchste Quote mit 15,4 % auf, gefolgt von Berlin (15,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (15,0 %). Die eher wirtschaftsstarken Länder wie Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg wiesen mit jeweils 11,1 % erneut die geringsten Quoten auf. Niedersachsen lag mit einem Wert von 12,6 % ganz leicht über dem Bundesdurchschnitt von 12,5 %.

Quotient Steuereinnahmen/BIP
T37

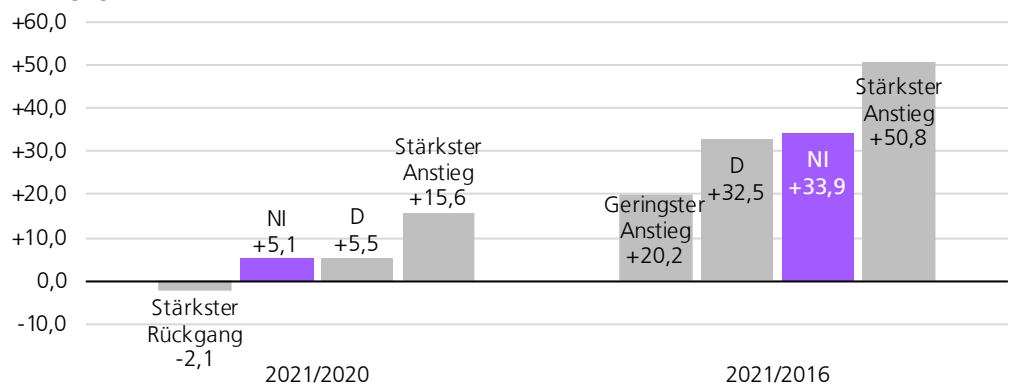
Länder mit moderaten Ausgabensteigerungen

Im Gegensatz zum Corona-Jahr 2020 – als die Ausgaben in den Ländern deutlich erkennbar anstiegen – waren 2021 hauptsächlich nur moderate Ausgabensteigerungen zu beobachten. Hier fallen insbesondere die Stadtstaaten Berlin (+15,6 %), Hamburg (+15,1 %) und Bremen (+10,9 %) auf, welche Ausgabensteigerungen von über 10 % aufwiesen. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei den Ausgaben pro Kopf, bei denen die höchsten Ausgaben wiederum auf Hamburg (13 315 Euro), Bremen (12 073 Euro) und Berlin (11 103 Euro)

Ausgaben der Gesamthaushalte
T38

entfielen; dagegen konnten 2 Länder ihre Ausgaben leicht reduzieren, das Saarland um 2,1 % auf 7 722 Euro und Sachsen um 0,9 % auf 7 474 Euro. Niedersachsen lag mit einer Erhöhung der Ausgaben um 5,1 % (auf 7 431 Euro pro Kopf) im Mittelfeld des Ländervergleichs. Pro Kopf beliefen sich die Ausgaben 2021 im Bundesdurchschnitt auf 8 176 Euro, dies entsprach einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 5,5 %.

■ **Veränderung der Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2021 gegenüber 2020 und 2016 – Prozent –**



Im mittelfristigen Vergleich 2021 gegenüber 2016 gab es bundesweit einen Anstieg der Ausgaben um fast ein Drittel (32,5 %). Am deutlichsten fielen die Ausgabensteigerungen der öffentlichen Gesamthaushalte in Berlin (+50,8 %) aus, gefolgt von Bremen (+35,7 %) und Hamburg (+34,5 %) sowie Brandenburg und Niedersachsen (jeweils +33,9 %). Die geringsten Ausgabenzuwächse erfolgten in Sachsen-Anhalt (+20,2 %) und Baden-Württemberg (+22,2 %).

■ **Quotient Ausgaben/BIP**

T38

Im Verhältnis der Ausgaben zur Wirtschaftsleistung (BIP) wiesen vier ostdeutsche Länder und Bremen die höchsten Quoten auf. An der Spitze lagen Brandenburg (26,0 %) und Mecklenburg-Vorpommern (25,9 %). Die geringsten Quoten entfielen auf die wirtschaftsstarken Länder Baden-Württemberg (15,5 %), Bayern (16,1 %) und Hessen (17,9 %). Für Niedersachsen lag dieser Wert mit 18,9 % geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt (19,0 %).

■ **Personalausgaben**

T39

■ **Wachstum der Personalausgaben in allen Ländern**

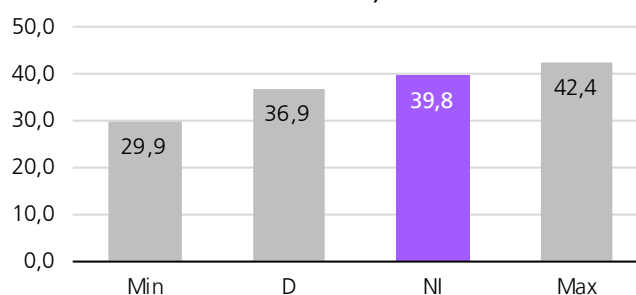
Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen für Personal stiegen 2021 bundesweit um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. In Niedersachsen stieg der Wert ebenfalls um 3,5 %. Im Vergleich 2021 gegenüber 2016 war beim Ausgabenposten Personal bundesweit ein Wachstum um 24,0 % zu verzeichnen. Niedersachsen lag im Fünf-Jahres-Vergleich mit 24,4 % über dem Bundesdurchschnitt.

■ **Personalausgabenquote**

T39

Bundesweit verwendeten die Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 2021 durchschnittlich 36,9 % der Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag hier mit 39,8 % über dem

■ **Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2021 – Prozent –**



Durchschnitt. Höhere Personalausgabenquoten wurden nur für Rheinland-Pfalz (42,4 %), Baden-Württemberg und dem Saarland (jeweils 41,0 %) berechnet. Die niedrigsten Werte wiesen Hamburg (29,9 %), Berlin (31,6 %) und Mecklenburg-Vorpommern (32,3 %) auf.

Zinsausgaben in Niedersachsen sinken

Die bundesweiten Aufwendungen für Zinsen der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen sind im Gegensatz zu den letzten Jahren erstmals wieder gestiegen. Im bundesweiten Durchschnitt war eine moderate Erhöhung der Ausgaben 2021 um 1,8 % im Vergleich zu 2020 zu erkennen. In 10 von 16 Ländern waren die Zinsausgaben aber weiter rückläufig. Ursächlich dürfte hier weiterhin vor allem das niedrige Zinsniveau sein. Niedersachsen konnte 2021 im Vergleich zu 2020 eine Senkung der Zinsausgaben um 5,2 % erreichen. Die deutlichsten Senkungen der Zinsausgaben 2021 im Vorjahresvergleich wurden für Bayern (-16,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-15,8 %) errechnet. In Sachsen wuchsen die Zinsausgaben hingegen um ein Drittel (+33,6 %), nachdem Sachsen im Jahr 2020 die Zinsausgaben noch um 56,4 % senken konnte. Die zweithöchste Steigerung von Zinsausgaben wies Baden-Württemberg (+29,3 %) auf. Pro Kopf gaben die öffentlichen Gesamthaushalte 2021 bundesweit durchschnittlich 145 Euro für Zinsen aus, in Niedersachsen waren es 104 Euro. Im mittelfristigen Vergleich 2021 gegenüber 2016 belief sich der Rückgang bundesdurchschnittlich auf 33,0 %, in Niedersachsen auf 51,3 %.

Die Zins-Steuer-Quote als Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen weist über die Länder eine große Streuung auf: Sachsen und Bayern verwendeten lediglich 0,5 % bzw. 0,8 % der Steuererträge für Zinszahlungen, Bremen und das Saarland hingegen 13,4 % bzw. 6,5 %. Bundesweit betrug die Zins-Steuer Quote 2,7 %, in Niedersachsen 2,1 %.

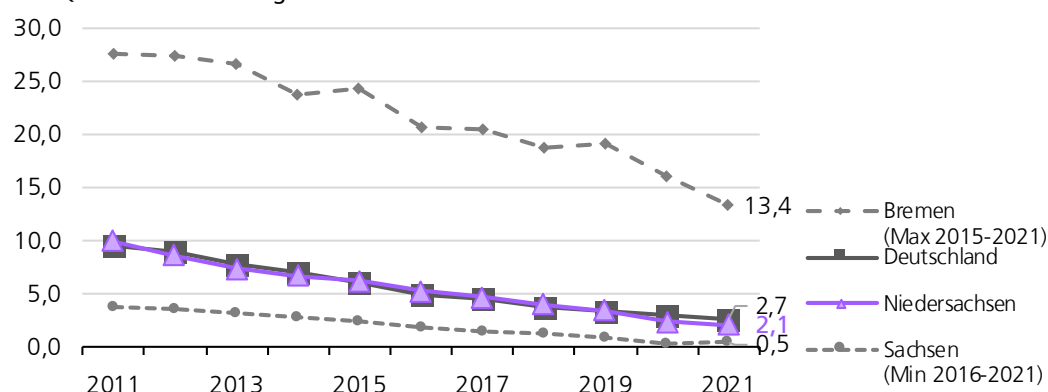
Zinsausgaben

T40

Zins-Steuer-Quote

T40

■ Zins-Steuer-Quote 2011 bis 2021 – Prozent –
– Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen –



Länder überwiegend wieder mit Finanzierungsüberschüssen

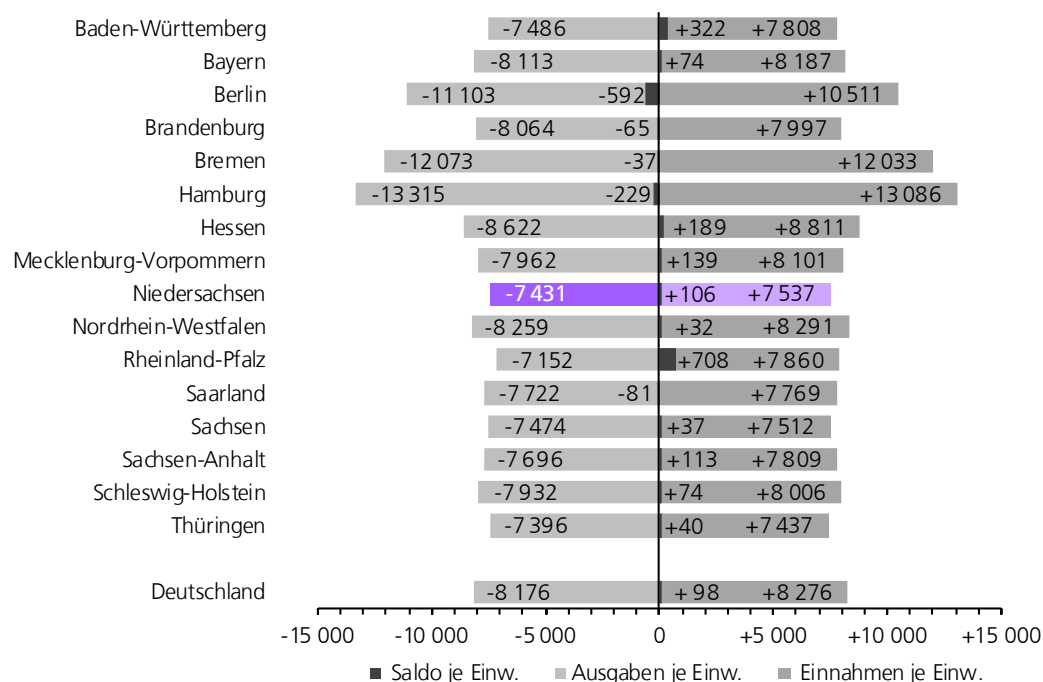
Finanzierungssaldo

T41

Der Finanzierungssaldo wird berechnet als Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

Nachdem im durch Corona gezeichneten Jahr 2020 noch alle Länder Finanzierungsdefizite (die Ausgaben überstiegen die Einnahmen) auswiesen, entspannte sich die Situation 2021 wieder. 11 der 16 Länder konnten Finanzierungsüberschüsse (mehr Einnahmen als Ausgaben) erzielen. Bundesweit betrug das Finanzierungssaldo aller öffentlichen Gesamthaushalte pro Kopf gerechnet 98 Euro. Die höchsten positiven Salden pro Kopf ergaben sich in Rheinland-Pfalz (708 Euro), Baden-Württemberg (322 Euro) und Hessen (189 Euro). Die höchsten Finanzierungsdefizite pro Kopf entstanden in Berlin (-592 Euro), Hamburg (-229 Euro) und dem Saarland (-81 Euro). Niedersachsen wies einen Finanzierungsüberschuss von 106 Euro auf und lag damit oberhalb des Bundesdurchschnitts.

■ **Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen**
(Kernhaushalte und Extrahaushalte) je Einwohnerin und Einwohner 2021 – Euro –



Quotient
Finanzierungssaldo/BIP
T41

Um einen weiteren Vergleich der Finanzierungssaldi zwischen den Ländern zu ermöglichen, kann der Quotient aus dem Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) herangezogen werden. Bundesweit belief sich das Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen 2021 auf +0,2 % gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Die entsprechenden Quoten bewegten sich in 14 Ländern um weniger als 1 %. Nur Rheinland-Pfalz (+1,8 %) kann mit einer höheren positiven Quote aufwarten. Die höchste negative Quote gemessen am BIP wurde für Berlin (-1,3 %) errechnet. In Niedersachsen betrug diese Quote +0,3 % gemessen am BIP.

Schulden
T42

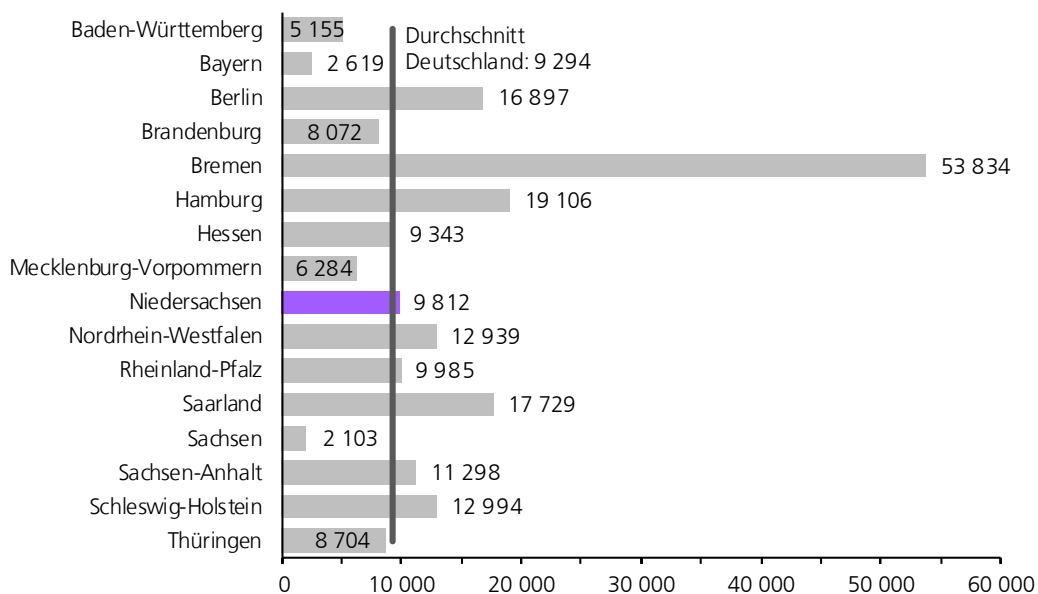
Verschuldung der Länder geringfügig gestiegen

Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherungen gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich hat sich 2021 mit 0,4 % bundesweit kaum erhöht, während die Neuverschuldung im Corona-Jahr 2020 gegenüber 2019 mit 8,3 % bundesweit deutlich gestiegen war. Der Schuldenstand bundesweit belief sich am 31.12.2021 damit auf 772,6 Mrd. Euro. Die Verschuldung der Gesamthaushalte in Niedersachsen erhöhte sich nur marginal um 0,2 % auf 78,6 Mrd. Euro. In Sachsen stieg der Schuldenstand um 15,1 % auf 8,5 Mrd. Euro, gefolgt von Bayern (+8,7 % auf 34,5 Mrd. Euro) und Schleswig-Holstein (+3,9 % auf 37,9 Mrd. Euro). Bremen (-7,5 %) und Rheinland-Pfalz (-6,7 %) konnten die Verschuldung im Vergleich zum Vorjahr am stärksten senken.

Im mittelfristigen Vergleich der Jahre 2016 und 2021 konnten 6 der 16 Länder die Verschuldung zurückfahren. In 10 der 16 Länder stieg die Verschuldung dagegen weiter an. Insbesondere in Bremen (+70,5 %) und Sachsen (+60,3 %) ist die Verschuldung seit 2016 um mehr als die Hälfte gestiegen. Niedersachsen wies mit +7,9 % im Fünf-Jahresvergleich eine moderate Zunahme der Verschuldung auf.

Die höchsten Schuldenstände pro Kopf wiesen am 31.12.2021 die Gesamthaushalte der Stadtstaaten Bremen (53 834 Euro) und Hamburg (19 106 Euro) sowie das Saarland (17 729 Euro) und Berlin (16 897 Euro) aus; die geringsten Sachsen (2 103 Euro), Bayern (2 619 Euro) und Baden-Württemberg (5 155 Euro). Niedersachsen lag hier mit einem Betrag von 9 812 Euro etwas über dem Bundesdurchschnitt von 9 294 Euro.

Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2021 – Euro –
– Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kernhaushalte und Extrahaushalte) –



Ein weiteres Maß zur Abbildung der öffentlichen Verschuldung ist der Quotient aus Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt (BIP). Nach dieser Quote entsprachen die Schulden in Niedersachsen 2021 fast einem Viertel des BIP (24,9 %) und lagen damit über dem Bundesdurchschnitt von 21,6 %; nur 5 Länder erreichten niedrigere Quoten als Niedersachsen. Im Ländervergleich ergab sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Verschuldung pro Kopf. Bremen hatte mit 106,2 % den höchsten Anteil der Schulden gemessen am BIP, gefolgt vom Saarland (48,9 %) und Berlin (38,0 %). Die geringsten Anteile wiesen wiederum Bayern (5,2 %), Sachsen (6,3 %) und Baden-Württemberg (10,7 %) auf.

Quotient Schulden/BIP
T42

Volumen des Finanzausgleichs gestiegen

Finanzausgleich
T43

Bei den Beträgen, die die Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, handelt es sich um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs (für 2020 und 2021 sind die Werte noch vorläufig). Durch die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist die Struktur des Ausgleichssystems ab dem Jahr 2020 geändert worden. Der horizontale Ausgleich der Finanzkraft erfolgt nicht mehr durch den Länderfinanzausgleich (LFA), sondern durch finanzkraftabhängige Zu- und Abschläge bei der horizontalen Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer (sog. Finanzkraftausgleich, FKA). Nach der Hinzurechnung dieser Zu- und Abschläge wird der Länderanteil an der Umsatzsteuer vollständig nach der Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder verteilt. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchem von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

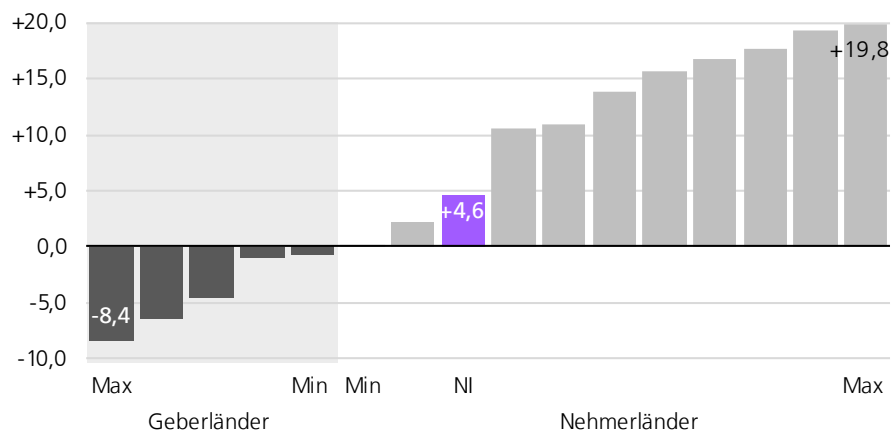
Das Volumen des Finanzausgleichs (FKA und BEZ) stieg 2021 im Vergleich zum Vorjahr um gut 1 Mrd. Euro auf knapp 9,9 Mrd. Euro. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Finanzkraftausgleichs (FKA) zwischen den Geber- und Nehmerländern saldieren. Niedersachsen erhielt 2021 aus dieser Summe 2.790 Mio. Euro (bzw. 348 Euro pro Kopf) und damit 636 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Die Geberländer waren Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg sowie – neu – Rheinland-Pfalz. Pro Kopf gerechnet waren Bremen (1.887 Euro), Sachsen-Anhalt (1.509 Euro), Thüringen (1.475 Euro) und Berlin (1.448 Euro) die Länder mit den höchsten Zuweisungen. Zu den Nehmerländern gehörten alle Länder Ostdeutschlands.

Der Quotient aus Finanzausgleich (FKA und BEZ) geteilt durch die bereinigten Einnahmen der Länder (bei Flächenländern einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Demnach mussten Bayern 8,4 %, Hessen 6,4 %, Baden-Württemberg 4,6 %, Hamburg 0,9 % und Rheinland-Pfalz 0,7 % ihrer Einnahmen an den bundesstaatlichen Finanzausgleich abführen. Auf Seiten der Nehmerländer hatte der Finanzausgleich vor allem für Thüringen (19,8 %), Sachsen-

Quotient Finanzausgleich/BIP
T43

Anhalt (19,3 %) und Sachsen (17,6 %) ein hohes Gewicht. Für Nordrhein-Westfalen (0,1 %) und Schleswig-Holstein (2,2 %) hatte der Finanzausgleich eine eher geringfügigere Bedeutung. Auch für Niedersachsen war das Gewicht des Finanzausgleichs mit 4,6 % gemessen an den Einnahmen vergleichsweise klein.

■ Anteil des Finanzausgleichs (FKA + BEZ) in den Geberländern und Nehmerländern an den bereinigten Gesamteinnahmen 2021 – Prozent –



Informationen:

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der öffentlichen Haushalte:

- Einnahmen und Ausgaben: Statistisches Bundesamt (Destatis): Finanzen und Steuern. [Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts 1.- 4. Vierteljahr](#) (Fachserie 14 Reihe 2)
- Schulden: Statistisches Bundesamt (Destatis): Finanzen und Steuern. [Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts](#) (Fachserie 14 Reihe 5)
- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen](#): Finanzen, Personal im öffentlichen Dienst, Steuern
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 09/2022 Das Jahr in Zahlen: Staats- und Kommunalfinanzen 2021
- **Länderfinanzausgleich:** Bundesministerium der Finanzen: [Thema Länderfinanzausgleich](#) und [Endgültige Abrechnungen des Länderfinanzausgleichs](#) (Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2020; sowie für die Jahre 2005-2019)
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 05/2022 Der kommunale Finanzausgleich im Jahr 2022

Autor: Sascha Ebigt

Tabellen Finanzen

36. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuer- einnahme- quote ²⁾ 2021
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	68 521	76 373	86 752	6 272	6 879	7 808	+26,6	+13,6	68,6
Bayern	84 947	93 072	107 697	6 593	7 092	8 187	+26,8	+15,7	68,0
Berlin	28 309	33 488	38 512	7 972	9 143	10 511	+36,0	+15,0	64,1
Brandenburg	16 050	18 322	20 250	6 452	7 257	7 997	+26,2	+10,5	59,6
Bremen	5 921	7 076	8 125	8 756	10 413	12 033	+37,2	+14,8	55,5
Hamburg	18 087	20 412	24 212	10 056	11 062	13 086	+33,9	+18,6	58,2
Hessen	44 079	47 512	55 344	7 136	7 555	8 811	+25,6	+16,5	66,6
Mecklenburg-Vorpommern	10 856	12 089	13 049	6 748	7 512	8 101	+20,2	+7,9	56,7
Niedersachsen	46 683	55 252	60 413	5 873	6 910	7 537	+29,4	+9,3	65,7
Nordrhein-Westfalen	115 196	136 697	148 456	6 444	7 623	8 291	+28,9	+8,6	64,6
Rheinland-Pfalz	23 506	27 153	32 234	5 787	6 634	7 860	+37,1	+18,7	70,1
Saarland	5 716	7 725	7 639	5 728	7 844	7 769	+33,7	-1,1	61,5
Sachsen	24 720	27 570	30 385	6 061	6 785	7 512	+22,9	+10,2	61,3
Sachsen-Anhalt	15 000	15 769	16 966	6 698	7 211	7 809	+13,1	+7,6	57,0
Schleswig-Holstein	17 608	21 654	23 335	6 121	7 451	8 006	+32,5	+7,8	63,8
Thüringen	13 026	14 402	15 711	6 028	6 776	7 437	+20,6	+9,1	60,4
Deutschland	527 129	612 971	687 949	6 401	7 374	8 276	+30,5	+12,2	65,1

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen.

37. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Steuereinnahmen		Quotient Steuerein- nahmen/BIP 2021
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	50 883	53 430	59 547	4 657	4 813	5 360	+17,0	+11,4	11,1
Bayern	63 717	63 952	73 224	4 945	4 873	5 566	+14,9	+14,5	11,1
Berlin	14 790	20 761	24 679	4 165	5 669	6 735	+66,9	+18,9	15,1
Brandenburg	9 179	10 503	12 076	3 690	4 160	4 769	+31,6	+15,0	15,4
Bremen	3 055	3 854	4 511	4 517	5 671	6 681	+47,7	+17,1	13,2
Hamburg	10 815	11 693	14 080	6 013	6 337	7 610	+30,2	+20,4	11,1
Hessen	31 267	31 292	36 840	5 061	4 976	5 865	+17,8	+17,7	12,2
Mecklenburg-Vorpommern	5 692	6 762	7 401	3 538	4 202	4 594	+30,0	+9,5	15,0
Niedersachsen	32 363	35 816	39 661	4 072	4 479	4 948	+22,5	+10,7	12,6
Nordrhein-Westfalen	76 155	85 510	95 880	4 260	4 769	5 355	+25,9	+12,1	13,1
Rheinland-Pfalz	16 206	18 338	22 599	3 989	4 481	5 510	+39,5	+23,2	13,9
Saarland	3 826	4 409	4 699	3 834	4 477	4 778	+22,8	+6,6	13,2
Sachsen	14 767	16 396	18 630	3 621	4 035	4 606	+26,2	+13,6	13,8
Sachsen-Anhalt	8 202	8 828	9 668	3 663	4 037	4 450	+17,9	+9,5	14,4
Schleswig-Holstein	11 744	13 458	14 889	4 082	4 631	5 108	+26,8	+10,6	14,2
Thüringen	7 807	8 662	9 495	3 613	4 076	4 495	+21,6	+9,6	14,5
Deutschland	360 468	393 665	447 879	4 377	4 736	5 388	+24,2	+13,8	12,5

38. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Quotient Ausgaben/BIP 2021
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	68 050	81 153	83 175	6 229	7 310	7 486	+22,2	+2,5	15,5
Bayern	81 145	99 725	106 719	6 298	7 599	8 113	+31,5	+7,0	16,1
Berlin	26 977	35 193	40 683	7 597	9 609	11 103	+50,8	+15,6	25,0
Brandenburg	15 246	19 117	20 419	6 129	7 572	8 064	+33,9	+6,8	26,0
Bremen	6 007	7 353	8 151	8 883	10 820	12 073	+35,7	+10,9	23,8
Hamburg	18 313	21 410	24 635	10 182	11 603	13 315	+34,5	+15,1	19,4
Hessen	43 199	50 348	54 158	6 993	8 006	8 622	+25,4	+7,6	17,9
Mecklenburg-Vorpommern	9 854	12 181	12 826	6 125	7 569	7 962	+30,2	+5,3	25,9
Niedersachsen	44 484	56 658	59 565	5 597	7 086	7 431	+33,9	+5,1	18,9
Nordrhein-Westfalen	114 030	144 028	147 882	6 379	8 032	8 259	+29,7	+2,7	20,2
Rheinland-Pfalz	23 066	27 670	29 331	5 678	6 761	7 152	+27,2	+6,0	18,1
Saarland	6 057	7 757	7 593	6 071	7 877	7 722	+25,4	-2,1	21,3
Sachsen	23 383	30 493	30 234	5 733	7 504	7 474	+29,3	-0,9	22,5
Sachsen-Anhalt	13 916	16 415	16 721	6 214	7 507	7 696	+20,2	+1,9	24,9
Schleswig-Holstein	18 034	21 868	23 120	6 268	7 524	7 932	+28,2	+5,7	22,1
Thüringen	12 155	14 663	15 625	5 625	6 899	7 396	+28,6	+6,6	23,9
Deutschland	512 817	644 437	679 705	6 227	7 753	8 176	+32,5	+5,5	19,0

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamtausgaben, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet.

39. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Personalausgaben		Personal- ausgaben- quote ¹⁾ 2021
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	27 733	33 121	34 109	2 538	2 983	3 070	+23,0	+3,0	41,0
Bayern	31 197	37 524	38 793	2 421	2 859	2 949	+24,3	+3,4	36,4
Berlin	9 622	12 139	12 873	2 710	3 314	3 513	+33,8	+6,0	31,6
Brandenburg	5 533	6 785	7 037	2 224	2 687	2 779	+27,2	+3,7	34,5
Bremen	2 020	2 540	2 636	2 988	3 738	3 904	+30,5	+3,8	32,3
Hamburg	5 921	7 090	7 358	3 292	3 842	3 977	+24,3	+3,8	29,9
Hessen	16 152	19 315	20 156	2 615	3 071	3 209	+24,8	+4,4	37,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 564	4 011	4 141	2 215	2 492	2 571	+16,2	+3,3	32,3
Niedersachsen	19 039	22 900	23 694	2 395	2 864	2 956	+24,4	+3,5	39,8
Nordrhein-Westfalen	43 480	52 240	53 696	2 432	2 913	2 999	+23,5	+2,8	36,3
Rheinland-Pfalz	9 979	11 904	12 447	2 457	2 909	3 035	+24,7	+4,6	42,4
Saarland	2 636	3 037	3 114	2 642	3 083	3 166	+18,1	+2,5	41,0
Sachsen	9 081	10 639	11 015	2 226	2 618	2 723	+21,3	+3,5	36,4
Sachsen-Anhalt	5 069	5 760	5 882	2 263	2 634	2 707	+16,0	+2,1	35,2
Schleswig-Holstein	6 507	7 842	8 152	2 262	2 698	2 797	+25,3	+4,0	35,3
Thüringen	4 712	5 433	5 719	2 181	2 556	2 707	+21,4	+5,3	36,6
Deutschland	202 244	242 277	250 821	2 456	2 915	3 017	+24,0	+3,5	36,9

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

40. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote ¹⁾ 2021
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 956	1 455	1 881	179	131	169	-3,8	+29,3	3,2
Bayern	1 117	727	610	87	55	46	-45,4	-16,1	0,8
Berlin	1 399	974	1 102	394	266	301	-21,2	+13,1	4,5
Brandenburg	415	243	291	167	96	115	-29,7	+20,0	2,4
Bremen	631	623	604	933	916	895	-4,2	-2,9	13,4
Hamburg	751	657	631	418	356	341	-16,0	-3,9	4,5
Hessen	1 526	1 283	1 230	247	204	196	-19,4	-4,1	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	301	219	184	187	136	114	-38,7	-15,8	2,5
Niedersachsen	1 717	883	836	216	110	104	-51,3	-5,2	2,1
Nordrhein-Westfalen	4 527	2 656	2 652	253	148	148	-41,4	-0,2	2,8
Rheinland-Pfalz	1 124	603	546	277	147	133	-51,4	-9,5	2,4
Saarland	484	348	305	485	353	310	-36,9	-12,2	6,5
Sachsen	271	76	101	67	19	25	-62,8	+33,6	0,5
Sachsen-Anhalt	567	353	357	253	161	164	-37,0	+1,3	3,7
Schleswig-Holstein	737	430	435	256	148	149	-41,1	+1,1	2,9
Thüringen	509	345	323	236	162	153	-36,6	-6,5	3,4
Deutschland	18 032	11 872	12 089	219	143	145	-33,0	+1,8	2,7

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

41. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo ¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Quotient Finanzierungs- saldo/BIP 2021
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	+522	-4 771	+3 581	+48	-430	+322	+3 059	+8 352	+0,7
Bayern	+3 801	-6 652	+ 978	+295	-507	+74	-2 823	+7 631	+0,1
Berlin	+1 332	-1 702	-2 169	+375	-465	-592	-3 501	- 467	-1,3
Brandenburg	+804	-810	-164	+323	-321	-65	-968	+645	-0,2
Bremen	-86	-276	-25	-127	-407	-37	+61	+251	-0,1
Hamburg	-225	-998	-423	-125	-541	-229	-198	+575	-0,3
Hessen	+875	-2 835	+1 188	+142	-451	+189	+ 313	+4 023	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	+1 003	-92	+224	+623	-57	+139	-779	+315	+0,5
Niedersachsen	+2 200	-1 413	+848	+277	-177	+106	-1 352	+2 260	+0,3
Nordrhein-Westfalen	+1 166	-7 329	+574	+65	-409	+32	-592	+7 903	+0,1
Rheinland-Pfalz	+433	- 518	+2 904	+107	-127	+708	+2 470	+3 421	+1,8
Saarland	-341	-39	-80	-342	-40	-81	+262	-41	-0,2
Sachsen	+1 356	-2 923	+151	+332	-719	+37	-1 205	+3 074	+0,1
Sachsen-Anhalt	+1 084	-647	+245	+484	-296	+113	- 839	+893	+0,4
Schleswig-Holstein	-426	-207	+216	-148	-71	+74	+642	+423	+0,2
Thüringen	+871	-261	+85	+403	-123	+40	-786	+346	+0,1
Deutschland	+14 368	-31 473	+8 134	+174	-379	+98	-6 234	+39 607	+0,2

1) Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des "Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen".

42. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Anteil der Kassen- kredite	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Quotient Schulden/ BIP 2021
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	Mio. €				€			%		
Baden-Württemberg	61 962	57 418	57 274	1,3	5 672	5 172	5 155	-7,6	-0,3	10,7
Bayern	33 094	31 687	34 449	0,9	2 568	2 415	2 619	+4,1	+8,7	5,2
Berlin	58 031	59 723	61 913	[n]	16 342	16 307	16 897	+6,7	+3,7	38,0
Brandenburg	20 075	20 149	20 440	3,2	8 070	7 980	8 072	+1,8	+1,4	26,0
Bremen	21 324	39 293	36 347	8,7	31 532	57 823	53 834	+70,5	-7,5	106,2
Hamburg	31 128	35 393	35 351	0,2	17 307	19 181	19 106	+13,6	-0,1	27,9
Hessen	61 303	60 082	58 688	0,7	9 924	9 554	9 343	-4,3	-2,3	19,4
Mecklenburg-Vorpommern	10 438	10 067	10 123	2,3	6 488	6 255	6 284	-3,0	+0,6	20,5
Niedersachsen	72 904	78 527	78 647	2,0	9 172	9 821	9 812	+7,9	+0,2	24,9
Nordrhein-Westfalen	237 312	230 110	231 678	9,0	13 276	12 833	12 939	-2,4	+0,7	31,6
Rheinland-Pfalz	45 990	43 877	40 949	11,7	11 322	10 721	9 985	-11,0	-6,7	25,2
Saarland	17 860	17 624	17 434	6,9	17 901	17 895	17 729	-2,4	-1,1	48,9
Sachsen	5 309	7 389	8 508	9,3	1 302	1 818	2 103	+60,3	+15,1	6,3
Sachsen-Anhalt	23 295	23 729	24 545	4,8	10 402	10 851	11 298	+5,4	+3,4	36,6
Schleswig-Holstein	33 680	36 469	37 874	1,1	11 707	12 548	12 994	+12,5	+3,9	36,2
Thüringen	18 105	17 826	18 388	3,3	8 378	8 387	8 704	+1,6	+3,2	28,1
Deutschland	751 811	769 363	772 609	4,8	9 130	9 256	9 294	+2,8	+0,4	21,6

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite (Kredite zur Liquiditätssicherung), Wertpapiersschulden und Kredite.

43. Finanzkraftausgleich (FKA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	FKA und BEZ der Länder insgesamt			FKA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		Quotient (FKA + BEZ)/ Einnahmen ²⁾
	2016	2020 ¹⁾	2021 ¹⁾	2016	2020 ¹⁾	2021 ¹⁾	2021/2016	2021/2020	2021
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-2 578	-3 674	-4 015	-236	-331	-361	-1 437	-341	-4,6
Bayern	-5 915	-7 771	-9 044	-459	-592	-688	-3 129	-1 273	-8,4
Berlin	6 137	5 093	5 304	1 728	1 391	1 448	-833	+211	13,8
Brandenburg	1 620	1 812	2 153	651	718	850	+533	+341	10,6
Bremen	990	1 099	1 274	1 464	1 617	1 887	+284	+175	15,7
Hamburg	93	-172	-230	52	-93	-124	-323	-58	-0,9
Hessen	-2 340	-2 531	-3 556	-379	-402	-566	-1 216	-1 025	-6,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 323	2 018	2 191	822	1 254	1 360	+868	+173	16,8
Niedersachsen	1 081	2 154	2 790	136	269	348	+1 709	+636	4,6
Nordrhein-Westfalen	1 677	- 624	200	94	-35	11	-1 477	+824	0,1
Rheinland-Pfalz	649	575	-239	160	140	-58	-888	-814	-0,7
Saarland	327	688	837	328	699	851	+510	+149	11,0
Sachsen	2 975	4 511	5 347	729	1 110	1 322	+2 372	+836	17,6
Sachsen-Anhalt	1 802	2 724	3 279	805	1 246	1 509	+1 477	+555	19,3
Schleswig-Holstein	419	301	517	146	104	177	+98	+216	2,2
Thüringen	1 668	2 683	3 117	772	1 262	1 475	+1 449	+434	19,8
Deutschland	9 928	8 885	9 926	121	107	119	-2	+1 041	1,4

1) Vorläufige Angaben.

2) Bereinigte Gesamteinnahmen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Schulische und berufliche Qualifikation

- Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss sank in Niedersachsen 2020 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozentpunkte auf 5,8 % (Deutschland: 5,9 %).
- In der beruflichen Bildung verringerte sich 2021 gegenüber 2016 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung um 6,3 % (Deutschland: -5,3 %) und in der Aufstiegsfortbildung um 21,5 % (Deutschland: -13,7 %).

Wichtige Ergebnisse

Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss rückläufig

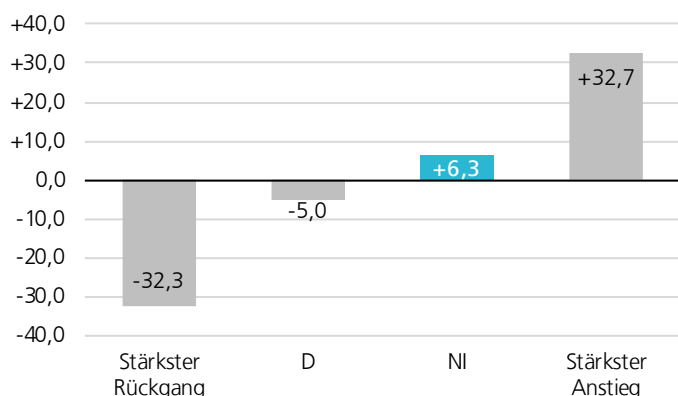
Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

T44

Ein Teil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss hat einen festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot im Förderschwerpunkt Lernen bzw. geistige Entwicklung und schließt die allgemein bildende Schulzeit mit dem Abschluss des entsprechenden Bildungsgangs ab, der Hauptschulabschluss ist nicht das Ziel (s. KMK Dokumentation Nr. 232).

Im Jahr 2020 verließen in Niedersachsen insgesamt 4 612 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben; darunter 1 664 Jugendliche aus Förderschulklassen (36,1 %) und 29,1 % mit Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in Niedersachsen insgesamt um 812 (-15,0 %). Mit Ausnahme von Hamburg (+14,4 %) ging die Zahl in allen Ländern zurück, am deutlichsten in Brandenburg (-28,2 %). Im bundesweiten Durchschnitt sank die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss im Vergleich 2020 zu 2019 um 14,7 % auf gut 45 000 Personen, darunter knapp die Hälfte aus Förderschulklassen (rund 22 200).

Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss 2020 gegenüber 2015 – Prozent –



Während die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss im Vergleich 2020 zu 2015 bundesweit um 5,0 % gesunken ist, stieg sie im selben Zeitraum in Niedersachsen um 6,3 % an. Einen höheren Anstieg verzeichneten lediglich Bremen (+32,7 %), Hamburg (+24,7 %), das Saarland (+23,5 %) sowie Thüringen (+8,8 %). (Angaben zu den Anteilen weiblicher Schulentlassener nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2020 sind im Kapitel Gleichstellung aufgeführt).

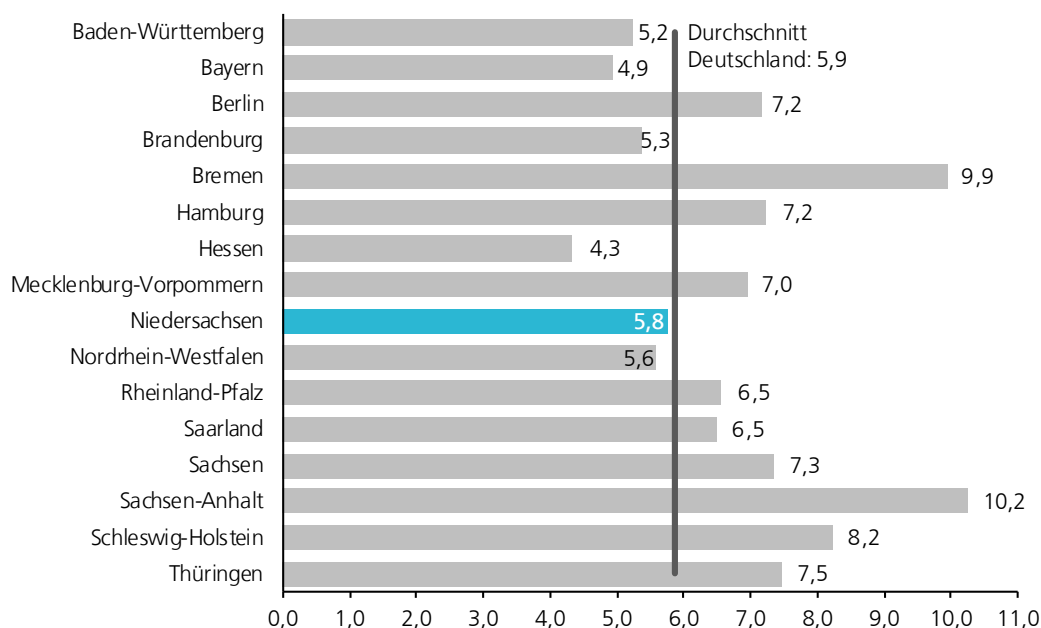
Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss

T44

Die Berechnung der Quoten der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (T44), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (T46) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (T50 in Kapitel Wissenschaft und Kultur) erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss lag 2020 in Niedersachsen bei 5,8 %, ein Rückgang im Vergleich zu 2019 um 1,0 Prozentpunkte. Bundesweit sank die Quote um 1,0 Prozentpunkte auf 5,9 %. Wie im Jahr zuvor hatte Hessen auch 2020 die niedrigste Quote (4,3 %). Eine Quote von über 10 % gab es 2020 lediglich in Sachsen-Anhalt (10,2 %).

■ Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2020 – Prozent –



Quote der frühen Schulabgängerinnen/ Schulabgänger

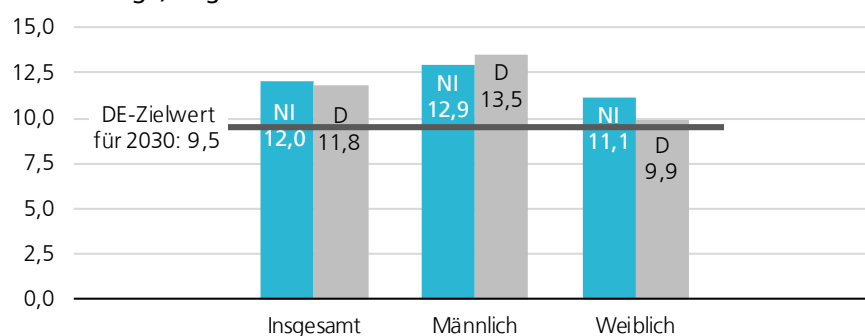
T45

Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gestiegen

Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahre zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Aufgrund der umfassenden methodischen Umstellung des Mikrozensus 2020 ist die Vergleichbarkeit der Quoten mit den Vorjahren eingeschränkt. Die in Tabelle 45 dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist das Ziel formuliert, die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis 2030 auf 9,5 % zu verringern. Während Niedersachsen diese Zielmarke 2020 fast erreichte (9,8 %), stieg der Wert 2021 auf 12,0 % (+2,2 Prozentpunkte). Dies entsprach etwa der Quote aus dem Jahr 2016 (12,1 %). Im Bundesdurchschnitt stieg die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozentpunkte auf 11,8 %, nachdem sie sich von 2016 (10,3 %) bis 2020 (10,1 %) nur geringfügig änderte.

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige) insgesamt sowie nach Geschlecht 2021 – Prozent –



Soweit Werte nach Geschlecht vorlagen, war die Quote der männlichen frühen Schulabgänger in allen Ländern höher als die der frühen Schulabgängerinnen. In Niedersachsen lag die Quote der frühen Schulabgänger bei 12,9 % und die der frühen Schulabgängerinnen bei 11,1 %, in Deutschland durchschnittlich bei 13,5 % bzw. 9,9 %.

Durch Rückkehr zu G9: Abiturienten- und Studienberechtigtenquote unter Bundesniveau

Abiturientenquote
T46

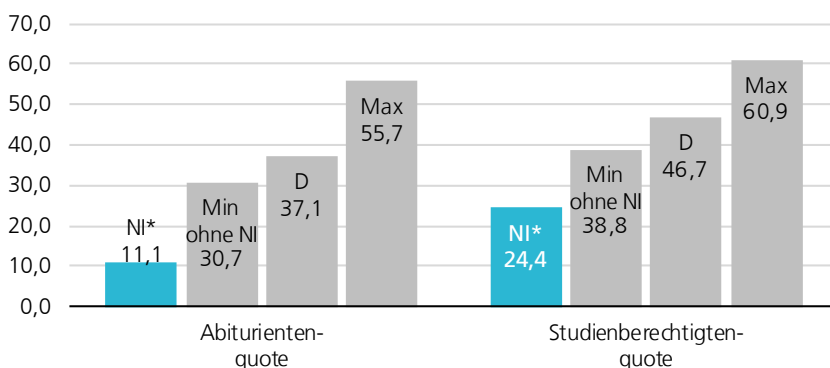
Im Jahr 2020 erlangten 9 858 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen sank gegenüber 2019 um mehr als zwei Drittel (-69,5 %). Dieser Rückgang ist allerdings vor allem dadurch zu erklären, dass es im Schuljahr 2019/2020 wegen der Rückkehr zum 9-jährigen Abitur keinen vollständigen Abschlussjahrgang an niedersächsischen Gymnasien gab. Bundesweit verringerte sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen um 9,7 % auf knapp 300 000 Personen. Vor dem Hintergrund der für Niedersachsen beschriebenen Entwicklung sind in Bezug auf die im Folgenden berichtete Abiturienten- bzw. Studienberechtigtenquote Ländervergleiche nur bedingt aussagekräftig.

Die Abiturientenquote ging gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück (-26,4 Prozentpunkte) und lag 2020 bei 11,1 %. Bundesweit sank die Quote um 3,1 Prozentpunkte auf 37,1 %. Im Ländervergleich ohne Niedersachsen zeigte sich eine große Spannweite: Die höchste Quote der Abiturientinnen und Abiturienten gab es 2020 in Hamburg (55,7 %), die niedrigste in Bayern (30,7 %).

Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Schulabsolvierenden mit Hochschulreife und Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung, lag 2020 in Niedersachsen bei 24,4 % und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 46,7 %. Die höchsten Studienberechtigtenquoten wiesen Hamburg (60,9 %), das Saarland (57,4 %) und Berlin (54,7 %) auf. Vergleichsweise niedrige Studienberechtigtenquoten gab es 2020 in Sachsen-Anhalt (38,8 %), Mecklenburg-Vorpommern (42,5 %) und Bayern (42,7 %).

Studienberechtigtenquote
T46

■ Abiturienten- und Studienberechtigtenquote 2020 – Prozent –



* Niedersachsen hatte im Schuljahr 2019/2020 wegen der Rückkehr zum 9-jährigen Bildungsgang an Gymnasien keinen vollständigen Abiturjahrgang.

Duale Berufsausbildung: Anteil Abschlussprüfungen im Ausbildungsbereich Handwerk weiterhin über Bundesdurchschnitt

Duale Berufsausbildung:
Abschlussprüfungen
T48

In Niedersachsen haben 2021 insgesamt 39 738 Auszubildende eine Berufsausbildung im dualen System erfolgreich abgeschlossen. Der Anteil der Frauen lag bei 36,9 % und fällt damit geringer aus als im Bundesdurchschnitt (38,2 %). Die höchsten Frauenanteile wiesen Berlin (43,2 %) und Hamburg (40,6 %) auf, die niedrigsten Thüringen (33,4 %) und Sachsen-Anhalt (33,8 %). Mehr als jeder zweite (59,1 %) Abschluss in Niedersachsen entfiel auf den Ausbildungsbereich Industrie und Handel. Der Bundesdurchschnitt in diesem Ausbildungsbereich betrug 63,1 %. Überdurchschnittlich fällt hingegen der Anteil der Abschlussprüfungen im Handwerk aus, hier lag Niedersachsen mit 25,4 % über dem Bundesdurchschnitt von 22,0 %.

Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der bestandenenden Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung in Niedersachsen um rund 300 bzw. 0,8 % zurück (Deutschland: -0,4 %). Im mittelfristigen Vergleich 2021 gegenüber 2016 gab es bei den bestandenenden Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung ebenfalls einen Rückgang, dieser fällt in Niedersachsen mit 6,3 % etwas höher aus als im bundesweiten Durchschnitt (Deutschland -5,3 %).

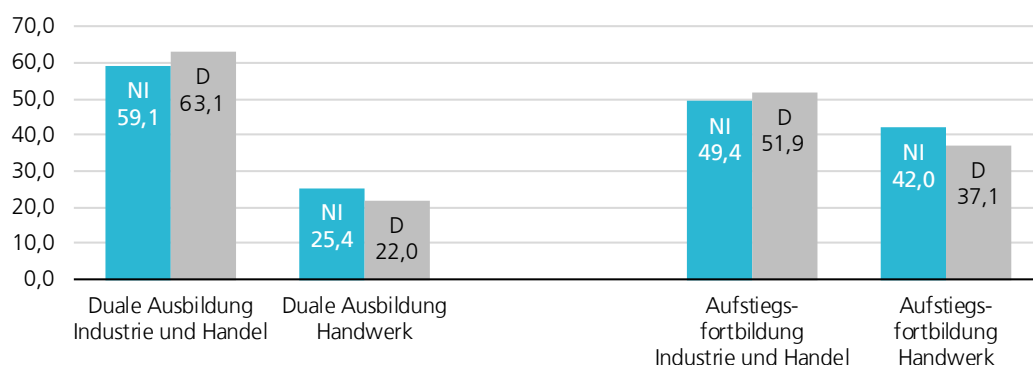
Wieder mehr Aufstiegsfortbildungen: Anteil der Prüfungen im Bereich Handwerk überdurchschnittlich

Die Zulassung zu einer Fortbildungs- oder Meisterprüfung (Aufstiegsfortbildung) setzt in der Regel einen Berufsbildungsabschluss und/oder eine Mindestdauer praktischer Berufstätigkeit voraus. Fortbildungsprüfungen mit der längsten Tradition sind Meisterprüfungen im Handwerk. Sie werden in der Regel mit dem Ziel durchgeführt, festzustellen, ob der Prüfling befähigt ist, einen Betrieb selbstständig zu führen und Auszubildende ordnungsgemäß auszubilden (Handwerksordnung: §§ 45 bzw. 122 Abs. 2 HwO).

Mit einer Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung wird in Deutschland eine Aufstiegsfortbildung abgeschlossen z. B. als "Geprüfte Berufsspezialistin/Geprüfter Berufsspezialist" oder Meisterin/Meister, Staatlich geprüfte Technikerin/Staatlich geprüfter Techniker, Geprüfte Fachwirtin/Geprüfter Fachwirt. Eine erfolgreiche Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung legten 2021 in Niedersachsen insgesamt 7 365 Personen ab, nur knapp ein Drittel (31,9 %) davon waren Frauen (Deutschland: 34,3 %). Die Spannweite der Anteile von Frauen unter den bestandenen Prüfungen reichte von 45,7 % in Berlin bis 20,3 % in Bremen.

Knapp die Hälfte (49,4 %) der niedersächsischen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung wurden im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bestanden (Deutschland: 51,9 %). Der Anteil der bestandenen Meisterprüfungen im Handwerk betrug 42,0 % und lag damit knapp 5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (37,1 %).

■ Anteile der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk an bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung sowie in der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2021 – Prozent –



Im Vergleich zum Vorjahr stieg 2021 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung in Niedersachsen wieder um 6,2 % an (Deutschland: +6,0 %). In der mittelfristigen Betrachtung zeigt sich jedoch – wie auch bei den Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung – zwischen 2021 und 2016 ein deutlicher Rückgang bei den bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung um 21,5 % (Deutschland -13,7 %).

Informationen:

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten:

- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): [KMK Dokumentation Nr. 232 – Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolvierende der Schulen 2011-2020](#), Teil C – Absolvierende der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Tabellen C.I.1.1 und C.I.1.1.3 sowie C.III.1.3.2, C.III.1.3.2a und C.III.1.3a
- Niedersächsisches Kultusministerium: [Allgemein bildende Schulen in Zahlen](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Genesis-Online: [Bildung, Statistiken 21](#) – Absolventen und Abgänger: Bundesländer, Geschlecht, Schulabschlüsse, Statistiken 21111

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung – frühe Schulabgänger](#)
- Eurostat: Datenbank [Tabelle edat_ifse_16](#)

- **Berufliche Bildung:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur – Berufliche Bildung (Fachserie 11 Reihe 3, Tabellen 4.2.2 und 4.3.2 Bestandene Abschlussprüfungen sowie Tabelle 6.2.2 Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): [Berufsbildungsbericht](#)
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Datenreport zum Berufsbildungsbericht

Autor: Andreas Woisch

Tabellen Schulische und berufliche Qualifikation

44. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss insgesamt			Darunter aus Förderschul- klassen ¹⁾	Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss insgesamt an der gleichaltrigen Bevölkerung ²⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2015	2019	2020		2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	5 768	6 281	5 612	3 639	5,0	5,8	5,2	-2,7	-10,7
Bayern	6 259	6 974	5 964	2 961	4,8	5,7	4,9	-4,7	-14,5
Berlin	3 009	2 699	2 037	468	11,2	9,5	7,2	-32,3	-24,5
Brandenburg	1 556	1 579	1 134	808	7,9	7,5	5,3	-27,1	-28,2
Bremen ³⁾	447	607	593	28	7,2	10,2	9,9	+32,7	-2,3
Hamburg	897	978	1 119	378	5,8	6,4	7,2	+24,7	+14,4
Hessen	2 542	3 044	2 555	1 474	4,1	5,1	4,3	+0,5	-16,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 000	1 225	919	567	8,4	9,3	7,0	-8,1	-25,0
Niedersachsen	4 339	5 424	4 612	1 664	5,2	6,8	5,8	+6,3	-15,0
Nordrhein-Westfalen	11 054	11 422	9 709	5 068	5,9	6,5	5,6	-12,2	-15,0
Rheinland-Pfalz	2 606	2 958	2 460	1 418	6,3	7,7	6,5	-5,6	-16,8
Saarland	442	637	546	243	4,7	8,8	6,5	+23,5	-14,3
Sachsen	2 354	2 708	2 455	1 538	7,9	8,2	7,3	+4,3	-9,3
Sachsen-Anhalt	1 735	1 998	1 770	927	10,6	11,6	10,2	+2,0	-11,4
Schleswig-Holstein	2 234	2 673	2 283	537	7,4	9,5	8,2	+2,2	-14,6
Thüringen	1 197	1 627	1 302	474	7,5	9,4	7,5	+8,8	-20,0
Deutschland	47 439	52 834	45 070	22 192	5,9	6,9	5,9	-5,0	-14,7

1) Abgängerinnen und Abgänger aus Förderschulklassen (Förderschwerpunkte "Lernen", "Geistige Entwicklung" und "sonstige") nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht.

2) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

3) In Bremen absolvieren im Rahmen der Inklusion Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung "Geistige Entwicklung" ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 232, Januar 2022: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolventen/-innen der Schulen 2011 bis 2020

45. Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige)¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2016	2020	2021 ²⁾			2021/2016 ³⁾	2021/2020
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	9,3	8,2	11,4	12,9	9,8	+2,1	+3,2
Bayern	7,6	9,5	9,1	11,0	7,0	+1,5	-0,4
Berlin	11,7	(10,4)	(10,1)	[u]	[u]	(-1,6)	(-0,3)
Brandenburg	11,0	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Bremen	10,9	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Hamburg	12,7	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Hessen	10,5	11,5	14,4	16,9	11,6	+3,9	+2,9
Mecklenburg-Vorpommern	13,5	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Niedersachsen	12,1	9,8	12,0	12,9	11,1	-0,1	+2,2
Nordrhein-Westfalen	11,4	10,7	11,7	13,7	9,6	+0,3	+1,0
Rheinland-Pfalz	11,7	(9,7)	13,4	[u]	[u]	(+1,7)	(+3,7)
Saarland	10,3	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Sachsen	7,7	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Sachsen-Anhalt	11,0	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Schleswig-Holstein	10,2	(14,1)	(13,3)	[u]	[u]	(+3,1)	(-0,8)
Thüringen	8,8	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]	[u]
Deutschland	10,3	10,1	11,8	13,5	9,9	+1,5	+1,7

1) Als "Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger" werden 18- bis unter 25-Jährige bezeichnet, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

2) Mikrozensus Erstergebnis 2021 - Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

3) Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Eurostat, Datenstand 5.7.2022

46. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigten- quote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾					
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	53 352	49 145	46 597	43,9	41,9	40,9	53,8	-3,0	-1,0
Bayern	43 185	42 632	38 937	31,6	32,7	30,7	42,7	-0,9	-2,0
Berlin	14 063	14 836	14 718	48,8	49,2	48,8	54,7	+0,0	-0,4
Brandenburg	8 256	9 461	9 201	46,0	45,4	44,5	51,4	-1,5	-0,9
Bremen	3 327	2 700	2 774	49,4	38,5	40,8	46,0	-8,6	+2,3
Hamburg	9 611	9 121	9 149	57,7	54,5	55,7	60,9	-2,0	+1,2
Hessen	25 936	22 592	22 579	40,3	35,6	36,5	48,8	-3,8	+0,9
Mecklenburg-Vorpommern	4 690	5 201	5 241	41,2	38,7	39,6	42,5	-1,6	+0,9
Niedersachsen ³⁾	33 820	32 363	9 858	38,2	37,5	11,1	24,4	-27,1	-26,4
Nordrhein-Westfalen	89 054	84 197	82 860	45,7	44,9	45,7	52,1	-0,0	+0,8
Rheinland-Pfalz	17 188	17 185	16 535	39,3	40,0	39,9	48,5	+0,6	-0,1
Saarland	3 832	3 350	3 452	37,7	36,1	38,6	57,4	+0,9	+2,5
Sachsen	11 173	12 851	12 708	40,3	38,1	38,2	44,7	-2,1	+0,1
Sachsen-Anhalt	5 233	5 772	5 763	34,0	32,1	32,7	38,8	-1,3	+0,6
Schleswig-Holstein	12 988	13 425	12 648	42,0	43,4	42,4	48,9	+0,4	-1,0
Thüringen	6 253	6 819	6 558	41,2	38,6	37,4	44,7	-3,8	-1,2
Deutschland	341 961	331 650	299 578	41,2	40,2	37,1	46,7	-4,1	-3,1

- 1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife (Abitur) an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").
- 2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ("Quotensummenverfahren").
- 3) Die überdurchschnittlichen Veränderungen bei den Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife sind dadurch bestimmt, dass es im Schuljahr 2019/2020 wegen der Rückkehr zum 9-jährigen Bildungsgang an Gymnasien keinen vollständigen Abiturjahrgang gab.
- Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 232, Januar 2022: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolventen/-innen der Schulen 2011 bis 2020

47. Frauenanteil der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Mittlerem Schulabschluss ¹⁾ weiblich		Schulentlassene mit Allgemeiner Hochschulreife weiblich	
	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
	2020	2020/2015	2020	2020/2015	2020	2020/2015	2020	2020/2015
	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Baden-Württemberg	37,9	-1,5	40,2	-1,5	48,2	-0,6	54,6	+1,1
Bayern	38,1	+3,6	39,6	-0,4	50,9	+0,1	54,6	+0,6
Berlin	38,8	-1,3	39,8	-5,0	46,6	+0,1	54,4	-0,2
Brandenburg	37,3	+0,7	36,8	-3,5	47,0	-0,7	55,1	+1,7
Bremen	42,0	-1,7	43,1	-0,5	48,9	+1,4	54,8	+1,1
Hamburg	37,7	-2,7	39,9	-2,8	43,9	-2,8	54,8	+1,5
Hessen	37,1	-2,4	40,3	-1,0	48,6	-0,4	54,8	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	37,9	+0,4	40,1	+0,6	47,5	-0,5	54,4	-1,2
Niedersachsen	38,7	+1,1	39,3	+0,7	47,8	-0,4	55,5	-0,2
Nordrhein-Westfalen	37,9	-2,4	39,9	-1,6	47,8	-0,6	55,1	+0,3
Rheinland-Pfalz	37,0	+0,6	38,7	-0,7	49,0	-0,8	55,7	+0,9
Saarland	44,5	+10,1	41,0	-2,0	48,6	-2,5	54,8	+0,5
Sachsen	38,2	+0,1	36,7	-3,6	49,0	+0,2	54,9	+1,0
Sachsen-Anhalt	37,4	+2,2	37,6	-2,0	46,6	-1,5	54,7	-0,8
Schleswig-Holstein	37,6	-1,5	40,1	-2,4	49,9	-0,3	54,1	+1,0
Thüringen	36,9	+2,7	39,0	-0,8	48,9	+0,5	55,7	+2,1
Deutschland	38,0	-0,1	39,7	-1,3	48,5	-0,4	54,9	+0,4

- 1) Mittlerer Schulabschluss einschließlich schulischer Teil der Fachhochschulreife.

48. Duale Berufsausbildung – bestandene Abschlussprüfungen

Land	Bestandene Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen ¹⁾							Veränderung bestandene Abschlussprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾			darunter Anteil von Frauen	darunter Anteil ohne Hauptschulabschluss	darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	darunter Anteil im Handwerk		
	2016	2020	2021					2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	59 346	58 047	57 927	38,7	2,5	64,0	21,7	-2,4	-0,2
Bayern	72 267	70 503	69 756	38,9	3,1	61,4	24,1	-3,5	-1,1
Berlin	11 256	10 224	10 110	43,2	3,1	61,1	18,0	-10,2	-1,1
Brandenburg	6 966	6 918	7 119	34,6	3,9	59,5	24,1	+2,2	+2,9
Bremen	4 143	4 056	3 993	38,1	3,2	71,1	16,8	-3,6	-1,6
Hamburg	9 828	9 444	9 270	40,6	3,0	72,4	15,5	-5,7	-1,8
Hessen	27 954	26 172	26 541	39,1	3,0	65,8	19,5	-5,1	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	5 403	5 007	5 352	36,5	2,5	62,0	21,5	-0,9	+6,9
Niedersachsen	42 396	40 044	39 738	36,9	2,1	59,1	25,4	-6,3	-0,8
Nordrhein-Westfalen	93 564	86 043	85 254	38,3	2,4	64,3	20,2	-8,9	-0,9
Rheinland-Pfalz	19 485	18 312	18 063	37,6	1,9	61,1	24,3	-7,3	-1,4
Saarland	5 013	4 209	4 404	37,1	2,7	65,4	23,9	-12,1	+4,6
Sachsen	12 807	13 965	13 788	35,6	2,2	63,8	22,2	+7,7	-1,3
Sachsen-Anhalt	7 431	6 996	6 984	33,8	3,6	65,8	20,4	-6,0	-0,2
Schleswig-Holstein	14 886	13 068	13 275	39,5	2,5	59,2	23,0	-10,8	+1,6
Thüringen	7 056	7 176	7 056	33,4	3,1	66,1	20,7	[n]	-1,7
Deutschland	399 798	380 184	378 630	38,2	2,6	63,1	22,0	-5,3	-0,4

1) Alle Ausbildungsbereiche; ohne sogenannte "externe" Prüfungsteilnehmende, die die Abschlussprüfung ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung bestanden haben.

2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

49. Berufliche Aufstiegsfortbildung – bestandene Abschlussprüfungen (Fortbildungs-/Meisterprüfungen)

Land	Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen ¹⁾						Veränderung bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾			darunter Anteil von Frauen	darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	darunter Anteil im Handwerk		
	2016	2020	2021				2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	16 680	13 044	14 046	37,7	59,4	29,9	-15,8	+7,7
Bayern	24 270	20 091	21 063	38,7	56,0	30,1	-13,2	+4,8
Berlin	1 932	1 500	1 443	45,7	50,9	26,8	-25,3	-3,8
Brandenburg	1 857	1 290	1 416	36,7	27,3	44,5	-23,7	+9,8
Bremen	903	930	1 032	20,3	51,7	45,1	+14,3	+11,0
Hamburg	2 097	2 031	2 142	34,9	55,6	42,2	+2,1	+5,5
Hessen	5 421	5 298	5 403	35,6	54,1	34,9	-0,3	+2,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 332	702	936	24,7	56,4	35,3	-29,7	+33,3
Niedersachsen	9 384	6 933	7 365	31,9	49,4	42,0	-21,5	+6,2
Nordrhein-Westfalen	18 291	14 994	15 813	29,2	43,4	45,9	-13,5	+5,5
Rheinland-Pfalz	3 651	3 432	3 726	33,3	47,7	44,2	+2,1	+8,6
Saarland	975	846	759	32,4	53,8	33,6	-22,2	-10,3
Sachsen	4 209	3 435	3 510	28,3	53,5	41,0	-16,6	+2,2
Sachsen-Anhalt	1 227	738	864	27,4	50,3	44,1	-29,6	+17,1
Schleswig-Holstein	1 680	1 341	1 656	32,8	56,3	34,2	-1,4	+23,5
Thüringen	2 208	1 680	1 815	26,3	37,7	56,2	-17,8	+8,0
Deutschland	96 117	78 285	82 983	34,3	51,9	37,1	-13,7	+6,0

1) Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO).

2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

Wissenschaft und Kultur

Wichtige Ergebnisse

- Die Studienanfängerquote lag 2020 in Niedersachsen mit 34,5 % weiterhin deutlich unter der bundesweiten Quote von 56,6 %.
- Die Studierendenzahl in Niedersachsen sank im Corona-Jahr 2020 leicht um 0,9 % (Deutschland: +1,8 %). Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums sank um 3,7 % (Deutschland: -6,8 %).

Studienanfängerinnen/ Studienanfänger

T50

Zahl der Erstsemester deutlich niedriger

Im Studienjahr 2020 nahmen insgesamt gut 30 600 Hochschulzugangsberechtigte ein Studium in Niedersachsen auf. Das waren 6,2 % der bundesweit rund 490 200 Erstsemester. Damit ging die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Vergleich zum Vorjahr in Niedersachsen deutlich um 15,2 % zurück. Dies ist vorrangig durch die Rückkehr zum 9-jährigen Bildungsgang an Gymnasien im Schuljahr 2019/2020 begründet, infolge dessen es keinen vollständigen Abiturjahrgang gab und weniger junge Niedersachsen ein Studium beginnen konnten. Auch deutschlandweit ging die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Studienjahr 2020 merklich um 3,6 % zurück, zu knapp einem Drittel bedingt durch den Rückgang in Niedersachsen.

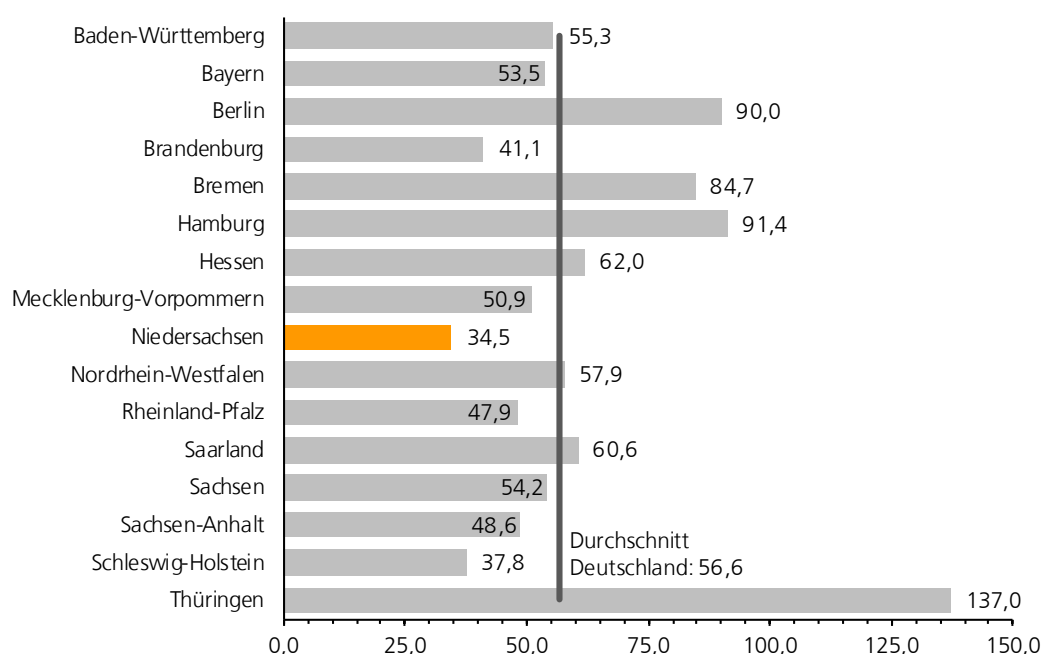
Studienanfängerquote

T50

In Niedersachsen ist 2020 entsprechend die Studienanfängerquote, die die Zahl der Erstsemester in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung setzt, deutlich zurückgegangen (-5,6 Prozentpunkte) auf 34,5 %. Bundesweit verringerte sich die Quote nur leicht (-1,0 Prozentpunkte) und lag mit 56,6 % deutlich höher. Die Strukturen blieben im Ländervergleich grundsätzlich unverändert: In den Stadtstaaten mit ihren zentralörtlichen Funktionen waren die Quoten im Durchschnitt höher als in den Flächenländern. In Thüringen ist die außergewöhnlich hohe Quote von 137,0 % und deren starker Anstieg wie im Vorjahr auf den Umzug des Hauptsitzes einer privaten Hochschule mit umfangreichem Fernstudienangebot von Nordrhein-Westfalen nach Thüringen zum Wintersemester 2019/2020 zu erklären, wobei die Hochschule in Thüringen erstmalig für das Studienjahr 2020 komplett erfasst wurde.

Ob die Corona-Pandemie einen Einfluss auf die Studienanfängerquote hatte, kann mit den Daten des kommenden Studienjahres 2021 genauer eingeschätzt werden.

Studienanfängerquote 2020 – Prozent –



Studierendenzahl leicht gesunken

Im Wintersemester 2020/2021 waren rund 208 400 Studierende an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Das waren 0,9 % weniger als im Vorjahr, aber 4,2 % mehr als im Wintersemester 2015/2016. Bundesweit lag die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2020/2021 bei 2,94 Millionen, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % und gegenüber dem Wintersemester 2015/2016 um 6,8 %. Im mittelfristigen Ländervergleich zeigt sich, dass die Zahl der Studierenden mit Ausnahme von Sachsen in allen Ländern gestiegen ist.

Studierende

T51

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer weiter leicht steigend

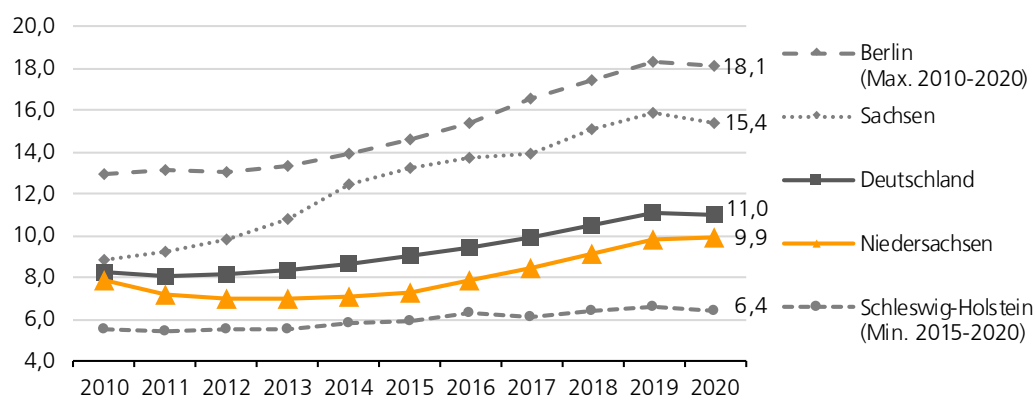
Zu den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern werden Studierende gezählt, die ihre (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem ausländischen Studienkolleg erworben haben. Der Anteil an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden.

Bildungsausländerinnen/Bildungsausländer

T51

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden nahm außer in Baden-Württemberg in allen Ländern mittelfristig zu. In Niedersachsen vergrößerte sich der Anteil 2020 gegenüber 2015 um 2,6 Prozentpunkte auf 9,9 %. Im gesamten Bundesgebiet gehörte 2020 jede bzw. jeder Neunte zu dieser Gruppe (11,0 %). Im Ländervergleich wies erneut Berlin mit 18,1 % den höchsten Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern auf, gefolgt von 3 ostdeutschen Ländern. Den niedrigsten Anteil verzeichnete Schleswig-Holstein (6,4 %).

Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden 2010 bis 2020 – Prozent –



Im kurzfristigen Vergleich 2019 zu 2020 ging der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer in 9 Ländern leicht zurück, während Niedersachsen ein kleines Plus von 0,1 Prozentpunkten verzeichnete.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowohl auf die Studierendenzahl als auch auf die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer insgesamt waren im Wintersemester 2020/2021 somit nicht wesentlich. Allerdings erschwerte die Pandemie die Studienaufnahme von ausländischen Studierenden an einer deutschen Hochschule erheblich. So ging die Zahl der ausländischen Studienanfängerinnen und Studienanfänger, welche in den Tabellen nicht gesondert dargestellt ist, im Studienjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück, bundesweit um rund ein Fünftel (-19,9 %) und in Niedersachsen um knapp ein Viertel (-24,5 %).

Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums gesunken

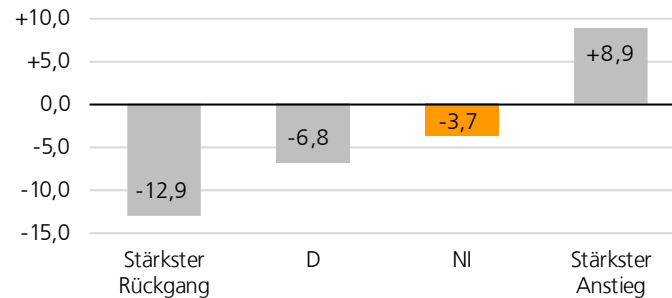
Im Wintersemester 2020/2021 beendeten knapp 23 500 Studentinnen und Studenten ihr Erststudium (ohne Masterabschlüsse) an niedersächsischen Hochschulen. Das waren 3,7 % weniger als im Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl noch deutlicher um 6,8 % zurück. Auf Länderebene betrugen die Rückgänge zwischen 12,9 % (Baden-Württemberg) und 3,5 % (Sachsen). Einzig Schleswig-Holstein (+8,9 %) und Hamburg (+0,5 %) verzeich-

Absolventinnen/Absolventen

T52

neten Zuwächse, was sich aber in absoluten Zahlen nur marginal auf den Bundeswert auswirkte.

■ **Veränderung der Zahl der Absolventinnen und Absolventen (Erststudium) 2020 gegenüber 2019 – Prozent –**



Auch im mittelfristigen Vergleich zum Wintersemester 2015/2016 ging die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in 11 Ländern teils deutlich zurück, zwischen 28,7 % (Brandenburg) und 4,6 % (Nordrhein-Westfalen). Niedersachsen verzeichnete eine leichte Zunahme von 0,5 %.

Promotionen

T53

Zahl der Promotionen leicht gesunken

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2020 in Niedersachsen 2 102 Mal vergeben, das waren 6,2 % Promotionen weniger als im Vorjahr. Bundesweit erlangten 26 220 Personen einen Dokortitel und damit 8,6 % weniger als 2019. Die Zahl der Promotionen schwankt in einzelnen Ländern von Jahr zu Jahr etwas, sie ging jedoch auch mittelfristig gegenüber 2020/2015 in Deutschland insgesamt zurück (-10,3 %).

Professuren

T54

Etwas weniger Studierende je Betreuungsperson als im Bundesdurchschnitt

Die Zahl der besetzten Professuren erhöhte sich 2020 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 3 810 (Deutschland: +1,5 %) und gegenüber 2015 um 4,7 % (Deutschland: +6,4 %). Die Zahl der Professuren nahm mittelfristig in allen Ländern mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt (-4,2 %) und Sachsen (-3,1 %) zu.

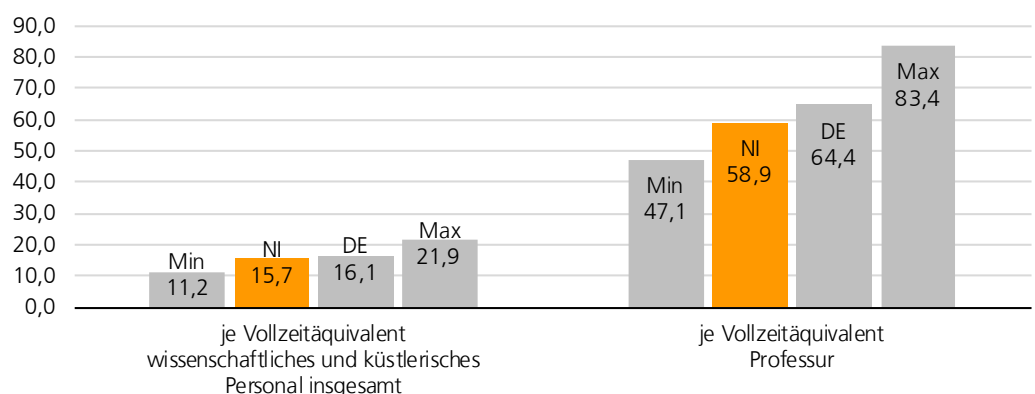
Studierende je VZÄ wissenschaftliches und künstlerisches Personal

T54

In Deutschland wurden 2020 durchschnittlich 64,4 Studierende von einer Professur betreut (Personal in Vollzeitäquivalenten). In Niedersachsen waren es mit 58,9 etwas weniger. Am höchsten war die Betreuungsrelation mit 83,4 Studierenden je Professur in Thüringen; der Zuwachs um fast 15 Studierende je Professur binnen eines Jahres dürfte mit der Standortverlegung einer Hochschule zusammenhängen. Am niedrigsten war der Wert mit 47,1 in Mecklenburg-Vorpommern.

Auch bezogen auf das gesamte wissenschaftliche und künstlerische Personal (Betreuungspersonen in Vollzeitäquivalenten) an Hochschulen hatte Mecklenburg-Vorpommern wie im

■ **Anzahl der Studierenden je Vollzeitäquivalent wissenschaftliches und künstlerisches Personal insgesamt sowie je Vollzeitäquivalent Professur 2020**



Vorjahr den geringsten Wert (11,2); in Bremen war der Wert dagegen beinahe doppelt so hoch (21,9). In Niedersachsen lag der rechnerische Wert mit 15,7 Studierenden je Betreuungsperson leicht unter dem Bundesdurchschnitt (16,1).

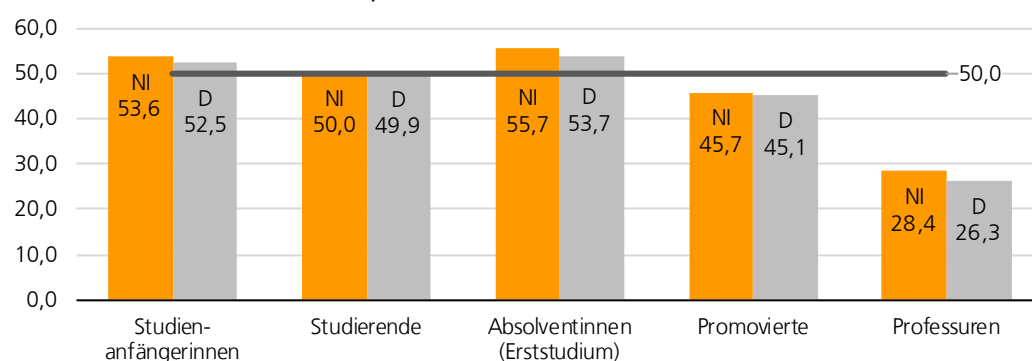
Betreuungsverhältnisse können als ein Gradmesser für die Qualität der akademischen Ausbildung gesehen werden. Allerdings werden diese auch von den Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen beeinflusst. So sind Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Sozial- sowie Geisteswissenschaften dagegen höher.

Geschlechterverhältnis: bei Studierenden ausgeglichen, Professorinnen unterrepräsentiert

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten ist sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2020 waren 53,6 % der Erstsemester an niedersächsischen Hochschulen weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug exakt 50,0 %. Der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, liegt in allen Ländern seit mehreren Jahren über der 50-Prozent-Marke. In Niedersachsen betrug der Frauenanteil 55,7 % und bundesweit durchschnittlich 53,7 %. Gegenüber 2015 stieg der Frauenanteil in Niedersachsen um 3,3 Prozentpunkte (Deutschland: +2,6 Prozentpunkte). Im Ländervergleich variieren die Anteile in Abhängigkeit der dortigen Hochschullandschaft mit unterschiedlichem Fächerangebot etwas.

Studienanfängerinnen/
Studentinnen/Absolventinnen/
Promotionen von
Frauen/Professorinnen
T50, T51, T52, T53, T54

■ Anteile der Frauen an Studienanfängerinnen/Studienanfängern, Studierenden, Absolventinnen/Absolventen, Promovierten und Professuren 2020 – Prozent –



Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse sind Frauen noch unterrepräsentiert. Der Anteil der Promotionen, die 2020 in Niedersachsen von Frauen abgelegt wurden, betrug 45,7 % und lag damit etwas über dem Bundesniveau (45,1 %). Nur in Rheinland-Pfalz (52,3 %) wurden mehr Promotionen von Frauen abgelegt als von Männern. Der Anteil der von Frauen besetzten Professuren lag 2020 in Niedersachsen mit 28,4 % über dem Bundesniveau (Deutschland: 26,3 %), jedoch noch weit unter der 50-Prozent-Marke. Ihr Anteil hat im Vergleich zu 2015 weiter zugenommen (Niedersachsen: +2,9 Prozentpunkte; Deutschland: +3,5 Prozentpunkte). Veränderungsprozesse nehmen in diesem Bereich jedoch mehr Zeit in Anspruch, u. a. aufgrund geringerer Fluktuationen. Im Ländervergleich war der Anteil von mit Frauen besetzten Professuren 2020 in Berlin mit 33,5 % am höchsten und im Saarland mit 22,1 % am niedrigsten.

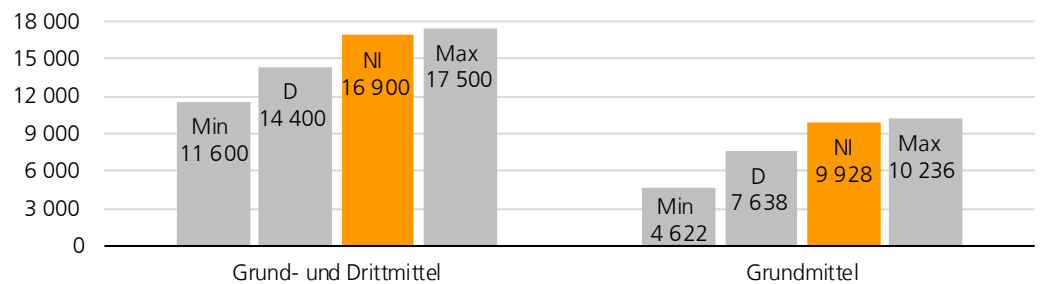
Dritthöchste Ausgaben für Hochschulen je studierender Person

Ausgaben für Hochschulen
T55

Öffentliche Ausgaben für Hochschulen umfassen Ausgaben für Forschung und Lehre sowie für zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. Studierendenwerke (Grund- und Drittmittel). Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) der Hochschulen stellen die Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung (z. B. Personal- und laufende Sachausgaben). Die laufenden Ausgaben enthalten keine Investitionsausgaben. Drittmittel werden zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben – zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre.

Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2018 in Niedersachsen auf etwa 3,65 Mrd. Euro. Sowohl kurzfristig (2018/2017: +3,0 %) als auch mittelfristig (2018/2013: +17,4 %) stiegen die Ausgaben in Niedersachsen (Deutschland: +5,0 % bzw. +21,0 %).

■ Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden 2018 – Euro –



Auch in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierende) stiegen die durchschnittlichen Ausgaben (Grund- und Drittmittel) je Studierenden in Niedersachsen 2018 gegenüber 2017 um 300 Euro. Mittelfristig gegenüber 2013 (17 300 Euro) gingen sie jedoch zurück auf 16 900 Euro. Niedersachsen tätigte damit 2018 im Ländervergleich zusammen mit Thüringen die dritthöchsten Ausgaben je Studierenden (Höchstwert Sachsen: 17 500 Euro; Bundesdurchschnitt: 14 400 Euro); 2017 waren es in Niedersachsen noch die zweithöchsten und 2013 die höchsten Ausgaben je Studierenden. Werden nur die Grundmittel der Hochschulen für Lehre und Forschung betrachtet, hatte Niedersachsen 2018 mit 9 928 Euro die dritthöchsten Ausgaben je Studierenden, in Thüringen waren es mit 10 236 Euro die höchsten, in Bremen mit 4 622 Euro wie im Vorjahr die niedrigsten (Deutschland: 7 638 Euro).

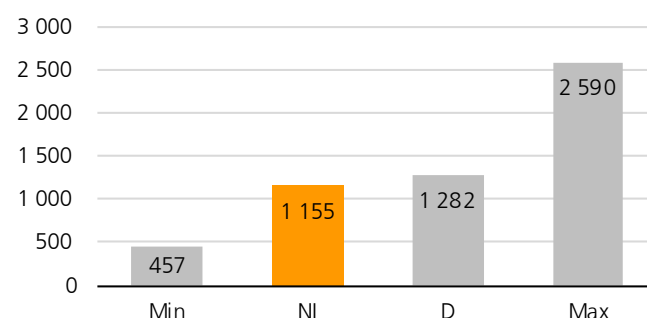
Ausgaben für FuE T56

Ausgaben für Forschung und Entwicklung unter dem Bundesdurchschnitt

Ausgaben für Forschung und Entwicklung leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar. Die FuE-Ausgaben umfassen Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbszweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) betrugen im Jahr 2020 in Niedersachsen gut 9,2 Mrd. Euro. Im mittelfristigen Vergleich zu 2015 stiegen die Ausgaben zwar um 4,2 %, das war jedoch die geringste Zunahme unter allen Ländern (Deutschland: 20,1 %). Im kurzfristigen Vergleich 2019 zu 2020 gingen die Ausgaben in Niedersachsen indes um 4,1 % zurück; nur 4 Länder steigerten ihre Ausgaben (Deutschland: -3,1 %). Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner lagen in Niedersachsen mit 1 155 Euro unter dem Bundesdurchschnitt (1 282 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Pro-Kopf-Ausgaben in Niedersachsen um 51 Euro gesunken. Rückgänge waren zudem in 11 weiteren Ländern zu verzeichnen. Wie in den Vorjahren tätigte Baden-Württemberg die höchsten Ausgaben pro Kopf (2 590 Euro), mit größerem Abstand gefolgt von Bremen (1 760 Euro) und Bayern (1 600 Euro). Dagegen betrugen die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 Ländern mit unter 600 Euro weniger als die Hälfte des bundesweiten Durchschnitts.

■ Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einwohnerin und Einwohner 2020 – Euro –



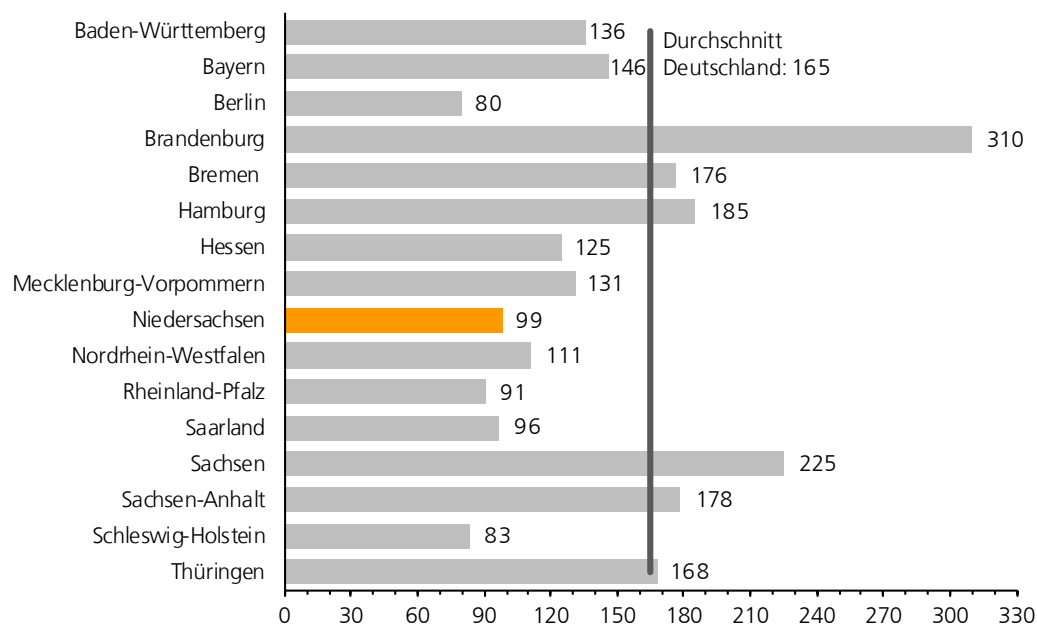
Öffentliche Ausgaben für Kultur deutlich unter Bundesdurchschnitt

Ausgaben für Kultur

T57

Angaben zu öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen (Grundmittel) werden in einem 2-jährigen Rhythmus aktualisiert. Die vorliegenden Daten sind gegenüber dem Niedersachsen-Monitor 2021 unverändert. Die Ausgaben beliefen sich im Jahr 2017 in Niedersachsen auf rund 785 Mio. Euro. Dies entsprach rund 99 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Im Bundesdurchschnitt wurden rund 165 Euro pro Kopf verausgabt, wobei in diesem Wert zusätzlich auch die Ausgaben des Bundes mit enthalten sind. Niedriger als in Niedersachsen waren die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 Ländern. Überdurchschnittlich hoch waren die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 ostdeutschen Ländern sowie in Hamburg und Bremen. Typischerweise beeinflussen kulturelle Angebote mit überregionaler Strahlkraft die Ausgaben. So besuchen viele Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Hamburg oder Bremen.

■ Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohnerin und Einwohner 2017 – Euro –



Die öffentlichen Ausgaben für Kultur stiegen 2017 gegenüber 2016 sowohl in Niedersachsen (+6,1 %) als auch in allen anderen Ländern, mit Ausnahme Hamburgs (-28,8 %). Insbesondere ist der Rückgang „ebenso wie die stärkeren Schwankungen von Hamburgs Kulturausgaben in den Vorjahren auf Investitionszahlungen in Zusammenhang mit dem Bau der Elbphilharmonie zurückzuführen“ (siehe Kulturfinanzbericht 2020).

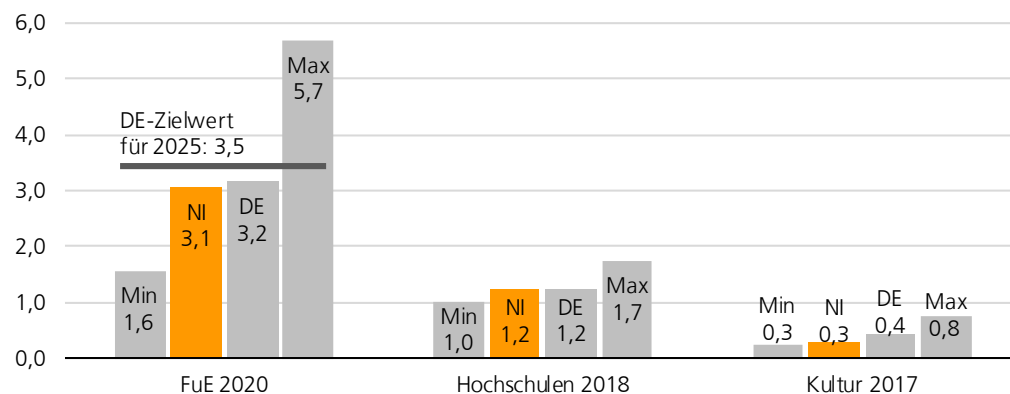
Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung, für Hochschulen und für Kultur durchschnittlich

Quotienten Ausgaben/BIP: FuE, Hochschulen, Kultur

T55, T56, T57

In der 2021 zuletzt weiterentwickelten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP (FuE-Quote) ab 2025 jährlich mindestens 3,5 % betragen sollen. Für Niedersachsen betrug die FuE-Quote 2020 wie auch im Vorjahr 3,1 % und lag damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt (3,2 %) und gleichzeitig noch unter dem Niveau des formulierten Ziels für 2025. Auch für Hochschulen wurden in Niedersachsen im Jahr 2018 (1,2 %) sowie für Kultur und kulturnahe Bereiche im Jahr 2017 (0,3 %) gemessen am BIP ähnlich hohe Ausgaben getätigt wie im Bundesdurchschnitt (1,2 % bzw. 0,4 %).

■ Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung (FuE) 2020 sowie für Hochschulen 2018 und für Kultur 2017 – Prozent –



Informationen:

Studierende, Absolventinnen/Absolventen, Promotionen, Professuren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Prüfungen an Hochschulen \(u. a. Promotionen\)](#) (Fachserie 11 Reihe 4.2)
- [LSN-Online](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310)

Ausgaben für Hochschulen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.2)

Ausgaben für Forschung und Entwicklung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Forschung und Entwicklung](#)

Ausgaben für Kultur:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Kulturfinanzbericht](#)

Autorin: Rita Skorka

Tabellen Wissenschaft und Kultur

50. Studienanfängerinnen und Studienanfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Frauenanteil	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2015	2019	2020		2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	76 342	73 519	67 344	50,6	60,8	58,5	55,3	-5,5	-3,2
Bayern	74 223	75 845	73 951	51,0	52,1	53,4	53,5	+1,4	+0,1
Berlin	34 189	36 332	32 569	52,9	98,0	99,6	90,0	-8,0	-9,6
Brandenburg	8 184	8 393	8 224	52,5	46,2	42,5	41,1	-5,1	-1,4
Bremen	7 263	7 132	6 688	51,0	96,4	89,0	84,7	-11,6	-4,3
Hamburg	16 550	18 676	18 350	54,3	84,3	90,7	91,4	+7,1	+0,7
Hessen	41 029	43 246	41 766	52,7	61,0	62,8	62,0	+1,1	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 605	6 902	6 837	55,5	54,5	51,4	50,9	-3,5	-0,5
Niedersachsen	38 872	36 103	30 612	53,6	43,8	40,1	34,5	-9,3	-5,6
Nordrhein-Westfalen	124 623	119 212	112 869	51,5	61,7	59,6	57,9	-3,8	-1,7
Rheinland-Pfalz	22 414	21 960	20 789	54,4	49,6	49,1	47,9	-1,7	-1,2
Saarland	5 755	6 329	5 855	48,6	54,6	63,3	60,6	+6,0	-2,7
Sachsen	21 104	19 804	18 758	50,3	68,7	57,2	54,2	-14,6	-3,0
Sachsen-Anhalt	9 759	9 526	8 746	51,2	58,5	52,8	48,6	-9,9	-4,2
Schleswig-Holstein	10 015	11 117	11 642	49,6	32,4	35,3	37,8	+5,4	+2,5
Thüringen	9 653	14 593	25 204	64,6	59,8	81,4	137,0	+77,2	+55,6
Deutschland	506 580	508 689	490 204	52,5	58,2	57,6	56,6	-1,6	-1,0

1) Jeweiliges Studienjahr: Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

51. Studierende sowie Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Frauenanteil	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden	
	2015	2019	2020		2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	359 125	358 927	360 630	48,8	9,9	10,2	9,2	-0,7	-1,0
Bayern	376 488	394 144	404 705	49,8	8,6	11,7	12,0	+3,4	+0,3
Berlin	175 917	195 799	199 421	51,3	14,6	18,3	18,1	+3,4	-0,2
Brandenburg	49 395	49 621	50 615	51,7	12,4	14,9	14,7	+2,3	-0,2
Bremen	36 324	37 562	37 646	49,9	10,9	13,7	14,0	+3,1	+0,2
Hamburg	97 881	110 220	116 393	52,0	8,1	9,7	9,7	+1,5	-0,1
Hessen	244 322	264 635	266 903	49,4	8,7	10,0	10,1	+1,4	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	38 541	38 393	39 131	51,4	6,2	9,4	9,2	+3,0	-0,2
Niedersachsen	199 959	210 224	208 395	50,0	7,3	9,8	9,9	+2,6	+0,1
Nordrhein-Westfalen	751 740	775 836	779 199	48,5	7,6	9,3	9,5	+1,9	+0,2
Rheinland-Pfalz	121 459	123 200	123 644	52,2	7,4	10,2	10,5	+3,1	+0,3
Saarland	30 838	31 329	31 461	49,1	11,4	12,8	12,8	+1,4	-0,1
Sachsen	113 281	107 029	107 576	48,0	13,3	15,8	15,4	+2,1	-0,5
Sachsen-Anhalt	54 954	54 406	55 017	50,0	11,1	13,9	14,2	+3,2	+0,3
Schleswig-Holstein	57 412	65 112	66 805	49,6	5,9	6,6	6,4	+0,4	-0,2
Thüringen	50 163	74 612	96 604	57,8	11,4	13,2	12,6	+1,3	-0,6
Deutschland	2 757 799	2 891 049	2 944 145	49,9	9,1	11,1	11,0	+2,0	-0,0

52. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Darunter Frauen				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
				2015	2020	Anteil			
	2015	2019	2020			2015	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	54 407	56 445	49 152	25 764	25 439	47,4	51,8	-9,7	-12,9
Bayern	53 133	47 183	43 345	27 244	22 973	51,3	53,0	-18,4	-8,1
Berlin	17 683	17 689	15 638	9 220	8 621	52,1	55,1	-11,6	-11,6
Brandenburg	5 826	4 616	4 153	3 040	2 300	52,2	55,4	-28,7	-10,0
Bremen	4 157	4 304	3 949	2 097	2 138	50,4	54,1	-5,0	-8,2
Hamburg	10 133	10 179	10 209	5 407	5 538	53,4	54,2	+0,8	+0,3
Hessen	25 115	26 887	25 478	13 022	13 707	51,8	53,8	+1,4	-5,2
Mecklenburg-Vorpommern	4 223	4 090	3 795	2 209	2 173	52,3	57,3	-10,1	-7,2
Niedersachsen	23 350	24 389	23 475	12 236	13 079	52,4	55,7	+0,5	-3,7
Nordrhein-Westfalen	67 526	67 391	64 434	35 333	34 922	52,3	54,2	-4,6	-4,4
Rheinland-Pfalz	15 031	13 349	12 566	8 195	6 990	54,5	55,6	-16,4	-5,9
Saarland	3 806	4 231	4 054	1 997	2 143	52,5	52,9	+6,5	-4,2
Sachsen	13 365	12 651	12 212	6 327	6 298	47,3	51,6	-8,6	-3,5
Sachsen-Anhalt	6 099	5 172	4 905	3 233	2 811	53,0	57,3	-19,6	-5,2
Schleswig-Holstein	6 758	6 393	6 962	3 316	3 486	49,1	50,1	+3,0	+8,9
Thüringen	6 490	5 778	5 288	3 321	2 950	51,2	55,8	-18,5	-8,5
Deutschland	317 102	310 747	289 615	161 961	155 568	51,1	53,7	-8,7	-6,8

1) Ohne Masterabsolventinnen und -absolventen.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

53. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
				2015	2020	Anteil			
	2015	2019	2020			2015	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	4 900	4 686	4 167	2 085	1 802	42,6	43,2	-15,0	-11,1
Bayern	4 589	4 585	4 654	2 100	2 180	45,8	46,8	+1,4	+1,5
Berlin	2 457	2 095	1 747	1 171	834	47,7	47,7	-28,9	-16,6
Brandenburg	422	407	367	168	167	39,8	45,5	-13,0	-9,8
Bremen	227	315	307	87	124	38,3	40,4	+35,2	-2,5
Hamburg	948	1 044	955	444	417	46,8	43,7	+0,7	-8,5
Hessen	2 351	2 206	2 141	1 080	985	45,9	46,0	-8,9	-2,9
Mecklenburg-Vorpommern	525	520	460	271	216	51,6	47,0	-12,4	-11,5
Niedersachsen	2 236	2 240	2 102	1 002	961	44,8	45,7	-6,0	-6,2
Nordrhein-Westfalen	5 636	5 811	5 083	2 467	2 230	43,8	43,9	-9,8	-12,5
Rheinland-Pfalz	1 059	1 016	933	470	488	44,4	52,3	-11,9	-8,2
Saarland	414	285	180	166	54	40,1	30,0	-56,5	-36,8
Sachsen	1 528	1 636	1 443	619	609	40,5	42,2	-5,6	-11,8
Sachsen-Anhalt	595	594	485	284	235	47,7	48,5	-18,5	-18,4
Schleswig-Holstein	536	550	542	281	256	52,4	47,2	+1,1	-1,5
Thüringen	795	700	654	357	267	44,9	40,8	-17,7	-6,6
Deutschland	29 218	28 690	26 220	13 052	11 825	44,7	45,1	-10,3	-8,6

54. Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen – Professuren

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Frauenanteil an Professuren insgesamt		Studierende je VZÄ wissenschaftliches und künstlerisches Personal ²⁾		Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
						insgesamt	je Professur		
	2015	2019	2020	2015	2020			2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	7 284	7 546	7 536	20,0	23,2	12,4	50,9	+3,5	-0,1
Bayern	6 720	7 051	7 267	18,7	22,4	14,3	59,0	+8,1	+3,1
Berlin	3 317	3 731	3 805	32,5	33,5	17,2	59,8	+14,7	+2,0
Brandenburg	930	926	983	24,8	30,8	17,9	57,5	+5,7	+6,2
Bremen	683	697	717	28,1	28,7	21,9	57,7	+5,0	+2,9
Hamburg	1 619	1 732	1 799	28,2	30,7	16,5	70,0	+11,1	+3,9
Hessen	3 646	3 799	3 758	24,3	28,0	21,2	76,7	+3,1	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	804	805	872	18,9	25,8	11,2	47,1	+8,5	+8,3
Niedersachsen	3 638	3 730	3 810	25,5	28,4	15,7	58,9	+4,7	+2,1
Nordrhein-Westfalen	9 587	10 223	10 378	23,7	27,5	19,5	81,8	+8,3	+1,5
Rheinland-Pfalz	2 040	2 159	2 154	20,8	24,3	17,4	61,4	+5,6	-0,2
Saarland	496	507	515	19,4	22,1	13,0	64,2	+3,8	+1,6
Sachsen	2 337	2 261	2 264	20,8	23,3	11,8	50,8	-3,1	+0,1
Sachsen-Anhalt	1 063	1 026	1 018	19,5	24,9	11,6	56,0	-4,2	-0,8
Schleswig-Holstein	1 039	1 123	1 119	19,7	23,6	13,9	61,7	+7,7	-0,4
Thüringen	1 141	1 231	1 298	18,8	25,9	21,1	83,4	+13,8	+5,4
Deutschland	46 344	48 547	49 293	22,7	26,3	16,1	64,4	+6,4	+1,5

1) Professuren an Hochschulen insgesamt: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen.

2) Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal); Berechnung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) anhand der Angaben zum tatsächlichen Arbeitszeitanteil des hauptberuflichen Personals.

55. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ¹⁾			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ²⁾				Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Quotient Ausgaben für Hochschulen / BIP ⁵⁾ 2018
				Grund- und Drittmittel ³⁾		darunter Grundmittel ⁴⁾				
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017		
	Mio. €			€				%		
Baden-Württemberg	5 055	5 705	5 942	13 800	14 600	15 300	8 782	+17,5	+4,2	1,1
Bayern	5 262	6 039	6 324	14 300	14 900	15 400	8 828	+20,2	+4,7	1,0
Berlin	2 098	2 505	2 622	12 700	13 500	13 700	6 628	+25,0	+4,7	1,7
Brandenburg	621	701	753	11 500	13 400	14 300	8 738	+21,3	+7,5	1,0
Bremen	497	534	560	14 300	14 700	15 200	4 622	+12,8	+5,0	1,7
Hamburg	1 289	1 392	1 491	14 500	14 400	14 900	7 959	+15,7	+7,1	1,3
Hessen	2 818	3 152	3 256	12 100	11 700	11 900	6 638	+15,5	+3,3	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	570	585	652	14 400	15 500	17 100	9 608	+14,3	+11,5	1,5
Niedersachsen	3 109	3 544	3 649	17 300	16 600	16 900	9 928	+17,4	+3,0	1,2
Nordrhein-Westfalen	7 334	8 926	9 489	11 500	11 900	12 500	5 954	+29,4	+6,3	1,3
Rheinland-Pfalz	1 352	1 614	1 707	10 800	12 800	13 500	7 638	+26,2	+5,7	1,2
Saarland	363	444	410	11 800	12 700	11 600	7 173	+12,9	-7,6	1,1
Sachsen	1 800	2 025	2 097	14 500	16 800	17 500	8 930	+16,4	+3,5	1,7
Sachsen-Anhalt	755	796	862	13 100	13 900	15 000	9 943	+14,1	+8,3	1,4
Schleswig-Holstein	701	840	962	11 600	12 900	14 300	8 476	+37,3	+14,5	1,0
Thüringen	821	884	901	13 900	16 300	16 900	10 236	+9,8	+1,9	1,4
Deutschland	34 445	39 685	41 678	13 100	13 700	14 400	7 638	+21,0	+5,0	1,2

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studierendenwerke) insgesamt (Grund- und Drittmittel).

2) Ausgaben in einem Land (nicht des Landes) für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich, das sind die Level 5-8 nach ISCED-2011 (bzw. 2011 die Level 5a/6 nach ISCED-1997).

3) Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro (Internationale Kennzahlen).

4) Laufende Ausgaben (Grundmittel), die den Hochschulen im Berichtsjahr von ihrem jeweiligen Träger für Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt wurden, je im Wintersemester in einem Fachstudium immatrikulierten Studierenden, ohne Beurlaubte, Studienkollegiaten und Gasthörer/-innen (Nationale Kennzahlen).

5) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2022.

56. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung ¹⁾			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Quotient Ausgaben für FuE / BIP ²⁾ 2020
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	22 733	30 275	28 758	2 109	2 731	2 590	+26,5	-5,0	5,7
Bayern	17 359	21 706	21 000	1 362	1 657	1 600	+21,0	-3,3	3,4
Berlin	4 411	5 237	5 135	1 266	1 434	1 402	+16,4	-1,9	3,3
Brandenburg	1 092	1 358	1 379	443	540	546	+26,2	+1,5	1,8
Bremen	873	1 006	1 196	1 315	1 473	1 760	+37,0	+18,9	3,7
Hamburg	2 423	2 699	2 651	1 369	1 464	1 437	+9,4	-1,8	2,2
Hessen	7 403	9 131	8 744	1 210	1 455	1 390	+18,1	-4,2	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	753	846	842	470	526	523	+11,8	-0,5	1,8
Niedersachsen	8 867	9 636	9 238	1 128	1 206	1 155	+4,2	-4,1	3,1
Nordrhein-Westfalen	12 689	15 528	15 237	718	866	850	+20,1	-1,9	2,2
Rheinland-Pfalz	3 188	3 831	3 666	793	937	896	+15,0	-4,3	2,6
Saarland	535	674	662	541	682	672	+23,8	-1,8	1,9
Sachsen	3 099	3 864	3 852	764	949	948	+24,3	-0,3	3,0
Sachsen-Anhalt	810	990	999	363	450	457	+23,3	+0,9	1,6
Schleswig-Holstein	1 277	1 657	1 601	449	571	551	+25,4	-3,4	1,6
Thüringen	1 183	1 489	1 529	549	697	719	+29,3	+2,7	2,5
Deutschland³⁾	88 782	110 025	106 583	1 090	1 324	1 282	+20,1	-3,1	3,2

1) Interne Ausgaben der Sektoren Staat und private Institutionen ohne Erwerbszweck sowie Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) und Wirtschaft.

2) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2022.

3) Einschließlich nicht auf die Länder aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

57. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel –

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ¹⁾			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in			Veränderung der öffentlichen Ausgaben		Quotient Ausgaben für Kultur/BIP 2017
	2012	2016 ²⁾	2017 ²⁾	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 298	1 450	1 497	123	133	136	+15,4	+3,3	0,3
Bayern	1 448	1 733	1 898	116	135	146	+31,1	+9,5	0,3
Berlin	626	719	774	187	203	215	+23,6	+7,6	0,6
Brandenburg	270	269	287	110	108	115	+6,2	+6,6	0,4
Bremen	116	118	120	177	174	176	+3,3	+1,5	0,4
Hamburg	300	473	337	174	263	185	+12,2	-28,8	0,3
Hessen	739	765	778	123	124	125	+5,3	+1,8	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	196	188	211	122	117	131	+8,0	+12,2	0,5
Niedersachsen	711	740	785	91	93	99	+10,4	+6,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 737	1 877	1 984	99	105	111	+14,3	+5,7	0,3
Rheinland-Pfalz	336	356	369	84	88	91	+9,9	+3,8	0,3
Saarland	72	87	96	73	87	96	+32,4	+10,0	0,3
Sachsen	712	888	918	176	218	225	+28,9	+3,4	0,8
Sachsen-Anhalt	340	356	398	150	159	178	+17,1	+11,6	0,7
Schleswig-Holstein	207	228	240	74	79	83	+16,0	+5,3	0,3
Thüringen	333	353	361	153	164	168	+8,5	+2,3	0,6
Deutschland³⁾	11 720	12 846	13 649	146	156	165	+16,5	+6,3	0,4

1) Revidierte Zeitreihe, Daten weichen daher von den Angaben früherer Kulturfinanzberichte ab. Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Vorläufige IST-Werte, Stand Dezember 2020.

3) Summe der Grundmittel der Länder plus Bundesmittel in Höhe von 2 279 Mio. Euro im Jahr 2012, 2 244 Mio. Euro im Jahr 2016 und 2 594 Mio. Euro im Jahr 2017.

Umwelt und Energie

- Der Trinkwasserverbrauch pro Kopf stieg in Niedersachsen 2019 gegenüber 2016 um 11 Liter auf durchschnittlich 138 Liter (Deutschland: 128 Liter).
- Erneuerbare Energien deckten 2019 erstmals über die Hälfte (52,5 %) der Stromerzeugung in Niedersachsen ab. Das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 5,0 Prozentpunkte (Deutschland: 40,1 %, +4,9 Prozentpunkte).
- Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug Ende 2021 in Niedersachsen 1,4 % und war geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (1,3 %).
- Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2017 bis 2020 bei 6,6 ha pro Tag und bundesweit bei rund 54,0 ha pro Tag.

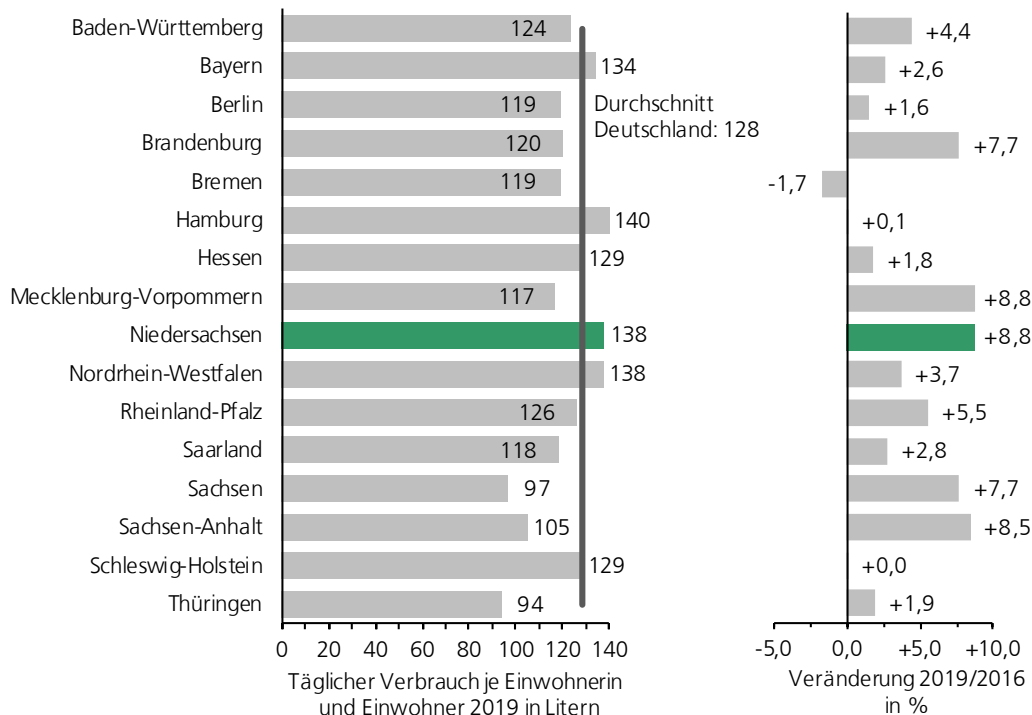
Wichtige Ergebnisse

Trinkwasserverbrauch pro Kopf im Trockenjahr 2019 stark gestiegen

Im Jahr 2019 wurden von niedersächsischen Wasserversorgungsunternehmen 502 Mio. Kubikmeter Trinkwasser zum Letztgebrauch abgegeben. Die Abgabe an Haushalte und Kleingewerbe (z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen) umfasste 399 Mio. Kubikmeter. Die tägliche Trinkwasser-Abgabe pro Kopf betrug 2019 in Niedersachsen durchschnittlich 138 Liter und war damit aufgrund der auch im Jahr 2019 sehr trockenen Witterung rund 11 Liter höher als 2016. Eine höhere Pro-Kopf-Abgabe verzeichnete 2019 nur Hamburg mit 140 Liter. Die Zunahme der Pro-Kopf-Abgabe in Niedersachsen um 8,8 % im Vergleich zu 2016 lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+4,4 % auf 128 Liter); einen ähnlich starken Anstieg verzeichneten die Wasserversorger in den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern (+8,8 % auf 117 Liter) und Sachsen-Anhalt (+8,5 % auf 105 Liter).

Trinkwasserverbrauch T58

Täglicher Trinkwasserverbrauch je Einwohnerin und Einwohner (versorgt) 2019 sowie Veränderung 2019 gegenüber 2016 – Liter bzw. Prozent –



Aufkommen an Haushaltsabfällen im Corona-Jahr 2020 deutlich höher

Haushaltsabfälle T59

Zum Haushaltsabfall gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe), z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton. Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung ist bundesweit unterschiedlich gut ausgebaut und verschieden über Holsysteme und Sammelstellen organisiert. Aus diesem Grund gibt es zum Teil große Unterschiede bei dem erfassten Aufkommen an Haushaltsabfällen, die u. a. verschiedene Anteile hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle enthalten.

Haushaltsabfälle – getrennte Wertstoffe pro Kopf

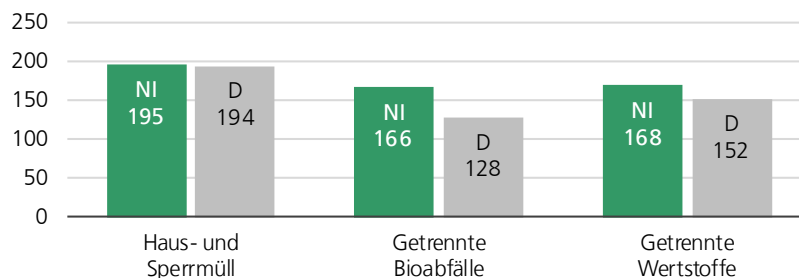
T59

Das Haushaltsabfallaufkommen, hauptsächlich bestehend aus Haus- und Sperrmüll, Bioabfällen und sonstigen Wertstoffen, stieg in Niedersachsen im Corona-Jahr 2020 gegenüber 2019 um 4,2 % auf 4,26 Mio. Tonnen. Das durchschnittliche Haushaltsabfallaufkommen je Einwohnerin und Einwohner lag 2020 bei 532 kg, eine kräftige Zunahme um 21 kg im Vergleich zum Vorjahr. Bundesweit stieg das Pro-Kopf-Aufkommen um 19 kg auf 476 kg. Im Ländervergleich sammelte Niedersachsen 2020 pro Kopf die zweithöchste Abfallmenge nach Rheinland-Pfalz (544 kg), die niedrigste Menge verzeichnete Berlin (384 kg).

Das Haus- und Sperrmüllaufkommen je Einwohnerin und Einwohner stieg 2020 gegenüber dem Vorjahr um 8 kg auf durchschnittlich 195 kg (Deutschland: 194 kg). Bei den getrennt gesammelten Wertstoffen gab es ein Plus von 3 kg auf 168 kg (Deutschland: 152 kg). Die Menge der getrennten Bioabfälle (einschließlich Aufkommen aus der Biotonne) stieg am kräftigsten, um 9 kg pro Kopf auf 166 kg; damit lag Niedersachsen 2020 um 38 kg über dem Bundesdurchschnitt (128 kg) und im Ländervergleich an zweiter Position hinter Rheinland-Pfalz (190 kg). Die niedrigste Menge verzeichnete Berlin (36 kg).

Ein wichtiger Grund für das hohe Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen ist die stark ausgeprägte Erfassung der Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten-, Park- und Friedhofsabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten.

■ Aufkommen Haushaltsabfälle 2020 je Einwohnerin und Einwohner (31.12.) – Haus- und Sperrmüll, getrennte Bioabfälle, getrennte Wertstoffe – kg –



Primärenergie- verbrauch: erneuerbare Energien

T60

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch leicht gestiegen

Der Primärenergieverbrauch ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas, Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken, Raffinerien) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch 2019 in Niedersachsen belief sich auf rund 368 300 Mio. kWh. Darunter waren rund 82 900 Mio. kWh, die aus erneuerbaren Energien gedeckt wurden; das war der zweithöchste Wert im Ländervergleich nach Bayern (rund 104 400 Mio. kWh) und vor Baden-Württemberg (rund 58 800 Mio. kWh). In Niedersachsen wurden damit 22,5 % des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren, nicht-fossilen Energieträgern gedeckt; die wesentlichen Beiträge dazu leisteten Windkraft, gefolgt von Biomasse und Solarenergie. Deutschlandweit lag der Anteil bei 14,9 %.

Stromerzeugung: erneuerbare Energien

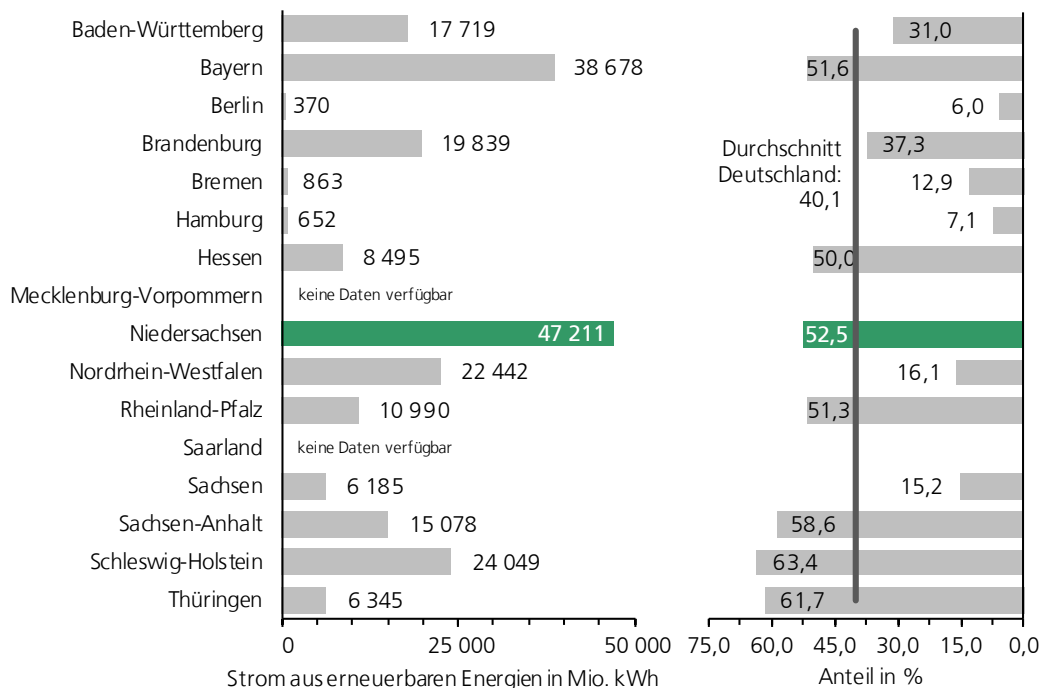
T61

Erneuerbare Energien deckten 2019 erstmals über die Hälfte der Stromerzeugung ab

Im Jahr 2019 wurden in Niedersachsen insgesamt rund 90 000 Mio. kWh Strom erzeugt, darunter rund 47 200 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien (Windkraft, Biomasse, Photovoltaik, Wasserkraft). Damit erreichte Niedersachsen auch 2019 Platz 1 bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, vor Bayern (rund 38 700 Mio. kWh) und Schleswig-Holstein (rund 24 000 Mio. kWh).

Erneuerbare Energien deckten 2019 erstmals über die Hälfte (52,5 %) der Stromerzeugung in Niedersachsen ab. Das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 5,0 Prozentpunkte (Deutschland: 40,1 %, +4,9 %).

■ Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie Anteil an Stromerzeugung insgesamt 2019 – Mio. kWh bzw. Prozent –



Energiebedingte CO₂-Emissionen weiter rückläufig

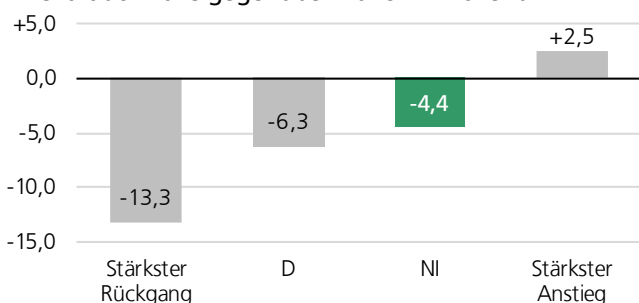
Energiebedingte
CO₂-Emissionen
T62

Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Die Höhe der Emissionen hängt unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen waren im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr weiter rückläufig. Es wurden insgesamt rund 60,6 Mio. Tonnen CO₂ aus der Energiebereitstellung der Kraftwerke (Energieumwandlung) und dem Endenergieverbrauch (Verbrauchssektoren Wirtschaft, Verkehr, Haushalte) emittiert. Das bedeutet einen Rückgang um 4,4 % im Vergleich zu 2018 (Deutschland: -6,3 %).

Im Vergleich 2019 zu 2014 betrug die Emissionsminderung in Niedersachsen 9,1 %. Die energiebedingten CO₂-Emissionen 2019 sanken gegenüber dem Referenzjahr 1990 (Kyoto-Protokoll) um 21,1 %. Das rechnerische CO₂-Aufkommen je Einwohnerin und Einwohner 2019 verringerte sich um rund 0,3 Tonnen auf 7,6 Tonnen und lag unter dem Bundesdurchschnitt von 7,9 Tonnen.

■ Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2019 gegenüber 2018* – Prozent –



*soweit Werte verfügbar

Anteil der reinen Elektro-Pkw am Gesamtbestand der Pkw noch gering

Der Bestand und die Neuzulassungen von Pkw beziehen sich auf die für den Straßenverkehr zugelassenen Fahrzeuge laut Zentralem Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge).

Personenkraftwagen mit ausschließlich elektrischer Energiequelle (BEV = Battery Electric Vehicle) werden im Folgenden auch als "reine Elektro-Pkw" bezeichnet. Dagegen haben Pkw Plug-in-Hybride (PHEV = Plug-in-Hybrid Electric Vehicle) mindestens zwei unterschiedliche Energiewandler (Elektro- und Verbrennungsmotor) und zwei unterschiedliche Energiespeichersysteme, so dass der Akku selbstladend betrieben, aber auch extern über eine Steckdose aufgeladen werden kann.

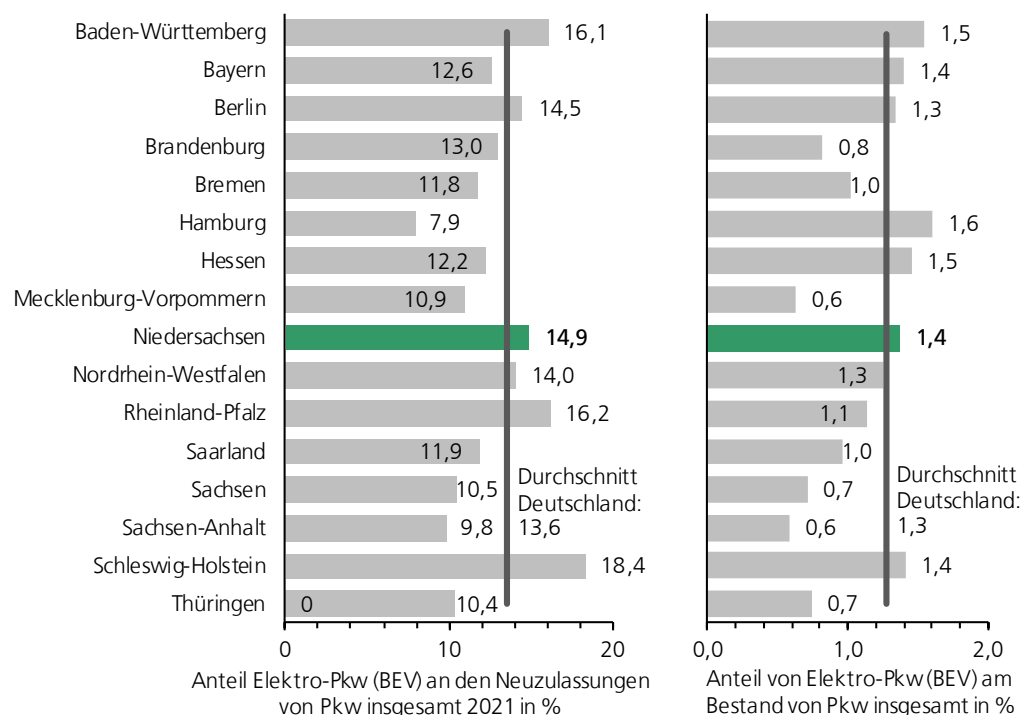
Der Bestand zugelassener Personenkraftwagen in Deutschland lag Ende 2021 bei insgesamt 48,5 Millionen. Darunter waren rund 618 000 reine Elektro-Pkw (BEV) und rund 566 000 sogenannte Pkw Plug-In-Hybride (PHEV) mit Verbrennungsmotor, bei denen die Batterie auch über eine Steckdose aufgeladen werden kann. Da Hybrid-Modelle aus dem Kraftstoffanteil weiterhin CO₂ ausstoßen, besitzen reine Elektrofahrzeuge eine bessere Klimabilanz, wenn sie zumindest teilweise mit Strom aus erneuerbaren Energien angetrieben werden.

Deutschlandweit gab es 2021 rund 356 000 Neuzulassungen reiner Elektro-Pkw (BEV), ein Anstieg um 83,3 % gegenüber dem Vorjahr. In Niedersachsen wurden 2021 rund 40 100 Neuzulassungen reiner Elektro-Pkw registriert, das waren 48,3 % mehr als im Vorjahr. Damit gab es 2021 einen Bestand von rund 67 500 reinen Elektro-Pkw.

Im Bundesdurchschnitt kamen Ende 2021 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 7 reine Elektro-Pkw. Im Ländervergleich gab es die meisten in Baden-Württemberg (10 Pkw), gefolgt von Bayern und Hessen (je 9 Pkw) sowie Niedersachsen und Schleswig-Holstein (je 8 Pkw).

Der Anteil der Neuzulassungen von reinen Elektro-Pkw in Niedersachsen an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt betrug Ende 2021 14,9 % und lag damit 1,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (13,6 %). Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug in Niedersachsen 1,4 % und war geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt (1,3 %).

■ Anteil reiner Elektro-Pkw (BEV) an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt 2021 sowie am Bestand von Pkw insgesamt am 1.1.2022 – Prozent –



Waldzustand: jeder vierte Baum geschädigt

Waldzustand

T64

Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL (Ergebnisse der Waldzustandserhebung) gewährleisten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungsansätze.

Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Nach den Kriterien der Waldzustandserhebung hatten 2021 in Niedersachsen 24 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4), eine Zunahme gegenüber 2020 um einen Prozentpunkt. Bundesweit ging demgegenüber der Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung 2021 um 3 Prozentpunkte zurück auf 34 %. Im Ländervergleich war der Anteil deutlich geschädigter oder abgestorbener Bäume nur in den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern (21 %) und Brandenburg (22 %) niedriger als in Niedersachsen. In 5 Flächenländern mit insgesamt 57 % der Waldfläche in Deutschland lag der Anteil bei 40 % und höher. Die höchsten Anteile deutlich geschädigter oder abgestorbener Waldbäume am Bestand hatten 2021 Thüringen (46 %), Rheinland-Pfalz (43 %) und Baden-Württemberg (42 %).

Flächenverbrauch weiterhin zu hoch

Flächenverbrauch

T65

Die Umnutzung von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen (Juni 2017) wird angestrebt, den mittleren Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie (Weiterentwicklung 2021) der Flächenverbrauch bis dahin unter 30 ha pro Tag liegen.

Grundlage für die Ermittlung des Flächenverbrauchs ist die amtliche Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung. Seit dem 1.1.2016 basiert diese Statistik in allen Ländern auf dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®). Die 2011 begonnene Ablösung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) der Katasterverwaltungen als Datengrundlage wurde damit in allen Ländern abgeschlossen.

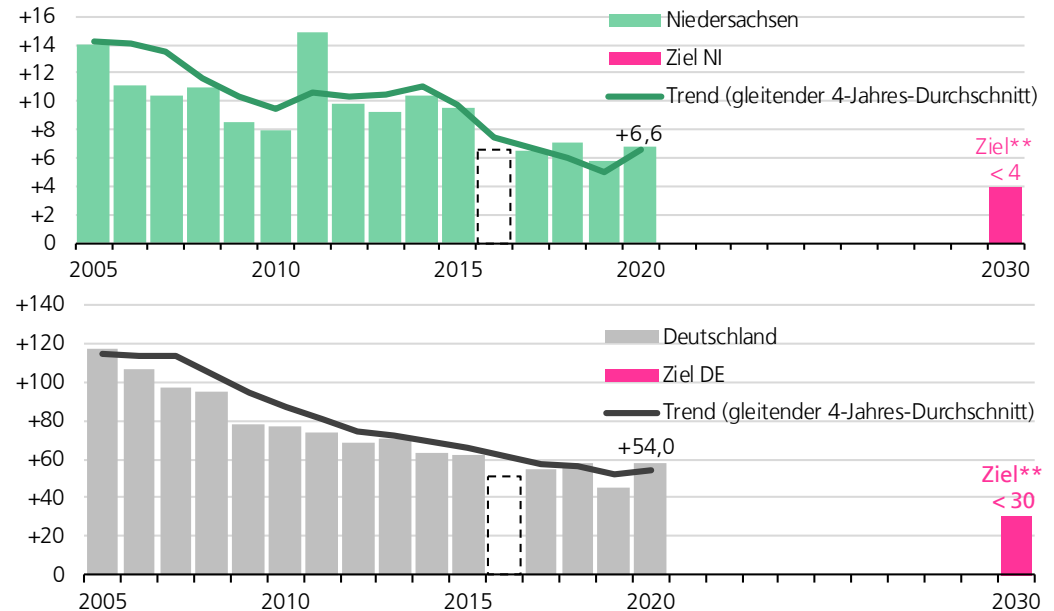
Mit der Umstellung vom ALB auf ALKIS® sind Änderungen verbunden, die sich auf die Flächenerhebung und damit auf die Berechnungsgrundlage des Indikators Flächenverbrauch auswirken. Die räumliche Zuordnung der Nutzungsarten erfolgte beim ALB über Flurstücke, beim ALKIS® werden hingegen überwiegend Luftbilder ausgewertet. Die neue ALKIS®-Systematik orientiert sich stärker an der realen Bodennutzung. Außerdem sind die Nutzungsarten im ALKIS® nicht identisch mit denen aus dem ALB. Die Vermessungsverwaltungen haben deshalb im Rahmen des Umstellungsprozesses Flächen neu zugeordnet. Diese Neuzuordnungen waren bis 2016 noch nicht in allen Ländern abgeschlossen und wurden von 2017 bis 2019 weiter fortgesetzt. Seit 2019 sind alle Länder vollständig auf ALKIS® umgestellt.

Wegen der auf die Umstellung zurückzuführenden Effekte sind Zeitvergleiche und die exakte Berechnung von Veränderungen nur eingeschränkt möglich. Der tägliche Flächenverbrauch wird deshalb derzeit als gleitender Vierjahresdurchschnitt nachgewiesen. Auf Bundesebene wurden zusätzlich größere Neuzuordnungen weitestgehend herausgerechnet.

Ende 2020 wurden in Deutschland 14,0 % der gesamten Bodenfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. In Niedersachsen lag dieser Nutzungsanteil mit 14,2 % geringfügig über dem Bundeswert. Die niedersächsische Siedlungs- und Verkehrsfläche (6 759 km²) bestand ungefähr zu je einem Drittel aus Verkehrsfläche (37 %) und Wohnbaufläche (31 %) sowie sonstigen Siedlungsflächen, darunter fallen z. B. Industrie- und Gewerbeflächen, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder Gebäude- und Freiflächen der Land- und Forstwirtschaft (32 %).

Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2017 bis 2020 bei 6,6 ha pro Tag; bundesweit nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vierjahresdurchschnitt täglich um rund 54,0 ha zu. Damit war der Flächenbrauch weiterhin deutlich höher als die ab 2030 angestrebten Ziele von weniger als 4 ha pro Tag in Niedersachsen bzw. 30 ha pro Tag bundesweit.

■ Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche (Flächenverbrauch) Niedersachsen und Deutschland 2020 sowie Vorjahre* – Hektar pro Tag –



* Datenumstellung: Datenbasis ab Berichtsjahr 2016 ist das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®)
 ** Nachhaltigkeitsstrategie Niedersachsen, Juni 2017; Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021

Im Vergleich 2020 gegenüber 2019 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 0,4 % zu. Der Anstieg entsprach damit dem Bundesdurchschnitt (+0,4 %). Auf weitere Aussagen zum Jahresvergleich wird hier verzichtet, da er nicht für alle Länder gleichermaßen aussagekräftig ist. In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsänderungen noch immer vor allem Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten den Zeitvergleich.

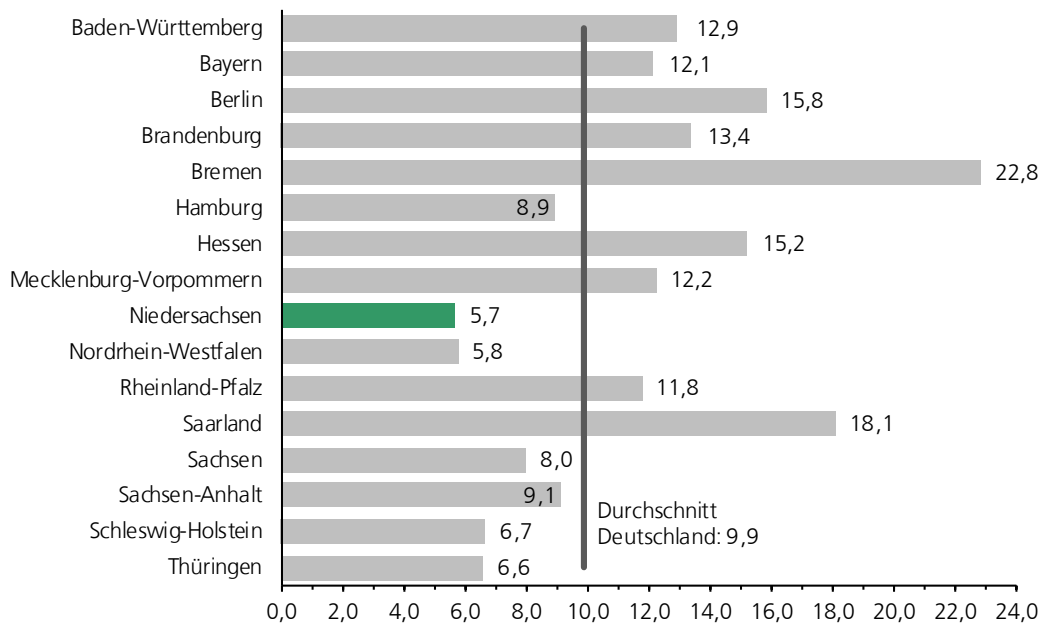
Ökologischer Landbau T66

Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche gering

Die Fläche von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise stieg in Niedersachsen von etwa 90 500 ha im Jahr 2016 auf rund 145 600 ha im Jahr 2020 (+61,0 %). Damit wurden 2020 insgesamt 5,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder war dies weiterhin der geringste Anteil, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 5,8 % der LF. Beide Länder sind geprägt von einer stark konventionell ausgerichteten Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen waren aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (22,8 %) und Berlin (15,8 %) zu finden. Von den Flächenländern ragten das Saarland mit 18,1 % und Hessen mit 15,2 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus. Bundesweit wurden 9,9 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche stieg in allen Ländern: 2020 gegenüber 2016 war der Anstieg in den westdeutschen Ländern mit 2,8 Prozentpunkten in den letzten 4 Jahren etwas geringer als in den ostdeutschen Ländern mit 3,0 Prozentpunkten (Niedersachsen +2,2 Prozentpunkte).

■ Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2020 – Prozent –



Nur im Stadtstaat Berlin haben alle ökologisch wirtschaftenden Betriebe ihre gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche und alle vorhandenen Viehbestände in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen. Ansonsten liegt der Anteil dieser Betriebe zwischen 98,9 % in Mecklenburg-Vorpommern und 82,9 % in Niedersachsen, der bundesweite Durchschnitt liegt bei 92,5 %. Die restlichen Betriebe mit ökologischem Landbau haben ihre Betriebe nur zu Teilen auf ökologische Produktion umgestellt und betreiben auch noch konventionellen Landbau oder konventionelle Viehhaltung.

Informationen:

- **Aufkommen an Haushaltsabfällen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Umwelt. Abfallentsorgung](#) (Fachserie 19 Reihe 1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Umwelt: Abfallwirtschaft, Statistiken 321 bzw. [Aufkommen an Haushaltsabfällen](#), Statistik 32121
- **Primärenergieverbrauch, Stromerzeugung, energiebedingte CO₂-Emissionen:** [Länder Arbeitskreis Energiebilanzen](#)
- **Umweltbundesamt: Treibhausgas-Emissionen:** Berichte und Daten: [Trendtabellen Treibhausgase](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt: [Niedersächsische Energie- und CO₂-Bilanzen](#)
- **Elektro-Pkw:** Kraftfahrt-Bundesamt: [Produkte der Statistik](#) – Fahrzeuge: Neuzulassungen, Bestand: Kraftfahrzeuge nach Umwelt-Merkmalen
- **Waldzustand:** Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): [Ergebnisse der Waldzustandserhebung](#)
- [Waldzustandsberichte](#) des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein
- **Flächenverbrauch:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung (Fachserie 3 Reihe 5.1)
- LSN: [Themenbereich Flächennutzung. Statistische Berichte](#): Bodenflächen in Niedersachsen nach Art der tatsächlichen Nutzung
- **Ökologischer Landbau:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Betriebe mit ökologischem Landbau (Fachserie 3 Reihe 2.2.1)

Autoren: Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer

Tabellen Umwelt und Energie

58. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe ¹⁾ zum Letztverbrauch insgesamt		Darunter an Haushalte und Kleingewerbe ²⁾						
			Verbrauch		täglicher Pro-Kopf-Verbrauch der versorgten Einwohner/-innen			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2013	2019	2013	2019	2013	2016	2019	2019/2013	2019/2016
	Mio. m³				Liter			%	
Baden-Württemberg	561	603	451	505	116	119	124	+6,5	+4,4
Bayern	728	773	586	634	130	131	134	+3,4	+2,6
Berlin	189	216	141	159	114	117	119	+4,6	+1,6
Brandenburg	111	127	95	109	108	111	120	+11,3	+7,7
Bremen	37	38	29	30	121	121	119	-1,3	-1,7
Hamburg	104	110	96	103	138	140	140	+1,6	+0,1
Hessen	307	329	270	292	124	127	129	+3,7	+1,8
Mecklenburg-Vorpommern	86	91	61	68	105	108	117	+12,0	+8,8
Niedersachsen	461	502	357	399	126	127	138	+9,1	+8,8
Nordrhein-Westfalen	1 069	1 066	844	896	133	133	138	+3,5	+3,7
Rheinland-Pfalz	217	234	174	190	119	119	126	+6,3	+5,5
Saarland	52	53	41	43	114	115	118	+3,9	+2,8
Sachsen	190	205	127	143	86	90	97	+12,4	+7,7
Sachsen-Anhalt	104	118	76	84	93	97	105	+13,4	+8,5
Schleswig-Holstein	162	170	123	127	129	129	129	-0,3	+0,0
Thüringen	92	97	70	73	88	92	94	+6,5	+1,9
Deutschland	4 468	4 731	3 541	3 855	121	123	128	+5,6	+4,3

1) Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens.

2) Zum Kleingewerbe zählen z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen.

59. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾				Darunter			Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
					Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ²⁾	getrennte Wertstoffe		
	2015	2019	2020					2020/2015	2020/2019
	1 000 Tonnen			kg je Einwohner/-in 31.12.				%	
Baden-Württemberg	4 783	4 930	5 087	458	146	144	168	+6,4	+3,2
Bayern	6 057	6 293	6 514	496	172	154	164	+7,5	+3,5
Berlin	1 339	1 380	1 408	384	242	36	106	+5,2	+2,0
Brandenburg	1 005	1 095	1 153	455	220	88	143	+14,7	+5,3
Bremen	291	293	299	440	236	84	120	+2,9	+2,2
Hamburg	798	784	815	440	260	55	121	+2,1	+4,0
Hessen	2 783	2 817	2 837	451	178	133	137	+1,9	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	684	723	756	469	236	94	139	+10,4	+4,5
Niedersachsen	4 066	4 086	4 259	532	195	166	168	+4,8	+4,2
Nordrhein-Westfalen	8 328	8 283	8 611	480	224	116	139	+3,4	+4,0
Rheinland-Pfalz	2 102	2 148	2 230	544	179	190	169	+6,1	+3,9
Saarland	485	470	475	483	197	126	159	-2,1	+1,1
Sachsen	1 325	1 380	1 702	420	158	80	181	+28,4	+23,4
Sachsen-Anhalt	1 038	1 003	1 033	474	203	122	145	-0,5	+3,0
Schleswig-Holstein	1 410	1 443	1 480	508	233	123	151	+5,0	+2,6
Thüringen	884	916	950	448	191	116	140	+7,5	+3,7
Deutschland	37 376	38 041	39 608	476	194	128	152	+6,0	+4,1

1) Ohne Elektro-/Elektronikaltgeräte.

2) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

60. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2014	2018	2019		2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	385 759	396 688	398 451	58 834	12,4	14,4	14,8	+2,4	+0,4
Bayern	536 624	508 551	518 584	104 370	16,3	19,7	20,1	+3,8	+0,4
Berlin	75 509	74 029	73 419	4 110	4,1	5,2	5,6	+1,5	+0,4
Brandenburg	180 563	189 420	171 307	35 695	15,8	17,5	20,8	+5,0	+3,4
Bremen	44 698	42 393	39 773	2 611	7,4	6,5	6,6	-0,8	+0,1
Hamburg	67 524	77 488	74 509	3 680	5,1	4,7	4,9	-0,2	+0,2
Hessen	236 637	239 752	242 780	26 741	9,2	11,0	11,0	+1,9	+0,0
Mecklenburg-Vorpommern	55 854	48 792	[g]	[g]	37,0	41,5	[g]	[g]	[g]
Niedersachsen	372 170	375 296	368 258	82 885	15,4	20,7	22,5	+7,1	+1,8
Nordrhein-Westfalen	1 188 429	1 035 773	1 002 652	58 389	4,1	5,4	5,8	+1,7	+0,4
Rheinland-Pfalz	173 094	178 015	178 650	24 316	12,0	13,3	13,6	+1,6	+0,3
Saarland	71 321	[g]	[g]	[g]	3,9	[g]	[g]	[g]	[g]
Sachsen	176 018	180 991	168 182	16 780	8,7	9,1	10,0	+1,3	+0,9
Sachsen-Anhalt	135 141	150 838	141 360	[g]	19,4	19,1	[g]	[g]	[g]
Schleswig-Holstein	125 150	122 895	117 439	34 653	18,6	28,0	29,5	+10,9	+1,5
Thüringen	64 425	65 968	64 668	15 151	23,1	23,4	23,4	+0,3	+0,0
Deutschland ¹⁾	3 660 996	3 646 956	3 556 817	529 015	11,5	13,7	14,9	+3,4	+1,1

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen) weichen aufgrund einer veränderten Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.
Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2022; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand September 2021

61. Stromerzeugung¹⁾ aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2014	2018	2019		2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	60 857	61 934	57 129	17 719	24,3	27,0	31,0	+6,7	+4,1
Bayern	88 289	73 796	74 948	38 678	36,2	49,6	51,6	+15,4	+2,0
Berlin	7 817	7 030	6 214	370	4,0	5,3	6,0	+2,0	+0,6
Brandenburg	54 353	57 633	53 152	19 839	26,5	32,0	37,3	+10,8	+5,3
Bremen	6 919	7 146	6 680	863	11,5	11,3	12,9	+1,4	+1,6
Hamburg	4 108	11 170	9 219	652	12,1	5,6	7,1	-5,0	+1,5
Hessen	13 129	16 857	16 998	8 495	40,5	48,2	50,0	+9,5	+1,8
Mecklenburg-Vorpommern	12 298	[z]	[z]	[z]	63,3	[z]	[z]	[z]	[z]
Niedersachsen	72 907	89 843	90 008	47 211	36,2	47,5	52,5	+16,2	+5,0
Nordrhein-Westfalen	175 402	150 851	139 005	22 442	9,1	13,6	16,1	+7,1	+2,6
Rheinland-Pfalz	17 946	20 023	21 441	10 990	41,6	51,2	51,3	+9,7	+0,1
Saarland	10 145	[z]	[z]	[z]	10,0	[z]	[z]	[z]	[z]
Sachsen	42 883	43 730	40 613	6 185	11,8	13,4	15,2	+3,4	+1,8
Sachsen-Anhalt	22 773	27 041	25 730	15 078	48,3	51,3	58,6	+10,3	+7,3
Schleswig-Holstein	28 810	37 803	37 960	24 049	43,6	60,7	63,4	+19,8	+2,7
Thüringen	8 439	10 489	10 288	6 345	54,9	58,2	61,7	+6,8	+3,5
Deutschland	619 900	634 600	601 900	241 200	26,0	35,2	40,1	+14,1	+4,9

1) Einschließlich Eigenverbrauch der Anlagen.
Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2022; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand Mai 2022

62. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	1 000 Tonnen (Gigagramm)			Tonnen			%	
Baden-Württemberg	66 033	67 157	64 780	6,2	6,1	5,8	-1,9	-3,5
Bayern	74 802	77 537	78 996	5,9	5,9	6,0	+5,6	+1,9
Berlin	17 191	15 590	14 988	5,0	4,3	4,1	-12,8	-3,9
Brandenburg	56 335	56 931	49 386	23,0	22,7	19,6	-12,3	-13,3
Bremen	12 872	12 524	11 529	19,6	18,4	16,9	-10,4	-7,9
Hamburg	12 350	16 984	15 609	7,1	9,3	8,5	+26,4	-8,1
Hessen	46 776	48 252	48 463	7,7	7,7	7,7	+3,6	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	[g]	9 172	[z]	[g]	5,7	[z]	[g]	[z]
Niedersachsen	66 695	63 382	60 614	8,5	7,9	7,6	-9,1	-4,4
Nordrhein-Westfalen	261 774	238 000	213 725	14,9	13,3	11,9	-18,4	-10,2
Rheinland-Pfalz	25 652	26 411	27 068	6,4	6,5	6,6	+5,5	+2,5
Saarland	20 871	[g]	[g]	21,1	[g]	[g]	[g]	[g]
Sachsen	49 388	50 079	46 690	12,2	12,3	11,5	-5,5	-6,8
Sachsen-Anhalt	25 509	26 894	24 056	11,4	12,1	10,9	-5,7	-10,6
Schleswig-Holstein	18 283	18 028	16 688	6,5	6,2	5,8	-8,7	-7,4
Thüringen	9 885	10 558	10 405	4,6	4,9	4,9	+5,3	-1,5
Deutschland²⁾	744 758	704 196	659 720	9,2	8,5	7,9	-11,4	-6,3

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) In Teilen abweichende Berechnungsmethodik der AG Energiebilanzen für Deutschland, daher weichen die Werte von der Summe der Länder ab.

Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2022; für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen 1990-2020, Januar 2022

63. Neuzulassungen und Bestand von Pkw mit ausschließlich elektrischer Energiequelle (BEV)

Land	Neuzulassungen von Elektro-Pkw (BEV) ¹⁾			Bestand ²⁾ Elektro-Pkw (BEV) je 1 000 Einwohner/-innen	Nachrichtlich: Bestand Pkw Plug-in Hybrid PHEV ³⁾ je 1 000 Einwohner/-innen	Anteil der Elektro-Pkw (BEV) an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt			Anteil Elektro-Pkw (BEV) am Bestand Pkw insgesamt	Veränderung der Zahl der Neuzulassungen von Elektro-Pkw (BEV)	
	2016	2020	2021	1.1.2022	2016	2020	2021	1.1.2022	2021/2016	2021/2020	
	Anzahl					%					
Baden-Württemberg	2 125	32 879	59 165	10	9	0,5	7,7	16,1	1,5	+2 684,2	+79,9
Bayern	2 684	35 806	66 860	9	8	0,4	6,2	12,6	1,4	+2 391,1	+86,7
Berlin	320	4 951	8 737	5	5	0,4	7,5	14,5	1,3	+2 630,3	+76,5
Brandenburg	124	3 392	6 638	5	4	0,2	5,9	13,0	0,8	+5 253,2	+95,7
Bremen	51	911	1 833	5	6	0,2	5,2	11,8	1,0	+3 494,1	+101,2
Hamburg	358	4 138	7 334	7	8	0,3	4,2	7,9	1,6	+1 948,6	+77,2
Hessen	1 511	15 496	33 727	9	9	0,4	5,2	12,2	1,5	+2 132,1	+117,6
Mecklenburg-Vorpommern	65	1 741	3 259	3	3	0,2	5,1	10,9	0,6	+4 913,8	+87,2
Niedersachsen	1 010	27 027	40 084	8	6	0,3	9,0	14,9	1,4	+3 868,7	+48,3
Nordrhein-Westfalen	1 814	39 793	76 073	7	7	0,3	6,7	14,0	1,3	+4 093,7	+91,2
Rheinland-Pfalz	424	8 422	16 895	7	6	0,3	7,3	16,2	1,1	+3 884,7	+100,6
Saarland	74	1 936	3 713	6	6	0,2	5,4	11,9	1,0	+4 917,6	+91,8
Sachsen	293	5 139	9 078	4	4	0,2	5,0	10,5	0,7	+2 998,3	+76,6
Sachsen-Anhalt	76	2 211	4 195	3	3	0,1	4,4	9,8	0,6	+5 419,7	+89,7
Schleswig-Holstein	352	7 537	13 244	8	5	0,4	9,7	18,4	1,4	+3 662,5	+75,7
Thüringen	128	2 623	4 966	4	4	0,2	4,6	10,4	0,7	+3 779,7	+89,3
Deutschland	11 410	194 163	355 961	7	7	0,3	6,7	13,6	1,3	+3 019,7	+83,3

1) Fahrzeuge mit ausschließlich elektrischer Energiequelle: BEV = Battery Electric Vehicle.

2) Zum angegebenen Zeitzeitpunkt für den Straßenverkehr zugelassene Personenkraftwagen laut Zentralem Fahrzeugregister (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge).

3) PHEV = Plug-in-Hybrid Electric Vehicle. Hybrid-Fahrzeug mit mindestens zwei unterschiedlichen Energiewandlern und zwei unterschiedlichen Energiespeichersystemen, dessen Energiespeicher (Akkus) extern aufgeladen werden kann.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg: Statistiken Fahrzeugzulassungen – Bestand an Kraftfahrzeugen nach Umwelt-Merkmalen (FZ 13), Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen nach Umwelt-Merkmalen (FZ14); eigene Berechnungen

64. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 (Kronenverlichtung 26 bis 100 %)¹)			Nachrichtlich: Waldfläche	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4		
	2016	2020	2021		2020	2021/2016	2021/2020
	%				km²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	37	46	42	13 528	+5	-4	
Bayern	32	43	40	24 923	+8	-3	
Berlin	11	36	34	158	+23	-2	
Brandenburg	9	25	22	10 336	+13	-3	
Bremen	[g]	15	[g]	4	[g]	[g]	
Hamburg	[x]	[x]	[x]	42	[x]	[x]	
Hessen	40	39	36	8 410	-4	-3	
Mecklenburg-Vorpommern	15	25	21	4 949	+6	-4	
Niedersachsen	20	23	24	10 322	+4	+1	
Nordrhein-Westfalen	29	44	40	8 468	+11	-4	
Rheinland-Pfalz	27	45	43	8 083	+16	-2	
Saarland	29	41	37	857	+8	-4	
Sachsen	16	35	31	4 957	+15	-4	
Sachsen-Anhalt	18	28	29	4 593	+11	+1	
Schleswig-Holstein	19	26	24	1 628	+5	-2	
Thüringen	37	55	46	5 407	+9	-9	
Deutschland	28	37	34	106 666	+6	-3	

1) Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben (2-4: deutliche Kronenverlichtung).

Quellen: Anteile der Schadstufen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung; Waldfläche: Statistisches Bundesamt (Destatis), Fachserie 3 Reihe 5.1

65. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12. ¹⁾			Anteil an Bodenfläche insgesamt	Flächen- verbrauch	Flächenverbrauch (gleitender 4 Jahres- Durchschnitt) ²⁾	Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2015	2019	2020				2017-2020	2020/2019
	km²						%	ha pro Tag
Baden-Württemberg	[x]	5 237	5 257	14,7	5,4	5,6	+19,8	+0,4
Bayern	[x]	8 552	8 594	12,2	11,6	11,0	+42,4	+0,5
Berlin	[x]	629	629	70,6	0,0	0,1	+0,1	+0,0
Brandenburg	[x]	2 820	2 849	9,6	7,8	2,6	+28,3	+1,0
Bremen	[x]	237	237	56,5	0,1	0,0	+0,4	+0,2
Hamburg	[x]	445	445	58,9	-0,0	-0,0	-0,1	-0,0
Hessen	[x]	3 375	3 381	16,0	1,5	[x]	+5,5	+0,2
Mecklenburg-Vorpommern	[x]	1 938	1 942	8,3	1,0	-1,7	+3,6	+0,2
Niedersachsen	[x]	6 734	6 759	14,2	6,9	6,6	+25,0	+0,4
Nordrhein-Westfalen	[x]	7 870	7 891	23,1	5,7	[x]	+20,9	+0,3
Rheinland-Pfalz	[x]	2 857	2 874	14,5	4,8	2,0	+17,4	+0,6
Saarland	[x]	550	551	21,4	0,2	0,2	+0,6	+0,1
Sachsen	[x]	2 497	2 519	13,7	6,1	0,2	+22,4	+0,9
Sachsen-Anhalt	[x]	2 262	2 264	11,1	0,6	0,7	+2,3	+0,1
Schleswig-Holstein	[x]	2 076	2 097	13,3	5,8	3,5	+21,1	+1,0
Thüringen	[x]	1 904	1 907	11,8	0,8	[x]	+3,0	+0,2
Deutschland	[x]	49 983	50 196	14,0	58,3	54,0	+212,7	+0,4

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.); Werte nach Umstellung vom Automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® erst ab 2016 für alle Länder verfügbar.

2) Der "tägliche Flächenverbrauch" wird als gleitender 4-Jahres-Mittelwert für die Länder angegeben. Das Statistische Bundesamt (Destatis) berechnet diese für Deutschland mit methodisch bereinigten Werten der Siedlungs- und Verkehrsflächen. Im betrachteten Zeitraum gab es in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen methodische Änderungen, daher werden die Werte nicht veröffentlicht.

66. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) insgesamt			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2013	2016	2020	2013	2016	2020	2020/2013	2020/2016
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	124,0	138,5	182,1	8,7	9,8	12,9	+4,2	+3,2
Bayern	217,6	261,0	376,4	6,9	8,4	12,1	+5,2	+3,8
Berlin	0,3	0,3	0,3	15,0	15,6	15,8	+0,8	+0,2
Brandenburg	137,7	137,6	175,2	10,5	10,5	13,4	+2,9	+2,9
Bremen	1,0	1,4	1,8	11,8	17,7	22,8	+11,1	+5,2
Hamburg	1,0	1,2	1,3	6,9	8,1	8,9	+1,9	+0,7
Hessen	81,6	89,7	116,0	10,6	11,7	15,2	+4,6	+3,5
Mecklenburg-Vorpommern	120,4	126,3	164,3	9,0	9,4	12,2	+3,3	+2,9
Niedersachsen	79,5	90,5	145,6	3,1	3,5	5,7	+2,6	+2,2
Nordrhein-Westfalen	62,9	61,9	84,8	4,3	4,3	5,8	+1,5	+1,5
Rheinland-Pfalz	47,3	61,3	82,2	6,7	8,8	11,8	+5,1	+3,0
Saarland	9,3	11,8	13,4	11,9	15,1	18,1	+6,1	+2,9
Sachsen	35,3	42,3	71,6	3,9	4,7	8,0	+4,1	+3,3
Sachsen-Anhalt	53,4	60,1	106,1	4,6	5,1	9,1	+4,6	+4,0
Schleswig-Holstein	35,8	41,4	65,4	3,6	4,2	6,7	+3,0	+2,5
Thüringen	39,8	36,7	51,0	5,1	4,7	6,6	+1,5	+1,9
Deutschland	1 047,0	1 161,9	1 637,5	6,3	7,0	9,9	+3,6	+2,9

1) Nachgewiesen wird die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

Soziales, Sicherheit

- Die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen lag 2021 bei 16,8 % (Deutschland: 16,6 %).
- Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Niedersachsen sank 2021 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 % (Deutschland: 5,7 %).
- Die Polizei registrierte 2021 in Niedersachsen knapp 472 100 Straftaten, 5,0 % weniger als im Vorjahr (Deutschland: -4,9 % auf rund 5,05 Mio. Straftaten).

Wichtige Ergebnisse

Jede und jeder Sechste in Niedersachsen 2021 armutsgefährdet

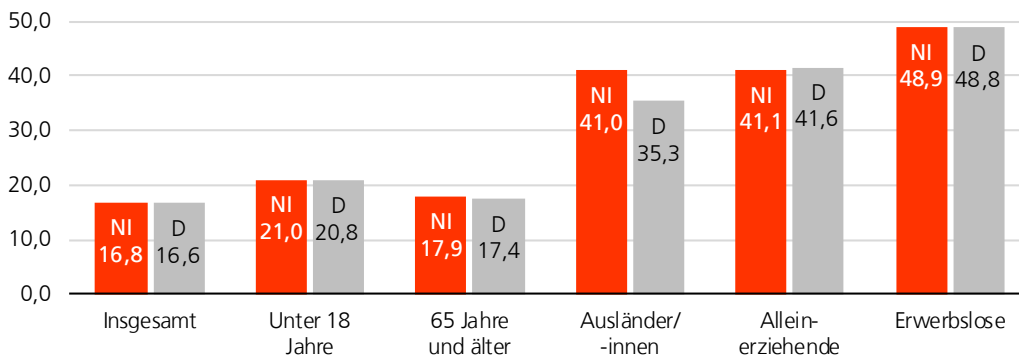
Armutsgefährdungsquote

T67

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2021 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1 117 Euro, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 346 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1 452 Euro.

Mit 1,3 Millionen Menschen galt 2021 in Niedersachsen jede beziehungsweise jeder Sechste als armutsgefährdet. Das entsprach einer Armutsgefährdungsquote von 16,8 %, die auf ähnlichem Niveau wie der Bundesdurchschnitt lag (16,6 %). Auf Länderebene war die Armutsgefährdungsquote in Sachsen mit 13,0 % am niedrigsten. Wie in den Vorjahren fielen 2021 auch in den übrigen ostdeutschen Flächenländern die Quoten niedriger aus als in den westdeutschen Ländern. Hier hatte Bayern (15,5 %) die niedrigste Quote. Die höchsten Anteile verzeichneten 2021 wie in den zurückliegenden Jahren die drei Stadtstaaten Bremen (20,9 %), Hamburg (19,8 %) und Berlin (19,3 %), wo etwa jede fünfte Person armutsgefährdet war.

Armutsgefährdungsquoten 2021 insgesamt sowie nach ausgewählten Merkmalen – Prozent –



Unter den Minderjährigen in Niedersachsen war 2021 mehr als jede und jeder Fünfte (21,0 %) armutsgefährdet (Deutschland: 20,8 %). Die Quoten reichten auf Länderebene von 15,9 % in Sachsen bis 30,4 % in Bremen. Dringlicher wird auch das Thema Altersarmut: Im Zeitraum 2005 bis 2019 stieg die Armutsgefährdungsquote von Menschen im Alter von 65 Jahren und älter stärker als die Quote der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2021 lag die Armutsgefährdung von 65-Jährigen und Älteren in Niedersachsen mit 17,9 % um mehr als einen Prozentpunkt über der Quote der Gesamtbevölkerung, ähnlich wie in Deutschland insgesamt (17,4 %; +0,8 Prozentpunkte zur Gesamtquote). Die höchste Quote in dieser Altersgruppe gab es in Bayern mit 23,1 %, wo auch die Diskrepanz zur Gesamtbevölkerung mit 7,6 Prozentpunkten am größten war. (Für Quoten nach Alter und Geschlecht 2021 in Niedersachsen siehe Handlungsorientierte Sozialberichtserstattung Niedersachsen (HSBN)).

Mit Blick auf die Familienkonstellationen waren auch 2021 Alleinerziehendenhaushalte besonders stark armutsgefährdet. Ihre Quote lag in Niedersachsen bei 41,1 % und damit etwa im bundesweiten Durchschnitt (41,6 %). Ferner spielt die Herkunft eine bedeutende Rolle. Im Bundesdurchschnitt wiesen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit eine mehr als doppelt so hohe Quote (2,1 Mal höher) auf als die Gesamtbevölkerung, in Niedersachsen war sie mit 41,0 % rund 2,4 Mal höher.

Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

T68

Trotz Pandemie weniger Menschen auf SGB II-Grundsicherung angewiesen

Auch im zweiten Corona-Jahr 2021 ging die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Haushalte mit Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) in Niedersachsen im Dezember verglichen mit dem Vorjahresmonat zurück, und zwar um 5,8 % auf rund 516 000. Das entsprach dem durchschnittlichen Rückgang in Deutschland (-5,7 % auf 5,28 Mio. Personen), wobei die Spanne von -8,3 % in Thüringen bis -4,3 % in Nordrhein-Westfalen reichte.

Der Anteil der Personen unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung verringerte sich im Dezember 2021 in Niedersachsen wie in Deutschland insgesamt gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,5 Prozentpunkte auf 8,2 % (Deutschland: 8,0 %). Der Anteil der minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung ging im selben Zeitraum in Niedersachsen und in Deutschland mit jeweils 0,7 Prozentpunkten auf 13,2 % beziehungsweise 12,8 % etwas stärker zurück.

Soziale Mindestsicherung

T69

Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger 2020 leicht gestiegen

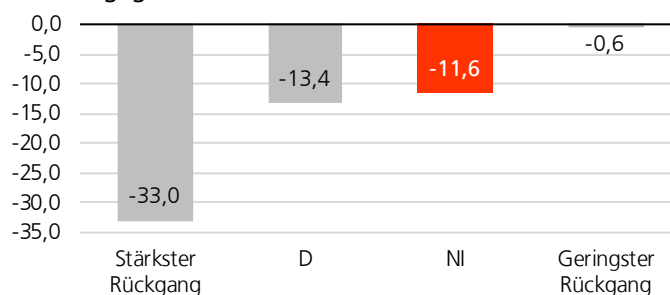
Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen sind. In Niedersachsen betraf dies Ende 2020 knapp 685 000 Personen bzw. 8,6 % der Bevölkerung. In den Ländern reichte die Spanne von 4,5 % in Bayern bis 17,7 % in Bremen; der Bundesdurchschnitt lag bei 8,3 %.

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (siehe Informationen).

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger stieg 2020 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr leicht an um 0,7 %. Das entsprach dem bundesweiten Durchschnitt. In den ostdeutschen Flächenländern und in Nordrhein-Westfalen waren die Zahlen dagegen rückläufig. Ausschlaggebend für den in Niedersachsen erstmaligen Anstieg seit 2015 war vor allem der Zuwachs um 5,0 % von Menschen, die auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen waren (+5 600).

Im mittelfristigen Vergleich 2020 zu 2015 verringerte sich die Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden in Niedersachsen um 11,6 % und bundesweit um 13,4 %.

Veränderung der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2020 gegenüber 2015 – Prozent –



Verbraucherinsolvenzen

T70

Verbraucherinsolvenzen im Durchschnitt der Jahre 2021/2020 auf dem Niveau von 2019

Im Jahr 2021 gab es in Niedersachsen gut 11 700 Verbraucherinsolvenzen, was gegenüber 2020 einer Steigerung von 73,5 % entsprach. Die Zahlen dieser beiden Einzeljahre sind jedoch wenig aussagekräftig, da viele überschuldete Personen 2020 auf das „Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens“ gewartet und erst im darauffolgenden Jahr einen Antrag auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens samt Antrag auf

Restschuldbefreiung gestellt haben werden. Das Gesetz sieht für ab Oktober 2020 beantragte Insolvenzverfahren eine schrittweise Reduzierung der vorgeschriebenen Wohlverhaltensphase von bislang sechs auf drei Jahre vor. Im Zweijahresdurchschnitt 2021/2020 ergaben sich mit 9 248 Verbraucherinsolvenzen fast exakt so viele wie im Jahr 2019. Die Quote der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag in Niedersachsen 2021 bei 14,6 und war damit die zweithöchste im Vergleich der Länder (Deutschland: 9,6). Im Durchschnitt der Jahre 2021/2020 gab es in Niedersachsen 11,6 Verbraucherinsolvenzen und in Deutschland insgesamt 7,3.

Quote der pflegebedürftigen Bevölkerung überdurchschnittlich

Pflegebedürftige

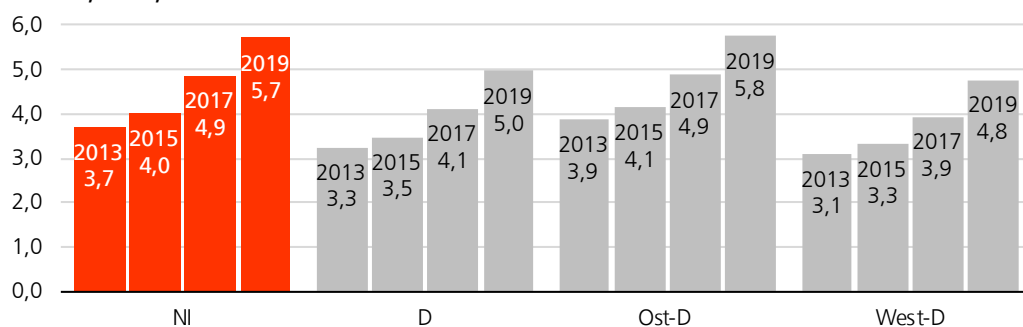
T71

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. Seither führt u. a. auch das Krankheitsbild der Demenz zur Zuerkennung eines Pflegegrades. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

Da es sich bei der Pflegestatistik um eine zweijährliche Erhebung handelt, sind die vorliegenden Daten gegenüber dem Niedersachsen-Monitor 2021 unverändert. Demnach waren 2019 in Niedersachsen gut 456 000 Menschen pflegebedürftig, darunter 62,4 % Frauen. Gegenüber 2017 entsprach dies einer Zunahme um 17,8 % und gegenüber 2013 um 58,3 %. Bundesweit gab es gut 4,1 Mio. Pflegebedürftige, was einer Zunahme gegenüber 2017 um mehr als ein Fünftel (+20,9 %) und gegenüber 2013 um 57,2 % entsprach.

In Niedersachsen wurde 2019 der größte Teil der Pflegebedürftigen (51,3 %) zu Hause von Angehörigen versorgt (Deutschland: 51,3 %), knapp ein Viertel (22,9 %) lebte mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen vier Wänden (Deutschland: 23,8 %) und 21,2 % waren vollstationär in Pflegeeinrichtungen untergebracht (Deutschland: 19,8 %).

Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern 2019, 2017, 2015 und 2013 – Prozent –



Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2019 gegenüber 2017 in Niedersachsen um 0,8 Prozentpunkte auf 5,7 %. Dies war die höchste Quote unter den westdeutschen Ländern (Westdeutschland: 4,8 %); in den 5 ostdeutschen Flächenländern fielen die Quoten jedoch höher aus. Den niedrigsten Wert wies 2019 Bayern mit einer Quote von 3,7 % auf. Deutschlandweit lag die Pflegequote bei 5,0 %.

Pflegequote

T71

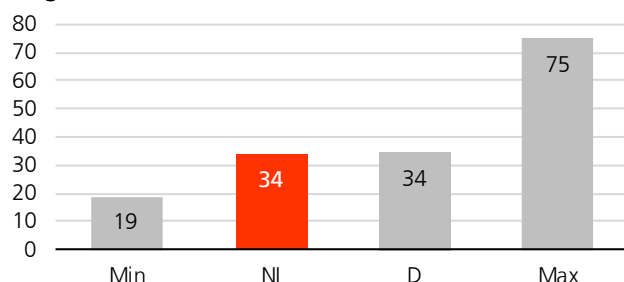
Die Quoten werden durch die unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern beeinflusst. Die steigende Lebenserwartung und das Geburtendefizit tragen zu einem höheren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung bei. Dies führt sowohl zu einem absoluten Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen als auch zu einer Erhöhung der Quote.

Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen mit leichten Zunahmen

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Im Jahr 2021 stieg die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen gegenüber 2020 wieder leicht an um 1,7 % auf 4 583. Im ersten Corona-Jahr war noch ein Rückgang um 9,1 % zu verzeichnen. Bundesweit betrug die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen 2021 gut 47 500, ein Anstieg von 4,6 % gegenüber dem Vorjahr. Auf 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen in Niedersachsen wie im Vorjahr 34 Schutzmaßnahmen, was genau dem Bundesdurchschnitt entsprach. Den niedrigsten Wert verzeichnete Bayern (19) und den höchsten Bremen (75).

■ Vorläufige Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2021 – Anzahl –



Mehr als die Hälfte (53,2 %) der vorläufigen Schutzmaßnahmen betraf 2021 in Niedersachsen Kinder und Jugendliche zwischen 14 und unter 18 Jahren (Deutschland: 57,6 %). Zwischen 6 und unter 14 Jahren waren 29,3 % (Deutschland: 26,2 %) und unter 6 Jahren 17,5 % (Deutschland: 16,2 %) von vorläufigen Schutzmaßnahmen betroffen. Der häufigste Anlass für eine vorläufige Schutzmaßnahme in Niedersachsen war wie in den Vorjahren die „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ (41,7 %; Deutschland: 36,3 %). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen insbesondere die Anlässe „unbegleitete Einreise aus dem Ausland“ (+3,2 Prozentpunkte auf 14,5 %) sowie die „Anzeichen für psychische Misshandlung“ (+1,9 Prozentpunkte auf 9,6 %). Die meisten Maßnahmen wurden wie in den Vorjahren angeregt von den sozialen Diensten beziehungsweise den Jugendämtern (47,7 %) sowie von den Jugendlichen selbst (24,9 %). Daran hatte sich auch im zweiten Pandemiejahr nichts verändert.

Weniger Schwangerschaftsabbrüche als im Vorjahr

Im Jahr 2021 wurden bei Frauen aus Niedersachsen 8 293 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen und somit 3,9 % weniger als im Jahr zuvor. Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche bei knapp 94 600, was einem Rückgang um 5,4 % gegenüber 2020 entsprach. Bei Minderjährigen aus Niedersachsen wurden 225 Abbrüche vorgenommen, was einem Anteil von 2,7 % an allen Eingriffen entsprach (Deutschland: 2,6 %).

Wird die Zahl der Abbrüche auf die Anzahl der Geborenen (Lebend- und Totgeborene) bezogen, verringern sich die demographischen Effekte. In Niedersachsen kamen 2021 auf 1 000 Geborene 108 Schwangerschaftsabbrüche; 5 Jahre zuvor waren es 104. Bundesweit lag 2021 die Zahl der Abbrüche mit 118 je 1 000 Geborene unter dem Wert von 2016 (124). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2021 in Rheinland-Pfalz (80), Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 86). Die höchsten Werte wurden in Berlin (209) und Bremen (197) registriert. Fast jeder fünfte Eingriff (18,6 %) von Frauen aus Niedersachsen wurde in einem anderen Bundesland vorgenommen, im Durchschnitt aller Länder war es nur etwa jeder 13. (7,6 %).

Zahl der Straftaten auf historischem Tief – Wohnungseinbruchdiebstähle erneut deutlich zurückgegangen

Straftaten
T74

Die Polizei registrierte 2021 in Niedersachsen knapp 472 100 Straftaten, 5,0 % weniger als im Vorjahr. Bundesweit betrug der Rückgang 4,9 % auf rund 5,05 Mio. Straftaten. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 5 899 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 070). Gleichzeitig lag die Aufklärungsquote in Niedersachsen mit 64,1 % über dem Bundesdurchschnitt von 58,7 % und erreichte damit den zweithöchsten Wert seit Ausweisung der Zahlen 1990. In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus und die Aufklärungsquoten mit unter 50 % am niedrigsten.

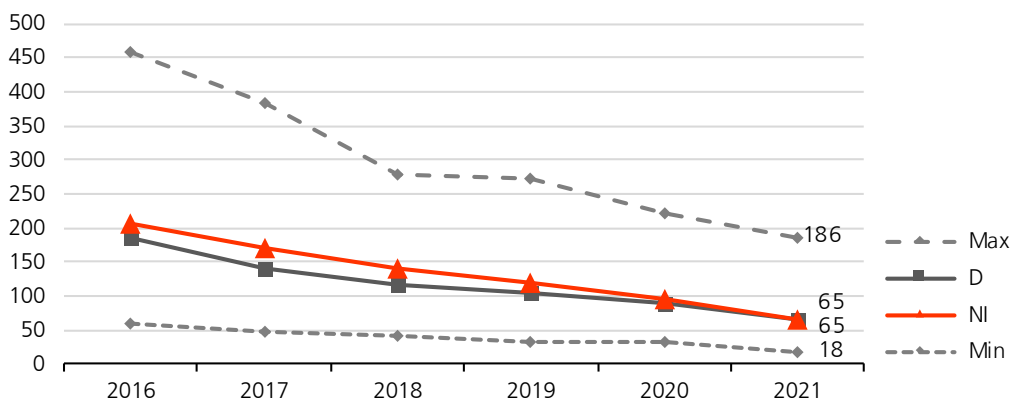
Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Insgesamt wurden 2021 in Niedersachsen 5 175 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl erfasst. Das waren noch einmal etwa ein Drittel (33,1 %) weniger als im ersten Corona-Jahr 2020, als die Zahl bereits um fast ein Fünftel zurückgegangen war. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport sah bereits 2020 als mögliche Gründe für den Rückgang eine Verminderung der Tatgelegenheiten durch den Lockdown und das vermehrte Home-office im Zuge der Pandemie. Hinzu kämen die kontinuierlichen Polizeikontrollen, bessere bauliche Sicherungsmaßnahmen sowie die intensivere polizeiliche Zusammenarbeit.

Wohnungseinbruch-
diebstahl
T74

Deutschlandweit ging die Zahl der Einbrüche 2021 um 27,7 % auf gut 54 200 zurück. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2021 in Niedersachsen wie auch in Deutschland insgesamt 65 Wohnungseinbruchdiebstähle (Vorjahr 97 beziehungsweise 90). Am höchsten waren die Werte 2021 in den Stadtstaaten Bremen (186), Berlin (136) und Hamburg (119), am niedrigsten in Bayern (18) und Baden-Württemberg (30).

Wohnungseinbruchdiebstähle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2016 bis 2021 – Anzahl –

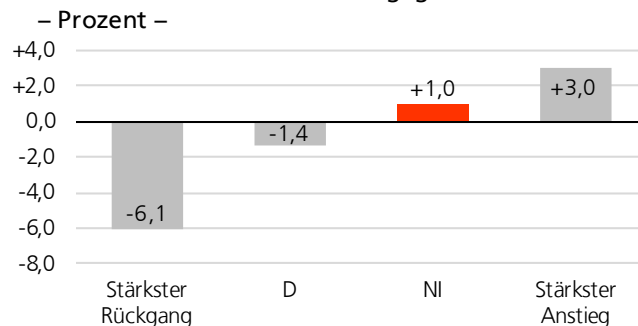


Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr wieder leicht gestiegen

Verunglückte im
Straßenverkehr
T75

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % auf rund 35 700 leicht gestiegen. Bundesweit verunglückten knapp 325 700 Personen und damit 1,4 % weniger als 2020. Das ist der tiefste Stand seit Beginn der Statistik vor fast 70 Jahren. Bei den Fahrradfahrenden (einschließlich Pedelecs) lag die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen mit 9 143 um 2,9 % unter der Vorjahreszahl (Deutschland: -8,6 % auf 84 125). Bei den Elektrokleinstfahrzeugen, wozu vor allem die seit 2019 zugelassenen E-Scooter gehören, registrierte die Polizei 2021 in Deutschland insgesamt 4 887 Verunglückte, in Niedersachsen waren es 442.

■ **Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2021 gegenüber 2020**



Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2021 insgesamt 445 Verunglückte im Straßenverkehr. Nur in Bremen (459) und Schleswig-Holstein (474) fiel der Wert höher aus (Deutschland: 391). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Vergleichszahl in Niedersachsen leicht um 3, mittelfristig gegenüber 2016 verringerte sie sich jedoch deutlich um 95. In Deutschland ging die Zahl sowohl kurzfristig als auch mittelfristig zurück (-6 bzw. -93).

Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2021 in Niedersachsen mit insgesamt 350 Opfern um 5,1 % niedriger als im Vorjahr und erreichte damit ein neues historisches Tief. Bundesweit verunglückten 2 562 Menschen tödlich, was einem Rückgang um 5,8 % entsprach.

Informationen:

- **Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)
- **SGB II-Leistungen:** Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende](#), Eckwerte bzw. Strukturen
- Bundesagentur für Arbeit: Statistiken – [Themen im Fokus – Familien und Kinder](#): Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)
- **Verbraucherinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten](#). Insolvenzen (Fachserie 2 Reihe 4.1)
- LSN: Themenbereich Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen: Statistische Berichte – [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- **Pflegebedürftige:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Pflege](#): Pflegebedürftige - Ländervergleich
- **Vorläufige Schutzmaßnahmen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Soziales – Kinderschutz: [Kinder und Jugendhilfe - Vorl. Schutzmaßnahmen](#)
- LSN: Themenbereich Soziales. Statistische Berichte: [K Sozialleistungen](#): K I 3. Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen
- **Schwangerschaftsabbrüche:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Schwangerschaftsabbrüche](#). (Fachserie 12 Reihe 3)
- **Straftaten:** [Bundeskriminalamt](#): [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#): PKS 2021 - PKS-Tabellen: Länder - Falltabellen
- **Verunglückte im Straßenverkehr:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verkehrsunfälle - jährlich](#). Zeitreihen (siehe Tab. 3.2(5)(6) sowie 3.4)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Unfallatlas](#)
- LSN: [Themenbereich Verkehr](#): Straßenverkehrsunfallstatistik Niedersachsen

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales und Sicherheit

67. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
			unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter							
	2016 ²⁾	2020 ³⁾	2021 ⁴⁾						2021/2016	2021/2020	
	%							€	Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	15,4	15,4	16,4	20,8	19,2	31,5	44,6	44,7	1 220	[x]	[x]
Bayern	14,9	14,5	15,5	17,1	23,1	27,8	38,5	42,2	1 236	[x]	[x]
Berlin	16,6	19,0	19,3	23,0	17,0	31,1	39,0	54,9	1 141	[x]	[x]
Brandenburg	13,4	13,4	13,9	16,5	13,6	[u]	36,7	59,2	1 128	[x]	[x]
Bremen	18,2	19,4	20,9	30,4	14,4	46,9	39,0	52,4	1 001	[x]	[x]
Hamburg	18,3	18,9	19,8	23,5	22,2	37,7	46,2	44,6	1 211	[x]	[x]
Hessen	16,5	17,9	18,2	24,3	17,7	36,2	45,3	47,5	1 146	[x]	[x]
Mecklenburg-Vorpommern	13,5	13,7	13,6	17,3	9,1	[u]	42,0	54,1	1 033	[x]	[x]
Niedersachsen	16,0	17,0	16,8	21,0	17,9	41,0	41,1	48,9	1 117	[x]	[x]
Nordrhein-Westfalen	16,7	17,4	18,0	23,9	16,9	41,5	40,7	48,6	1 131	[x]	[x]
Rheinland-Pfalz	16,6	16,5	16,4	21,1	19,8	35,7	44,0	43,4	1 146	[x]	[x]
Saarland	16,6	15,8	15,8	21,7	18,6	36,4	46,4	[g]	1 139	[x]	[x]
Sachsen	12,4	12,7	13,0	15,9	9,1	[u]	34,7	58,3	1 039	[x]	[x]
Sachsen-Anhalt	14,0	14,8	14,7	20,2	10,1	[u]	40,5	58,0	1 031	[x]	[x]
Schleswig-Holstein	16,2	16,5	16,0	19,9	15,9	43,9	38,0	48,4	1 176	[x]	[x]
Thüringen	12,0	12,7	13,2	17,4	9,2	[u]	38,6	54,5	1 022	[x]	[x]
Deutschland	15,7	16,2	16,6	20,8	17,4	35,3	41,6	48,8	1 148	[x]	[x]

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Die Ergebnisse des Mikrozensus 2016 sind hier nur nachrichtlich aufgeführt.

3) Die Ergebnisse des Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 sind durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Das Erhebungsjahr 2020 ist zudem von Einschränkungen bei der Erhebung betroffen und sollte deshalb nicht für Zeitvergleiche mit nachfolgenden Jahren herangezogen werden. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Informationsseite des Statistischen Bundesamtes.

4) Erstergebnis 2021 - Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

Quelle: Mikrozensus

68. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in SGB II-Bedarfs- gemeinschaften insgesamt (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			Anteil minder- jähriger Kinder in BG an der Bevölkerung ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfs- gemeinschaften insgesamt	
	2016	2020	2021	2021	2016	2020	2021	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl							%		
Baden-Württemberg	472 493	449 687	426 094	21 804	5,4	5,0	4,8	7,7	-9,8	-5,2
Bayern	460 616	418 355	389 178	24 759	4,4	4,0	3,7	6,0	-15,5	-7,0
Berlin	560 897	501 591	474 447	19 616	19,3	16,8	15,8	25,5	-15,4	-5,4
Brandenburg	217 257	158 433	145 834	9 483	11,3	8,2	7,6	10,5	-32,9	-8,0
Bremen	102 992	101 339	96 468	4 619	19,1	18,7	17,9	30,3	-6,3	-4,8
Hamburg	191 041	191 400	180 861	8 989	12,9	12,5	11,8	19,0	-5,3	-5,5
Hessen	434 646	415 447	393 101	18 442	8,7	8,3	7,8	13,0	-9,6	-5,4
Mecklenburg-Vorpommern	167 073	119 873	110 553	8 482	13,5	9,9	9,1	12,9	-33,8	-7,8
Niedersachsen	602 251	547 895	516 072	30 868	9,6	8,7	8,2	13,2	-14,3	-5,8
Nordrhein-Westfalen	1 716 665	1 618 495	1 548 501	73 752	12,0	11,4	10,9	17,6	-9,8	-4,3
Rheinland-Pfalz	242 710	223 655	209 717	12 910	7,5	6,9	6,5	10,7	-13,6	-6,2
Saarland	92 587	83 195	78 391	3 711	12,0	11,0	10,4	17,8	-15,3	-5,8
Sachsen	337 105	252 102	233 155	16 289	11,0	8,4	7,8	10,5	-30,8	-7,5
Sachsen-Anhalt	251 340	186 095	171 229	13 531	15,0	11,6	10,7	15,8	-31,9	-8,0
Schleswig-Holstein	230 187	207 396	192 054	11 361	10,3	9,2	8,5	13,6	-16,6	-7,4
Thüringen	162 044	121 932	111 758	8 392	9,9	7,7	7,1	10,8	-31,0	-8,3
Deutschland	6 241 904	5 596 890	5 277 413	287 008	9,5	8,5	8,0	12,8	-15,5	-5,7

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht-erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2020.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II, Stand: Juni 2021; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2022

69. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾ insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt	
				insgesamt		männlich	weiblich			
	2015	2019	2020	2015	2019	2020		2020/2015	2020/2019	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	650 679	563 782	583 721	6,0	5,1	5,3	5,4	5,1	-10,3	+3,5
Bayern	668 639	568 749	588 272	5,2	4,3	4,5	4,6	4,4	-12,0	+3,4
Berlin	684 436	586 856	598 751	19,4	16,0	16,3	17,3	15,4	-12,5	+2,0
Brandenburg	273 128	200 227	194 412	11,0	7,9	7,7	8,3	7,0	-28,8	-2,9
Bremen	124 092	117 871	120 110	18,5	17,3	17,7	18,0	17,3	-3,2	+1,9
Hamburg	247 723	232 868	246 317	13,9	12,6	13,3	13,8	12,9	-0,6	+5,8
Hessen	576 454	516 248	530 405	9,3	8,2	8,4	8,6	8,3	-8,0	+2,7
Mecklenburg-Vorpommern	210 699	147 334	141 187	13,1	9,2	8,8	9,6	7,9	-33,0	-4,2
Niedersachsen	775 056	680 185	684 861	9,8	8,5	8,6	8,8	8,3	-11,6	+0,7
Nordrhein-Westfalen	2 135 701	1 957 182	1 946 827	12,0	10,9	10,9	11,1	10,6	-8,8	-0,5
Rheinland-Pfalz	314 446	275 584	279 500	7,8	6,7	6,8	7,0	6,7	-11,1	+1,4
Saarland	106 405	98 132	98 708	10,7	9,9	10,0	10,5	9,6	-7,2	+0,6
Sachsen	419 168	298 989	292 025	10,3	7,3	7,2	7,8	6,6	-30,3	-2,3
Sachsen-Anhalt	301 702	219 530	207 143	13,4	10,0	9,5	10,2	8,8	-31,3	-5,6
Schleswig-Holstein	295 124	262 776	263 656	10,3	9,0	9,1	9,5	8,7	-10,7	+0,3
Thüringen	203 542	146 122	141 415	9,4	6,8	6,7	7,1	6,2	-30,5	-3,2
Deutschland	7 986 994	6 872 435	6 917 315	9,7	8,3	8,3	8,6	8,0	-13,4	+0,7

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ab 2020 Anwendung von Geheimhaltungsregeln (5er-Rundung) bei 3 der 4 einfließenden Statistiken (außer SGB II); dadurch beträgt die jeweils mögliche Abweichung der Anzahl von Empfängerinnen und Empfängern sozialer Mindestsicherungsleistungen insgesamt vom Originalwert maximal 6.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

70. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	6 349	3 704	7 196	5,8	3,3	6,5	+13,3	+94,3
Bayern	7 852	3 731	7 104	6,1	2,8	5,4	-9,5	+90,4
Berlin	3 492	1 804	3 573	9,8	4,9	9,8	+2,3	+98,1
Brandenburg	2 913	1 692	2 648	11,7	6,7	10,5	-9,1	+56,5
Bremen	1 254	636	1 346	18,5	9,4	19,9	+7,3	+111,6
Hamburg	2 099	858	2 276	11,7	4,6	12,3	+8,4	+165,3
Hessen	4 747	2 511	5 053	7,7	4,0	8,0	+6,4	+101,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 665	1 002	2 111	10,3	6,2	13,1	+26,8	+110,7
Niedersachsen	11 059	6 762	11 733	13,9	8,5	14,6	+6,1	+73,5
Nordrhein-Westfalen	19 804	10 147	20 506	11,1	5,7	11,5	+3,5	+102,1
Rheinland-Pfalz	3 309	1 753	3 525	8,1	4,3	8,6	+6,5	+101,1
Saarland	1 477	665	1 320	14,8	6,8	13,4	-10,6	+98,5
Sachsen	3 387	2 011	3 698	8,3	4,9	9,1	+9,2	+83,9
Sachsen-Anhalt	2 685	1 633	2 175	12,0	7,5	10,0	-19,0	+33,2
Schleswig-Holstein	3 324	1 859	3 655	11,6	6,4	12,5	+10,0	+96,6
Thüringen	1 822	985	1 701	8,4	4,6	8,1	-6,6	+72,7
Deutschland	77 238	41 753	79 620	9,4	5,0	9,6	+3,1	+90,7

71. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2013	2017	2019		2013	2017	2019	2019/2013	2019/2017
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	298 769	398 612	471 913	62,1	2,8	3,6	4,3	+58,0	+18,4
Bayern	329 016	399 357	491 996	62,1	2,6	3,1	3,7	+49,5	+23,2
Berlin	112 509	135 680	158 482	61,2	3,3	3,8	4,3	+40,9	+16,8
Brandenburg	102 953	132 426	153 971	61,5	4,2	5,3	6,1	+49,6	+16,3
Bremen	22 564	28 998	34 576	63,2	3,4	4,3	5,1	+53,2	+19,2
Hamburg	49 566	63 145	77 325	62,5	2,8	3,4	4,2	+56,0	+22,5
Hessen	205 126	261 757	310 653	62,7	3,4	4,2	4,9	+51,4	+18,7
Mecklenburg-Vorpommern	72 445	91 029	102 996	62,0	4,5	5,7	6,4	+42,2	+13,1
Niedersachsen	288 296	387 293	456 255	62,4	3,7	4,9	5,7	+58,3	+17,8
Nordrhein-Westfalen	581 492	769 132	964 987	62,8	3,3	4,3	5,4	+66,0	+25,5
Rheinland-Pfalz	117 910	161 164	202 708	62,7	3,0	4,0	5,0	+71,9	+25,8
Saarland	34 102	45 582	55 318	63,0	3,4	4,6	5,6	+62,2	+21,4
Sachsen	149 461	204 797	250 812	62,5	3,7	5,0	6,2	+67,8	+22,5
Sachsen-Anhalt	92 416	110 624	129 672	62,3	4,1	5,0	5,9	+40,3	+17,2
Schleswig-Holstein	82 692	109 162	130 349	60,6	2,9	3,8	4,5	+57,6	+19,4
Thüringen	86 889	115 620	135 592	61,7	4,0	5,4	6,4	+56,1	+17,3
Deutschland	2 626 206	3 414 378	4 127 605	62,3	3,3	4,1	5,0	+57,2	+20,9

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

72. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ¹⁾			Anteil männlich ²⁾	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ³⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl				Anzahl			%	
Baden-Württemberg	11 714	4 287	4 763	57,4	63	23	25	-59,3	+11,1
Bayern	6 730	3 342	4 159	60,1	32	15	19	-38,2	+24,4
Berlin	2 005	1 888	2 341	59,2	35	31	38	+16,8	+24,0
Brandenburg	2 930	1 803	1 827	60,6	77	45	45	-37,6	+1,3
Bremen	1 330	733	850	64,1	123	65	75	-36,1	+16,0
Hamburg	2 140	1 440	1 616	57,6	72	46	51	-24,5	+12,2
Hessen	5 178	4 061	4 214	60,3	50	38	39	-18,6	+3,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 759	1 246	1 225	57,0	73	51	50	-30,4	-1,7
Niedersachsen	8 347	4 506	4 583	51,2	63	34	34	-45,1	+1,7
Nordrhein-Westfalen	22 193	12 308	12 193	52,9	74	41	40	-45,1	-0,9
Rheinland-Pfalz	3 152	1 566	1 819	59,2	48	23	27	-42,3	+16,2
Saarland	1 205	628	673	46,5	83	43	46	-44,1	+7,2
Sachsen	5 774	2 710	2 515	57,2	92	42	39	-56,4	-7,2
Sachsen-Anhalt	2 298	1 401	1 362	53,9	72	43	42	-40,7	-2,8
Schleswig-Holstein	4 836	2 222	2 102	54,9	102	47	44	-56,5	-5,4
Thüringen	2 639	1 303	1 281	51,2	83	40	40	-51,5	-1,7
Deutschland	84 230	45 444	47 523	56,0	63	33	34	-43,6	+4,6

1) Ab 2017 sind Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

2) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

3) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

73. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Geborene (Lebend- und Totgeborene)			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2016	2020	2021	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	9 661	10 208	9 833	90	94	86	-3,7	-8,4
Bayern	11 483	12 487	11 579	91	97	86	-5,7	-11,1
Berlin	8 871	9 790	8 205	215	252	209	-3,1	-17,2
Brandenburg	3 343	3 366	3 138	159	176	164	+3,3	-6,9
Bremen	1 484	1 334	1 382	207	190	197	-4,7	+3,8
Hamburg	3 090	3 347	3 349	143	163	159	+10,8	-2,8
Hessen	7 984	7 974	7 688	131	134	124	-5,0	-7,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 774	2 313	2 072	205	191	174	-15,3	-8,9
Niedersachsen	7 830	8 627	8 293	104	116	108	+4,1	-6,8
Nordrhein-Westfalen	21 041	20 705	19 887	121	121	113	-6,7	-6,9
Rheinland-Pfalz	3 801	3 213	3 121	101	85	80	-20,4	-5,5
Saarland	1 164	1 351	1 339	141	165	160	+13,3	-3,2
Sachsen	5 368	5 084	5 050	141	152	154	+9,5	+1,9
Sachsen-Anhalt	3 399	3 276	3 075	187	202	191	+2,0	-5,6
Schleswig-Holstein	3 314	3 294	3 191	130	135	126	-3,4	-6,7
Thüringen	3 166	2 997	2 824	171	187	183	+7,0	-2,0
Deutschland¹⁾	98 721	99 948	94 596	124	129	118	-4,6	-8,0

1) Inkl. nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze.

74. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	erfasste Fälle			Häufigkeitszahl ²⁾	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾		
	2016	2020	2021					2021/2016	2021/2020
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	609 133	538 566	486 331	4 380	65,3	3 298	30	-20,2	-9,7
Bayern	882 473	594 243	543 680	4 138	69,0	2 322	18	-38,4	-8,5
Berlin	568 860	504 142	482 127	13 158	45,3	4 984	136	-15,2	-4,4
Brandenburg	185 831	162 941	158 964	6 281	55,7	1 869	74	-14,5	-2,4
Bremen	91 904	80 869	75 966	11 169	48,9	1 268	186	-17,3	-6,1
Hamburg	239 230	203 526	186 403	10 062	47,6	2 204	119	-22,1	-8,4
Hessen	412 104	342 423	336 030	5 340	65,6	3 858	61	-18,5	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	123 061	105 932	104 452	6 485	62,8	927	58	-15,1	-1,4
Niedersachsen	561 963	497 158	472 096	5 899	64,1	5 175	65	-16,0	-5,0
Nordrhein-Westfalen	1 469 426	1 215 763	1 201 472	6 703	53,6	18 576	104	-18,2	-1,2
Rheinland-Pfalz	274 593	230 304	217 305	5 302	66,7	1 874	46	-20,9	-5,6
Saarland	76 981	68 400	58 651	5 961	59,3	1 044	106	-23,8	-14,3
Sachsen	324 736	272 588	246 615	6 079	59,6	1 977	49	-24,1	-9,5
Sachsen-Anhalt	196 464	177 904	170 464	7 817	55,5	1 702	78	-13,2	-4,2
Schleswig-Holstein	206 541	173 929	176 893	6 077	57,6	2 249	77	-14,4	+1,7
Thüringen	149 226	141 933	130 411	6 151	63,8	909	43	-12,6	-8,1
Deutschland	6 372 526	5 310 621	5 047 860	6 070	58,7	54 236	65	-20,8	-4,9

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2020.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand 23.2.2022

75. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Darunter Getötete	Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen (31.12.)			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2016	2020	2021		2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	48 508	39 950	37 793	348	443	360	340	-22,1	-5,4
Bayern	72 379	57 663	57 126	443	560	439	434	-21,1	-0,9
Berlin	17 392	15 376	14 782	40	487	420	402	-15,0	-3,9
Brandenburg	11 447	10 301	10 186	127	459	407	401	-11,0	-1,1
Bremen	3 828	3 138	3 102	6	564	461	459	-19,0	-1,1
Hamburg	9 829	7 909	8 147	20	543	427	439	-17,1	+3,0
Hessen	28 294	22 557	22 359	183	455	358	355	-21,0	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	7 134	6 105	5 985	68	443	379	371	-16,1	-2,0
Niedersachsen	42 880	35 343	35 693	350	540	442	445	-16,8	+1,0
Nordrhein-Westfalen	79 598	67 110	67 901	425	445	374	379	-14,7	+1,2
Rheinland-Pfalz	19 816	16 461	15 455	117	487	402	376	-22,0	-6,1
Saarland	5 335	4 009	4 084	29	535	407	416	-23,4	+1,9
Sachsen	17 462	14 771	14 109	129	428	364	349	-19,2	-4,5
Sachsen-Anhalt	10 646	9 011	8 727	113	476	413	402	-18,0	-3,2
Schleswig-Holstein	16 593	13 983	13 858	77	576	480	474	-16,5	-0,9
Thüringen	8 731	6 582	6 384	87	405	310	303	-26,9	-3,0
Deutschland	399 872	330 269	325 691	2 562	485	397	391	-18,6	-1,4

Gleichstellung von Frauen und Männern

Ergänzend zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend einige wichtige Indikatoren aus verschiedenen Bereichen differenziert nach Geschlecht dargestellt: Themenfelder Beruf und Familie (T5 bis T9), Erwerbstätigkeit (T15, T16), Schulische und berufliche Qualifikation (T47 bis T49) sowie Verdienste (Wirtschaft: T29).

Geschlechterspezifische Erwerbstätigenquoten (T14) und Arbeitslosenquoten Jugendlicher (T18) werden außerdem im Kapitel Erwerbstätigkeit beschrieben. Angaben zu den Quoten der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (T45) sowie bei beruflichen Abschlussprüfungen (T48, T49) stehen im Kapitel Schulische und berufliche Qualifikation. Eine Zusammenstellung zu den Geschlechterverhältnissen an Hochschulen enthält das Kapitel Wissenschaft und Kultur (T50 bis T54).

Wichtige Ergebnisse

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs lag in Niedersachsen 2021 bei 60,7 % (Deutschland: 60,3 %) und damit 3,4 Prozentpunkte niedriger als 2016.
- Frauen in Niedersachsen verdienten 2021 im Durchschnitt pro Stunde etwa 19 % weniger als Männer (Deutschland: 18 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 2 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2016 (21 %).

Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) T15

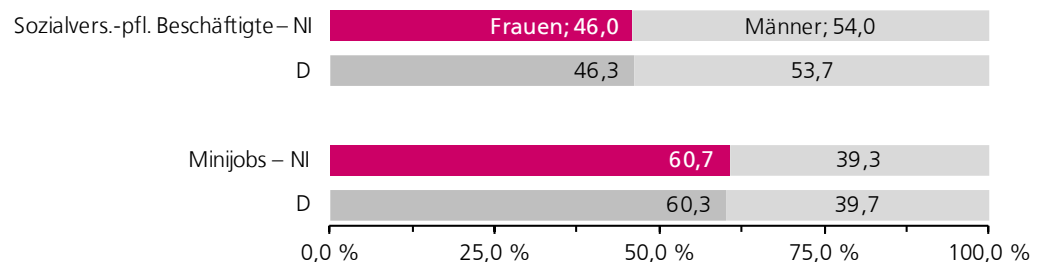
Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung höherer Männeranteil – bei Minijobs deutlich größerer Frauenanteil

Von den 2021 knapp 3,1 Mio. in Niedersachsen arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 46,0 % Frauen (2016: 45,8 %). Dieser Anteil lag leicht unter dem Bundesdurchschnitt (46,3 %). In Mecklenburg-Vorpommern (50,3 %) und Berlin (49,3 %) war das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen.

Minijobs T16

In Niedersachsen waren 2021 knapp 439 900 Personen ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Minijobs), darunter 60,7 % Frauen. Der Frauenanteil war im Ländervergleich der 5-höchste und lag etwas über dem Bundesdurchschnitt (60,3 %). Ein nahezu ausgeglichenes Geschlechterverhältnis gab es in Mecklenburg-Vorpommern (50,4 %). Mittelfristig 2021 gegenüber 2016 sank der Frauenanteil in Niedersachsen überdurchschnittlich um 3,4 Prozentpunkte (Deutschland: -2,7 Prozentpunkte).

■ Anteil Frauen und Männer an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie an Minijobs (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte) 2021 – Prozent –



Teilzeittätige (Wohnort) T8

Frauenanteil bei Teilzeittätigen weiterhin sehr hoch

In Teilzeit bis zu 29 Wochenstunden arbeiteten 2021 in Niedersachsen rund 980 000 Erwerbstätige, darunter 78,0 % Frauen. Der bundesweite Frauenanteil lag bei 75,9 %. Den mit Abstand höchsten Männeranteil bei Teilzeitjobs gab es 2021 in Berlin mit 39,7 % (Frauenanteil: 60,3 %).

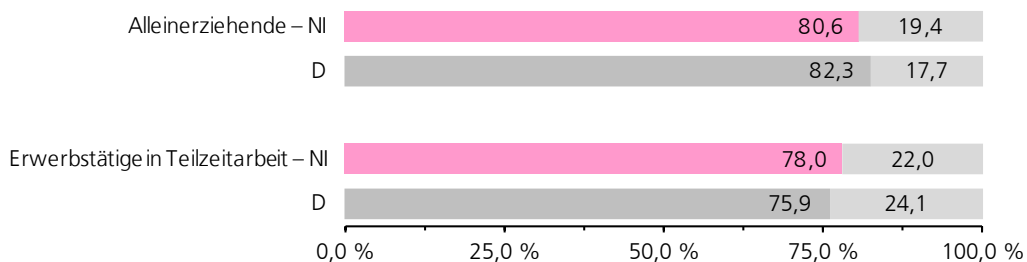
Alleinerziehende T9

Alleinerziehende und Elterngeldbeziehende überwiegend Frauen

In Niedersachsen gab es 2021 rund 241 000 Alleinerziehende, darunter 80,6 % Frauen (Deutschland: 82,3 %). Aber auch in Paarbeziehungen wird der größere Teil der Erzie-

hungsarbeit traditionell eher von den Müttern geleistet. Insbesondere bei (mehreren) kleinen Kindern führt dies oft dazu, dass Mütter gar nicht oder in Teilzeit arbeiten, während die Väter in Vollzeit tätig sind.

■ Anteil Frauen und Männer an Alleinerziehenden sowie Erwerbstätigen in Teilzeit 2021 – Prozent –



Eine Ungleichheit zeigte sich auch bei den bis März 2022 beendeten Bezügen von Elterngeld für 2019 geborene Kinder: Die Väterbeteiligung am Elterngeldbezug betrug in Niedersachsen 42,9 % (2016: 31,5 %) und lag damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 43,5 % (2016: 34,8 %). Hingegen bezogen fast alle bezugsberechtigten Mütter Elterngeld. Bundesweit liegt die Mütterbeteiligung seit vielen Jahren um die 98 %. Zusätzlich war die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes bei Frauen deutlich länger.

Elterngeld
T7

Eltern können ihre Erwerbstätigkeit und Erziehungsarbeit nicht immer nach ihren Vorstellungen gestalten. Neben anderem tragen dazu auch fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und unflexible Arbeitszeitmodelle bei. Insbesondere der Ausbau der Kindertagesbetreuung und besonders der Ganztagsbetreuung unterstützt die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren sowie Nachteile bei Verdienst und Karriere durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren.

In Niedersachsen lag die Quote der Ganztagsbetreuung bei den unter 3-Jährigen 2021 bei 13,5 % und die Quote bei den 3- bis unter 6-Jährigen bei 38,4 %. Im bundesweiten Durchschnitt wurden bei den unter 3-Jährigen Quoten von 18,9 % und bei den 3- bis unter 6-Jährigen von 47,3 % erreicht.

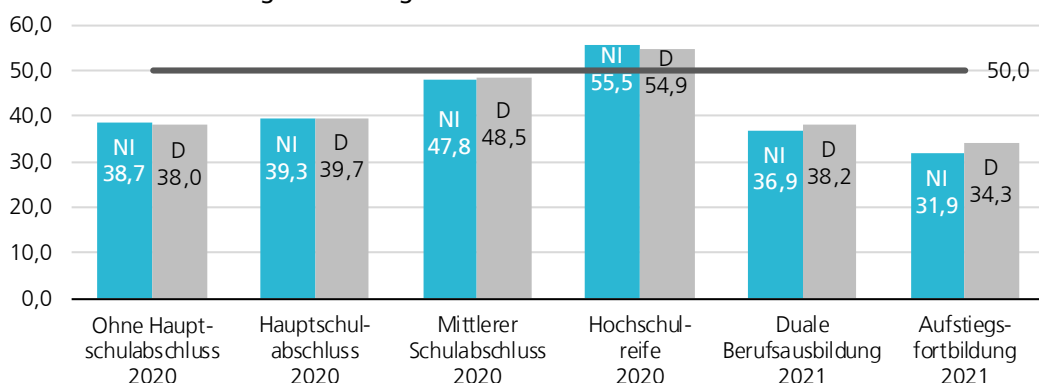
Ganztagsbetreuung
für Kinder
T5, T6

Hoher Frauenanteil bei Schulentlassenen mit Hochschulreife – in der Dualen Berufsausbildung und beruflichen Aufstiegsfortbildung größerer Männeranteil

Schulentlassene
T47

Schulentlassene von allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss sowie mit Hauptschulabschluss waren 2020 überwiegend Männer. Die Frauenanteile lagen in Niedersachsen mit 38,7 % bzw. 39,3 % jeweils nahe am bundesweiten Durchschnitt. Beim mittleren Schulabschluss war das Geschlechterverhältnis in Niedersachsen fast ausgeglichen mit einem Frauenanteil von 47,8 % (Deutschland: 48,5 %). Bei Schulentlassenen mit Hochschulreife lag der Frauenanteil mit 55,5 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (54,9 %).

■ Frauenanteile der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2020 sowie bei Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2021 – Prozent –



Duale Ausbildung/ Aufstiegsfortbildung

T48, T49

In der Dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung sind Männer überrepräsentiert. Bei den bestandenen Abschlussprüfungen betrug der Frauenanteil in Niedersachsen 2021 bei den anerkannten Ausbildungsberufen 36,9 % (Deutschland: 38,2 %) und bei den bestandenen Fortbildungs- und Meisterprüfungen lediglich 31,9 % (Deutschland 34,3 %).

Studierende/ Professuren

T50, T51, T52, T53, T54

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten war 2020 sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse waren Frauen jedoch noch unterrepräsentiert (siehe Kapitel Wissenschaft und Kultur).

Unbereinigter Gender Pay Gap

T30

Unbereinigter Gender Pay Gap: Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern weiter auf hohem Niveau

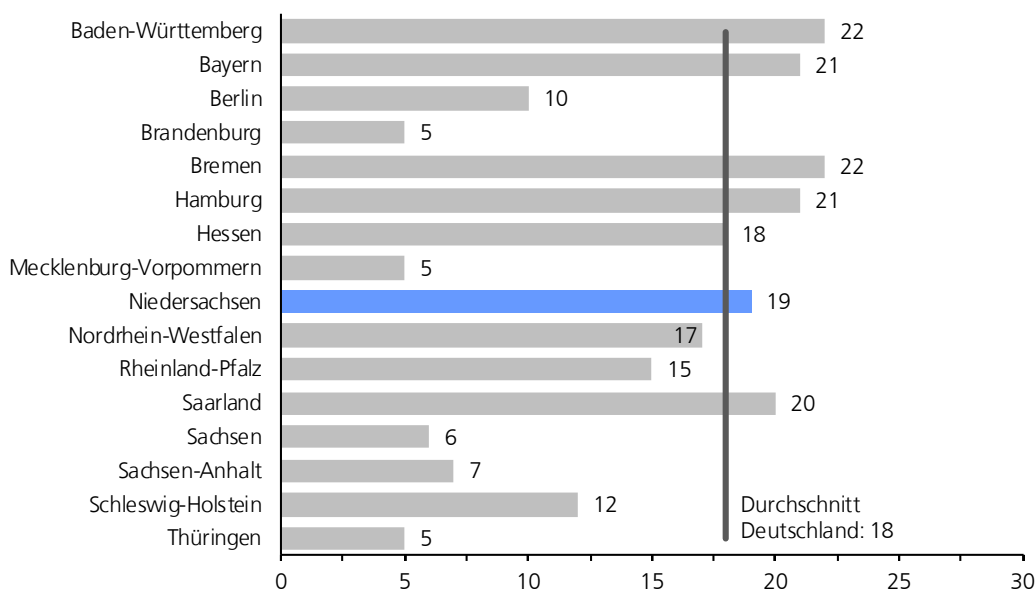
Entsprechend internationaler Konventionen ist der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) definiert als Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Frauen und Männer im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer (jeweils ohne Sonderzahlungen). Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Der unbereinigte GPG ist eine wichtige Maßzahl zur Beschreibung des Verdienstabstandes von Männern und Frauen, der jedoch nicht gleichzusetzen ist mit verschiedenen Verdiensten bei prinzipiell gleicher Tätigkeit. Der unbereinigte GPG misst die konkreten Einkommensunterschiede, die sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern beinhalten. Dabei entstehen strukturelle Unterschiede (Hierarchiestufen, Tätigkeiten, Branchen) auch durch ein gesellschaftlich geprägtes, geschlechterspezifisches Verhalten bei der Berufswahl, der Karrieregestaltung und bei familienbedingten Erwerbsunterbrechungen. Der Gender Pay Gap wird im Folgenden entsprechend der EU-Abgrenzung ausgewiesen.

Frauen in Niedersachsen verdienten 2021 im Durchschnitt pro Stunde etwa 19 % weniger als Männer (Deutschland: 18 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 2 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2016 (21 %). Der langfristige Vergleich zeigt eine positive Entwicklung: 2006 lag der unbereinigte GPG in Niedersachsen noch bei 25 % und in Deutschland bei 23 %.

Im Ländervergleich zeigen sich große Unterschiede: 2021 war der unbereinigte GPG in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit 5 % am niedrigsten, in Baden-Württemberg und Bremen mit 22 % am höchsten.

■ Unbereinigter Gender Pay Gap 2021 – Prozent – – Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gemessen am Bruttostundenverdienst –



Bereinigter Gender Pay Gap: großer Teil der Verdienstunterschiede strukturell erklärbar

Für das Jahr 2018 wurde ein bereinigter Gender Pay Gap für die Länder ermittelt, der den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien aufzeigt. In den westdeutschen Ländern mit einem hohen unbereinigten GPG ist der statistisch erklärbare Anteil des Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen besonders groß (siehe Informationen: Destatis GPG 2018). Allerdings wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind.

In Niedersachsen lag der bereinigte GPG 2018 bei 6,4 % (unbereinigter GPG: 21,2 %) leicht über dem bundesdurchschnittlichen Niveau (5,9 %). Die Spanne reichte in den Ländern von 3,6 % in Berlin bis 7,1 % in Bayern. Der unbereinigte GPG war höher und variierte deutlich stärker zwischen 6,3 % in Thüringen und 24,3 % in Baden-Württemberg (Werte nach EU-Abgrenzung).

Informationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): [Gleichstellungsatlas](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern:

- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: [IAB-Infoplattform – Arbeitsmarkt](#)
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Dossier Arbeitsmarktpolitik – [Geschlechterungleichheiten: Gender Pay Gap](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verdienste -Verdienstunterschiede](#). Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Bruttostundenverdienste und Gender Pay Gap 2018 nach Bundesländern](#)
- LSN: [Verdienste in Niedersachsen – Gender Pay Gap](#)

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Niedersachsen-Monitor: 25 Jahre Ländervergleich

Der Niedersachsen-Monitor (NiMo) informiert mit der Ausgabe 2022 seit 25 Jahren über statistische Fakten wichtiger Lebensbereiche in Niedersachsen und die Positionierung Niedersachsens im Vergleich zu den anderen Ländern und Deutschland insgesamt. Die erste Ausgabe war der im März 1999 erschienene Niedersachsen-Monitor 1998, hauptsächlich mit Daten von 1992 bis 1997. Darin konnten wichtige Indikatoren – erstmals nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 – vergleichbar über einen Zeitraum von 5 Jahren für alle 16 Länder in Deutschland dargestellt werden.

Dieser Beitrag bietet im ersten Teil Schlaglichter auf 25 Jahre Entwicklung des Niedersachsen-Monitors. Im 2. Teil wird die Positionierung Niedersachsens im Ländervergleich für 1995 bis 2020 anhand ausgewählter Indikatoren dargestellt.

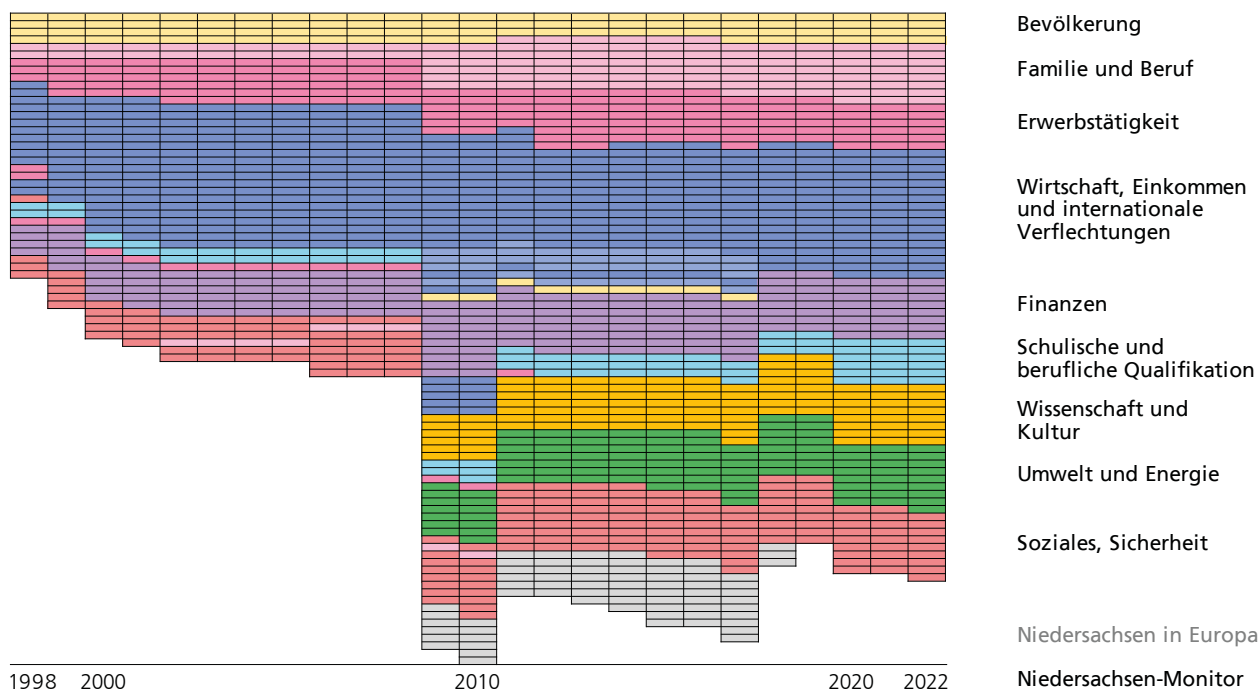
Teil 1: Der Niedersachsen-Monitor – Schlaglichter auf 25 Jahre Entwicklung

Während die Zahl der Tabellen sich in 25 Monitor-Ausgaben von 35 auf aktuell 75 mehr als verdoppelte (Abb. A1), stieg die Zahl der Indikatoren um mehr als das 4-fache. Durch mehrfaches Erweitern, Umstrukturieren und Verdichten des Tabellenprogramms stieg die Zahl der verfügbaren Indikatoren (ohne absolute Zahlen und deren Ver-

änderungsraten) von 37 in der ersten Ausgabe auf aktuell über 170 Indikatoren.

- Der Niedersachsen-Monitor 1998 enthielt 35 Tabellen, die in den 6 Kapiteln Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft und Einkommen, Frauen, Humankapital, Finanzen sowie Soziale Probleme dargestellt wurden.
- Im Monitor 2000 wurden 4 Wirtschaftstabellen ergänzt. Damit wurde eine Benchmarking-Publikation des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums integriert, die auf die Schaffung von Entscheidungsgrundlagen der Wirtschaftspolitik zielte. Die Wirtschaft ist seit der 1. Ausgabe das umfangreichste Themenfeld im Monitor, derzeit bilden 17 Tabellen die Basis für das Kapitel Wirtschaft, Einkommen und Internationale Verflechtungen.
- Bis zur 11. Ausgabe im Jahr 2008 wurde das Tabellenprogramm aufgrund neuer Erkenntnisinteressen und Daten auf 48 Tabellen erweitert. Eine wesentliche Erweiterung gab es im Monitor 2009: Mit den Kapiteln „Familie und Beruf“, „Globalisierung“, „Wissenschaft“ sowie „Umwelt“ wurden Themenfelder des gesellschaftlichen und politischen Diskurses aufgenommen und die Zahl der Ländertabellen stieg von 48 auf 78.
- Der Monitor 2010 enthielt die bisher höchste Tabellenzahl mit 80 Ländertabellen. Nach Reduktionen und Straffungen (NiMo2011, NiMo2018) des Tabellenapparates sowie Ergänzungen aktueller Themen wie Einbürgerungen, Wissenschaft und Forschung (NiMo2017),

A1 | Schema der Tabellen-Anzahl im Niedersachsen-Monitor 1998 bis 2022 mit thematischer Zuordnung



Internetzugang, berufliche Qualifikation (NiMo2020) und E-Mobilität (NiMo2022) enthält der Niedersachsen-Monitor derzeit 75 Ländertabellen.

- Eine 2-seitige Zusammenstellung von Indikatoren ermöglicht seit dem Monitor 2019 einen schnellen Blick auf aktuelle Eckdaten aller Themenfelder des Monitors, sowie die kurzfristige Entwicklung und Positionierung Niedersachsens.
- In den Monitoren 2000 bis 2021 enthielten alle Tabellen neben den Länder- und Deutschland-Werten auch die Durchschnittswerte für Ost- und Westdeutschland, um regionale Unterschiede nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 im Blick zu haben. Nach über 30 Jahren deutscher Einheit wird diese systematische Ost-West-Unterscheidung in den Tabellen ab dem Monitor 2022 nicht mehr ausgewiesen.

Die Kapitel des Monitors entwickelten sich mit dem Tabellenprogramm: Unverändert blieben nur die Bezeichnungen der 3 Kapitel **Bevölkerung**, **Erwerbstätigkeit** und **Finanzen**. Ergänzt wurden die 3 Kapitel **Familie und Beruf**, **Wissenschaft und Kultur** sowie **Umwelt**. In dessen veränderten sich in 25 Jahren die Bezeichnungen der ursprünglichen Kapitel Wirtschaft und Einkommen, Frauen, Humankapital sowie Soziale Probleme entsprechend der veränderten Inhalte.

- Zum Themenbereich **Wirtschaft** gehörten in den Monitoren 1999 bis 2010 auch das Kapitel Innovationen und von 2009 bis 2017 das Kapitel Globalisierung. Seit dem Monitor 2018 sind diese Themen zusammengefasst im Kapitel Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.
- Der erste Niedersachsen-Monitor (NiMo1998) enthielt ein Kapitel Frauen anhand von 5 Tabellen. Bereits im NiMo1999 wurden geschlechtsspezifische Daten – wo nötig und möglich – in die Sachgebiete „Erwerbstätigkeit“, „Wirtschaft und Einkommen“ und „Soziale Probleme“ integriert, um Überlegungen zu möglichen Problemen hinsichtlich der Chancengleichheit von Frauen und Männern anzuregen. Seit dem NiMo2013 werden Aspekte der **Gleichstellung von Frauen und Männern** zusätzlich in einem separaten Kapitel betrachtet. Außerdem wurde mit der Zeit auf eine gendergerechte Sprache umgestellt.
- Das Kapitel Soziale Probleme, Sicherheit musste im Monitor 2006 neu konzipiert werden, da nach der Sozialreform der Hartz-IV-Gesetzgebung 2005 andere Datengrundlagen sinnvoll wurden. Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen, Alleinerziehenden, Vorläufigen Schutzmaßnahmen der Kinder und Jugendhilfe, Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Teil II (SGB II) sowie Verbraucherinsolvenzen bildeten fortan die Grundlage, um soziale Problemlagen im Lebenszyklus der Menschen abzubilden. Hinzu kamen die Pflegestatistik, die Mindestsicherungsquote (NiMo2009) und die Armutsgefährdungsquote (NiMo2010). Im Kapitel **Soziales, Sicherheit** des aktuellen Niedersachsen-Monitors sind nur noch

die Tabellen zu Straftaten (ab der 1. Ausgabe) und zu Verunglückten im Straßenverkehr (ab NiMo1999) über 25 Jahre vergleichbar integriert.

- Das Kapitel Humankapital wurde im Monitor 2009 umbenannt in Schulische Qualifikation, um es vom ergänzten Kapitel Wissenschaft abzugrenzen. Erst im Monitor 2020 wurde die berufliche Qualifikation aufgenommen in das aktuelle Kapitel **Schulische und berufliche Qualifikation**.
- Die Monitor-Ausgaben 2000 bis 2007 enthielten eine ergänzende monographische Darstellung eines Schwerpunktthemas zum Beispiel zu den „Außenwirtschaftlichen Verflechtungen“ Niedersachsens im Zeitalter der Globalisierung (NiMo2000), zu den „Verflechtungen zwischen China und Niedersachsen“ (NiMo2007) oder zum „Innovationsstandort Niedersachsen“ (NiMo2001). Zu „Niedersachsen und seinen Regionen im europäischen Kontext“ gab es im NiMo2002 einen historischen Rückblick.
- Wichtige Indikatoren zur Positionierung von **Niedersachsen in Europa** wurden in den Monitor-Ausgaben 2009 bis 2018 dargestellt – und ab 2019 jährlich im Monatsheft des Landesamtes für Statistik Niedersachsen.

Die Monitor-Ausgaben 1998 bis 2001 lagen nur als Druckversion vor. Die Ausgaben ab 2002 stehen als PDF auf der Webseite des Landesamtes für Statistik Niedersachsen zum Download bereit. Die digitale Version enthält ab Monitor 2016 verlinkte Quellenangaben und ist ab dem Niedersachsen-Monitor 2020 als barrierearme PDF verfügbar.

Teil 2: Positionierung Niedersachsens im Ländervergleich 1995 bis 2020

Die langfristige Entwicklung der Positionierung Niedersachsens über 25 Jahre ergänzt den systematischen Bund-Ländervergleich im Niedersachsen-Monitor, wo jährlich die kurzfristigen und mittelfristigen Entwicklungen (Vorjahresvergleiche und 5-Jahres-Vergleiche) in den Blick genommen werden.

Vergleich ausgewählter Indikatoren mit aktueller Definition

Im Folgenden werden ausgewählte Indikatoren betrachtet, die so oder so ähnlich bereits in den ersten Monitor-Ausgaben angelegt waren. Der Fokus liegt dabei auf der Positionierung Niedersachsens unter den Ländern in Deutschland, die anhand von Quoten und Beziehungszahlen dargestellt wird; nur im Einzelfall werden absolute Zahlen oder Veränderungsraten aufgeführt. Die Definition von Indikatoren und die Datengrundlagen haben sich seit den 1990er Jahren zum Teil verändert. Die Darstellung erfolgt einheitlich anhand von Indikatoren mit aktueller Definition. Verwendet werden möglichst Daten aus aktuellen Zeitreihen, deren Werte von den Angaben in den Monitor-Ausgaben abweichen können. Betrachtet wird der Zeitraum von 1995 bis 2020, soweit vergleichbare Daten verfügbar sind.

Bevölkerung

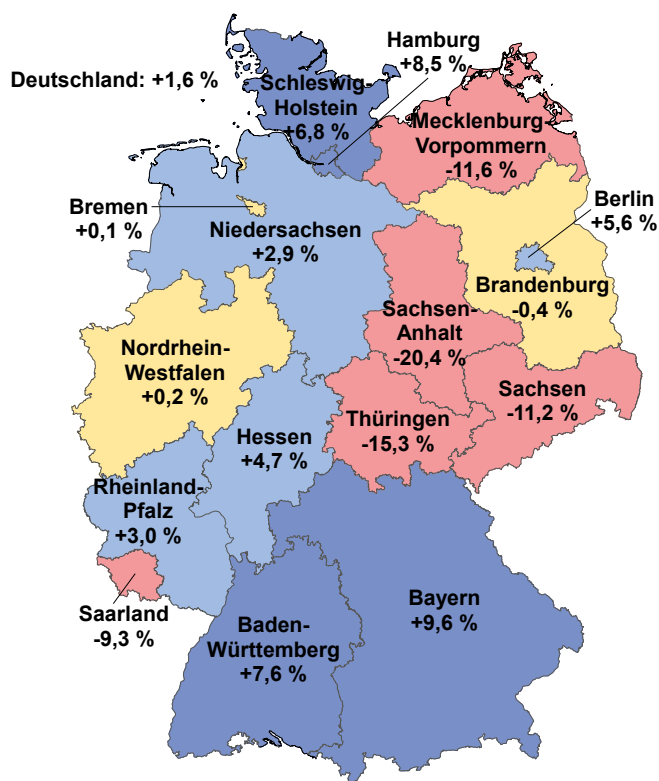
Niedersachsen ist flächenmäßig das zweitgrößte Land in Deutschland nach Bayern, und gemessen an der Bevölkerungszahl das viertgrößte Land nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Die Bevölkerungsdichte in Niedersachsen stieg seit 1995 um 5 Einwohnerinnen und Einwohner je km² auf 168 im Jahr 2020. Niedrigere Werte hatten nur Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im Durchschnitt lag die Bevölkerungsdichte in Deutschland 2020 bei 233 Personen, das waren 4 Personen mehr als 1995¹⁾.

Bevölkerungswachstum durch Wanderungsgewinne bei negativen Geburten-Sterbe-Salden

Mit einem Bevölkerungswachstum von 2,9 % im Zeitraum 1995 bis 2020 lag Niedersachsen im Ländervergleich auf Position 8 und über dem Bundesdurchschnitt von 1,6 % Wachstum. Die Bevölkerungsveränderung von 1995 bis 2020 in den Ländern reichte von 9,6 % Wachstum in Bayern bis 20,4 % Rückgang in Sachsen-Anhalt (Abb. A2).

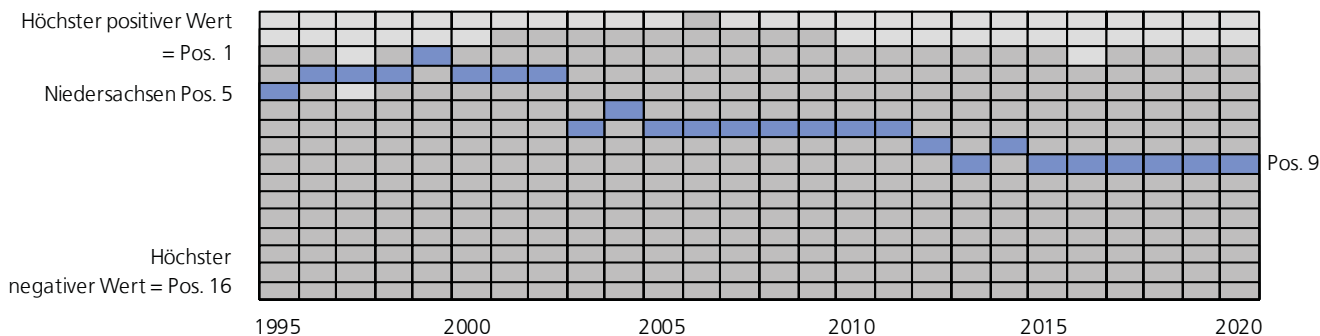
Von 1995 bis 2020 gab es in Niedersachsen jedes Jahr, außer 1997, weniger Geburten als Sterbefälle. Im Länderver-

A2 | Bevölkerungsveränderung in den Ländern Deutschlands 1995 bis 2020 in Prozent



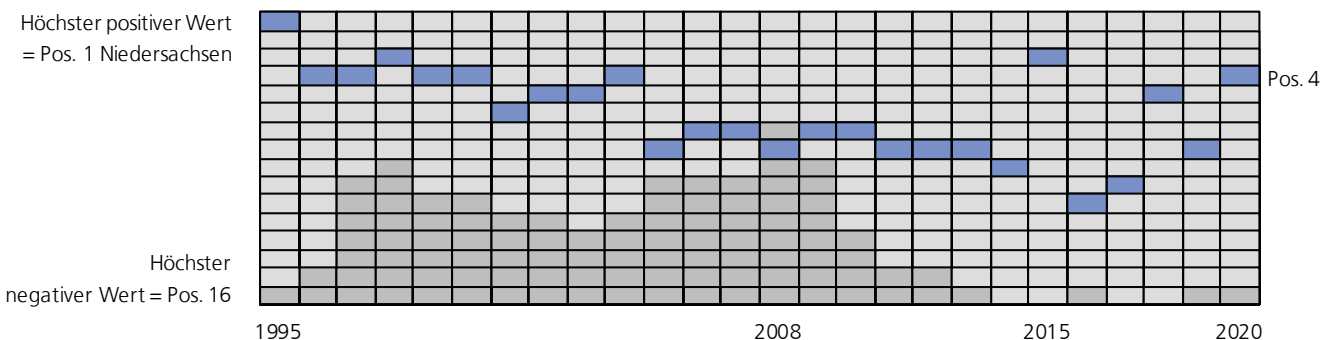
1) Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online-Tabellen 11111 Gebietsfläche, 12411 Bevölkerungsforschreibung, 12612 Lebendgeborene, 12613 Gestorbene, 12711 Wanderungsstatistik; sowie eigene Berechnungen.

A3 | Geburten-Sterbe-Saldo je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



* Positive Quoten (hellgrauer Bereich) entsprechen einer höheren Positionierung.

A4 | Wanderungssaldo je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



* Positive Quoten (hellgrauer Bereich) entsprechen einer höheren Positionierung.

gleich der Geburten-Sterbe-Salden je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag Niedersachsen 1995 auf Position 5 (-0,8) nach Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen (+1,4 bis -0,6). Bis zum Jahr 2020 wechselte Niedersachsen auf Position 9, überholt von Hamburg, Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz (Abb. A3). Seit 2003 war das Geburtendefizit in Niedersachsen (durchschnittlicher Saldo je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner von -2,6 pro Jahr) höher als im Bundesdurchschnitt (-0,6 pro Jahr).

Das Bevölkerungswachstum resultierte folglich aus Wanderungsgewinnen. Von 1995 bis 2020 gab es in Niedersachsen jedes Jahr, außer 2008, mehr Zuzüge als Fortzüge. Im Ländervergleich der Wanderungssalden je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner nahm Niedersachsen stark wechselnde Positionen (1 bis 11) ein (Abb. A4). Nur in 6 Jahren (2010 bis 2013, 2016, 2017) war dieser Indikator in Niedersachsen niedriger als im Bundesdurchschnitt. Im Durchschnitt von 1995 bis 2020 gab es in Niedersachsen jährlich einen Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner von 5 Personen (Deutschland: +1,1).

• Erwerbstätigkeit

Geschlechtsspezifische Erwerbstätigenquoten stiegen: Niedersachsen jeweils im Mittelfeld

Die Erwerbstätigenquoten nach dem Mikrozensus – definiert als Anteil der Erwerbstätigen²⁾ am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung – war in Deutschland in allen Ländern bei Männern stets höher als bei Frauen. Die Quoten näherten sich jedoch deutlich an, da von 1995³⁾ bis 2019⁴⁾ die Erwerbstätigenquote in der weiblichen Bevölkerung in allen Ländern stärker stieg als in der männlichen Bevölkerung. In Niedersachsen lag die Quote bei den Frauen jedes Jahr leicht unter dem Bundesdurchschnitt, bei den Männern fast jedes Jahr.

2) Als Erwerbstätige gelten im Mikrozensus Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

3) Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Werte im Niedersachsen-Monitor 2001 – Erwerbstätige (Mikrozensus) 1995, sowie Statistisches Bundesamt: GENESIS-Online für Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1995.

4) Quelle: Eurostat – Erwerbstätigenquoten auf Basis des Mikrozensus 1999 bis 2019: (Download 3.3.2022). Auf die Verwendung der Ergebnisse des Mikrozensus 2020 wird verzichtet, da aufgrund methodischer Effekte im Rahmen einer Neugestaltung der Erhebung sowie insbesondere aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie die Datenqualität eingeschränkt ist.

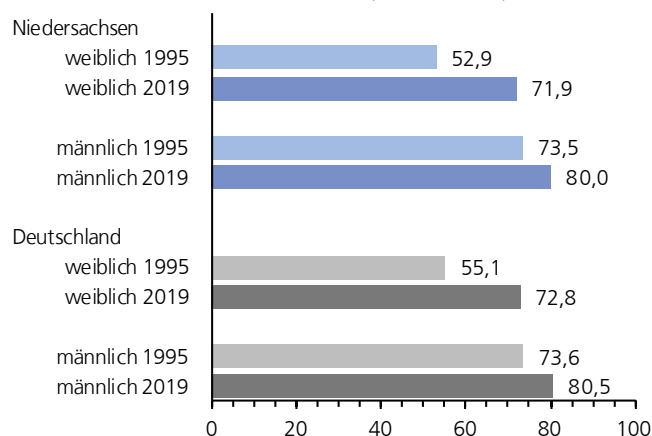
Bei den Frauen belegte Niedersachsen 1995 mit einer Erwerbstätigenquote von 52,9 % Position 12 im Ländervergleich, wechselte seither zwischen den Positionen 10 bis 12 und lag 2019 mit 71,9 % im Mittelfeld auf Position 10, gleichauf mit Rheinland-Pfalz. Bei den Männern belegte Niedersachsen 1995 mit einer Erwerbstätigenquote von 73,5 % Position 6 im Ländervergleich, wechselte seither zwischen den Positionen 6 bis 9 und lag 2019 mit 80,0 % im oberen Mittelfeld auf Position 7 (Abb. A5). Die Spitzenpositionen nahmen bei den Männern durchgängig Bayern und Baden-Württemberg ein (2019: 83,9 % bzw. 83,3 %), aber auch Rheinland-Pfalz und Hessen hatten jeweils höhere Erwerbstätigenquoten als Niedersachsen. Bei den Frauen wechselten die Spitzenpositionen mehrfach: 1995 nahmen Bayern, Hamburg und Berlin die Spitzenpositionen ein, 2019 lagen Sachsen, Brandenburg und Thüringen mit Erwerbstätigenquoten von über 76 % vor Bayern.

Arbeitslosenquoten: Niedersachsen erreichte fünftbeste Position nach überdurchschnittlichem Rückgang

Bei der Arbeitslosenquote⁵⁾ lag Niedersachsen 1995 im Ländervergleich mit 9,8 % auf Position 8 im Mittelfeld

5) Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, Berichtsjahr 2021.

A5 | Erwerbstätigenquoten (15- bis 64-Jährige) nach Geschlecht in Niedersachsen und Deutschland insgesamt 1995 und 2019 – Prozent – (Mikrozensus)

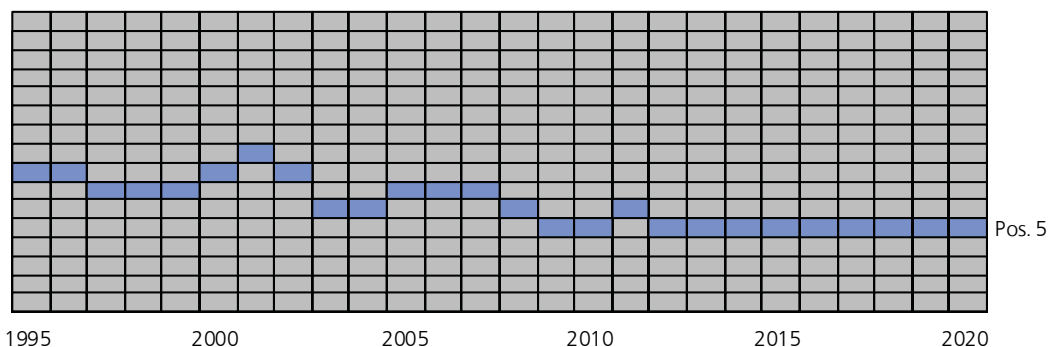


A6 | Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt): Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020

Höchster Wert = Pos. 16

Niedersachsen Pos. 8

Niedrigster Wert = Pos. 1



* Niedrige Quoten sind positiv bewertet und führen zu einer besseren Positionierung.

und damit leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 9,4 %. Bis 2006 schwankte die Quote in Niedersachsen zwischen 9,1 % und 11,6 %; danach sank die Arbeitslosenquote bis 2019 kontinuierlich auf 5,0 % und stieg im 1. Corona-Jahr 2020 auf 5,8 % (Deutschland: 5,9 %). Von 2012 bis 2020 erreichte Niedersachsen jeweils die fünftniedrigste Arbeitslosenquote im Ländervergleich (Abb. A6). Von 1995 bis 2020 bildeten 4 Länder die Spitzengruppe, wobei sich seit 2009 jeweils Bayern vor Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen positionierte.

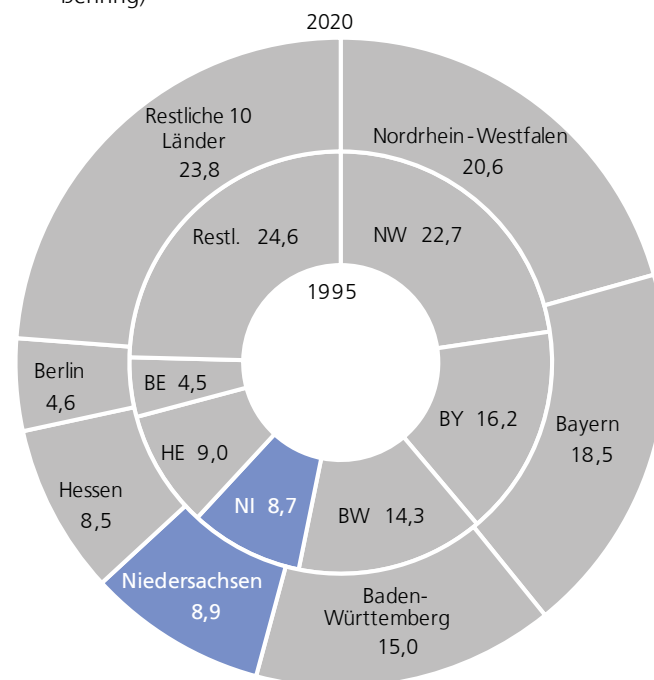
Die Arbeitslosenquote sank 2020 gegenüber 1995 in allen Ländern. In den 5 ostdeutschen Flächenländern, die 1995 noch die höchsten Arbeitslosenquoten von über 13 % aufwiesen, gingen sie um mehr als 7 Prozentpunkte am stärksten zurück. Niedersachsen verzeichnete unter den restlichen Ländern den höchsten Rückgang, der mit -4,0 Prozentpunkten stärker ausfiel als im Bundesdurchschnitt (-3,5 Prozentpunkte).

Wirtschaft

Bruttoinlandsprodukt: Niedersachsen trug 2011 bis 2020 den vierthöchsten Länderanteil bei

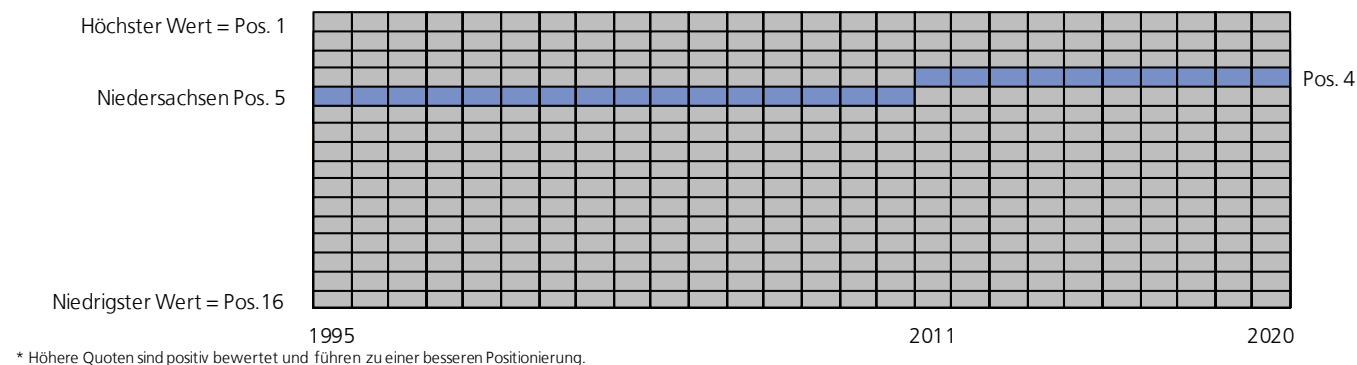
Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP), dem umfassendsten Indikator der wirtschaftlichen Leistung einer Gebiets-einheit, lag Niedersachsen 1995 im Ländervergleich auf

A7 | Bruttoinlandsprodukt: Anteil an Deutschland 1995 und 2020 in % (Sortierung nach Höhe des Anteils 2020 – Außenring)



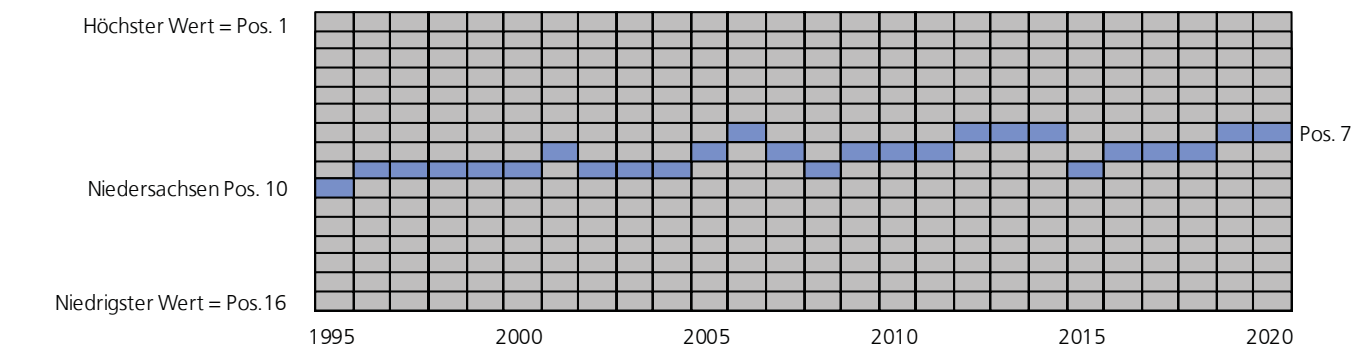
Position 5 hinter Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Niedersachsens Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung in Deutschland veränderte

A8 | Bruttoinlandsprodukt: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



* Höhere Quoten sind positiv bewertet und führen zu einer besseren Positionierung.

A9 | Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



* Hohe Quoten sind positiv bewertet und führen zu einer besseren Positionierung.

sich in 25 Jahren nur wenig (1995: 8,7 %; 2020: 8,9 %; Abb. A7). Da sich der Anteil von Hessen jedoch verringerte, belegte Niedersachsen von 2011 bis 2020 die Position 4 im Ländervergleich (Abb. A8) hinter Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg.⁶⁾

Das reale Wachstum des BIP von 2020 gegenüber 1995 war in Niedersachsen mit 34,7 % etwas stärker als im Bundesdurchschnitt (33,0 %); nur Bayern (+54,2 %), Brandenburg (+42,2 %) und Baden-Württemberg (+39,8 %) erreichten höhere Zuwachsraten.

Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen: Niedersachsen im Mittelfeld

Bei der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen lag Niedersachsen im Ländervergleich die letzten 25 Jahre jeweils im Mittelfeld. Niedersachsen befand sich 1995 auf Position 10 und erreichte von 2019 und 2020 jeweils Position 7 im Ländervergleich (Abb. A9). Dabei veränderte sich die Pro-Kopf-Leistung in Niedersachsen gemessen am bundesdurchschnittlichen BIP je Erwerbstätigen nur wenig; sie lag 1995 bei 97,7 % und 2020 bei 97,6 %. Stark steigende Pro-Kopf-Leistungen hatten in diesem Zeitraum die ostdeutschen Flächenländer, die aber trotzdem 2020 noch unter 90 % des Bundesdurchschnitts blieben. Spitzenreiter

6) Auswertung auf Basis der Ergebnisse des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder": Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2020, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August bzw. November 2021/Februar 2022.

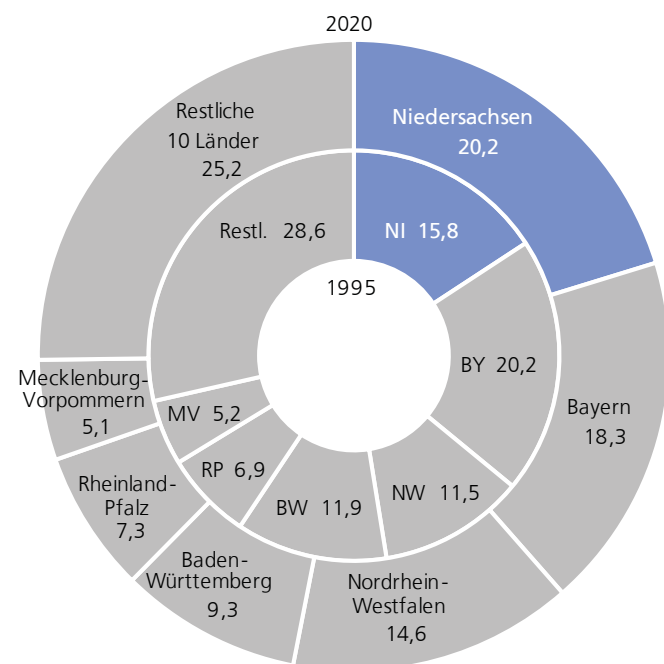
waren im gesamten Zeitraum Hamburg (2020: 121,7 %) und Hessen (108,7 %).

Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: Niedersachsen erreichte Spitzenposition

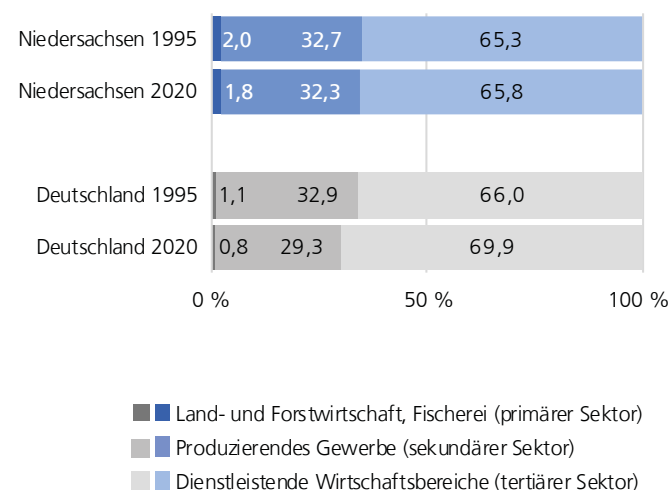
Zur Bruttowertschöpfung (BWS) in Deutschland im (primären) Wirtschaftssektor *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei* trug Niedersachsen 1995 einen Anteil von 15,8 % bei und lag damit auf Position 2 hinter Bayern. Seither stieg der niedersächsische Anteil allmählich und übernahm seit 2010 (außer 2018) die Spitzenposition; 2020 erwirtschaftete Niedersachsen ein Fünftel (20,2 %) der deutschen Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Abb. A10). Im (sekundären) Sektor *Produzierendes Gewerbe* blieb Niedersachsen konstant auf Position 4: Der BWS-Anteil lag 1995 bei 8,6 % und 2020 bei 9,9 %. Im (tertiären) Sektor *Dienstleistungsbereiche* blieb Niedersachsen konstant auf Position 5: Der BWS-Anteil lag 1995 bei 8,6 % und 2020 bei 8,4 %. Im Dienstleistungssektor blieben die Positionen aller Länder nahezu unverändert.

Die Verteilung der gesamten Bruttowertschöpfung auf die Wirtschaftssektoren veränderte sich in Niedersachsen von 1995 bis 2020 kaum: 2020 betrug der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 1,8 % und damit knapp 0,2 Prozentpunkte weniger als 1995; der Anteil des Produzierenden Gewerbes betrug 32,3 % (-0,4 Prozentpunkte); entsprechend stieg der Anteil der Dienstleistungsbereiche um gut 0,5 Prozentpunkte auf 65,8 %. Für Deutschland insgesamt zeigt sich 2020 gegenüber 1995 ein deutlich stärkerer Zuwachs in den Dienstleistungsbereichen um 3,85 Prozentpunkte auf 69,9 % (Abb. A11).

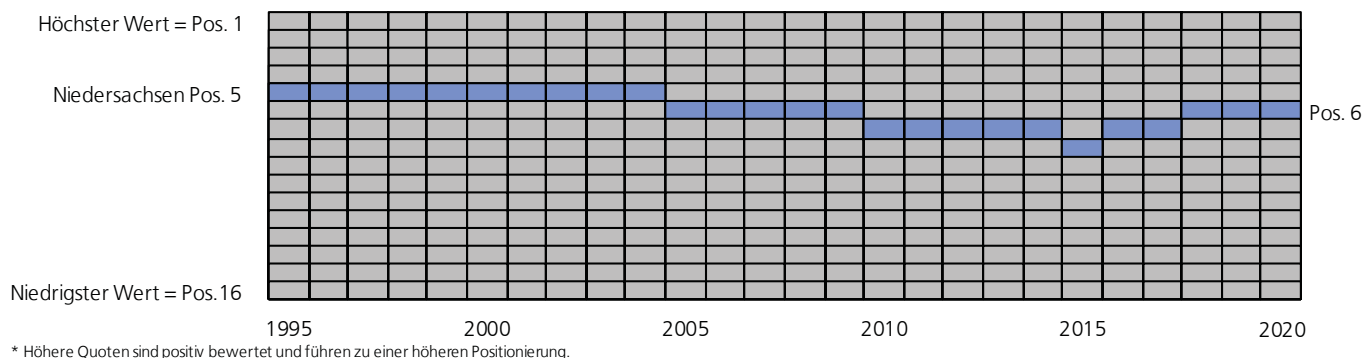
A10 | Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: Anteile Länder an Deutschland 1995 und 2020 in % (Sortierung nach Höhe des Anteils 2020 - Außenring)



A11 | Anteile der Wirtschaftssektoren an der gesamten Bruttowertschöpfung 1995 und 2020 in Prozent



A12 | Gästeübernachtungen je Einwohnerin und Einwohner: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



Tourismus⁷⁾: Übernachtungen in Niedersachsen stiegen unterdurchschnittlich, aber lange Aufenthalte

Von 1995 bis 2019⁸⁾ stieg die Zahl der Gästeübernachtungen in allen Ländern; in Deutschland von 4,0 auf 6,0 Übernachtungen je Einwohnerin und Einwohner. In Niedersachsen war der Anstieg unterdurchschnittlich: Im Ländervergleich belegte Niedersachsen 1995 Position 5 mit 4,7 Übernachtungen je Einwohnerin und Einwohner; 2019 reichte der auf 5,8 gestiegene Wert für Position 6 (Abb. A12). Von 1995 bis 2020 belegten Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Bayern durchgängig höhere Positionen, Berlin und Hamburg zogen aufgrund des deutlich stärkeren Wachstums der Übernachtungen an Niedersachsen vorbei.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste war in den Küstenländern jeweils besonders hoch, wobei Niedersachsen seit 1997 konstant die Position 3 nach Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern belegte. In Niedersachsen sank die Aufenthaltsdauer von 1995 bis 2019 um 0,9 auf 3,0 Tage; im Bundesdurchschnitt gab es einen Rückgang um 0,8 auf 2,6 Tage. Den stärksten Rückgang der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer verzeichnete Schleswig-Holstein (-1,5 auf 4,0 Tage), den stärksten Anstieg Mecklenburg-Vorpommern (+0,4 auf 4,1 Tage).

• Öffentliche Finanzen

Die betrachteten Finanzgrößen⁹⁾ der öffentlichen Haushalte umfassen von 1995 bis 2009 nur die Kernhaushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, von 2010 bis 2020 hingegen die öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) mit Kern und Extrahaushalten. Verglichen werden die je-

weiligen Indikatoren in Euro pro Kopf der Bevölkerung am 30.6.

Pro-Kopf-Ausgaben in Niedersachsen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt

Die (bereinigten) Ausgaben der öffentlichen Haushalte pro Kopf waren in Niedersachsen von 1995 bis 2020 überwiegend niedriger als in allen anderen Ländern, ansonsten hatte Niedersachsen die zweit- bzw. drittniedrigsten Ausgabequoten (Abb. A13). Die höchsten Ausgabequoten verzeichneten jeweils die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin (mit wechselnden Positionen).

Pro-Kopf-Finanzierungssaldo: wechselnde Positionen

Der Finanzierungssaldo wird seit 1997 berechnet als Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“. Beim Finanzierungssaldo pro Kopf wechselten die Länder-Positionen stark. Niedersachsen lag 1997 bis 2020 überwiegend auf den Positionen 5 bis 11 (Abb. A14). Bis 2014 gab es zumeist Finanzierungsdefizite¹⁰⁾, von 2015 bis 2019 (vor der Corona-Pandemie) hingegen mehr Einnahmen als Ausgaben (Schuldenbremse¹¹⁾).

Pro-Kopf-Schuldenstand: Niedersachsen im Mittelfeld

Beim Schuldenstand¹²⁾ pro Kopf lag Niedersachsen im Ländervergleich 1995 auf Position 10 und belegte von 1997 bis 2020 die Positionen 6, 7 oder 8 (Abb. A15). Die Positionen 1 bis 4 (niedrigste Pro-Kopf-Schulden) erreichten seit 2009 Sachsen vor Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern.

7) Auswertungen anhand Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online-Tabellen 45412 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben, 12411 Bevölkerung (Quartalsende 30.6).

8) Die Übernachtungszahlen brachen 2020 aufgrund der Corona-Pandemie drastisch ein und werden daher nicht berücksichtigt; hingegen blieben die Positionierungen Niedersachsens gegenüber 2019 unverändert.

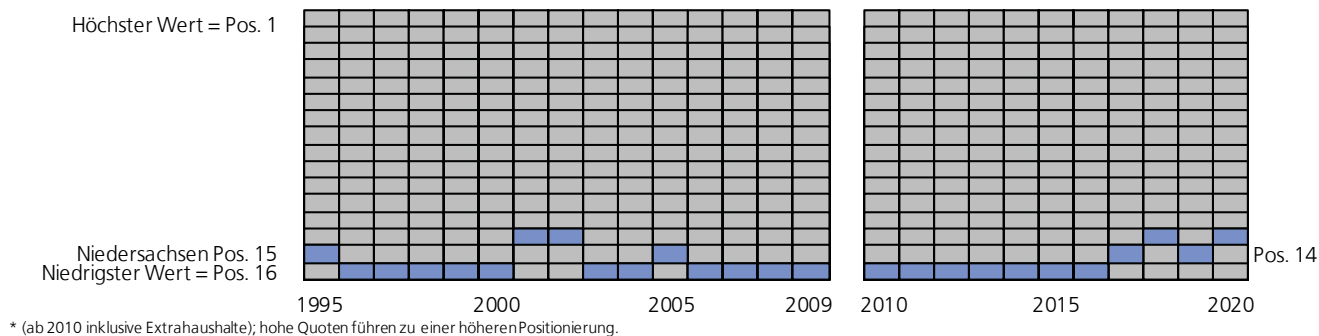
9) Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis): Fachserie 14-2 Vierteljährliche Kassenergebnisse 1.-4. Quartal, Fachserie 14-5 Finanzen und Steuern – Schulden der öffentlichen Haushalte.

10) Finanzierungsdefizit = weniger Einnahmen als Ausgaben.

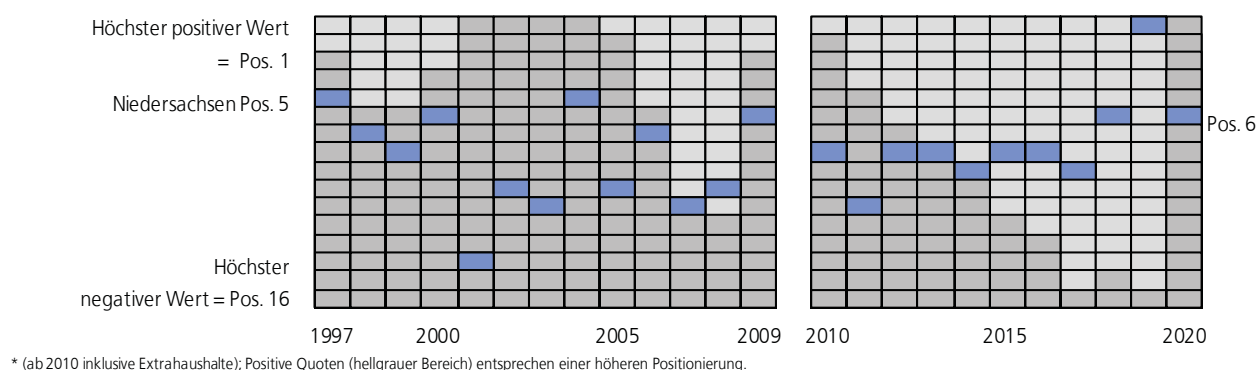
11) Seit 2011 gibt es für Bund und Länder verbindliche Vorgaben zur Reduzierung des Haushaltsdefizits.

12) Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (am 31.12.) beinhalten Kassenkredite, Wertpapier-schulden und Kredite.

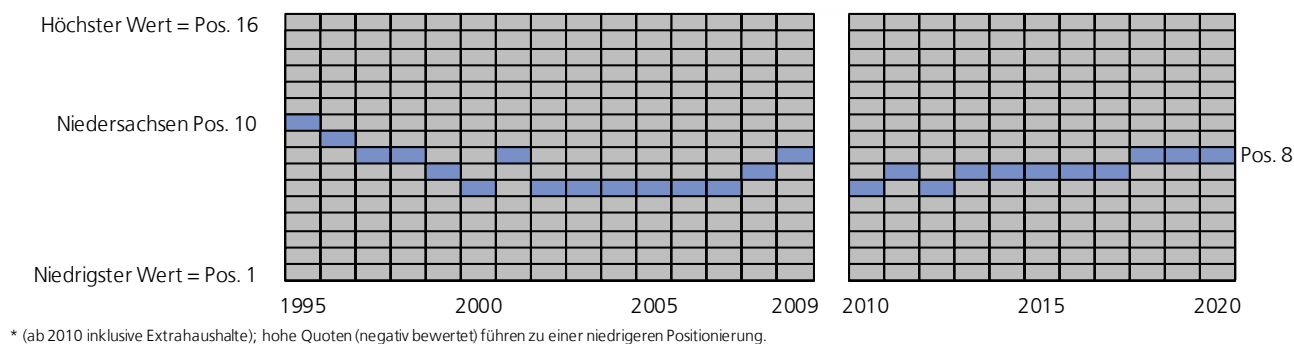
A13 | Ausgaben der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (und Sozialversicherungen) pro Kopf: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



A14 | Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (und Sozialversicherungen) pro Kopf: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1997 bis 2020



A15 | Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (und Sozialversicherungen) pro Kopf: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



• Schulische Qualifikation

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss: deutlich geringere Quote und leicht verbesserte Position

Der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss¹³⁾ an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung¹⁴⁾ ist

von 1998 bis 2020 in allen Ländern gesunken (Abb. A16). In Niedersachsen lag die Quote 1998 bei 9,7 % und 2020 bei 5,8 %, bundesweit 1998 bei 9,0 % und 2020 bei 5,9 %. Die Spanne in den Ländern reichte 2020 von 4,3 % in Hessen bis 10,2 % in Sachsen-Anhalt.

Die Positionierungen der Länder wechselten stark beim Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss. Niedersachsen nahm in den meisten Jahren eine Position im oberen Mittelfeld ein, mit einem leicht positiven Trend. Ausgehend von Position 7 in den Jahren 1998 bis

¹³⁾Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): KMK Dokumentation Nr. 179, 186, 198 und 232, Teil C.

¹⁴⁾Quotenberechnung von Absolvierenden/Abgehenden ab 2006 mittels Quotensummenverfahren (pro Entlassjahrgang werden zunächst geburtsjahresbezogene Anteile der betrachteten Personen an der gleichaltrigen Bevölkerung ermittelt und die Quoten der einzelnen Geburtsjahrgänge aufsummiert); bis 2005 Quoten bezogen auf Mittelwert von 3 bzw. 4 aufeinanderfolgender Altersjahrgänge der Wohnbevölkerung.

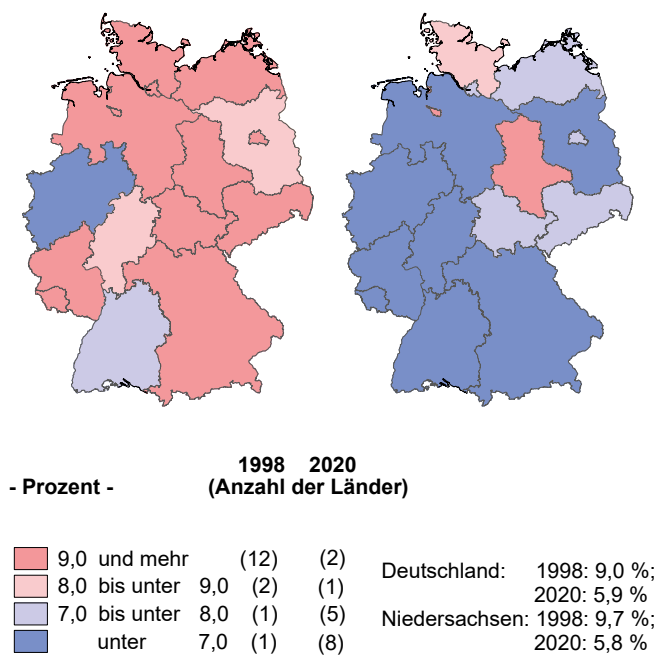
2000 erreichte Niedersachsen von 2012 bis 2020 durchgehend Position 6 und 5 oder besser (Abb. A17).

Studienberechtigtenquote: deutlich höhere Quote und Position

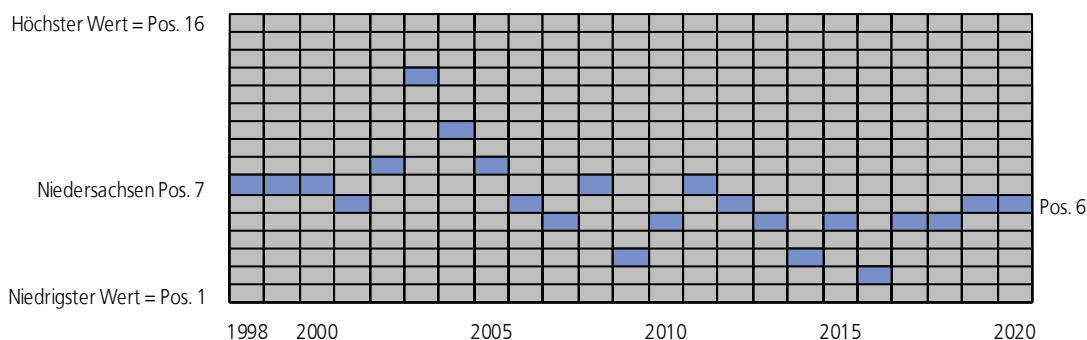
Der Anteil der Schulabsolvierenden an allgemein bildenden und beruflichen Schulen mit Hochschulreife und Fachhochschulreife¹⁵⁾ an der gleichaltrigen Bevölkerung lag in Niedersachsen 1995 bei 33,7 % und stieg bis 2019 auf 50,8 %. Die höchste Studienberechtigtenquote gab es 2015 mit 54,5 % – abgesehen vom doppelten Abiturjahrgang 2011 infolge der Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Schuljahre bei den Gymnasien. Im Jahr 2020 führte die Rückumstellung vom 8- zum 9-jährigen Gymnasium in Niedersachsen zu einer halbierten Quote. Bundesweit stieg die Studienberechtigtenquote von 1995 bis 2019 von 35,8 % auf 50,2 %. Im Ländervergleich nahm Niedersachsen 1995 mit der viertniedrigsten Quote die Position 13 ein; von 2015 bis 2019 die Position 6 oder 7 (Abb. A18). Die doppelten Abiturjahrgänge 2007 bis 2016 in den anderen Ländern führten nur vereinzelt zu einer um eine Stufe niedrigeren Positionierung Niedersachsens.

15) Quelle: KMK Dokumentation siehe Fußnote 13

A16 | Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss in den Ländern Deutschlands 1998 und 2020 in Prozent

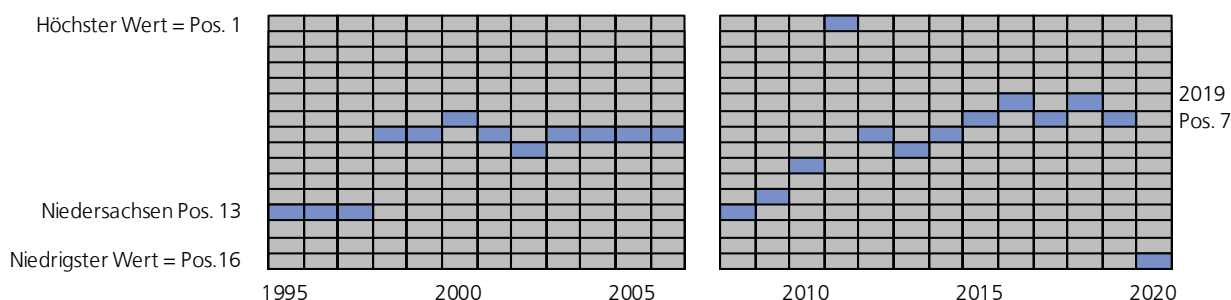


A17 | Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1998 bis 2020



* Niedrige Quoten sind positiv bewertet und führen zu einer besseren Positionierung.

A18 | Studienberechtigtenquote: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1995 bis 2020



* Höhere Quoten führen zu einer höheren Positionierung; für Niedersachsen 2007 keine Angaben, 2011 doppelter Abiturentlassjahrgang (Umstellung vom 9- zum 8-jährigen Gymnasium), 2020 Rückumstellung von G8 auf G9.

Mindestsicherungsquote: Quote in Niedersachsen sank unterdurchschnittlich

Die Mindestsicherungsquote¹⁶⁾ weist den Anteil der Bevölkerung aus, die auf eine existenzsichernde staatliche Hilfe angewiesen waren. Vergleichbare Daten (nach der Sozialreform der Hartz-IV-Gesetzgebung) liegen erst seit 2006 vor. Mit einer Mindestsicherungsquote von 9,9 % lag Niedersachsen 2006 knapp über dem Bundesdurchschnitt (9,8 %); nur 5 Länder (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland) hatten niedrigere Quoten. Bis 2020 sank die Mindestsicherungsquote in Niedersachsen um 1,3 Prozentpunkte auf 8,6 % (Deutschland: 8,3 %). In allen ostdeutschen Flächenländern sanken die Quoten von 2006 bis 2020 um mehr als 5 Prozentpunkte, dadurch erreichten Thüringen, Sachsen und Brandenburg niedrigere Mindestsicherungsquoten als Niedersachsen. Im Ländervergleich lag Niedersachsen 2020 im Mittelfeld auf Position 8 (Abb. A19, Abb. A20).

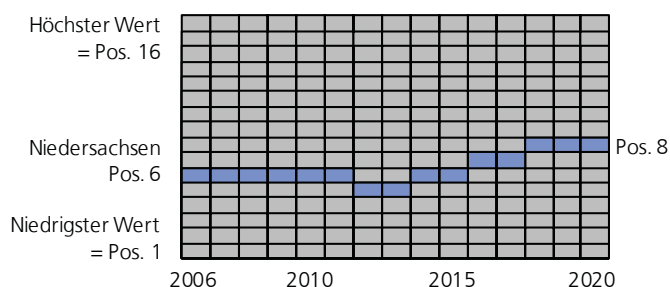
Straftaten¹⁷⁾: Unterdurchschnittliche Kriminalität, deutlich gestiegene Aufklärungsquoten

Die Kriminalität war in Niedersachsen von 1996 bis 2020, außer 2009 und 2010, niedriger als im Bundesdurchschnitt. Bei der Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner nahm Niedersachsen meist Position 6 oder 7 unter den Ländern ein (Abb. A21), wobei diese Häufigkeitszahl 2002 am höchsten (7 648) war und im Corona-Jahr 2020 am niedrigsten (6 219). Von 1996 bis 2020 wiesen Bayern und Baden-Württemberg fast durchgängig die niedrigsten Häufigkeitszahlen aus, die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg hingegen die höchsten (jeweils über 10 000).

¹⁶⁾Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: *Ämterliche Sozialberichterstattung*; Zur Mindestsicherung gehören SGB-II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld), Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

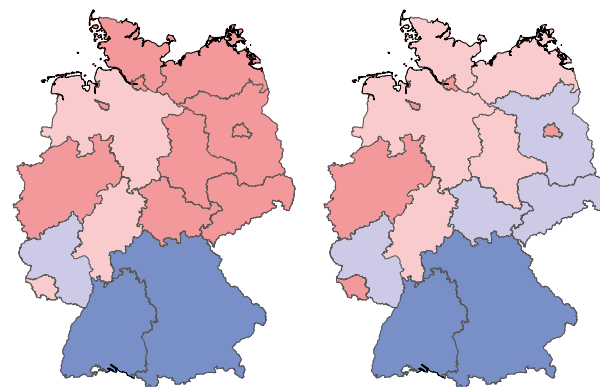
¹⁷⁾Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), LSN-Auswertungen Niedersachsen-Monitor 1998 bis 2021.

A19 | Mindestsicherungsquote: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 2006 bis 2020



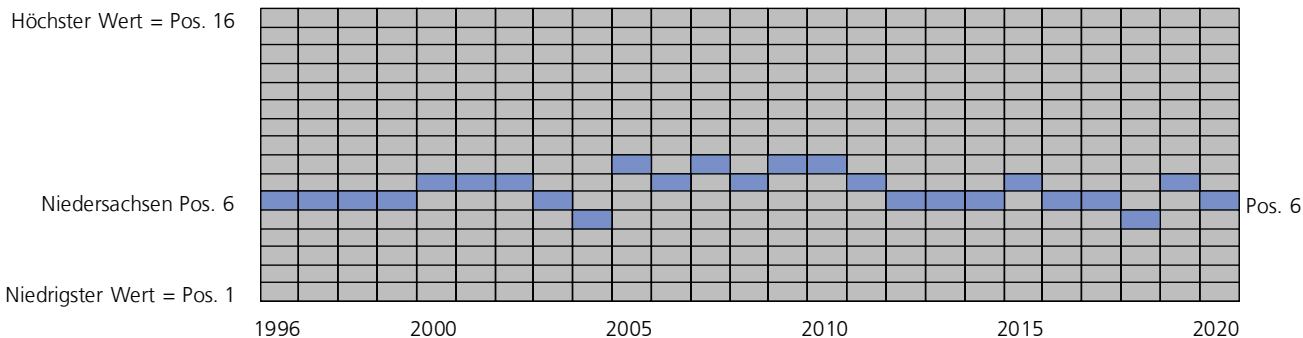
* Niedrige Quoten sind positiv bewertet und führen zu einer besseren Positionierung.

A20 | Mindestsicherungsquote in den Ländern Deutschlands 2006 und 2020 in Prozent



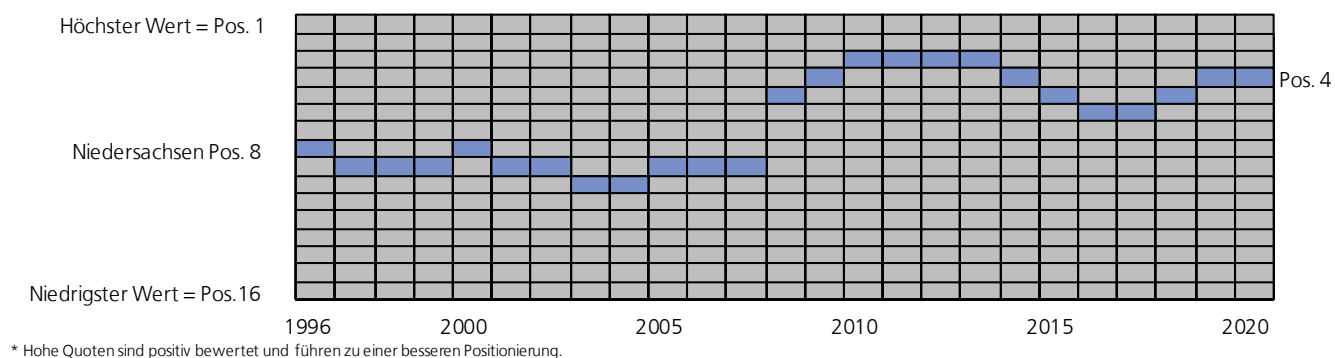
	2006	2020	
- Prozent -	(Anzahl der Länder)		
10,0 und mehr	(10)	(5)	
8,0 bis unter 10,0	(3)	(5)	Deutschland: 2006: 9,8 %; 2020: 8,3 %
6,0 bis unter 8,0	(1)	(4)	Niedersachsen: 2006: 9,9 %; 2020: 8,6 %
unter 6,0	(2)	(2)	

A21 | Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1996 bis 2020



* Niedrige Quoten sind positiv bewertet und führen zu einer besseren Positionierung.

A22 | Straftaten Aufklärungsquoten: Position* von Niedersachsen im Ländervergleich 1996 bis 2020



Die Aufklärungsquote bei den Straftaten erhöhte sich in Niedersachsen von 1996 bis 2020 um 17,5 Prozentpunkte auf 64,3 % im Jahr 2020, in Deutschland durchschnittlich

um 9,4 Prozentpunkte auf 58,4 %. Im Ländervergleich lag Niedersachsen 1996 auf Position 8 und 2020 auf Position 4 hinter Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen (Abb. A22).

Ansicht:
Deutschland und seine Länder





www.statistik.niedersachsen.de